

# 70 JAHRE

## ARBEITERKAMMER SALZBURG

---

1946

2016



## § 1 AKG

Die Kammern für Arbeiter und Angestellte (...) sind berufen, die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern.

## IMPRESSUM

**Medieninhaberin, Herausgeberin & Verlag:** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10, 5020 Salzburg,

Tel.: 0662 8687, kontakt@ak-salzburg.at, www.ak-salzburg.at

Projektleitung: Bettina Gruber

Autoren: Franz Hager, Mag. Andreas Praher, Mag. Robert Schwarzbauer

Redaktion: Mag. Dominik Senghaas; Layout: galcom, www.galcom.at

Bildquellen: AK Salzburg, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Fotolia, Gemeinde Lend, GROHAG, Google Earth, Keltenmuseum, Stadtarchiv Salzburg (Fotosammlung und Sammlung Işık), Steinocher Archiv, ÖBB/Philipp Horak, SVV

Druck: GWS Salzburg

ISBN Nr.: 978-3-901817-27-4; Erschienen in Salzburg, Mai 2016

**Unser besonderer Dank gilt Harald Gruber für die große Hilfe beim Ausheben historischer Informationen und Materialien.**

Im Sinne einer besseren Lesbarkeit der Texte wurde von uns entweder die männliche oder weibliche Form von personenbezogenen Hauptwörtern gewählt. Dies impliziert keinesfalls eine Benachteiligung des jeweils anderen Geschlechts. Frauen und Männer mögen sich von den Inhalten dieser Chronik gleichermaßen angesprochen fühlen.

# INHALT

---



## **DIE AK IN DER 1. REPUBLIK (1921-1938)**

- 9 Zur Vorgeschichte
- 10 Die Einrichtung der Arbeiterkammer in der Ersten Republik
- 12 Sozialreformen 1918 bis 1920
- 13 Erste Republik: Soziale Errungenschaften versus politischer Konflikt
- 25 Die Arbeiterkammer im Ständestaat 1934-1938
- 30 1938-1945

## **DIE AK SEIT 1945**

- 38 Der Wiedererrichtung nach 1945
- 46 Die Rolle der AK in den 1960er-Jahren
- 54 Interessenvertretung und Dienstleister
- 58 Konfrontationen mit veränderten Rahmenbedingungen
- 61 Von der Ertüchtigung der Arbeiterschaft zum kollektiven Freizeiterlebnis
- 64 Krise und Bestätigung
- 67 Wirtschaftspolitische Handlungsfelder
- 70 Betriebsrat im Wandel der Zeit
- 74 Weibliche Selbstbestimmung?
- 79 Aufgabenreform
- 82 Teilzeitbeschäftigte leiden unter zunehmender Arbeitszeitflexibilisierung
- 85 Der Arbeitsmarkt im 21. Jahrhundert
- 88 Weitere Aktionen und Forderungen für eine gerechtere Gesellschaft
- 90 Gesundheitspolitik
- 93 Raumordnung und Verkehr
- 97 Interessenpolitik der Arbeiterkammer
- 99 Die Arbeiterkammer als Dienstleistungsbetrieb im 21. Jahrhundert
- 109 Nachbetrachtungen. Fazit und Ausblick.

## **ANHANG**

- 112 Biographien der Präsidenten
- 115 Biographien der Direktoren
- 116 AK-Vorstände
- 118 AK-Kammerräte
- 123 Räumlichkeiten der AK Salzburg
- 124 AK-Wahlergebnisse
- 126 AK-Organigramm
- 127 Studien der AK Salzburg
- 131 Periodische Publikationen der AK Salzburg
- 132 Literaturverzeichnis

# 70 JAHRE FÜR SALZBURGS ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER IN DER 2. REPUBLIK

---

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

**„Was wir begehren von der Zukunft Fernen ...“  
mit diesen Zeilen beginnt ein altes Arbeiterlied, in  
dessen Zeilen damals wie heute die Kernziele der  
Arbeitnehmerbewegung zum Ausdruck gebracht  
werden: gute, gerechte und menschenwürdige  
Arbeitsbedingungen, eine starke soziale Absicherung  
und ein freier Bildungszugang mit gleichen Chancen für  
unsere Kinder. Doch Arbeitnehmerrechte waren niemals  
selbstverständlich, sie mussten mit viel Blut und  
Schweiß beherzter Menschen erkämpft werden.**

## WOHER WIR KOMMEN

Als vor genau 70 Jahren im großen Saal des Mozarteums in Salzburg die Wiedereinsetzung der Arbeiterkammer beschlossen wurde, geschah das im Bewusstsein die Lehren aus der schrecklichen Vergangenheit des Nationalsozialismus und des Austrofaschismus gezogen zu haben. „Die heutige Versammlung ist epochemachend in der Arbeitergeschichte des neuen Österreich“, begann Oberst Junius R. Smith, Leiter der Abteilung für Arbeitswesen der Regionalen Militärregierung, seine Festrede und erinnerte eindrucksvoll an die „furchtbaren Schäden, die der Arbeitnehmerschaft während der Zeit der Nazi-Besetzung zugefügt worden sind.“

Unmittelbar nach dem Krieg mussten das nackte Überleben und elementare menschliche Grundbedürfnisse sichergestellt werden. Die Arbeiterkammer leistete mit der Versorgung von Lebensmitteln, Kleidung und Heizmaterial Direkthilfe an die notleidende Bevölkerung. In den Folgejahren waren Vollbeschäftigung, Kaufkraft, die Schaffung wichtiger Arbeitnehmerrechte und der Aufbau unseres Sozialstaates zentrale Themen – eine bewegte Geschichte mit vielen Höhen und Tiefen.

Die Arbeiterkammer darf auf eine lange Liste an Errungenschaften zurückblicken. Viele davon gäbe es ohne konsequente und beherzte Arbeitnehmervertreter nicht. Und genauso wenig gäbe es die AK, hätte nicht der ÖGB mit seinen Gewerkschaften für ihre Errichtung gekämpft. Heute wie damals vereint beide eine nie dagewesene Symbiose, die die Stärke der Arbeitnehmerbewegung ausmacht!



## WER WIR SIND

Die AK ist mit ihren Herausforderungen gewachsen. Heute ist sie eine moderne Interessenvertretung und ein kundenorientierter Servicebetrieb, der weit über seine vor 70 Jahren festgelegten Aufgaben hinaus für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktiv ist. Und das honorieren die Menschen: Im OGM-Vertrauensindex weist kaum eine andere Institution in Österreich ein so hohes Ansehen in der Bevölkerung auf wie die Arbeiterkammer.

Insbesondere in der Bildung wird Sozialpartnerschaft deutlich gelebt: So wurde einst die gemeinsame Trägerschaft der Fachhochschule Salzburg als ein „Überschreiten einer geistigen Demarkationslinie“ bezeichnet. Das TAZ-Mitterberghütten und das Projekt „Lehre mit Matura“ sorgen dafür, dass junge Menschen berufliche Perspektiven und Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Nicht zuletzt ist die Arbeiterkammer mit ihrem BFI einer der größten Bildungsträger im Bundesland.

Seit 2005 veranstaltet die AK gemeinsam mit dem ÖGB jährlich ihre Wintertauschbörse, deren Ziel es ist, den Skisport im schönsten Bundesland Österreichs gerade für junge Familien leistbar zu machen. Und seit 2008 holen die Experten von AK und ÖGB im Rahmen der Aktion Steuerlöscher jährlich mehrere Millionen Euro an zu viel bezahlter Lohnsteuer für Salzburgs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Finanzministerium zurück. Alleine die im Jubiläumsjahr gemeinsam mit den Gewerkschaften erkämpfte Steuerreform bringt den Arbeitnehmern Einkommenszuwächse im Ausmaß von drei Lohn-erhöhungen.

## WOHIN WIR GEHEN

Weltweit wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Der Neoliberalismus wurde zum obersten Dogma erhoben, der Globalisierung und Flexibilisierung wird das Wort geredet. Handelsabkommen wie TTIP und Ceta tun ihr Übriges.

Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen und den damit verbundenen massiven Angriffen auf Arbeitnehmerrechte und Sozialstaat braucht es eine starke Arbeitnehmerinteressenvertretung. Damals wie heute werden Arbeiterkammer und ÖGB nicht müde, Missstände zu bekämpfen und für Waffen- und Chancengleichheit zu sorgen. Denn was wir wollen, ist, dass auch in Zukunft *„Brot und Arbeit uns gerüstet stehen, unsere Kinder in der Schule lernen und unsere Alten nicht mehr betteln gehen“*, heißt es weiter in dem Arbeiterlied. Diese Ziele sind nach wie vor aktuell, die Wege und Möglichkeiten der Umsetzung passen wir der Zeit und den Gegebenheiten permanent an.

Wir wollen Veränderung nicht verhindern, sondern so gestalten, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihr gerechter Anteil nicht vorenthalten wird.

Dafür kämpfen wir, dafür treten wir mit aller Konsequenz ein!  
Denn: Gerechtigkeit muss sein!

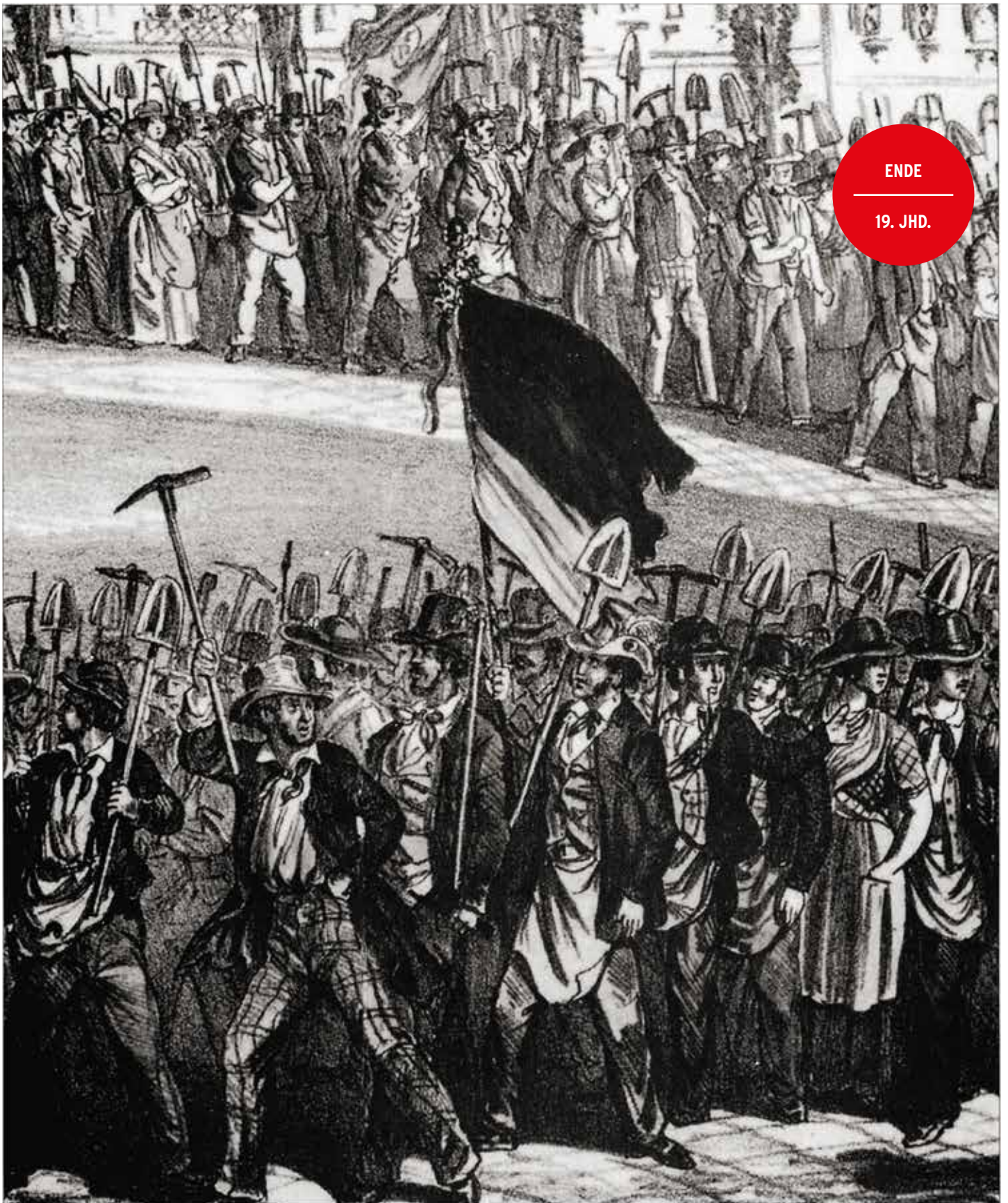
**Mag. Gerhard Schmidt**  
AK-Direktor

**Siegfried Pichler**  
AK-Präsident



# DIE AK IN DER 1. REPUBLIK (1921-1938)





*Arbeiterdemonstration 1848: Die Revolution bewirkte über ihre Zerschlagung hinaus einen grundsätzlichen Wandel der Politik: die Anerkennung auch des bürgerlichen Unternehmertums und der individuellen Freiheit der selbständigen Bauern. Die Anerkennung der Arbeitnehmer aus Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft als politischer Faktor mußte weiter mühsam erkämpft werden.*

# ZUR VORGESCHICHTE

## HUNGER REVOLUTION ERFOLG

### SOZIALPOLITISCHE REFORMINITIATIVEN IM KAISERLICHEN ÖSTERREICH

Arbeitslosigkeit, Hunger und miserable Wohnbedingungen der Arbeiter verstärkten in Österreich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Forderung an die Regierung Einrichtungen zu schaffen, die zum Nutzen der Arbeiterschaft bestimmte Regulierungsfunktionen ausüben sollten. Insbesondere als Gegengewicht zu den in Österreich seit 1848 der Wirtschaft zugestandenen und ab 1850 in Wien (und auch Salzburg) und bis 1868 in gesamt Österreich errichteten Handels- und Gewerbekammern sollten auch Arbeiterkammern geschaffen werden.

Die Forderungen des Revolutionsjahres 1848 waren aber noch eher diffus und an Frankreichs Sozialpolitiker Louis Blanc orientiert.<sup>1</sup>

### ERSTE KONZEPTE FÜR EINE ARBEITERKAMMER

Unter dem Begriff Arbeiterkammer fungierten anfangs unterschiedliche Konzepte. Der Wiener Arbeiterbildungsverein verstand unter diesem Begriff 1869 die Errichtung von Einigungsämtern.

Das erste, klar umrissene Konzept einer Arbeiterkammer stammt aus einem Memorandum aus dem Jahr 1872 vom linksliberalen Heinrich Oberwinder, das auf einer Volksversammlung der Wiener Arbeiter diskutiert und an den Reichsrat und die Regierung übermittelt wurde. Es enthält bereits die wesentlichen Tätigkeitsfelder der Arbeiterkammer, blieb aber weitgehend unbeachtet.

1874 übermittelt der Verein Volkswille diese Forderung als Petition an den Reichsrat, in dem aber die Wahlrechtsfrage vorherrschend war.<sup>2</sup> Diskussionspunkt in diesen Jahren war, über die Arbeiterkammer eine Vertretung von Arbeitern im Parlament zu ermöglichen.

Von 1872 bis 1889 erfolgten Initiativen und zwei Anträge im Abgeordnetenhaus zur Errichtung von Arbeiterkammern. Heftige politische Auseinandersetzungen gab es lediglich um die Intentionen dazu. Der „Plener’sche Gesetzesentwurf“, ein liberaler Antrag von 1886, sollte den Arbeitern statt dem allgemeinem Wahlrecht über die Arbeiterkammern eine politische Partizipation ermöglichen und wurde daher von sozialistischer Seite scharf bemängelt. Viktor Adler<sup>3</sup> kritisierte, dass die Arbeiterschaft mit dem Lockmittel unzulänglicher Rechte gewonnen und gezähmt werden

sollte. Das allgemeine Wahlrecht war für die Sozialdemokraten das vorrangige Ziel und sollte nicht durch Arbeiterkammern ersetzt werden. Viktor Adler erneuerte jedoch die Forderung aus dem Jahr 1872 und betrachtete erstmals die Arbeiterkammerfrage getrennt von der Wahlrechtsfrage, wodurch dieses Thema in ein größeres Bezugsfeld gerückt wurde.

Nach der Wahlrechtsreform 1896 kamen erstmals sozialdemokratische Abgeordnete ins Parlament. 1907 wurde das allgemeine Wahlrecht für Männer eingeführt.

Die Christlich-Konservativen standen der Arbeiterkammer anfangs ablehnend gegenüber. Arbeiter und Unternehmer bildeten ihrer Ansicht nach eine gemeinsame industrielle Familie. Arbeiterkammern standen dem Ideal einer Harmonisierung der Klasseninteressen entgegen und förderten nur Klassenbewusstsein und Klassenkampf.

Die Arbeiterkammern hatten sich – in der liberalen Konzeption – vorübergehend als nicht realisierbar erwiesen.

# DIE EINRICHTUNG DER ARBEITERKAMMER IN DER ERSTEN REPUBLIK

1888

1920

In den nächsten Jahren wurde es eher ruhig um die Forderung. In den 1880er-Jahren versank die Sozialdemokratie in fraktionellen Richtungskämpfen. Die Gewerkschaften lagen am Boden. Der Auf- und Ausbau der freien Gewerkschaften sowie das allgemeine Wahlrecht waren vorrangig.

1888/89 gelang die Einigung der Sozialdemokratie am Hainfelder Parteitag<sup>4</sup>, 1893 kam es zur Gründung der Gewerkschaftskommission. Ein Zwischenschritt erfolgte 1898 durch die Errichtung des Arbeitsbeirats, der eine Abteilung des Arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministeriums bildete. 1905 wurde ihm die Aufgabe übertragen, Gutachten und Anträge in Angelegenheiten zu erstatten, die das Arbeitsverhältnis, den Arbeitsschutz und die Arbeiterversicherung betrafen. Dem Arbeitsbeirat gehörten jedoch Arbeiter und Unternehmer gemeinsam an. Diese Erfahrungen mit dem Arbeitsbeirat bestärkten die Gewerkschafter, dass eine echte Vertretung der Arbeitnehmerinteressen nur in gänzlicher Trennung von der Unternehmerseite erzielbar sei.

## UNVERZICHTBARKEIT EINER ARBEITERKAMMER

Der spätere Staatskanzler Karl Renner<sup>5</sup> schrieb am 11. Juli 1917 einen vielbeachteten Artikel in der Arbeiterzeitung: „*Die Unentbehrlichkeit von Arbeiterkammern in der Übergangswirtschaft*“, in dem er Arbeiterkammern als unverzichtbar erachtete. 1918 wurde ein gemeinsamer Entwurf von Karl Renner und Franz Domes<sup>6</sup> vorgelegt, doch in der in den letzten Zügen liegenden Monarchie stand diese Frage nicht mehr zur Debatte.

Nach dem 1. Weltkrieg und der Novemberrevolution stellte der 1. deutschösterreichische Gewerkschaftskongress vom 30. November bis 4. Dezember 1919 diese Forderung (neben der nach einem Betriebsrätegesetz und einem Einigungsamt) auf. 1919 wurde von der Regierung ein Gesetzesentwurf über die Neuorganisation der Handelskammern eingebracht. Die Gewerkschaftskommission Österreichs forderte daher, dass gleichzeitig ein Entwurf zur Errichtung von Arbeiterkammern vorgelegt werden müsse.

Bereits am 19. Dezember 1919 wurde der Gesetzesentwurf von Ferdinand Hanusch<sup>7</sup> (dem Staatssekretär für soziale Verwaltung) der sozialdemokratisch dominierten Koalitionsregierung und von dieser der konstituierenden Nationalversammlung vorgelegt und am 26. Februar 1920 beschlossen. Alle Parteien sprachen sich dafür aus.



## Als wichtigste Aufgaben der neuen Arbeiterkammer sah das Arbeiterkammergesetz (AKG) von 1920 vor:

- » Bericht über Gesetzesentwürfe und Verordnungen zu erstatten
- » Gutachten über Angelegenheiten, welche mittelbar oder unmittelbar das Interesse der Arbeitnehmer berühren, zu erstellen
- » Schaffung von Institutionen und Organisationen zur Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten.

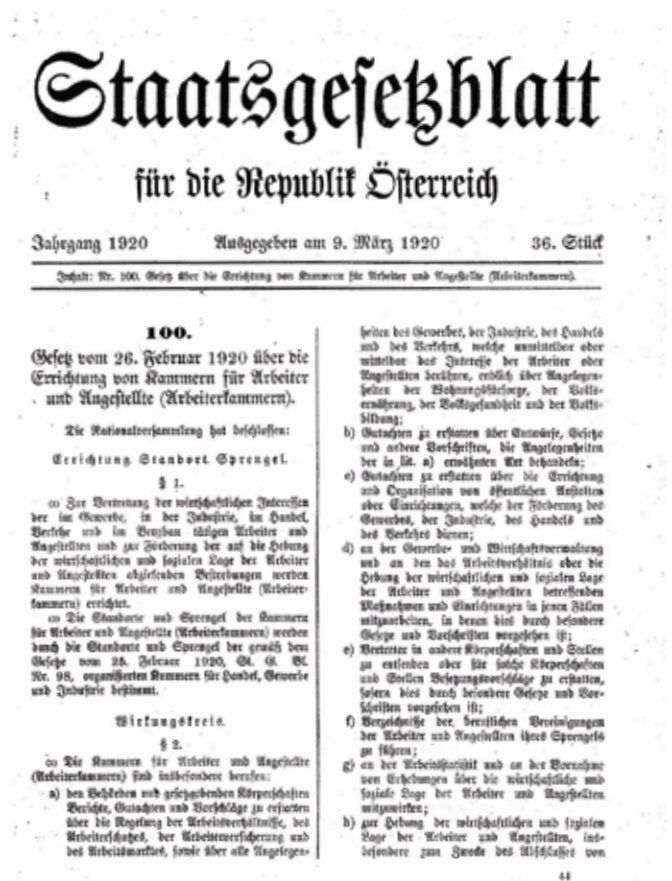
### ALLGEMEINE POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG

Der parlamentarische Berichterstatter Franz Domes wies darauf hin, dass die Forderung nach Arbeiterkammern sowohl von sozialdemokratischer Seite als auch von bürgerlicher Seite erfolgt war, jedoch von unterschiedlichen politischen Gesichtspunkten aus.

Neben dem ebenso 1919 verabschiedeten Betriebsrätegesetz zeigte es vor allem die Bereitschaft der jungen Österreichischen Republik, die Arbeiterschaft als staatstragenden Faktor anzuerkennen und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen rechtlich gleichzustellen.

Gewisse Ängste der Bürgerlichen vor der Münchner- und Ungarischen Räterepublik<sup>8</sup> mögen die staatliche Einbindung der Arbeiterschaft erleichtert haben. Nach dem Ende der großen Koalition 1920 erlahmten die großen sozialpolitischen Initiativen. So hat letztlich europaweit die Arbeiterschaft (nach Kriegsende sowie Revolutionen) nur im Saarland, Bremen, Luxemburg und Österreich die Gleichstellung mit den Handelskammern erreicht.

Von der Gewerkschaft gefordert (anfangs jedoch teilweise ambivalent und als gewisse Konkurrenz gesehen) bildeten die Arbeiterkammern mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten die drei Säulen der Arbeitnehmerbewegung.



Das erste Arbeiterkammer-Gesetz wurde im Jahr 1920 kundgemacht.

# SOZIALREFORMEN 1918 BIS 1920

Das AKG von 1920 ist nur im Rahmen des sozialpolitischen Reformschubes der Jahre 1918 bis 1920 zu sehen, der mit dem Namen des Staatssekretärs für soziale Verwaltung, Ferdinand Hanusch, untrennbar verbunden ist.

In den zwei Jahren nach Kriegsende gelang es der von den Sozialdemokraten geführten Koalitionsregierung eine weltweit einzigartige Sozialgesetzgebung zu schaffen. So war Österreich das erste Land, in dem Arbeiter einen gesetzlichen Anspruch auf bezahlten Urlaub hatten.

Mit den Gesetzen über den Achtstundentag, dem Arbeiterurlaubsgesetz und der Arbeitslosenfürsorge wurden die Wurzeln für den modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaat gelegt. Die Vertretung der Arbeiterschaft, ihre Machtpositionierung und staatliche Einbindung wurde mit dem Betriebsrätegesetz, dem Gesetz über die Errichtung von Einigungsämtern und über Kollektivverträge und die Errichtung von Arbeiterkammern erreicht.

Im Umfeld der damals vorherrschenden revolutionären Stimmung, geprägt von Massendemonstrationen und Rätegedanken<sup>9</sup>, war die bürgerliche Seite ängstlich und gegenüber den Forderungen der Sozialdemokraten nachgiebig. Man war bestrebt, die Arbeiterschaft zu institutionalisieren und zu integrieren. Die Sozialreformen hatten eine doppelte Funktion: Den Arbeitern soziale

Zugeständnisse zu machen und Gleichberechtigung zu signalisieren, sie aber auch von einer revolutionären Umgestaltung des Gesellschaftssystems abzuhalten. Ferdinand Hanusch bekannte sich gegenüber radikal-linker Kritik auch ausdrücklich zur integrativen Wirkung der Sozialgesetze.

Das Arbeiterkammergesetz war nicht nur Bestandteil des Koalitionsabkommens. So wurde das Zustandekommen des neuen Handelskammergesetzes von den Gewerkschaften mit der Zustimmung zum Arbeiterkammergesetz verbunden. Es wurde schließlich von allen Fraktionen angenommen.



## Ferdinand Hanusch und das sozialpolitische Aufbauwerk

- » 1918: Erweiterung der Gewerbeinspektionen, Gesetz über den 8-stündigen Arbeitstag, Gesetz über die Heimarbeit, staatliche Arbeitslosenunterstützung für Angestellte, Invalidenfürsorge, Errichtung von Einigungsämtern.
- » 1919: Arbeiterurlaubsgesetz, Betriebsrätegesetz, Gesetz über Einigungsämter und Kollektivverträge, Gesetze über den 8-stündigen Normalarbeitstag, Verbot der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche, Invalidenentschädigungsgesetz, Gesetz über die Enteignung zu Wohnungszwecken.
- » 1920: Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte, Hausgehilfengesetz
- » 1921: Angestelltengesetz

# ERSTE REPUBLIK: SOZIALE ERRUNGENSCHAFTEN VERSUS POLITISCHER KONFLIKT

---

## AUFBAU DER ARBEITER- UND ANGESTELLTENKAMMER IN SALZBURG

Am 20. Mai 1921, im Jahr der Inflation und Lebensmittelknappheit, ein Jahr nach Gründung der Salzburger Festspiele, traten im Landtagssaal die Vertreter der Salzburger Arbeiter- und Angestelltenschaft zur ersten konstituierenden Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte zusammen.<sup>10</sup>

31 Vertreter der Freien Gewerkschaften, sechs Deutschnationale und frühe Nationalsozialisten und drei christlich-soziale Gewerkschafter zogen in die Kammer ein. Die Wahl des Präsidenten und der Obmänner der Sektionen wurde mit Akklamation vorgenommen.

Der Brauereiarbeiter und Sekretär der Lebensmittelarbeiter Franz Pühringer<sup>11</sup> wurde mit den Stimmen der Freien Gewerkschafter zum Präsidenten gewählt. Als Obmann der Arbeitersektion wurde der Bauarbeitersekretär Jakob Auer bestimmt. Obmann der Angestelltensektion wurde der Nationalsozialist und Beamte der Pensionsanstalt Felix Beck.<sup>12</sup> Zum Obmann der Sektion der

Verkehrsangestellten wurde der Eisenbahner Hans Geigl gewählt, für die Sektion der Verkehrsarbeiter der Telegraphenmonteur Alois Schürer.

Bei der Wahl der Vizepräsidenten gab es eine Kampfabstimmung, bei der Hans Geigl gegen die Minderheitsfraktionen, die Felix Beck vorschlugen, zum Vizepräsidenten gewählt wurde.<sup>13</sup> Als Ehrengäste waren Bürgermeister Josef Preis, Landeshauptmann Oskar Meyer, Landeshauptmann-Stellvertreter Robert Preußler, Landtagspräsident Michael Neureiter, Sektionschef Max Lederer und der Präsident der Handels- und Gewerbekammer Hermann Gessele anwesend. Turbulent ging es bei der Beschlussfassung über die

Geschäftsordnung zu. *„Die Nationalsozialisten machen einen Heidenspektakel, schlagen auf den Tisch und schreien, weil sie mit ihren Abänderungsanträgen nicht durchdringen.“*<sup>14</sup>

## BESCHLUSS ZUR KAMMERUMLAGE

Einvernehmlich wurde der Voranschlag in Höhe von 4.127.000 Kronen beschlossen. Um das Erfordernis der Kammer zu decken soll eine Kammerumlage<sup>15</sup> von wöchentlich drei Kronen eingehoben werden. Über Vorschlag des Vorstandes wurde Hermann Günscher, vorher bei der Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten in Graz beschäftigt, zum ersten Sekretär der Arbeiterkammer bestellt.

---

## Volksabstimmung über den „Anschluss“

Eine Woche nach der Konstituierung der Arbeiterkammer, am 29. Mai 1921, fand die Volksabstimmung über den „Anschluss“ an das Deutsche Reich im Land Salzburg statt, die dazumals von allen im Landtag vertretenen Parteien unterstützt wurde und die eine 99 %ige Zustimmung erzielte. Das Land Salzburg, als Peripherie, war von einer Verprovinzialisierung und einer industriellen Rückständigkeit gekennzeichnet. Österreich wurde damals als nicht lebensfähig gesehen. Den Parteien war aber sehr wohl bewusst, dass diese Abstimmung nur einen deklaratorischen Charakter haben konnte, nachdem sich die Entente-Mächte scharf gegen diese Bestrebungen aussprachen.

## Fraktionen in der Arbeiterkammer der Ersten Republik:

**Freie Gewerkschaften:** Diese waren die dominierenden sozialistisch orientierten Gewerkschaften. Im Gegensatz zum heutigen österreichischen Gewerkschaftsbund mit seinen Gewerkschaften und politischen Fraktionen waren in der Ersten Republik politische Richtungsgewerkschaften vorherrschend. 1892 koordinierte die Reichsgewerkschaftskommission 133 lokale und regionale Gewerkschaftsvereine. Dieses Jahr wird als Geburtsstunde der modernen Gewerkschaftsbewegung in Österreich gesehen.

**Christliche Gewerkschaften:** Sie gehen auf christliche Arbeiter- und Gesellenvereine in den 1860er-Jahren und die Kolpingbewegung zurück. 1892 wurde von Leopold Kunschak der christlich-soziale Arbeiterverein in Wien gegründet, 1900 der Fachverband in Salzburg. Ende 1907 wurde in Wien die 1. Konferenz der Christlichen Gewerkschaften Österreichs abgehalten. Die Christlichen Gewerkschaften vertraten in erster Linie konfessionelle Grundsätze auf Basis der Sozialenzykliken und verwarfen den Klassenkampf.

1951 wurde die FCG (Fraktion Christlicher Gewerkschafter) im ÖGB gegründet.

**Deutschnationale Gewerkschaften:** Die deutschnationale bzw. deutsch-völkische Gewerkschaftsorganisation hat ihren Ursprung in den Geselligkeitsvereinen, die sich in den vom Nationalitätenstreit in der Monarchie am stärksten betroffenen Gebieten in Böhmen, Mähren und Schlesien bildeten. Besonders in den Kreisen der Angestellten erzielte diese Bewegung Erfolge. Die deutsch-völkischen Gewerkschaften waren im Reichsverfahren deutscher Arbeitnehmervereinigungen Österreichs, später im Deutschen Gewerkschaftsbund für Österreich, zusammengefasst. Sie betonten den nationalen und arischen Standpunkt, bekannten sich zum Staatssozialismus und leugneten die Notwendigkeit des Klassenkampfes. 1926 erzielten die deutschnationalen Gewerkschafter bei den Arbeiterkammerwahlen in Österreich 7,8 % der Stimmen.

Das deutschnationale Lager in Salzburg war anfangs stark fragmentiert, ab 1920 hauptsächlich in der Großdeutschen Volkspartei<sup>17</sup> gesammelt. Die frühen Nationalsozialisten waren gespalten in die gemäßigttere Schulz-Richtung (die Stützpunkte in den deutschnationalen Gewerkschaften und im Deutschen Handlungsgehilfenverband hatte) und die „Hitler Partei“. Die Landesorganisation der NSDAP wurde erst 1923 gegründet. Ab 1931/32 wurden die Großdeutschen von den Nationalsozialisten aufgesogen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Robert Preußler verkündete mit Freude und Genugtuung, dass mit dem Zusammentritt dieser neuen Körperschaft aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten einer alten Forderung der Arbeiterschaft Rechnung getragen und eine Lücke ausgefüllt worden ist.<sup>16</sup>

AK-Präsident Franz Pühringer wies darauf hin, dass der Arbeiterschaft Salzburgs nun Gelegenheit geboten sei, an der Schaffung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes mitzuarbeiten, auf das die Arbeiter Jahrzehnte gewartet hatten, und das nun verwirklicht werden sollte. Als sich diese Koalition verzögerte, erhob die AK Salzburg am 28. September 1923 bei der Bundesregierung Protest dagegen und forderte die rasche Umsetzung.

### AK-WAHL 1921

Am 5. und 6. März 1921 fanden die ersten Arbeiterkammerwahlen statt. Diesem Wahlergebnis wurde große Bedeutung beigemessen, da dieses über die Zusammensetzung und somit die politische Ausrichtung der Kammer entschied. Wie in den meisten anderen Bundesländern hatten die Christlichen Gewerkschaften auch in Salzburg mit den Deutschnationalen, von den Sozialisten „Gelbe“ genannt, in einem Wahlbündnis gemeinsam kandidiert, um gegen die Sozialisten geschlossener auftreten zu können. Getrennte Listen gab es nur in Wien, Niederösterreich und Vorarlberg.

Von 25.031 Wahlberechtigten gaben 15.273 ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von 60,4 % entsprach. Die (sozialistischen) Freien Gewerkschafter erzielten mit 12.242 Stimmen und 31 von 40 Mandaten eine überwältigende Mehrheit. Die Nationalen Gewerkschafter errangen sieben Mandate, die Christlichen zwei. Die nichtsozialistischen Gewerkschaften erreichten insgesamt nur 3.031 Stimmen, was die Freien Gewerk-

schaften in ihrem Anspruch, einzige legitime Vertreter der Arbeiterschaft zu sein, bestärkte. Die Nationalen und Christlichen Gewerkschafter errangen bei den Angestellten die Mehrheit.<sup>18</sup> Die Arbeitslosigkeit, Nichteinhaltung der Sozialgesetze und Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen standen im Mittelpunkt der Debatten bei den Vollversammlungen. Die Fraktionen duellierten sich dabei heftig.

Kammermitglied Heinrich Leukert (Freie Gewerkschafter), Sekretär der Gewerkschaftskommission, sagte am 30. November 1923 bei der 14. Kammervollversammlung: *„Die Arbeitsleistung hat ihre Friedenshöhe nicht nur erreicht, sondern in vielen Fällen überschritten. Die Unternehmer sind mit all dem nicht zufrieden. Sie haben sich eine Schutztruppe geschaffen, die Hakenkreuzler, die sie gegen die Arbeiterschaft ausspielen. Nach dem Herrn Prodingler (Anm.: Hans Prodingler war deutschnationaler Politiker und von 1921 bis 1928 Arbeiterkammerrat), der ein Führer dieser Leute ist, dürfte es für ihn eine Kleinigkeit sein, die Herren dazu zu bewegen, etwas für die Arbeitslosen zu tun.“*<sup>19</sup>



Die Lebensmittelindustrie hatte in Salzburg um 1920 eine große Bedeutung.

Außer den Personalvertretungen bei den Bundesangestellten (-beamten) hatte Salzburg 1925 bei den Betriebsräten folgende fraktionelle Verteilung:<sup>20</sup>

- 425** Freie Gewerkschaften
- 3** Christlichsoziale
- 15** Nationalsozialisten

Leitlinie der Salzburger Kammer war, die Tätigkeit der Gewerkschaften mit allen Kräften zu unterstützen und zu fördern, aber auch zu vermeiden, den Wirkungskreis der Gewerkschaften zu beeinträchtigen oder zu ersetzen.

Auch Ferdinand Hanusch trat dafür ein: „[...] die Arbeiterkammer darf kein Ersatz der Gewerkschaften oder irgendeiner anderen Organisation sein, sondern sie wird [...] vor allem die Aufgabe haben, der Arbeiterklasse das Rüstzeug zu geben für den Klassenkampf.“<sup>21</sup>

### SKEPSIS GEGENÜBER DER ARBEITERKAMMER

Anfangs standen Teile der Gewerkschaften der Arbeiterkammer wie auch den Betriebsräten durchwegs skeptisch gegenüber, weil ein Konkurrenzverhältnis befürchtet wurde. Diese Befürchtungen erwiesen sich aber als unbegründet, da die Freien Gewerkschaften bei den ersten Kammerwahlen österreichweit 83,9 % der Stimmen erzielten und die Kammerpolitik maßgebend bestimmten. Die Funktionen der Arbeiterkammer bestanden einerseits darin, ein wichtiges Instrument der Freien Gewerkschaften zu bilden, andererseits als Kontrollinstrument der von den Gewerkschaften erkämpften gesetzlichen Errungenschaften zu wirken. Die Arbeiterkammer sollte das „geistige Rüstzeug“ für die Gewerkschaftsarbeit bereitstellen.

In dieser Ambivalenz und im Spannungsfeld zwischen kollektiver- und individueller Interessenvertretung befindet sich die Arbeiterkammer nach wie vor.

Die Tätigkeit der neuen Salzburger Arbeiterkammer gestaltete sich überwiegend pragmatisch, hatten doch auch der christlichsoziale Landeshauptmann Franz Rehr<sup>22</sup> und der sozialdemokratische Landeshauptmannstellvertreter Robert Preußler einen Stil der Zusammenarbeit gefunden, der sich deutlich vom übrigen Österreich abhob. Auch die Arbeit der Salzburger AK war weniger von Utopie denn von den Zwängen der Realität geprägt.

Als erster Präsident wurde der Sekretär des Lebensmittelarbeiterverbandes, Franz Pühringer gewählt. Dieser musste aufgrund einer Tuberkulose-Erkrankung bereits im November 1922 zurücktreten und verstarb ein Jahr später.

### SALZBURGS WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Den Lebensmittelbetrieben, speziell den Brauereien (Stiegl, Kaltenhausen, Stern, Siegl in Obertrum, Plattl in Saalfelden und Noppinger in Oberndorf) kam damals in der Salzburger Industrie eine bedeutende Rolle zu. Die Alpenmilchzentrale in Kuchl sowie die Feigenkaffeeabrik Andre Hofer in Parsch



waren die größten Betriebe der Lebensmittelindustrie. Die Tabakfabrik in Hallein zählte zeitweise über 400 Beschäftigte. Ab 1923 kam das genossenschaftliche Union-Lebensmittelwerk beim Bahnhof dazu.

Salzburg war aber vor allem kleingewerblich strukturiert. An Industrie gab es neben den erwähnten Lebensmittelbetrieben nur die Halleiner Zellulosefabrik (Kellner Partington Pulp and Paper Company), die Saline Hallein und das Salzbergwerk am Dürrnberg, die Mitterberger Kupfer AG in Mühlbach, die Konkordia-Erzverhüttung in Tenneck, die Aluminiumfabrik in Lend und bis 1927 den Goldbergbau am Radhausberg bei Böckstein und die Zementfabrik Leube. Größere Betriebe waren neben den Bundesforsten noch die Sägewerke und die 20 (Stand 1930) Wasserkraftanlagen.<sup>23</sup>

## Betriebsstatistik: 1925<sup>24</sup>

Betriebe	Beschäftigte
2637	1-4
375	5-9
233	10-19
123	20-24
43	50-149
8	150-250
11	über 250
3720	Gesamt

## HÄUFIGER WECHSEL AN DER SPITZE

Am 3. November 1922, vier Wochen nach dem Tod des ersten Präsidenten Pühringer, verstarb auch sein Nachfolger, der Bundesbahnbedienstete Hans Geigl.<sup>25</sup> Ebenso im Juni 1922 der erste leitende Sekretär (Direktor) der AK, Hermann Gunscher. Er war ursprünglich Beamter der Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten in Graz. Hans Baltinester übernahm daraufhin die direktoriale Leitung.

Jakob Auer<sup>26</sup>, der Hans Geigl nachfolgte, trat am 28. Mai 1925 als Präsident zurück, weil sein Plan zum Bau eines eigenen Kammergebäudes und dessen Kosten scharfer, vor

allem innerparteilicher, Kritik ausgesetzt war. Der bereits vom Vorstand und Verwaltungsausschuss der Kammer beschlossene Kauf eines geeigneten Objektes in der Paris-Lodron-Straße scheiterte daran, dass in Wien, aufgrund der budgetären Engpässe der Arbeitnehmerorganisationen, ein Baustopp beschlossen wurde. Es folgte ihm der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Johann Elias<sup>27</sup>, der 1927 starb. Elias trat für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein: *„Arbeitslosigkeit ist keine Naturnotwendigkeit, sie ist nur die Folgeerscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir müssen alles daransetzen um den Schäden dieser Wirtschaftsordnung einigermaßen entgegenzuarbeiten und das Los der Arbeiter erträglich zu gestalten“*<sup>28</sup>, so Elias.

Innerhalb von sechs Jahren hatten die hunger- und weltkriegsbedingten Entbehrungen somit fünf führende Männer der ersten Stunde dahingerafft. Ab 30. Mai 1927 führte Landesrat Karl Emminger die Arbeiterkammer bis Ende 1933.

## AK-WAHL 1926 – ES GEHT GEGEN DIE „GELBEN“

Die Stimmen von 1921 (12.242) konnten die Freien Gewerkschafter bei den Wahlen 1926 nicht halten (9.838 Stimmen), sie verloren ein Mandat, blieben aber dennoch klar überlegen.<sup>29</sup> Die Christlichen Gewerkschafter (1.432) kandidierten diesmal getrennt von den Nationalen (2.355). Die Nationalen Gewerkschafter (Wahlliste des deutschen Gewerkschaftsbundes) erzielten bei den Angestellten die überlegene Mehrheit.

30 Mandaten der Freien standen sieben Nationale und drei Christlich-Soziale gegenüber. Den Sozialisten gelang es erst ab 1945 und insbesondere ab den 1970er-Jahren verstärkt bei den Angestellten zu gewinnen.<sup>30</sup>

Die Sozialdemokraten betonten, dass die Wahlen 1926 im Zeichen der Verlängerung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, der Erhaltung des Mieterschutzes, der Schaffung einer brauchbaren Alters- und

Invalidenversicherung gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung und für die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung stünden.<sup>31</sup> In der sozialdemokratischen Tageszeitung „Salzburger Wacht“ wurde das Bündnis zwischen körperlicher und geistiger Arbeit betont. Der Kampf richtete sich vor allem gegen die nationalen Gewerkschafter: *„Es geht gegen die Gelben, die alle Interessen um der Unternehmer willen preiszugeben bereit sind.“*<sup>32</sup>

Als Listenführer kandidierten bei den Sozialdemokraten seitens der Arbeitersektion Johann Elias, in der Angestelltensektion Anton Schönauer und bei den Angestellten der Verkehrsbediensteten Josef Voithofer. Elias wurde als Präsident, Karl Emminger als Vizepräsident gewählt. Nach dem Tod von Elias führten ab 30. Mai 1927 Karl Emminger als Präsident und Heinrich Leukert als Vizepräsident die Kammer bis 31. Dezember 1933.

## BINNENORGANISATION DER AK

Der Vorstand bestand, im Unterschied zu heute, neben dem Präsidenten aus den vier Obmännern der Sektionen. Dies waren die Arbeiter, die Angestellten, die Arbeiter der Verkehrsunternehmungen und die Angestellten der Verkehrsunternehmungen. Der Vizepräsident musste ein Obmann einer Sektionen sein, der der Präsident nicht angehörte.

Die Kammervollversammlung umfasste zusätzlich 24, später insgesamt 40 Kammerräte (gegenüber nunmehr 70). Die Vollversammlungen wurden regelmäßig jedes zweite Monat einberufen, ihr oblagen die Abänderung der Geschäftsordnung und der Dienstordnung, die Beschlussfassung über die Umlagen, Erstellung des Voranschlages und Genehmigung des Rechnungsabschlusses.

Die Konzepts-, Kanzlei- und Kassengeschäfte der Kammer wurden durch das Büro erledigt, dessen Leitung der erste Sekretär innehatte.

Die junge Interessenvertretung konnte sich auch bestens behaupten, produzierte allein in der ersten Funktionsperiode 1921-1926 einen enormen Akteneinlauf von 11.383 Stück, 21.335 Akten folgten zwischen 1926 und 1931, 1.400 Personen suchten 1925 bei der AK Rat.<sup>33</sup>



Einer der ersten Wahlvorschläge für das „Arbeitnehmerparlament“.

## Ausschüsse

An Ausschüssen wurden 1921 eingerichtet:<sup>34</sup>

- » Verwaltungsausschuss
- » Ausschuss für Gewerbe, Industrie, Handels- und Zollpolitik und Bergwesen
- » Ausschuss für Finanzpolitik
- » Ausschuss für Bildungswesen
- » Ausschuss für Verkehrswesen
- » Ausschuss für Arbeitsrecht- und Arbeiterschutz
- » Ausschuss für Sozialversicherung
- » Ausschuss für Sozialisierung
- » Ausschuss für Ernährungs- und Konsumenteninteressen (errichtet 1924)

Um eine ständige Verbindung zu den Arbeitern und Angestellten zu sichern, wurden 70 Berichterstatter bestellt. Die ständigen Berichterstatter hatten die Aufgabe, die Kammer über die wirtschaftlichen Zustände und die Arbeitsverhältnisse in ihren Gebieten zu unterrichten.

Die Kammerumlage wurde mit drei Kronen pro Woche festgelegt und ab 1. Juni 1921 eingehoben. 1926 betrug sie wöchentlich acht Groschen.

### BEGINN DER AKTIVEN INTERESSENPOLITIK AB 1921

In der ersten Funktionsperiode 1921 bis 1926 fanden 24 Vollversammlungen, 203 Ausschusssitzungen, 7 Kammertagungen, 42 Beratungen bei der Wiener Kammer und 35 Beratungen bei Behörden in der Stadt Salzburg statt, 81 Delegationen wurden empfangen. In die verschiedensten Gremien entsandte die AK Vertreter; so z.B. in die industrielle Bezirkskommission, den Fortbildungsausschuss, den Landesverband für den Fremdenverkehr, den Vorstand der Berufsberatungsstelle, in die Branchenaus-

schüsse der Inlandarbeiterschuttkommission, die Preisprufungsstelle, die Mietkommission und die Salzburger Urania.

Aber auch die Dienstleistung wurde praktiziert. Über 1.400 Ratsuchende wurden jährlich, insbesondere in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, beraten. Die AK führte umfangreiche Statistiken über Betriebe, Beschäftigte, Lehrlinge, Wohnungen, kollektivvertragliche Wochenlohne, Arbeitslose, Vereine, Streiks und Ausländerbeschäftigung, die leider größtenteils verlorengegangen sind.

Die Streikstatistik führte für 1923 z.B. an, dass 97,5 Tage gestreikt wurde und 56 Arbeiter von Aussperrung betroffen waren. Von diesen Lohnkonflikten waren 2.286 Arbeitnehmer betroffen. 1923 gab es 48 gewerkschaftliche Organisationen, von denen 40 Gewerkschaften, mit Ausnahme der Nationalen, 22.027 Mitglieder aufwiesen.<sup>35</sup>

### INTERESSENPOLITIK

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Kammer war, Berichte, Gutachten und Stellungnahmen abzugeben, um die Gesetzgebung

im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu beeinflussen. Die Gesetzesbegutachtung erfolgte akkordiert mit der großen Wiener AK, um an deren Ressourcen zu partizipieren. Die Wiener Arbeiterkammer publizierte eine umfangreiche arbeitswissenschaftliche Literatur und baute eine europaweit beachtliche Studienbibliothek auf. Die Arbeiterkammern hatten aber in der Ersten Republik nicht jene Bedeutung wie in der Zweiten. Die AK stand, wie die Gewerkschaften, unter Druck, nachdem die Unternehmerschaft offen den „revolutionären Schutt“ der Sozialgesetze beseitigen wollte.

Ab 1927, nach Justizpalastbrand und den Schattendorfer Ereignissen<sup>36</sup> und dem darauffolgenden Einflussverlust der Sozialdemokratie, verloren nach den Sozialdemokraten auch die Arbeiterkammern sukzessive an politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Die kleine Salzburger Kammer legte den Gebietskörperschaften aber ungeachtet dessen jährliche Forderungsprogramme vor, insbesondere zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie versuchte in einer Vielzahl von Fällen individuelle Problemlösungen zu erreichen.

## OFT WAREN DIE NEUEN SOZIALGESETZE NUR EIN STÜCK PAPIER

Die neuen Sozialgesetze waren aber in der täglichen Praxis oft nur ein Stück Papier.

So wurde das 8-Stunden-Tag-Gesetz im Land Salzburg bei Weitem nicht eingehalten. Ein Berichterstatter der Kammer erklärte, dass im ganzen Pinzgau zehn Stunden und mehr gearbeitet werde. Besonders krass waren die Übertretungen bei den persönlichen Diensten und im Gastgewerbe. Sowie bei den Gebietskörperschaften. Viele Stubenmädchen im Pinzgau arbeiteten oft bis zu 18 Stunden und hatten keinen Ruhetag.<sup>37</sup>

Die häufigen Übertretungen des erkämpften 8-Stunden-Tag-Gesetzes, bei einer 48-Stundenwoche, veranlasste nun die Arbeiterkammer Salzburg zu einer großangelegten Plakat-Aktion, um zu verhindern, dass eines der wichtigsten Gesetze zum Schutz der österreichischen Arbeiterschaft praktisch unwirksam gemacht wurde. Der sozialpolitische Ausschuss der Kammer beschloss im Jahr 1926 die Arbeiter und Angestellten öffentlich aufzurufen und aufzufordern, gemeinsam mit der Kammer den Kampf gegen die Gesetzesmissachtung und das soziale Unverständnis aufzunehmen. In Stadt und Land Salzburg wurden daher hunderte Plakate öffentlich aufgehängt.

## ZAHLREICHE VERSTÖSSE DER ARBEITGEBER

Gemeinsam mit der Landesgewerkschaftskommission und dem Holzarbeiterverband Salzburg erstattete die Kammer eine Reihe von Anzeigen wegen Übertretungen des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit in der Säge- und Holzindustrie. Bei verschiedenen Baufirmen in Bad Gastein wurden Überstunden in beträchtlichem Ausmaß geleistet.

Laut Angaben der Unternehmer, nach einem Protokoll der Gendarmerie, „[...] war nie ein Zwang zu einer längeren Arbeitszeit als täglich 8 Stunden gegeben“ und „[...] sei dies eine vollkommen freiwillige Sache der Arbeiter, wenn sie länger als 8 Stunden pro Tag arbeiten.“<sup>38</sup> Die Kammer beantragte die Bestrafung der Unternehmen.

Auch das Bäckereiarbeitergesetz vom Jahr 1890 war im Sommer 1921 sehr bedroht. Der Widerstand der Unternehmer richtete sich vorwiegend gegen das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Auch hier schritt die AK mehrmals ein. So beantragte sie schon zu Jahresbeginn 1922 bei den Gewerbebehörden eine Anzahl Bäckergehilfen des Zentralverbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter und -arbeiterinnen mit Legitimationen zu versehen, durch die sie die Berechtigung erlangten, den Polizeiorganen als Assistenz zu dienen und unter Führung dieser Organe jederzeit Bäckereibetriebe zur Feststellung von Übertretungen des Bäckereiarbeitergesetzes zu betreten. Der vorgeschlagene ständige Kontrolldienst wurde eingerichtet und funktionierte.

Die Übertretungen des 8-Stunden-Tag-Gesetzes, meistens auch nicht entlohnt, waren ständig an der Tagesordnung und so erstattete die Kammer 1927, bei krassen Fällen, allein im Pinzgau hunderte Anzeigen.<sup>39</sup>

Von der Arbeiterkammer Salzburg wurde erhoben, dass in einem großen Teil des Landes Salzburg „[...] vor allem das Achtstundentagsgesetz- und das Arbeiterurlaubsgesetz vollkommen ignoriert wurden. [...] In fast allen kleineren Betrieben wird zehn oder zwölf Stunden täglich gearbeitet. Von einer Überstundenentlohnung ist natürlich nicht die Rede, desgleichen nicht von Urlaub oder sonstigen Rechten, die den Arbeitern aufgrund der Gesetze zustehen.“<sup>40</sup>

Neben dem Kampf für die Einhaltung der gesetzlichen Errungenschaften wollte die AK durch die Arbeitszeitkontrollen vor allem Neueinstellungen erzwingen und somit Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit setzen.

## FÜR DEN 6-UHR LADENSCHLUSS

Einen ständigen Kampf führte die AK gegen die Bestrebungen der Salzburger Kaufleute den 6-Uhr Ladenschluss zu beseitigen. Einige Kaufgeschäfte sperrten die Läden regelmäßig eine halbe Stunde später zu als gesetzlich vorgeschrieben. Die Kammer forderte die Gewerbebehörde auf, die Ladenschlusszeiten strikt einzuhalten, was später auch geschah. Die Kammer wies darauf hin, dass die Tuberkulose vor allem unter der Angestelltenschaft der in der Altstadt befindlichen Geschäfte jährlich verhältnismäßig viele Opfer forderte und erst mit einer Statistik einwandfrei festgestellt werden konnte. Sie wies auf die Priorität der Gesundheit der arbeitenden Menschen gegenüber der voll ausgenützten Geschäftsmöglichkeit hin. Die AK ersuchte die Landesregierung nichts zu unternehmen, was der Angestelltenschaft, die unter der Wirtschaftskrise ohnedies schwer zu leiden hatte, zum Nachteil reichen würde. Der Angriff auf den Ladenschluss konnte so erfolgreich abgewehrt werden.

## DER KAMPF UM DIE SONNTAGSRUHE DER ANGESTELLTEN

Ähnlich wie bei der Aktion gegen den Ladenschluss suchte die Kaufmannschaft Salzburgs auch das Sonntagsruhegesetz zu durchlöchern. Einen willkommenen Vorwand bot das Wiedersehensfest des Edelweißkorps zu Pfingsten im Jahr 1923 in Salzburg. Unter dem Hinweis auf dieses Fest verlangten die Kaufleute von der Salzburger Landesregierung die Bewilligung des Offenhaltens der meisten Geschäfte am Pfingstsonntag. Die AK sprach sich in ihrem Gutachten mit aller Entschiedenheit dagegen aus.

## ERRICHTUNG EINES GWERBEGERICHTES IN SALZBURG

Eine der wichtigsten Forderungen – jene nach einem Gewerbegerichtsgesetz – wurde im April 1922 erfüllt. In diesem wurde die Entscheidung über Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern besonderen Gerichten, die eine qualifizierte Fachkenntnis besaßen, übertragen. Das alte Gewerbegerichtsgesetz aus dem Jahr 1896 wurde grundsätzlich erneuert. Durch das Wiederaufbaugesetz wurde allerdings die bereits im Gesetz vorgesehene Errichtung eines Gewerbegerichtes in Salzburg verhindert. In wiederholten dringlichen Eingaben der AK an die Bundesregierung und die Landesregierung sollte dem Verlangen zum Durchbruch verholfen werden, was allerdings erst 1930 gelang.

## MANGELHAFTER GWERBEINSPEKTION

Eine alte Forderung der Arbeiterschaft war, dass die Einhaltung der zum Schutz der Arbeitnehmer erlassenen Normen durch Gewerbeinspektoren überwacht wird. In den Programmen war immer wieder die Forderung nach Vermehrung der Gewerbeinspektoren zu finden. So erhob die Vollversammlung am 7. Februar 1924 den schärfsten Protest gegen die völlig unzureichende Besetzung der Gewerbeinspektorate. Die AK kritisierte scharf, dass im Jahr

1925 von 147 fabrikmäßigen Betrieben im Land Salzburg nur 107 inspiziert wurden, wobei von acht Fabriken im Bezirk Tamsweg nur eine besichtigt wurde. Von den 2.284 unfallversicherten Betrieben konnten 1.814 nicht inspiziert werden. Nach mehrmaligem Einschreiten der Kammer entsandte das Bundesministerium für Soziale Verwaltung immerhin einen zusätzlichen Gewerbeinspektor nach Salzburg.

## SCHUTZ DER ARBEITNEHMER VOR SCHIKANÖSER KÜNDIGUNG

*„Bei der AK sind zahlreiche Beschwerden eingelaufen, dass Arbeitnehmer lediglich aus dem Grunde gekündigt werden, weil sie die Leistung ungesetzlicher Überstunden verweigerten oder weil sie den gesetzlich zustehenden Überstundenlohn forderten. In einer Zeit, in der Zehntausende arbeitslos waren, hatte es die Kammer naturgemäß schwer gegen willkürliche Kündigungen vorzugehen. Auch fehlte eine gesetzliche Grundlage um die Arbeiter und Angestellten vor Willkürakten der Unternehmer zu schützen. Die Kammer beschloss gemeinsam mit den Schwesterkammern alle geeignete Schritte zu unternehmen, um allenfalls im Wege der Novellierung des Betriebsrätegesetzes den Praktiken der Unternehmer ein Ende zu setzen. Leider konnte in dieser Angelegenheit der gewünschte Erfolg nicht herbeigeführt werden.“<sup>41</sup>*

## GEGEN DEN ABBAU DES ANGESTELLTENGESETZES

Zum Zwecke des Abbaus des Angestelltengesetzes wurde von den Arbeitgebern mit allen Mitteln Propaganda betrieben. Es wurde beispielsweise unter dem Schlagwort der sozialpolitischen Überlastung von Unternehmenseite gegen die Angestelltenabfertigung

Sturm gelaufen. Diesem Argument hielt die AK Salzburg den Bericht der Völkerbundfachmänner Rist und Landon entgegen, demzufolge die sozialpolitische Belastung Österreichs den in anderen Industriestaaten üblichen Durchschnitt nicht übersteigt. Die AK stellte bei den maßgeblichen Stellen die notwendigen Gegenanträge und verließ die Forderung der Angestelltenorganisationen nach Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Schutzmaßregeln entsprechenden Nachdruck. Seit dem Zerbrechen der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalition 1920 kritisierte die Unternehmenseite die als überhöht angesehenen sozialen Lasten, währenddessen die Sozialisten auf das in Österreich im internationalen Vergleich niedrige Lohnniveau verwiesen.

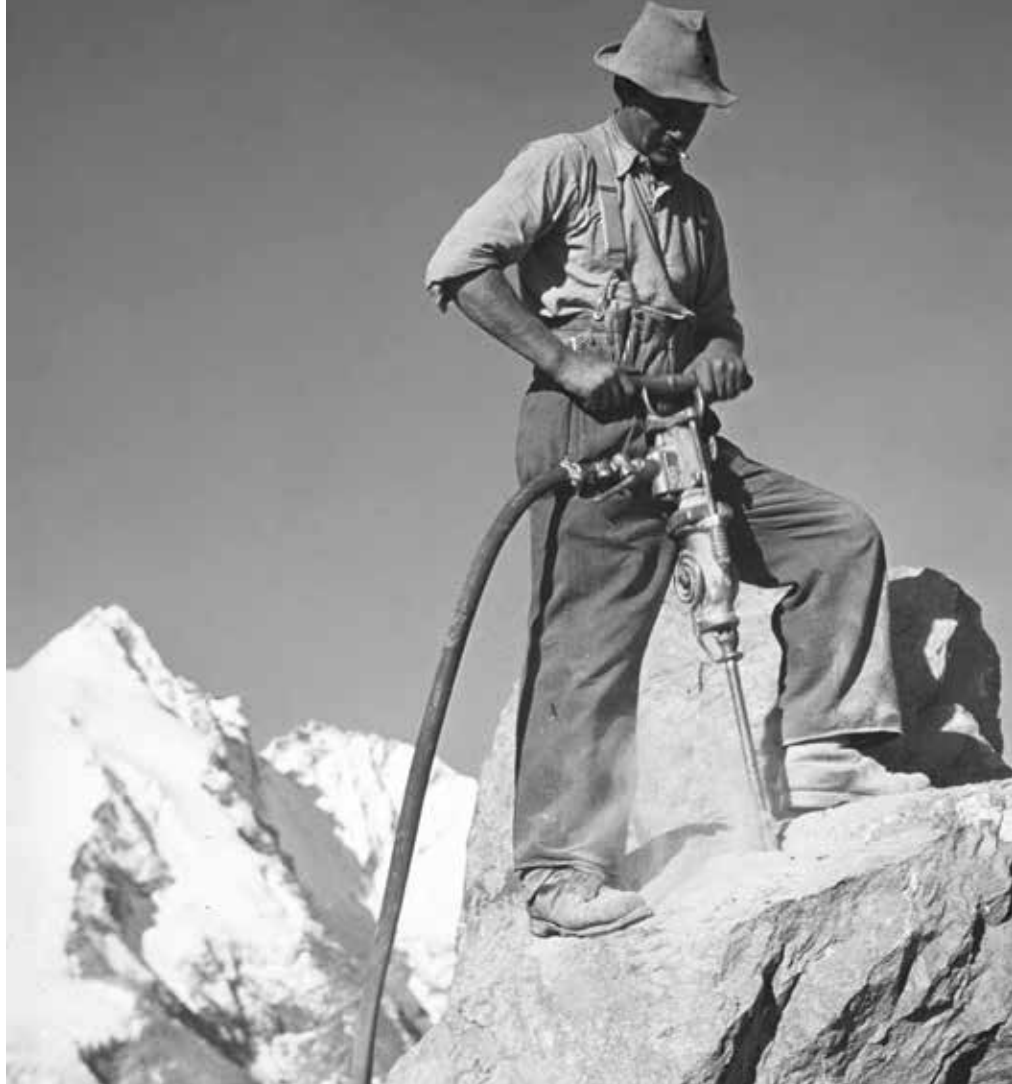
## KAMPF GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Die sozialpolitischen Forderungen sind im Umfeld der gravierenden Massenarbeitslosigkeit zu sehen. Waren im Dezember 1923 nur 2.428 Arbeitslose gemeldet, so stieg die Anzahl im Dezember 1925 auf 5.881. Da sich im Land Salzburg dazumal ca. 30.000 Arbeiter und Angestellte befanden, war praktisch jeder fünfte Arbeitnehmer des Landes beschäftigungslos. Im Winter 1924/25 erhoben viele Arbeitslose die Beschwerde bei der Kammer, dass die Unterstützungen in den Gebirgsgauen verspätet oder gar nicht ausbezahlt wurden. Die AK griff sofort ein und stellte einige Unzukömmlichkeiten ab und gab durch das Büro die Werkblätter für Arbeitslose im Land Salzburg in einigen tausend Exemplaren heraus. Die AK forderte 1923 von der Landesregierung geplante Bauten in Angriff zu nehmen und richtete 1924 ein detailliertes Programm zur produktiven Arbeitslosenfürsorge an diese, die Stadt und die Bundesregierung.

## Ausgaben aus dem Wohlfahrtsfonds der AK (1924)<sup>43</sup>

Für Ausgestaltung des Arbeitslosenobdachheimes	K 30.000.000,-
Spende für die Küche des Arbeitslosenheimes	K 10.000.000,-
Kosten der Freiplätze für Salzburger Arbeiterstudenten in Wien	K 10.539.000,-
Kosten der Fürsorgeaktion „Lehrlinge aufs Land“	K 4.523.900,-

Der Bau der Großglockner-Hochalpenstraße war eine wirtschaftspolitische Forderung der AK.



Insbesondere könne mit umfangreichen Regulierungsarbeiten bei Salzach und Glan Beschäftigung geschaffen werden. In der Stadt Salzburg und Gnigl-Itzling setzte auch unter den Sozialdemokraten in den 1920er-Jahren ein starker Mietwohnungsbau ein.

### ARBEITSVERMITTLUNG

Neben der Arbeitsbeschaffung im Wege der produktiven Arbeitslosenfürsorge war die Forderung nach einer zentralen, straff geführten Arbeitsvermittlung ein zentraler Punkt.

In Österreich wurde nach den großen Fortschritten unter Staatssekretär Hanusch das Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen, das den Arbeitslosen eine Grundsicherung gewährte. Nach dem Zerfall der großen Koalition wurden verschiedene Ansätze erarbeitet, die eine Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zum Ziel hatten. Die AK wandte sich scharf dagegen. Vor allem wurde in mehreren Vollversammlungen ein Verbot der gewerblichen Arbeitsvermittlung gefordert.

### ARBEITSLÖSENHEIM

„Und hatte die Demut zum Gefährten,/ Deren Glanz der Armut Haus bescheint.“ Beim Salzburger Dichter Georg Trakl wird wie bei Rainer Maria Rilke „Denn Armut ist ein großer Glanz aus Innen[...]“ die Armut fast schon religiös verkürt.<sup>42</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg war die Wohnungssituation der Arbeiterschaft allgemein katastrophal. Erst in den 1920er-Jahren erfolgte auch in Salzburg eine umfangreiche Mietwohnungsbautätigkeit, vor allem in Gnigl-Itzling und Hallein. Vorbild waren die Sozialbauten des „Roten Wien“.

Die Arbeiterkammer versuchte einzelne Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu initiieren bzw. zu implementieren. So wurde auf Initiative der AK in der Stadt Salzburg die Errichtung einer Heimstätte für reisende Arbeitslose mit Küche, Wärmestube und Schlafräumen erreicht. Die weitere Ausgestaltung des in der Glockengasse befindlichen Arbeitslosenheimes erfolgte im Lauf

der weiteren Jahre, sodass dieses Heim die letzte Zufluchtstätte einer großen Zahl von Arbeitslosen werden konnte. Für die Ausgestaltung des Arbeitslosenobdachheimes steuerte die AK 30 Millionen Kronen bei.

### WIRTSCHAFTSPOLITISCHES FORDERUNGSPROGRAMM 1926

Fast jährlich legte die AK der Bundes- und Landesregierung ein von der Vollversammlung beschlossenes Programm zur Ausführung diverser Notstandsmaßnahmen mit dem dringenden Ersuchen vor, diese Arbeiten in Angriff zu nehmen. Das Programm der Kammer von 1926 umfasste:

- » Regulierungsarbeiten an der Salzach
- » Bau der Großglockner-Hochalpenstraße
- » Bahnbauten, Lungau-Bahn
- » Landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten<sup>44</sup>, Errichtung einer Entwässerungsanlage im Sumpfbereich Zell am See-Uttendorf im Pinzgau, Entsumpfung der Gegend Mattsee-Trumersee



- » Wasserkraftbauten
- » Hochbauten (Bau von Arbeiterhäusern, Wohnhäuser für die Post- und Telegrafenediensteten)

Der Kammerreferent Sektionsobmann Heinrich Leukert<sup>45</sup> wies in der 19. Vollversammlung mit Recht darauf hin, „[...] dass man heute mit den aufgestellten Arbeiten die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, wohl aber mildern könne.“<sup>46</sup>

Ebenso wichtig wie die Arbeitsbeschaffung im Wege der produktiven Arbeitslosenfürsorge war die Arbeitsvermittlung. Die Kammer forderte eine Beseitigung der Zersplitterung der Arbeitsvermittlung, weil dies im Interesse wirksamer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit läge. So führte die AK einen ständigen Kampf gegen die privaten gewerbsmäßigen Stellenvermittlungen. Diese nötigten die Arbeitssuchenden zur Zahlung von oft unverhältnismäßig hohen Gebühren.<sup>47</sup>

Der Anteil der Initiierungen der Arbeiterkammer an den Salzburger Bauleistungen ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls unterstützen sie und die Sozialdemokraten im Landtag Landeshauptmann Franz Rehrls Bauprojekte. Durch den Bau der Salzburger Dolomiten-Straße in Abtenau, der Gaisbergstraße 1929, den Baubeginn der Tauernkraftwerke und der Großglockner-Hochalpenstraße 1930 wurden im Land bedeutende straßenbauliche und beschäftigungspolitische Maßnahmen gesetzt.

## AUSWANDERUNGSFRAGE

Die Armut und Arbeitslosigkeit führten zu starken Auswanderungswünschen.

1925 hatte sich die Kammer mit der Frage der Auswanderung notleidender, „überzähliger“ Salzburger Arbeitnehmer nach Brasilien und Frankreich zu befassen. Der damalige Kammerpräsident Johann Elias wies anlässlich einer Anwerbung einer großen Zahl arbeitsloser Metall- und Bergarbeiter für französische Bergwerke diese darauf hin, dass die Arbeitsverträge die Verpflichtung für ganz bestimmte Arbeiten vorsehen. Aufgrund freier Überfahrt von Wien bis zum Arbeitsort in Brasilien herrschte an der Auswanderung unter den vielen arbeitslosen Salzburger Arbeitnehmern ein so großes Interesse, dass die Kammer sogar Vorträge des weltreisenden Ingenieurs Handruck arrangierte, um die Auswanderungswilligen wenigstens über die dortigen Lebensverhältnisse zu informieren. Präsident Elias brachte beim Kammertag in Linz im Herbst 1925 die Forderung zur Schaffung eines Inlandarbeiter-

schutzgesetzes ein, um zweckmäßige Gegenseitigkeitsverträge abschließen zu können.

## BILDUNG

Bei dem Versuch die Stellung der Arbeiterschaft in der Gesellschaft zu heben war Bildung ein zentraler Punkt der Arbeiterbewegung in der Ersten Republik. Bereits im Jahr 1921 wurde von der AK mit Betriebsräte-Instruktorenkursen begonnen. Als Themen wurden Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik, Finanzwissenschaft, Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Arbeitsrecht und Sozialversicherung gelehrt. Vor allem standen die wichtigsten arbeitsrechtlichen Bestimmungen, wie das Betriebsrätegesetz, auf dem Programm.

Heinrich Leukert, der Obmann des Bildungsausschusses schrieb in der „Salzburger Wacht“ am 25. Oktober 1924: „Es tut not, dass wir unsere Menschenwürde heben, nicht mit Alkohol oder Tingel-Tangemusik in Bierlokalen, sondern im kulturellen und geistigen Sinn.“<sup>48</sup>

Auch allgemeine Bildungskurse wurden abgehalten. So z.B. 1924:

- » 2 Buchhaltungskurse
- » 1 Stenografiekurs
- » 1 Rechenkurs
- » 1 Rechtschreibkurs und ab 1925 auch Englischkurse

Im selben Jahr gab es 14 Urania Filmvorführungen zu ermäßigten Preisen. 15 Konzertabende fanden im Mozarteum statt, 139 Radiovorführungen unter der Leitung des Obmannes Zermak wurden abgehalten. Die Bibliothek hatte 1925 einen Bestand von 3.125 Bänden, von den 2.538 Lesern wurden 16.241 Bücher entliehen, davon 12.944 Bände der Belletristik, 2.005 geschichtlichen und 1.292 Bände naturwissenschaftlichen Inhalts.

1923 wurde von der Arbeiterkammer die Gründung einer Berufsberatungsstelle-Lehrstellenvermittlung initiiert, die 1925, unter Kostenbeteiligung der AK sowie des Landes in der Höhe von 20 Millionen Kronen, bei der Handelskammer eingerichtet wurde. Der Vorstand war paritätisch von Arbeiterkammer und Wirtschaftsfunktionären besetzt.

Die Forderung nach Errichtung einer Lehrwerkstätte wurde hingegen von der Handelskammer vehement bekämpft.

## ÜBERWINDUNG DER AUSGRENZUNG BEI GESUNDHEIT UND SPORT

Nachdem die Arbeiterschaft vielfach vom bürgerlichen kulturellen Leben ausgeschlossen war, hatte die Arbeiterbewegung in der Ersten Republik ein Netz von politischen, kulturellen und sportlichen Organisationen aufgebaut sowie eine eigene Festkultur entwickelt, die in den Lebenszusammenhang der Arbeitnehmer eingebettet waren. Es entstanden neue Kulturformen, die eine Änderung des Alltagslebens mit sich brachten. Die einfache Beteiligungsmöglichkeit der Arbeiterschaft sollte dabei im Vordergrund stehen. Zwar war der „neue Mensch“ das austromarxistisch-theoretisch angepeilte Ziel, in der Praxis ging es aber vor allem um die Beteiligung am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben, das der Arbeiterschaft weitgehend versperrt war.

Mit ihren bescheidenen Mitteln unterstützte die AK Maßnahmen „zur Kräftigung der Gesundheit“ der Arbeiterschaft sowie die Turn-, Sport- und Wandervereine finanziell und forderte die Zurverfügungstellung von Sportplätzen und Turnhallen. Auch Maßnahmen gegen den Alkoholmissbrauch wurden Anfang der 1920er-Jahre angediskutiert und eine entsprechende Note an das Parlament verfasst. Im Jahr 1927 widmete die Kammer ihre Aufmerksamkeit folgenden Bereichen:<sup>49</sup>

- » Fortführung der Arbeitslosenküche und des Heimes für reisende Arbeiter
- » Aufwertung der Unfallrenten
- » 23. Novelle zum Krankenversicherungsgesetz
- » Durchführung der Altersfürsorge
- » Abwehr der Verlängerung der Ladenschlusszeit bei Zuckerwarenhändlern und in Bäckereibetrieben
- » Vornahme von Inspizierungen von 13 Gerüstungen verschiedener Baufirmen
- » Übertretungen des 8-Stunden-Tag-Gesetzes
- » Überstundenentlohnungen
- » Betriebsunfälle bei Eisenbahnen, usw.

Die AK-Umlage betrug 1927 35 Groschen pro Monat. An Umlageneinnahmen verzeichnete der AK-Rechnungsabschluss 113.759,95 Schilling.<sup>50</sup>

## SOZIALPOLITIK STEHT IM VORDERGUND

Im Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung 1928 berichtete die Kammer:

*„Die Arbeiten in der Kammer in Salzburg bewegen sich vor allem auf sozialpolitischem Gebiet; die Kontrolle der Durchführung der sozialpolitischen Gesetze und der unermüdlichen Aufklärung der Arbeiterschaft gehört zu ihren wichtigsten Aufgaben. Eine Reihe von sozialpolitischen Bestimmungen wurde in Merkblättern an die Betriebe verteilt, die wichtigsten Bestimmungen des 8-Stunden-Tag-Gesetzes wurden sogar plakatiert. Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten wurden den Behörden wiederholt Anträge für Notstandsarbeiten und für die produktive Arbeitslosenfürsorge unterbreitet, für die Arbeitslosen wurde in der Stadt Salzburg ein eigenes Heim eingerichtet. In der Kammer selbst besteht eine eigene Berufsberatungsstelle. Von wichtigeren Arbeiten sind weiters zu erwähnen: Die Ausgestaltung des Gewerbeinspektionsdienstes, die wiederholten Eingaben wegen der Errichtung eines Gewerbeberichtes, die Bemühungen zur Linderung des Wohnungselends, die Vorschläge zur Verhütung von Unfällen im Eisenbahnbetrieb, die Verhinderung der Aufhebung der Fremdenzimmerabgabe und die Förderung der allgemeinen sachlichen und körperlichen Ausbildung der Arbeiterschaft.“<sup>51</sup>*

## UMSTRITTENE ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG

Die Arbeitslosenunterstützung war wohl das umstrittenste Kampfobjekt der ganzen fünfjährigen Arbeitsperiode der Arbeiterkammer, wie in einer Schrift der Gewerkschaftskommission festgestellt wurde. Seit Herbst 1918 setzten jene sozialpolitischen Initiativen ein, die als herausragendes Kennzeichen der frühen 1920er-Jahre angesehen werden können:

- » Hanusch-Betriebsrätegesetz
- » Arbeiterurlausgesetz, das Gesetz über Einigungsämter- und Kollektivverträge
- » das Gewerbeberichtsgesetz
- » Hausgehilfengesetz
- » Ausweitung der Kranken- und Unfallversicherung
- » Arbeitslosenversicherungsgesetz 1920

Die 1919 und 1920 noch dominierende Sozialdemokratie drängte unter Hanusch auf ein umfangreiches sozialpolitisches Gesetzeswerk, wofür sie auch weitgehend die Zustimmung von Christlich-Sozialen und Großdeutschen erhielt. Ab dem Bruch der Koalition 1920 und der steigenden Inflation ab 1922 begann der sozialpolitische Impuls zu erlahmen. Erst 1927 wurden die großen Sozialversicherungsgesetze für Arbeiter und 1928 für die Landwirtschaft verabschiedet.

In der 30. Vollversammlung am 23. Jänner 1928 stellte Präsident Karl Emminger<sup>52</sup> fest, dass die Einhaltung der sozialpolitischen Gesetze noch immer sehr zu wünschen übrig lasse. Im Jahr 1927 erstattete die Kammer 99 Anzeigen wegen krasser Nichteinhaltung des 8-Stunden-Tages. Die Strafen fielen aber sehr milde aus; 636 Schilling wurden insgesamt auferlegt.

Ein größerer Parscher Betrieb verlangte gar in seinem Anstellungsschreiben die Einhaltung einer neuneneinhalbstündigen Arbeitszeit (bei einer Sechstageswoche).<sup>53</sup>



Mitglieder des republikanischen Schutzbundes Hallein in den 1930er-Jahren.

## WELTWIRTSCHAFTSKRISE 1929/30

Nach den Jahren der gallopierten Inflation bis 1923 stabilisierte sich Mitte der 1920er-Jahre die Wirtschaft, 1928 galt als das Spitzenjahr im Fremdenverkehr. Dennoch stiegen ab 1924 sukzessive die Arbeitslosenzahlen. Ab 1927 gerieten die Christlich-Sozialen zunehmend unter den Druck der Heimwehren, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und auch die Arbeiterkammer in eine starke Defensivposition.

Die 1929 hereinbrechende Weltwirtschaftskrise und der österreichische Bankenkrach der Creditanstalt wirkten sich aber auch in Salzburg verheerend aus. Die Preise für Vieh und Holz sanken ins Bodenlose. Der Kupferbergbau in Mühlbach musste 1931 zusperrten. Von den 750 Arbeitern wurden 300 pensioniert, die anderen wurden arbeitslos. Die Arbeitslosenzahl stieg im Jahr 1932 auf 32 %.

Im Oktober und November 1929 fanden die großen Aufmärsche der Heimwehren<sup>54</sup> und des Republikanischen Schutzbundes<sup>55</sup> statt. Die Depression führte zu einer Radikalisierung der Innenpolitik. Auch die Nationalsozialisten gewannen an Boden und erzielten bei den Salzburger Landtagswahlen 1932 32 % der Stimmen. Das demokratische politische System geriet in eine schwere Krise.

## ARBEITSLOSIGKEIT

Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 7.650 im Winter 1928 auf 16.244 im Winter 1932. Die Belegschaft der Konkordiahütte in Tenneck zählte 1930 noch 170 Beschäftigte. 1931 nur mehr 42. In der Aluminiumfabrik in Lend sank die Beschäftigtenzahl zwischen 1930 und 1931 von 550 auf 280. In der Zellulosefabrik in Hallein war der Mitarbeiterstand von 800 auf 590 gesunken. Die öffentlichen Budgets waren leer. Die AK Salzburg forderte aber bereits sehr früh breite Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Die vorgesehenen AK-Wahlen 1931 konnten aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit nicht durchgeführt werden, weil österreichweit über eine Million Arbeitnehmer von den Wahlen ausgeschlossen gewesen wären, und überdies die Finanzierung der Wahlorganisation in Frage gestanden wäre. Mit Verordnung der Bundesregierung wurde die Funktionsperiode bis zum 1. Oktober 1933 – dann nach Ausschaltung des Parlamentes per Verordnung vom 29. September 1933 bis 31. Dezember 1933 – verlängert. Ab 1. Jänner 1934 wurden durch Verordnung Verwaltungskommissionen eingesetzt und die Selbstverwaltung aufgelöst.

Am 9. August 1932 fand auf Ersuchen der Kammer bei der Landesregierung eine En-

quete zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit statt. AK-Präsident Landesrat Karl Emminger legte der Landesregierung ein Memorandum der Kammer zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Darin hieß es: „[...] Die Not der Bevölkerung insbesondere der ausgesteuerten Arbeitslosen hat die Grenze des Ertragsbaren erreicht. Viele Familienväter sind bereits Jahr und Tag arbeitslos und der Verzweiflung nahe. Im Haushalt dieser Arbeitslosen fehlen längst die notwendigsten Geräte und lebenswichtige Nahrungsmittel. Längst ist alles verkauft oder versetzt, was irgend einen Wert hatte. Es mangelt vor allem an Kleidern, Schuhen und Wäsche. Die Unterernährung beginnt sich in erster Linie bei den Kindern der Arbeitslosen in erschreckendem Maß bemerkbar zu machen.“<sup>56</sup>

## KRITIK AN DER GEWERBLICHEN STELLENVERMITTLUNG

Kritisiert wurde die gewerbliche Stellenvermittlung. In der Stadt Salzburg bestanden nicht weniger als zwölf gewerbliche Stellenvermittlungen, die die Arbeitssuchenden zur Zahlung von oft unverhältnismäßig hohen Gebühren nötigten. Bei manchen Fällen konnte man sogar von einer gewissenlosen Ausbeutung sprechen. Die Kammer forderte ein Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung und die Übernahme durch die öffentliche Verwaltung.



## Arbeitslose 1923-1935<sup>58</sup>

<b>1923</b>	2.428	<b>1930</b>	11.323
<b>1925</b>	5.950	<b>1931</b>	13.950
<b>1926</b>	6.259	<b>1932</b>	16.244
<b>1927</b>	4.625	<b>1933</b>	15.145
<b>1928</b>	7.650	<b>1934</b>	14.331
<b>1929</b>	9.564	<b>1935</b>	15.652

\* 1878

1944 †



Die Arbeiterkammern hatten am Kammertag 1932 auf die Notwendigkeit der gerechten Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums auf die Arbeitsfähigen eindringlichst hingewiesen und die Einführung der 40-Stunden-Woche gefordert.

### TRISTE WIRTSCHAFTSLAGE IN SALZBURG

1933 zeichnete Präsident Emminger bei der Vollversammlung ein tristes Bild von der Wirtschaftslage:

*„[...] ein Industriebetrieb nach dem anderen sperrt seine Arbeitsstätten und das Ende vom Lied ist: Not und Elend der zum Nichtstun verurteilten Männer und Frauen, Unterernährung vor allem der Kinder, vielfach Unmöglichkeit die Wohnungsmiete zu bezahlen, drohender Zusammenbruch der Gemeinden.“<sup>57</sup>*

Schwere Sorgen bereiteten den Arbeitslosen vor allem die monatliche Mietzinsfrage. Hier half die AK zumindest mit mietrechtlichen Auskünften.

Der christlich orientierte Autor Georg Rendl<sup>59</sup> schilderte in seiner autobiographischen Romantrilogie „Die Glasbläser von Bürmoos“ (1935-38) und dem sozialen Epos „Vor den Fenstern“ eindrucksvoll die Beschwerden der Arbeitslosen und der Arbeitswelt in den 1930er-Jahren. 1984 schuf die AK ihm zu Ehren den Georg-Rendl-Literaturpreis<sup>60</sup> zu Themen der Arbeitswelt.

In den ersten Jahren verlor die AK vier Präsidenten. Ab Mai 1927 bündelte die Sozialdemokratie in Salzburg – neben Landeshauptmannstellvertreter Robert Preußler und Josef Witternigg – in Karl Emminger, Landesrat und Landeskommandant des Republikanischen Schutzbundes und nun auch Präsident der Arbeiterkammer, ihre Kräfte.

### LEITFIGUR KARL EMMINGER

Karl Emminger tritt in den zeitgenössischen Zitaten vor allem in seiner Funktion als sozialdemokratischer Landesrat und kaum als Arbeiterkammer-Präsident hervor; seine Funktion als AK-Präsident ist der parteipolitischen untergeordnet. Die Arbeiterkammer fungiert als Zulieferer interessenpolitischer Grundlagen, die politische Bühne ist aber der Landtag, wo die Forderungen gestellt werden.

Die „Politik der radikalen Phrase“ der österreichischen Sozialdemokraten ist nach Historiker Ernst Hanisch auch für Salzburg zu relativieren. Hier entsprach eher eine reformistische Theorie der reformistischen Praxis.

Emminger nahm auch in seiner parteipolitischen Funktion am 15. September 1933 an der sozialdemokratischen Grenzländerkonferenz teil, die über eine Möglichkeit der Kooperation mit der Regierung im Kampf gegen den Nationalsozialismus beriet, der als die größere Bedrohung gesehen wurde. Drei Tage später sprach Emminger mit dem sozialdemokratischen Landeshauptmannstellvertreter Robert Preußler, dem Christlich-Sozialen Landeshauptmannstellvertreter Michael Neureiter und dem Sicherheitsdirektor Brigadier Wimmer beim Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Partei Carl Vaugoin<sup>61</sup> vor. Doch Vaugoin wurde entmachteter. An einem Ausgleich mit den Sozialdemokraten waren die autoritären Christlich-Sozialen und Heimwehler nicht mehr interessiert. Die Ära des christlichen Ständestaates und der Weg in die Diktatur zeichneten sich ab.

# DIE ARBEITERKAMMER IM STÄNDESTAAT

## 1934-1938

### AM VORABEND DES STÄNDESTAATES

#### „NUN REGNET'S ROTE TRÄNEN“<sup>62</sup>

Ab den späten 1920er-Jahren verstärkte sich in Österreich der Konflikt zwischen den politischen Lagern. Mit der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß im Jahr 1933 und der Auflösung des Verfassungsgerichtshofes trat die autoritäre Regierungsform immer deutlicher zutage. Ab dem Frühjahr 1933 wurden der Gemeinde Wien auf Verordnungsweg wesentliche Finanzmittel entzogen. Im Herbst 1933 wurde die Einsetzung eines Regierungskommissärs für Wien beschlossen. Durch eine Vielzahl von Verordnungen wurde die Bewegungsfreiheit der Sozialdemokratie eingeschränkt (Schutzbundverbot, Einführung der Vorzensur für die Arbeiterzeitung, Streikverordnung vom 21. April 1933, das Verbot sozialdemokratischer Kundgebungen am 1. Mai 1933).<sup>63</sup>

#### EINRICHTUNG DER VERWALTUNGSKOMMISSIONEN

Auch die sozialdemokratisch geführten Arbeiterkammern sollten gleichgeschaltet werden. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit war die Funktionsperiode der Arbeiterkammern per Verordnung bis 31. Dezember 1933 verlängert worden. Am 21. Dezember 1933 präsentierte nun Sozialminister Richard Schmitz<sup>64</sup> im Ministerrat den Vorschlag

Verwaltungskommissionen zur Leitung der Arbeiterkammern einzusetzen. Diese Verwaltungskommissionen wurden nicht gewählt, sondern vom Sozialminister ernannt. Ursprünglich sollten von den 64 Positionen in den acht österreichischen Verwaltungskommissionen 27 von Christlichen Gewerkschaften, 21 von Freien Gewerkschaften, 9 von unabhängigen Gewerkschaften und 7 vom deutschen Handlungsgehilfenverein besetzt werden. In Salzburg lautete die Verteilung wie folgt: zwei Freie, drei Christliche, ein deutscher und ein Heimwehr-Gewerkschafter.<sup>65</sup>

Die sozialistischen Freien Gewerkschafter lehnten es ab, Vertreter zu nominieren, weil die geforderte neue Zusammensetzung völlig entgegen dem wahren Stärkeverhältnis stand. So wurden die Verwaltungskommissionen ohne Teilnahme der Freien Gewerkschaften konstituiert.

Hermann Struber, Sekretär der Christlichen Gewerkschafter, wurde in Salzburg zum Verwaltungsvorsitzenden ernannt.<sup>66</sup> Der gewählte sozialdemokratische AK-Präsident Landesrat Karl Emminger räumte am 2. Jänner 1934 unter scharfem Protest sein Büro.

Die „Salzburger Wacht“ kritisierte am 5. Jänner 1934, dass die freien Gewerkschafter 72,2 % der Stimmen hätten und dennoch

übergangen wurden. Die Zeit zwischen März 1933 und Februar 1934 wird vom Historiker Gerhard Potz als die „Phase der Halbdiktatur und partiellen Faschistisierung“ bezeichnet.

#### BESEITIGUNG DER SOZIALDEMOKRATIE

Nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 wurden die sozialdemokratische Partei, ihre Organisationen und auch die Arbeitersportvereine aufgelöst. AK-Präsident und Schutzbundführer Karl Emminger wurde mit anderen Führern verhaftet. Der erste Sekretär und Schutzbundangehörige Hans Baltinester wurde zur Polizei vorgeladen. Der Vorsitzende Hermann Struber legte ihm nahe, als erster Sekretär zurückzutreten. Das „Salzburger Klima“ bewahrte ihn jedoch vor dem Verlust seiner Position. So behielt Baltinester auch während der Zeit des Ständestaats die Funktion als erster Sekretär, wenngleich ihm der christlich-soziale Anton Schober, späterer Landesamtsdirektor, als Arbeitsrechtreferent zur Seite gestellt wurde.<sup>67</sup>

Nach dem Bürgerkrieg wurden aber vier von den acht AK-Beschäftigten gekündigt, zwei davon pensioniert.<sup>68</sup> Erst 1936 wurden wieder zwei sozialdemokratische Sekretäre, und zwar Josef Horak und Johann Scholler, zur Betreuung der Holzarbeiter eingestellt.



Hallein war immer wieder ein Brennpunkt in der Arbeitnehmer-Geschichte Salzburgs.

In der Bibliothek der AK Salzburg wurden alle Werke marxistischen und sozialistischen Inhalts entfernt. Auch viele wertvolle Protokolle gingen verloren.<sup>69</sup>

### VOM SALZBURGER KONKORDANZMODELL<sup>70</sup> ZUR ZERSCHLAGUNG DER ARBEITERSCHAFT

In Salzburg war dennoch nicht das österreichische Konfliktmodell der Ersten Republik vorherrschend, sondern eher das auf Ausgleich zielende Konkordanzmodell. So herrschte bei den Sozialdemokratischen Gewerkschaftern auch die Ambivalenz zwischen revolutionärer Rhetorik und pragmatischem Handeln. Auch in den AK-Protokollen finden sich durchwegs nur sachorientierte Diskussionsbeiträge.

Im Zuge der Februarkämpfe 1934 gegen das autoritär-faschistische Dollfuß-Regime fanden in Salzburg zwar keine größeren gewalttätigen Konfliktaktionen statt, dennoch leistete auch hier die Arbeiterschaft einen erbitterten Widerstand. In Salzburg begannen die eigentlichen Aktionen erst

am 13. Februar mit Streiks in der Brauerei Kaltenhausen, der Wasserbauarbeiter und der Arbeiter der Zellulosefabrik in Hallein. Den Anfang machten die Arbeiterinnen in der Halleiner Zigarrenfabrik. Sie stiegen auf die Barrikaden, um der „*endgültigen Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung durch den Austrofaschismus Widerstand entgegenzusetzen*“, wie die Historikerin Ingrid Bauer schreibt.<sup>71</sup> Fast geschlossen stellte sich die mehrheitlich weibliche Belegschaft mit ihrer Teilnahme am Generalstreik hinter den Schutzbundaufstand. Die Tabakarbeiterinnen zogen in die Halleiner Altstadt, um die männlichen Kollegen in der örtlichen Saline, der nahegelegenen Brauerei und der Zellulosefabrik aufzufordern mitzumachen. Landtagsvizepräsident Anton Neumayr von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bezeichnete den Aufstand als aussichtslos und verkündete Gewalt sei das falsche Mittel. In Folge wurden Neumayr und die gesamte Halleiner Streikleitung verhaftet. In der Stadt Salzburg kam es indessen zu Widerstandshandlungen von Eisenbahnern. Mit einem gesprengten Leitungsmasten wurde die Eisenbahnstrecke zwei Stunden

lang lahm gelegt, um zu verhindern, dass das Militär in das umkämpfte Wien gelangen konnte. Eisenbahner blockierten außerdem das Heizhaus im Bahnhofsbereich.<sup>72</sup>

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, der Ängste um den Arbeitsplatz, der vielfachen Verhaftungen und des massiven Gendarmen- und Militäreinsatzes brachen die Streiks aber bald zusammen und alle Organisationen der Arbeiterbewegung wurden verboten und aufgelöst.<sup>73</sup> Der Bürgerkrieg kostete österreichweit 340 bis 380 Personen das Leben, davon zwischen 200 und 250 auf Seiten der Arbeiterschaft. Etwa 18.000 Personen wurden zum Teil nur kurzzeitig verhaftet, davon 120 in Salzburg. Hunderte inhaftierte Sozialisten und Kommunisten wurden in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Viele Widerständige, die fliehen konnten, gingen in die Tschechoslowakei oder in die UdSSR oder schlossen sich den Internationalen Brigaden an.<sup>74</sup> Nach dem Februaraufstand wurden auch die Freien Gewerkschaften verboten, im Laufe des Jahres die Christlichen und die Deutschnationalen Gewerkschaften aufgelöst.

## STÄNDESTAATLICHE ZENTRALISIERUNG

### AUTORITÄRE EINHEITSGEWERKSCHAFT

Mit Verordnung vom 2. März 1934 wurde die Gründung einer autoritär geführten (christlichen) Einheitsgewerkschaft, die nach den Vorstellungen des Heimwehr-Ideologen und neuen Sozialministers Odo Neustätter-Stürmer gestaltet wurde, eingerichtet. Der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten war mit einem Tarifmonopol ausgestattet. Seine Aufgabe war es, die arbeitsrechtlichen, sozialen und kulturellen Belange der Arbeiter im christlichen, vaterländischen und sozialen Geiste unter Ausschluss jeder parteipolitischen Tätigkeit wahrzunehmen.

Die Selbstverwaltung der Arbeiterkammern wurde beseitigt, die AK zur Geschäftsstelle des Gewerkschaftsbundes umfunktioniert. Diese Organisation sollte nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Vollendung des berufsständischen Aufbaus der Gesellschaft sein.

Auch die innerbetriebliche Interessenvertretung, die Betriebsräte, wurde mit dem Gesetz zur Errichtung von Werksgemeinschaften entmachtet und waren nun Vertrauensmänner.

Im Herbst 1934 unterbreitete die Kammer erneut ein Memorandum, das der Verwaltungsvorsitzende Hermann Struber, der sich aber weiterhin als Präsident bezeichnen ließ, vorlegte, und welches von Gemeinden, Land und Bund ein gemeinsames Zusammenwirken zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangte. Neben den unentbehrlichen Fürsorgemaßnahmen wurden vor allem eine Arbeitsbeschaffung und richtige Arbeitsverteilung gefordert. Damit setzte die Kammer, auch unter anderer politischer Führung, ihre Anträge fort.<sup>75</sup>

### Forderung des Memorandums 1934

- » Ausbau der Landes- und Bundesstraßen, Güterwege und Flussverbauungen
- » Verwirklichung der bei der Stadtgemeinde Salzburg wiederholt behandelten Projekte mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge und zwar:
  - a) Errichtung eines neuen Schlachthofes
  - b) Ausbau der Gabelsbergerstraße als Verbindungsstraße zwischen der Linzer Reichsstraße und der Innsbrucker Reichsstraße
  - c) Ausbau der Petersbrunnstraße zur Entlastung für den Autoverkehr der infolge ihrer Enge und infolge ihrer vielen Krümmungen völlig ungeeigneten Nonntaler Hauptstraße
  - d) Ausbau des Endstückes der Plainstraße, Verbindung zwischen Elisabethvorstadt und Straße nach Lamprechtshausen
  - e) Neubau der für den derzeitigen Verkehr schon gänzlich unzulänglichen Staatsbrücke
  - f) Neubau der schon wiederholt von der behördlichen Sperre bedrohten Karolinenbrücke
  - g) Ausbau der städtischen Straßenbahn von der Riedenburg bis zur Rochusgasse in Maxglan
  - h) Inangriffnahme der Kanalisierung in Maxglan
- » i) Erbauung eines salzburgwürdigen größeren Freibades
- » j) Durchbruch des projektierten Mönchsbergtunnels von der Hofstallgasse zum sogenannten Bürgermeisterloch
- » k) Durchführung der im Stadtgebiet dringend notwendigen Uferschutzbauten an den beiden Ufern der Salzach zwischen dem Franz-Karl-Steg (heute Müllner Steg) und der Ludwig-Viktor-Brücke (heute Lehener Brücke)
- » l) Herstellung von rund 7.800 m Gehsteig
- » Wiederinbetriebsetzung des Goldbergbaus (Rathausberg in Bockstein und Nassfeld)
- » Vortrieb eines Erbstillens im Salzbergbau Dürrnberg zur Aufschließung der geologisch festgestellten und durch die Bohrung bestätigten Salzlager
- » Sprengung und Tieferlegung des Moosbaches
- » Entwässerung des Salzachtales von Bruck bis Krimml
- » Ferner trat die AK für die Aufrechterhaltung der Salzburger Bergwerke ein



An die Arbeitnehmer gerichtete Propaganda im Austrofaschismus.

### 1.000-MARK-SPERRE

Am 27. Mai 1933 wurde von Nazi-Deutschland verlautbart, dass ab Juni die Ausreise von Reichsdeutschen nach Österreich von der Erteilung eines Ausreiseseitvermerks abhängig gemacht wurde, der nur gegen Zahlung einer Gebühr von 1.000 Reichsmark gestattet werde (1000-Mark-Sperre). Diese hatte Adolf Hitler verhängt, nachdem der deutsche Reichsjustizkommissar Hans Frank aus Österreich ausgewiesen wurde. Die Sperre verschärfte den Druck auf Österreich.

Nachdem der Anteil der Deutschen am Salzburger Fremdenverkehr im Jahr 1932 ca. 65 % betrug, hatte dies gravierende Auswirkungen. Die Ausländernachtigungen fielen von 204.900 (1932) auf 94.500 (1933). Die Kammer verlangte daher, dass die größten Anstrengungen gemacht werden, um die Gastgewerbeangestellten und alle anderen Arbeitnehmer vor einer Schädigung zu schützen. Die Vorschläge gipfelten in dem Antrag eine finanzielle Hilfsaktion für die Hotel- und Gastbetriebe einzuleiten. Die Kammer stellte mit Bedauern fest, dass durch diese Hilfsaktion zwar die Hotel- und Gasthofbesitzer, aber nicht die Arbeiter und Angestellten geschützt wurden.

### DIE SCHAFFUNG VON „GROSS-SALZBURG“

In eingehender Weise nahm die Kammer zu dem Plan der Schaffung von „Groß-Salzburg“ durch die Vereinigung der Landeshauptstadt mit den Umlandgemeinden Gnigl-Itzling und Maxglan Stellung und äußerte sich positiv dazu. Die Sozialdemokraten hatten sich bereits früher für die Eingemeindung ausgesprochen, die vom bürgerlichen Lager kritisch gesehen wurde. Kurioserweise erfolgte sie dann nach Ausschaltung der Sozialdemokratie. Die restlichen Eingemeindungen auf die heutige Stadtgröße erfolgten unter der nationalsozialistischen Herrschaft.



## Mitglieder des Gewerkschaftsbundes:<sup>76</sup>

Berufsverband Industrie, Bergbau	2.432
Berufsverband Gewerbe	7.400
Berufsverband Handel und Verkehr	1.432
Berufsverband Geld, Kredit- und Versicherungswesen	270
Berufsverband Freie Berufe	498

## DIE KAMMER ALS GESCHÄFTSSTELLE DES GEWERKSCHAFTSBUNDES (LANDESKARTELL SALZBURG)<sup>77</sup>

1936 siedelte die AK von der Residenz in das neuerbaute Gebäude in der Auerspergstraße 13 um, am 25. Mai 1936 war die Grundsteinlegung, am 9. Dezember erfolgte die feierliche Eröffnung.<sup>78</sup> Nach der Errichtung der Einheitsgewerkschaft wurde versucht Ortsstellen als die eigentlichen Zellen der Organisation aufzubauen. So fanden in Salzburg von Mai bis Dezember 1934 diesbezüglich 224 Versammlungen und 324 größere Besprechungen statt.

Ortskartelle wurden in Zell am See, Leogang, St. Martin bei Lofer, Saalfelden, Bischofshofen, Mühlbach, Hallein und Tamsweg installiert. Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Errichtung von Werksgemeinschaften mussten die Vertrauensmänner, die die Betriebsräte ersetzten, neben anderen Voraussetzungen auch die Mitgliedschaft zum Gewerkschaftsbund nachweisen.

## WIEDERERRICHTUNG VON KULTURVEREINEN

Mit 1. Jänner 1936 wurden die Gehilfenausschüsse in den Gewerkschaftsbund überführt. Die Gehilfenversammlungen hatten bis dahin die Aufgabe bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse mitzuwirken und den Angehörigen der Gehilfenversammlungen Rechtsschutz zu gewähren. Nach der ursprünglichen Schließung der Arbeiterbüchereien wurden 1934/35, nach Sichtung

politischer Inhalte, diese wieder eröffnet. Zwecks Wiederermöglichung der Pflege volkstümlichen Gesangs und Musik im Kreis der Arbeiter und Angestelltenschaft wurde in Salzburg durch die Kammer ein Gesang- und Musikbund gegründet, dessen Statuten von der Sicherheitsdirektion am 17. Jänner 1935 genehmigt wurden.

## RÜCKGABE BESCHLAGNAHMEN VERMÖGENS

Gleichzeitig wurde ein Beamter der Kammer von der Sicherheitsdirektion Salzburg schriftlich ermächtigt, das gesamte noch beschlagnahmte Material der ehemaligen Arbeiter, Gesang- und Musikvereine zu beheben, um es für den Gesang- und Musikbund zu verwerten. Am 2. Februar 1935 wurden die Statuten der Vereinigung für Sport- und Körperkultur eingereicht, die in den ersten Aprilwochen 1935 genehmigt wurden. Zweigvereinsstatuten wurden für die Turn- und Sportvereine Salzburg-Maxglan, Itzling, Oberndorf, Lend, die Rad- und Kraftfahrvereine Salzburg, Lend, Oberndorf, Vigaun und Kuchl eingereicht.

Die Sicherheitsdirektion Salzburg ermächtigte die Kammer auch die beschlagnahmten Vermögens- und Inventargegenstände der Turn- und Sportvereine sowie der Rad- und Kraftfahrvereine zu beheben und für die Vereinigung zu verwerten. Der neu errichtete Sportplatz im Franz-Josef-Park (Volksgarten) wurde laut Bescheid des Stadtmagistrats dem Landeskartell zugewiesen. Trotz der formalen Unterstellung unter den Gewerkschaftsbund kam so der AK als Geschäftsstelle eine Schlüsselrolle zu.

1936 erfolgten gewisse Erleichterungen durch das Bundesgesetzblatt Nr. 96 vom 27. März 1936 und brachten eine Kräftigung der Autonomie des Gewerkschaftsbundes. Der Einfluss des Staates auf die Führung der Gewerkschaftsbewegung wurde zurückgenommen. Auch konnten die illegalen Freien Gewerkschafter den Gewerkschaftsbund teilweise durchsetzen.

## ZAHNLOSE EINHEITSGEWERKSCHAFT

Der regierungstreue Gewerkschaftsbund verfolgte in seiner sozialpolitischen Perspektive einen angepassten Kurs und war im Wesentlichen darauf beschränkt die Nichteinhaltung sozialpolitischer Gesetze durch einzelne Unternehmer zu kritisieren.

Der spätere Salzburger Landeshauptmann und Bundeskanzler Josef Klaus begann seine politische Laufbahn als Sekretär des Präsidenten dieses Gewerkschaftsbundes, Johann Staud.

Bei der Maikundgebung der christlichen Arbeiterschaft in Salzburg 1936 erklärte Präsident Struber: „Das System, das wir jetzt in Österreich einführen, ist der erste Versuch in einem Staate, auf den Grundlagen der christlichen Gerechtigkeit eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen.“<sup>79</sup> Die christliche Arbeiterschaft habe die Aufgabe und das Recht darüber zu wachen, dass die Idee von „Quadragesimo anno“<sup>80</sup> wirklich zur Durchführung gelange.

Als notwendig forderte er die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und staatliche Arbeitsbeschaffung.<sup>81</sup> Der Einheitsgewerkschaft gelang es aber kaum Kollektivverträge abzuschließen. Besonders der Großteil der Industrieangestellten blieb ohne Kollektivvertrag. Es kam zu einem massiven Abbau der nach dem Ersten Weltkrieg durch die Gewerkschaften erkämpften Errungenschaften.

# 1938-1945

## DIE DEUTSCHE ARBEITSFRONT - DIE ARBEITERKAMMER DER NS-ZEIT?

Am 12. März 1938 wurde Österreich von Hitler-Deutschland besetzt, nur einen Tag später war mit dem „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ der sogenannte „Anschluss“ Österreichs an das Großdeutsche Reich vollzogen. Die Arbeiterkammer wurde als Geschäftsstelle der Einheitsgewerkschaft sofort unter kommissarische Leitung gestellt und ab 16. Juni 1938 überhaupt aufgelöst, die Beschäftigten per 30. Juni 1938 entlassen und das Vermögen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übereignet.

Laut dem früheren leitenden Sekretär Hans Baltinester vollzog sich die Auflösung der Arbeiterkammer folgendermaßen: „*Vorsitzender Struber kam am 11. März aufgeregt von einer Wienbesprechung zurück und befahl mir das Gebäude in Verteidigungszustand zu versetzen. Sein Sekretär Max Wimberger erschien ganz konsterniert bei mir, um das Nähere zu besprechen.*“<sup>83</sup> Der damalige AK-Direktor Hermann Struber und sein Sekretär wurden am 12. März 1938 vorübergehend verhaftet. Anstelle der Arbeiterkammer trat die DAF, welche im Juni 1939 ihren Betrieb aufnahm. Diese Tatsache lässt den Schluss zu, dass es während der NS-Zeit keine Arbeitnehmervertretung gegeben hätte.

Der nun folgenden Ausführungen sollen einerseits zeigen, dass dieser Schluss nicht stimmt, und andererseits erklären, welche Aufgaben die DAF hatte und wie sie funktionierte.

Obwohl die DAF nicht nur die zahlenmäßig größte und finanzkräftigste Massenorganisation des Dritten Reichs war, sind ihre Tätigkeit und ihre Aufgaben relativ unbekannt. Noch heute wird die DAF oftmals fälschlicherweise als die nationalsozialistische Einheitsgewerkschaft bezeichnet. Das stimmt jedoch nicht, denn obwohl die DAF die aufgelösten Gewerkschaften ersetzte, ist sie keineswegs als solche anzusehen. Bei der DAF standen nie die Arbeiter im Mittelpunkt, sie war nie die „Arbeiterfront“, sondern die „Arbeitsfront“. Sie unterschied sich von ihren Vorgängerorganisationen in folgenden Punkten:<sup>84</sup>

Die DAF führte keine Tarifverhandlungen durch. Diese Aufgabe wurde von den sogenannten Treuhändern der Arbeit, einer dem Reichsarbeitsministerium unterstehenden Institution, durchgeführt. Dies war für das NS-Regime von enormer Wichtigkeit, da die DAF keinesfalls eine gewerkschaftsähnliche Entwicklung mit entsprechender Machtposition im Wirtschaftsleben einnehmen sollte.

Funktionäre wurden nicht durch demokratische Wahlen, sondern nach dem Führerprinzip<sup>85</sup> eingesetzt. Die DAF war den ideologischen und ökonomischen Zielen des NS-Regimes verpflichtet.

In ihr waren auch die Arbeitgeber vertreten. Diese behielten jedoch zusätzlich noch eigene Interessenvertretungen innerhalb des NS-Systems (z.B. die Reichswirtschaftskammer und die Reichsgruppe Industrie), wodurch ihnen eine große Machtfülle zukam.

Dies entsprach den NS-Vorstellungen, dass es die Trennung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht mehr geben soll. Unternehmer auf der einen Seite und Arbeiter und Angestellte auf der anderen Seite sollten nicht mehr gegeneinander, sondern, ganz nach den Prinzipien des NS-Regimes, miteinander zum Wohle des Staates tätig sein.<sup>86</sup> Ziel der DAF war es das „*Klassendenken zugunsten eines völkisch-nationalen Gemeinschaftsbewusstseins zu überwinden.*“<sup>87</sup>

Der „Schöpfer und Leiter der DAF“, wie Robert Ley genannt wurde, sagte am 30. Jänner 1939: „*Die DAF ist keine Interessenvertretung im Sinne früherer Prägung, die DAF ist, wie die gesamte Partei, eine große Erziehungsschule.*“<sup>88</sup> Und Theodor Hupfauer<sup>89</sup> führte beim 1. General-Appell der DAF am 29.01.1939 aus: „*Die Deutsche Arbeitsfront ist von der Partei geschaffen zur Betreuung der Menschen in den Betrieben.*“



Die Deutsche Arbeitsfront.

Das Hauptanliegen der DAF war die Erziehung der Bevölkerung zum nationalsozialistischen Denken. Die wirtschaftlichen Unternehmungen der DAF dienten der Machtsicherung, die sozialen Aktivitäten vor allem der Propaganda, weiters sollten die Menschen die Gewerkschaften nicht vermissen. In arbeitsrechtlichen oder tariflichen Fragen hatte die DAF kein Mitspracherecht, die wirtschaftliche Macht zur Beeinflussung der Arbeitsbedingungen beschränkte sich bei der DAF darauf, dass sie appellierte.<sup>90</sup> Die DAF befand sich zwar im gesamten Zeitraum ihrer Existenz in einem ständigen Kampf um die Macht bei der Gestaltung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, blieb allerdings ein relativer zahnloser Riese.

Mit (im Jahr 1942) 25,1 Millionen Mitgliedern hatte die DAF mehr Mitglieder als die NSDAP (1945: 7,5 Mill.), SA (1934: 4,5 Mill.), die Hitlerjugend (1938: 8,7 Mill.) sowie die NS-Frauenenschaft und das Deutsche Frauenwerk (1941: 6 Mill.) zusammen.<sup>91</sup> Allein aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke und finanziellen Kraft hatte sie, zumindest theoretisch, enormes politisches Gewicht. In der Realität war das dann nicht immer so. Im Versuch Macht und Einfluss in der Wirtschaftspolitik zu erlangen blieb die DAF gegen Hermann Göring als Chef der Vierjahresplanbehörde

und gegen das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt und Fritz Todt<sup>92</sup> als Reichsminister für Bewaffung und Munition bzw. dem von Albert Speer geleitetem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion relativ erfolglos. Die DAF wurde im Laufe der Jahre immer finanzkräftiger, da sie das gesamte Gewerkschaftsvermögen übernommen hatte und verfügte über die Beitragszahlungen ihrer Mitglieder. Diese waren nach Einkommen gestaffelt und betragen 1-3 % des Monatsgehalts. Die enormen Mitgliederzahlen sind jedoch nicht auf die Attraktivität der DAF zurückzuführen. Obwohl die Mitgliedschaft freiwillig war, war es schwierig sich der DAF zu entziehen. Zum Beispiel kam es öfters vor, dass bei Neueinstellungen in einem Betrieb die Mitgliedschaft zur DAF Voraussetzung war. Es gab auch Fälle von Kündigungen von Mitarbeitern, weil sie nicht der DAF beitraten. Ein solcher Fall ging sogar vor das Arbeitsgericht, im Urteil hieß es, dass ein Gefolgsmann, der sich hartnäckig weigere, in die Deutsche Arbeitsfront einzutreten, gegen den Gedanken der Betriebsgemeinschaft verstoße, eine aus diesem Grund ausgesprochene Kündigung sei nicht unbillig hart.<sup>93</sup>

Neben dem wirtschaftlichen Bereich war die DAF auch im sozialen Bereich aktiv. Mitglieder hatten Anrecht auf Arbeitslosenunter-

stützung, Invalidenunterstützung, Heiratsgeld und andere soziale Leistungen.<sup>94</sup> Die DAF war allerdings auch für die „Disziplinierung“ der Arbeitnehmer zuständig. Ab 1939 wurden von der DAF in Zusammenarbeit mit der SS Arbeitslager für sogenannte „Bummelanten“ eingerichtet. In großen Industrieunternehmen gab es betriebseigene Straflager, in denen anfangs deutsche Arbeiter die Mehrheit stellten. Mit Fortdauer des Krieges wurden jedoch praktisch nur noch ausländische Arbeitskräfte wegen angeblicher Bummelerei oder Arbeitsvertragsbruch in derartige Lager eingewiesen. Diese Lager wurden in der Regel nicht direkt von der DAF, sondern von der Gestapo überwacht.<sup>95</sup>

Die DAF war während der NS-Zeit nicht immer beliebt. Anfangs wurde sie als Gewerkschaft missverstanden und, nachdem sich herausgestellt hatte, dass dem nicht so war, schwand der Zuspruch zur DAF, auch aufgrund der hohen Mitgliedsbeiträge und der zahllosen Betriebsappelle. Auch der Einfluss der DAF schwand mit Fortdauer des Krieges. Arbeiter und Angestellte, aber auch das Personal der DAF wurden immer häufiger zur Wehrmacht eingezogen (und waren damit Soldaten der Wehrmacht) und somit dem Einfluss der DAF weitgehend entzogen.



Auch für die nicht als Soldaten eingesetzte Bevölkerung wurde die DAF immer unbedeutender, da es aufgrund der angespannten Lage uninteressant wurde, bei Betriebsappellen Vorträge über völlig fiktive Pläne zur Neuordnung des Wohnungswesens, der Sozialversicherung oder des Lohngefüges anzuhören.<sup>96</sup>

### GESCHICHTE DER DAF IN SALZBURG

Die DAF in Salzburg entstand aus der NSBO (NS-Betriebszellen-Organisation), die bereits vor dem Anschluss aktiv war. Vorläufer der NSBO war die 1927 gegründete Deutsche Arbeitergewerkschaft. Diese war eine kleine Splittergruppe, die jedoch in Stande war nationalsozialistische Betriebszellen in einigen Betrieben wie der Firma Albus, in der Stadtgemeinde, bei der Ischlerbahn, der Polizeidirektion oder bei Wüstenrot zu errichten. Aus diesen Betriebszellen entstand im April 1931 die NSBO. Das Ziel der NSBO war der Kampf „gegen den jüdischen Marxismus, für deutschen Sozialismus“.<sup>97</sup> Der erste Auftritt der NSBO in Salzburg erfolgte am 20. November 1932 im Hotel Meran, erster Gaubetriebsobmann war der spätere DAF-Hauptstellenleiter Erich Wagner.<sup>98</sup> Im von Gaupressewalter Sepp Mühlau<sup>99</sup> 1939 herausgegebenen Buch „Von der NS-Betriebszellen-Organisation zur DAF“ findet sich eine Aufzählung der sogenannten „Kampfmethoden“ der NSBO in Salzburg. Diese bestanden aus Hissen von Hakenkreuzfahnen, dem Beschmieren von öffentlichen Gebäuden mit Hakenkreuz im Zahnrad, der Verteilung von Flugblättern und der Störung von Kundgebungen der Vaterländischen Front und des Heimatschutzes.<sup>100</sup>

Mit dem Verbot der NSDAP im Juni 1933 ging auch die NSBO in den Untergrund, führende Funktionäre wurden im Anhaltelager Wöllersdorf eingesperrt. Die Aktivitäten der NSBO blieben gleich, hinzu kam das Ersetzen von verhafteten Funktionären. Am 13. März 1938 wurde die Salzburger Kammer für Arbeiter und Angestellte auf Anforderung der NSBO von SA-Männern besetzt, deren Präsident abgesetzt, und das gesamte Vermögen der Gewerkschaften beschlagnahmt. Mit Anfang Juni 1938 wurde die Arbeiterkammer aufgelöst und an ihre Stelle trat offiziell die DAF. Alle Beamten der Arbeiterkammer wurden entlassen.<sup>101</sup> Nach dem Anschluss war die DAF in Salzburg hauptsächlich in zwei Bereichen tätig. Einerseits Appelle und Kundgebungen. Andererseits führte sie Wochenendschulungen für Betriebsobmänner, Kreisbeauftragte und Kreisstäbe durch, ergänzt mit einer enormen medialen Präsenz, d.h. praktisch täglich erschienen Zeitungsartikel in den Tageszeitungen mit weltanschaulichen oder erzieherischen Artikeln.

### AUFGABEN DER DAF

Robert Ley sagte 1939, dass die DAF drei große Aufgaben hat: den Leistungskampf der deutschen Betriebe, den Reichsberufswettkampf und „Kraft durch Freude -KdF“. Dazu kamen, ganz im Sinne der „Erziehungsschule“, Appelle und Schulungen.

#### LEISTUNGSKAMPF DER BETRIEBE

Ab 1940 Kriegszeitleistungskampf der Betriebe genannt. Standen beim ersten Leistungskampf 1937/38 noch die betrieblichen Sozialleistungen der Betriebe im Vordergrund, so ging es bereits bei der zweiten Ausgabe mehr um fertigungstechnische Verbesserungen, Einsparung von Arbeitskräften, Arbeitsdisziplin und niedrige Krankenstände. In anderen Worten: Die Betriebe sollten fit werden für den Krieg. In der Stadt Salzburg war die Teilnahme am Leistungskampf sehr beliebt, selbst 1940/41 waren es in der Stadt immerhin noch 177 Betriebe, im ganzen Gau 830 Betriebe mit 18.150 Arbeitern und Arbeiterinnen, die um eine Auszeichnung kämpften.<sup>102</sup>

#### REICHSBERUFSWETTKAMPF

Der Reichsberufswettkampf wurde von 1934 bis 1939 jeweils im Frühjahr von der HJ und der DAF durchgeführt. Zunächst nur für Jugendliche gedacht, wurde er später auch auf Erwachsene ausgedehnt, d.h. es gab Wettkämpfe der Jugend, der Gesellen, der Meister und der Betriebsgemeinschaften. Zweck war die Behebung des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften, die Schaffung eines Aufstiegsbewusstseins unter den Lehrlingen (in anderen Worten: Die Karriere mentalität sollte gefördert werden), und damit die Erhöhung der Akzeptanz der DAF wie auch des NS-Regimes. In Salzburg bedeutete dies, dass zuerst auf Ortsebene, dann auf Kreisebene und schlussendlich auf Gauebene Vorausscheidungen durchgeführt wurden. Diese waren nach den einzelnen Berufen getrennt und bestanden aus einem theoretischen und einem praktischen Teil, wobei der theoretische Teil neben berufskundlichen auch weltanschauliche Fragen beinhaltete.<sup>103</sup>

#### FREIZEITBEREICH (KdF)

Die als Abteilung der DAF gegründete NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) hat für die NS-Herrschaft eine enorme Bedeutung und war als Propagandainstrument unverzichtbar. Geboten wurde ein reichhaltiges Freizeitangebot, wodurch sich erstmals Massentourismus im Deutschen Reich entwickeln konnte, da zuvor Urlaub nur für den finanziell besser gestellten Bevölkerungsteil erschwinglich war. Teil der KdF waren die Ämter „Reisen, Wandern, Urlaub“ (organisierte für ca. 10 Millionen Menschen Urlaubsreisen) und „Feierabend“ (organisierte Theateraufführungen, Konzerte usw.) sowie das Sportamt. Außerdem gab es die Abteilung „Wagen“. Zudem wurden Fernreisen auf eigens dafür gebauten Kreuzfahrtschiffen angeboten.<sup>104</sup> „KdF machte den Anspruch glaubhaft, das NS-Regime wolle den Lebensstandard und Lebensstil aller „Volksgenossen“ heben (...) Welche Faszination alleine von der Perspektive ausging, in absehbarer Zeit nach Madeira oder an die Riviera reisen zu können, liegt auf der Hand.“<sup>105</sup>

Die DAF machte jedoch keinen Hehl daraus, wozu die Urlaubsreisen dienten: *„Wir schicken unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen in den Urlaub oder bauen ihnen gewaltige Seebäder, weil es uns Spaß macht. Wir taten das nur, um die Arbeitskraft des einzelnen zu erhalten und ihn gestärkt und neu ausgerichtet an seinen Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen. KdF überholt gewissermaßen jede Arbeitskraft von Zeit zu Zeit, genauso wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muss.“*<sup>106</sup>

Auch Sport wurde während der NS-Zeit großgeschrieben. Daher ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass Robert Ley noch am 15. Oktober 1939 bestimmte, dass es auch in Klein- und Kleinstbetrieben Betriebs-Sportgruppen zu geben habe und diese zu örtlichen Arbeitsgemeinschaften zusammengefasst werden sollen. Dazu gehörte auch, dass die Familienangehörigen, insbesondere die Kinder, mitturnen konnten. Außerdem sollten sogenannte „Kleinkampfspiele“ durchgeführt werden. Dass beim Betriebssport die militärische Schulung eine große Rolle spielte, zeigt ein Schreiben des Betriebssportwartes der Landeskrankenanstalt Salzburg-Mülln an die Landeshauptmannschaft in Salzburg, in dem es um die Bereitstellung von Sportgeräten wie Medizinbällen, Hochsprungständern und Stoppuhren geht. Darin steht auch: *„Um auch den Wehrsport nicht zu vernachlässigen, wären noch zwei Kleinkalibergewehre und eine Scheibepistole anzuschaffen.“*<sup>107</sup>

Eine weitere KdF-Abteilung war „Schönheit der Arbeit“ (Sie sollte dazu anregen die Arbeitsplätze ästhetischer zu gestalten und somit die Arbeitsfreude zu heben). Im Konkreten ging es darum helle Arbeitsplätze zu schaffen: freundlicher Anstrich, Heizung, Lüftung, saubere sanitäre Anlagen, Grünanlagen, etc. Dazu kam das „Deutsche Volksbildungswerk“ (Hier wurden Kurse in Geschichte und Politik, Wehrhaftigkeit, Rassenpolitik, Volk an der Arbeit, Deutsches Kulturleben, aus der Technik, aus dem Leben des Alltags, von Heimat und Volk, unsere

Heimat im Wandel der Jahrhunderte, die Entwicklung des Menschengeschlechts, deutscher Wald und deutsches Waidwerk sowie Blick in die übrige Welt angeboten.)<sup>108</sup>

#### APPELLE

Die DAF hat bereits in den ersten Monaten nach dem Anschluss über 250 Appelle durchgeführt, sei es in Betrieben, auf öffentlichen Plätzen, anlässlich bestimmter Festivitäten, etc. Die Appelle dienten grundsätzlich dazu, eine Verbundenheit zum Betrieb, aber auch zu Reich und Führer, also ein „Wir-Gefühl“ zu erzeugen. Dazu kam der militärische Aspekt eines Appells, d.h. Antreten in militärischer Form, Flaggenparade etc., der Gehorsam und Disziplin gegenüber Vorgesetzten anerkennen sollte. Appelle sollten laut der DAF jeden Tag bei Arbeitsbeginn und möglichst auch am Betriebsschluss stattfinden und, durch die gemeinsame Teilnahme von Arbeitern und Angestellten den Unterschied zwischen diesen aufheben helfen.<sup>109</sup> Wie sehr die Appelle choreographiert und organisiert waren, zeigt ein Schreiben des Gausportamtes der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude zur „Feierygestaltung für den Sportappell der Betriebe“<sup>110</sup> am 27. August 1939. Von der genauen Aufstellung der Teilnehmer im offenen Viereck über die diversen Kommandos bis zu den zu singenden Liedern wurde alles bereits im Vorfeld festgelegt.<sup>111</sup>

#### SCHULUNGEN

Ein wichtiger Aufgabenbereich der DAF waren die diversen Schulungen auf Gau-, Kreis- und Ortsebene. Diese wurden besonders mit Ausbruch des Krieges ab September 1939 intensiviert. Ziel war natürlich die Schulung von Gehorsam und Disziplin, oder wie es im Salzburger Volksblatt hieß: *„Nicht minder unerschütterlich und schlagkräftig wie die Front nach außen muss die Front im Inneren stehen.“*<sup>112</sup> Themen der Schulungen waren unter anderem Richtlinien für die Durchführung der politischen Beurteilung, Aufgaben der Propaganda, aber auch Versorgung der Kriegsoffer und das Umschulungswerk für Kriegsbeschädigte.<sup>113</sup>

#### GRUNDSÄTZLICHE BEREICHE

##### INNERHALB DER DAF

- » Örtliche Gliederung: analog den heutigen politischen Bezirken und Gemeinden<sup>114</sup>
- » Fachliche Gliederung: Diese wurde in der sogenannten Hauptabteilung Soziale Selbstverantwortung und Gestaltung zusammengefasst. Dazu gehörten die 16 Fachabteilungen Textil, Bau, Chemie, Druck und Papier, Freie Berufe, Bergbau, Steine und Erden, Fremdenverkehr, Nahrung und Genuss, Bekleidung und Leder, Wald und Holz, Eisen und Metall, Energie-Verkehr-Verwaltung, Banken und Versicherungen, der Deutsche Handel und das Deutsche Handwerk sowie die Abteilungen Frauen und Jugend. Aufgaben dieser Hauptabteilung waren vor allem die Arbeitsbedingungen in den einzelnen Branchen.<sup>115</sup> Anliegen der Abteilungen Frauen und Jugend waren u.a. die Anhebung der Löhne für Frauen, die die gleiche Arbeit wie Männer leisteten, sowie das Arbeitsrecht für Jugendliche. Besonders nach Ausbruch des Krieges wurde Wert auf die Einhaltung der Urlaubsansprüche von Lehrlingen sowie die Organisation von Ferienlagern gelegt, da diese aufgrund des Arbeitskräftemangels nicht immer eingehalten wurden.<sup>116</sup>
- » Innerbetrieblicher Bereich: Innerhalb eines Betriebs (mit zumindest fünf Arbeitern oder Angestellten) musste ein Betriebsobmann vorhanden sein, der *„der Beauftragte der Partei [war] und von der Partei eingesetzt [wurde].“*<sup>117</sup> Der Betriebsobmann wurde vom Ortsbeauftragten der DAF vorgeschlagen. Der Betriebsobmann stand als Beauftragter der DAF *„dem Betriebsführer (also dem Unternehmer, Anm.) in allen Fragen der Betriebsgestaltung zur Seite.“*<sup>118</sup> Dazu gehörte u.a. Gewährung von Winterbeihilfe (Anschaffung warmer Kleidung oder Kohle), Beihilfe bei besonderen Familienergebnissen (Geburt, Heirat, aber auch Auszahlung eines Übergangsgeldes an Witwen) Auch die Gesundheitsvorsorge war ein wichtiger Punkt.

» Verwaltungsbereich: Dazu gehörten neben Rechtsberatung, Mitgliederverwaltung, Personalabteilung sowie Presse und Propaganda der Wohnungs- und Siedlungsbau. Im Verwaltungsbereich war u.a. auch das Haupt- und DAF-Amt für Volksgesundheit angesiedelt, das für die betriebliche Gesundheitspolitik zuständig war und u.a. die Institution des Betriebsarztes einführte. Dieser war zwar formell dem jeweiligen Unternehmen unterstellt, zeitgleich aber auch dem Haupt- und DAF-Amt für Volksgesundheit verantwortlich. Dadurch hatten Betriebsärzte nicht nur die klassische Funktion eines Werksarztes, sondern waren auch *„den sozialdarwinistischen und rassistischen Prinzipien der NS-Ideologie verpflichtet (...) u.a. konnten und sollten sie nunmehr unter von ihnen betreuten Arbeitskräften die – mit dem Stigma des rassistisch „Minderwertigen“ belegten – Asozialen und Drückeberger rücksichtslos und folgerichtig als solche herausstellen und dementsprechend beurteilen.“*<sup>119</sup>

Weitere Abteilungen waren das Berufserziehungswerk der DAF, das prinzipiell keine neue Idee der Nationalsozialisten war. Eine Volkshochschule gab es in Wien bereits seit 1887 (am bekanntesten dürfte die Wiener Urania am Donaukai sein, die seit 1910 als Volkshochschule mit Sternwarte dient), in Salzburg gab es jedoch vor 1938 keine Volkshochschule. Seine Arbeit nahm das Berufserziehungswerk am 15. Oktober 1938 mit Kursen in Maschinenschreiben, Buchhaltung und Fremdsprachen auf.<sup>120</sup> Mit der Hauptabteilung Arbeitseinsatz war die DAF auch am Arbeitseinsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern beteiligt. Der Masseneinsatz von Fremdarbeitern war ursprünglich aus rassistischen Gründen gar nicht geplant und wurde erst durch

den Arbeitskräftemangel im Krieg Realität. Da der Einsatz von „minderwertigen Ostarbeitern“, womit in erster Linie Personen aus der Sowjetunion gemeint waren, aus ideologischen Gründen zunächst noch abgelehnt wurde, begann die Anwerbung von Fremdarbeitern aus verbündeten Ländern wie Italien und Spanien noch vor Beginn des Krieges. Obwohl die DAF auch beim „Ausländereinsatz“ nicht das Sagen hatte (dies fiel in die Zuständigkeit des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, Fritz Sauckel), erreichte sie immerhin, dass sie für die Betreuung aller ausländischen Arbeitskräfte zuständig war.<sup>121</sup> Dazu gehörte auch die Bekleidung und die Verpflegung der Fremdarbeiter, die „Gesundheitsfürsorge“, wodurch die DAF direkt für den schlechten körperlichen Zustand der „Ostarbeiter“ verantwortlich war. Ihr oblagen die Behandlung der (natürlich rein theoretischen) „Lohnfragen“ der „Fremdarbeiter“ und die „Freizeitgestaltung“.

Die DAF kontrollierte die „Arbeitsleistung“ (indem sie die ohnedies sehr knappen Nahrungsrationen gegebenenfalls noch kürzte), sie baute ein Spitzelsystem auf und war auch an der „Disziplinierung“ der Fremdarbeiter beteiligt.<sup>122</sup> In der Stadt Salzburg war *„die Arbeitsdisziplin der ausländischen Arbeitskräfte [...], wie in den letzten Monaten die Erfahrung gemacht werden konnte, nicht immer die beste“*<sup>123</sup>, wie der Gau sozialwalter Karl Kolböck<sup>124</sup> im Mai 1941 im Nachrichtenblatt der DAF schrieb. Als Bestrafung ausländischer Arbeitskräfte kamen in Salzburg in der Regel Lohnabzug bzw. Abschiebung in das jeweilige Herkunftsland in Frage.<sup>125</sup>

» Freizeitbereich (KdF)

## Zusammenfassung

Bei der Gestaltung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik war die DAF trotz ihrer Größe ein zahnloser Riese. Obwohl DAF-Führer Robert Ley stets bemüht war die Machtbefugnisse der DAF zu vergrößern, blieb er dabei relativ erfolglos. Die wahre Macht der DAF lag in anderen Bereichen: Mit „Kraft durch Freude“ konnte die DAF äußerst verlockende Perspektiven (wie die erstmalige Teilnahme an einer Urlaubsreise oder die Aussicht auf ein eigenes Auto) bieten und war damit ein unverzichtbares Propagandainstrument im Dritten Reich.

Durch ihre allgegenwärtige Präsenz, sei es im Beruf oder in der Freizeit, konnte sie diejenigen erreichen, die mit dem NS-Regime nichts oder nur wenig zu tun hatten. Aufgrund ihrer Struktur mit Blöcken und Zellen kann die DAF auch als Kontrollmacht innerhalb des Dritten Reiches bezeichnet werden. Die Appelle dienten als wichtiges Mittel der Indoktrinierung und Umsetzung der Ziele des Nationalsozialismus. Oder anders ausgedrückt: Niemand konnte sich dem Einfluss der DAF entziehen.



Das Kammergebäude  
(heutiges ÖGB-  
Gebäude) aus  
unterschiedlichen  
Perspektiven



# DIE AK SEIT 1945



# DER WIEDERERRICHTUNG NACH 1945

## WIEDERERRICHTUNG DER STRUKTUREN

Ab 4. Mai 1945 wurde Salzburg von US-amerikanischen und britischen Truppen besetzt. Bereits am selben Tag bildete sich um Johann Webersdorfer, Fritz Rücker und Josef Kittl eine kleine Gruppe von Gewerkschaftern, die die Gründung einer Einheitsgewerkschaft beabsichtigten.

Unter der Leitung der amerikanischen Besatzungsmacht vollzog sich der stetige Übergang vom nationalsozialistischen Reichsgau zum demokratisch regierten Bundesland.

Landesrat Franz Peyerl sprach sich am 12. Mai bei der Besatzungsmacht für die Erlaubnis der Errichtung der Arbeitnehmerorganisationen aus. 126 Gleichzeitig hatte sich mit Zustimmung der Besatzungsmacht und des Magistrats ein Arbeitsausschuss zur Überleitung der Handelskammer von der Gauwirtschaftskammer gebildet, die bereits mit Bundesgesetz vom 25. Mai 1945 erfolgte.<sup>127</sup>

## BESATZUNGSMACHT ERLAUBT DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN

Am 23. Mai 1945 wurde von der provisorischen Landesregierung im Einvernehmen mit der amerikanischen Besatzungsmacht und dem provisorischen Bürgermeister der Stadt Salzburg, Richard Hildmann, eine Liquidierungskommission der Deutschen Arbeitsfront (DAF – Gauverwaltung) bestellt, der Johann

Webersdorfer, Rudolf Forsthuber, Franz Hell und Fritz Rücker angehörten. Am 10. Juli wurde, ohne Genehmigung der Amerikaner, der ÖGB-Landesverband gegründet. In einer Bekanntmachung der Militärregierung vom 3. August wurde den Arbeitern und Angestellten in der US-Besatzungszone das Recht eingeräumt, „*demokratische Gewerkschaften und Verbände zum Zwecke des Abschlusses von Kollektivverträgen sowie gegenseitiger Hilfe- und Schutzleistungen zu gründen, vorausgesetzt, dass solche Organisationen keinen Unterschied hinsichtlich Rasse, Religion, Nationalität, politischer Einstellung und Zugehörigkeit machen.*“<sup>128</sup>

Dadurch wurde der gewerkschaftliche Landesverband sanktioniert und die Vorbereitung zur Wiedererrichtung der von den Nationalsozialisten aufgelösten Arbeiterkammer getroffen. Statt der provisorischen Staatsregierung im fernen Wien trat die Militärregierung als Geburtshelfer auf.

Johann Webersdorfer wurde mit der Auflage zum kommissarischen Leiter bestellt, nicht nach dem Arbeiterkammergesetz vom 20. Juli 1945 (STGBI Nr. 95), sondern nach dem AKG 1920 zu handeln. Das AKG 1945 wurde nach Zustimmung des alliierten Rates in Salzburg erst am 31. Dezember 1945 wirksam. Zum Sitz wurde das alte Kammergebäude in der Auerspergstraße 13 bestellt.<sup>129</sup>

## ZERSTÖRTE AK-INFRASTRUKTUR

Der Zustand des Hauses der Salzburger Arbeiterkammer war gleichsam ein Spiegelbild der Situation, in der sich die österreichische Arbeiterschaft befand: zerstörte Einrichtungen, verwüstete oder zerstörte Gewerkschaftshäuser, wertvolle Archive und Bibliotheken verschleppt und vernichtet, bewährte Vertrauensmänner der Arbeiterschaft tot, verwundet oder in Gefangenschaft. Im Arbeiterkammergebäude hatten sich ehemalige Kriegsgefangene aufgehalten, Inventar und Bücher wurden als Brennmaterial verwendet. Wie durch ein Wunder war das Arbeiterkammergebäude in der Auerspergstraße 13 vom Bombenhagel verschont geblieben. Ein Blindgänger, der schräg in den Keller gefallen war, konnte glücklicherweise sofort entdeckt und entfernt werden.

## WIEDERERRICHTUNG DER GEWERKSCHAFT UND DER AK

Am 16. August 1945 fand in der Arbeiterkammer eine Obmännerkonferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes statt. Auf der Tagesordnung standen Berichte über die Errichtung der Arbeiterkammern sowie die Schaffung der Gewerkschaften und organisatorische Fragen. Die Obmännerkonferenz unterbreitete der Militärregierung ein Mindestforderungsprogramm zur Wiedererrichtung der Arbeiterkammer und der Schaffung einer einheitlichen, alle ehemaligen

Lebensmittelkarte des Landes Salzburg:  
Auch die AK half bei der Verteilung von Nahrung.

Richtungsgewerkschaften umfassenden Gewerkschaft im Sinn der vorgelegten Satzung. Nach eingehenden Darlegungen und Ergänzungen erklärten sich die Vertreter der Militärregierung, Oberst Junius R. Smith und Major Downel, mit den gemachten Vorschlägen einverstanden. Die Kammerumlage wurde in Höhe der zuletzt im Jahr 1938 erhobenen Umlage festgelegt, eingehoben wurde sie aber erst ab 1946.

## ERSTE AK-WIEDERERÖFFNUNG IN SALZBURG

Die formelle Eröffnung der Arbeiterkammer fand in Salzburg schon am 11. August 1945 durch einen feierlichen Akt im Großen Saal des Mozarteums statt. Diese Veranstaltung hatte eher symbolische Bedeutung, da in den ersten Monaten nach Kriegsende die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Ablauf noch weitgehend fehlten. Salzburg war aber das erste Bundesland, in dem die Arbeiterkammer wieder errichtet wurde.

Der Leiter der Abteilung für Arbeitswesen der US-Militärregierung, Oberst Junius R. Smith sprach dabei folgende Worte: „Die heutige Versammlung ist epochemachend in der Arbeitergeschichte des neuen Österreich. Es ist das erste Arbeitertreffen in der amerikanischen Besatzungszone seit der Veröffentlichung des Rechtes, Vereinigungen zu bilden. Wir sind dazu ausersehen, die tatsächliche Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung

in Westösterreich zu bezeugen und daran teilzunehmen. Nach mehr als sieben Jahren des Verstummens aller Arbeiterrechte wird dieser Anlass zu einem Fest der Freude, würdig gefeiert zu werden.“<sup>130</sup>

Anwesend waren Generalleutnant Geoffrey Keyes, kommandierender General vom II. Korps der amerikanischen Besatzungszone, Oberst George H. Mc Caffry, als Vertreter der regionalen Militärregierung, Oberst Junius R. Smith, Leiter der Abteilung für Arbeitswesen der Regionalen Militärregierung, Oberst Harry L. Bennett, Landeshauptmann Adolf Schemel und Landesrat Franz Peyerl. Von der Kammer berichteten der kommissarische Leiter Hans Webersdorfer und Fritz Rücker von den christlichen Gewerkschaftern. Beide führten aus, dass sich in Salzburg vom ersten Tag an eine Gruppe von Gewerkschaftern zusammengefunden hatte, die bereit war, die Arbeiterkammer als eine soziale Einrichtung und als Instrument der Wirtschaftsdemokratie wieder erstehen zu lassen.

Hans Webersdorfer erörterte die bevorstehenden Aufgaben: „Wiedererrichtung des Gewerkschaftszuschusses für Alters- und Invalidenrentner, Schutz der Kriegs- und Betriebsinvaliden, Förderung der Finanzierung der Arbeitersiedlungsgenossenschaften, Erneuerung und Verbesserung der Kollektivverträge, Schutz und Ertüchtigung der Jugend.“<sup>131</sup>

Webersdorfer und Rücker hatten zusammen mit Rudolf Forsthuber und Franz Hell die Liquidierungskommission der DAF gebildet.

Das AK-Gebäude in der Auerspergstrasse 13 hatte zwar den Bombenhagel überstanden, jedoch waren Fassade sowie Fenster und Türen durch Splitter und Luftdruck beschädigt. Bis 1945 hatte darin die DAF-Gauleitung geherrscht, zu der noch eine total bombenbeschädigte Bürobaracke in der Faberstraße gehörte. Das Lehrlings- und spätere Ledigenheim in der Weiserstraße war durch Plünderungen um das Inventar gekommen. Das von der DAF errichtete Arbeiterwohnlager in Itzling war ebenfalls weitgehend geplündert worden.<sup>132</sup>

## BESTELLUNG EINER NEUEN AK-FÜHRUNG

Aufgrund der Umstände war vorerst keine Kammerwahl durchführbar. Stattdessen wurden über Vorschlag der Landesexekutive des ÖGB 48 Mitglieder der Kammervollversammlung und aus deren Mitte der Präsident und die Vizepräsidenten vom Staatsamt für soziale Verwaltung bestellt. Der Wirkungskreis der Arbeiterkammer wurde durch das Arbeiterkammergesetz von 1945 im Vergleich zum AK-Gesetz von 1920 wesentlich erweitert und erstreckte sich auf nahezu alle Dienstnehmerkategorien mit Ausnahme der Land- und Forstarbeiter in Klein- und Mittelbetrieben, oder leitende






---

Erster Präsident nach 1945:  
Hans Webersdorfer  
Erster Sekretär/Direktor:  
Hans Baltinester

---

Oberst George H. Mc Caffry und Hans Webersdorfer  
anlässlich der Feierlichkeiten zur Wiedereinrichtung  
der AK.

Angestellte denen maßgebender Einfluss auf die Betriebsführung zustand. Als Präsident wurde Hans Webersdorfer (Vorsitzender der ÖGB-Landesexekutive Salzburg) als erster Vizepräsident Fritz Rucker (Sparkassenbeamter, später leitender Direktor der Sparkasse Salzburg) und als zweiter Vizepräsident Josef Kittl (Gewerkschaftssekretär) bestellt. In den Vorstand wählte die konstituierende Kammervollversammlung zu den Mitgliedern des Präsidiums den späteren Kammerpräsidenten Josef Horak (damals Landessekretär der ÖGB-Landesexekutive Salzburg), den späteren Vizepräsidenten Ferdinand Putz (Bundesbahnbeamter), Franz Hell<sup>133</sup> (leitender Sekretär der Privatangestelltengewerkschaft, später Kammersekretär), Hans Moik (Tischler), Jakob Riedl (Gemeindebediensteter) und August Widroither (Monteur). Als ersten Sekretär bestellte der Vorstand den bereits von 1922 bis 1938 als erster Sekretär fungierenden Hans Baltinester.

Noch im Oktober 1945 trat die provisorische Kammerführung an die Militärregierung heran, um die Genehmigung für die Wahl der Kammermitglieder zu erhalten. Am 31. Oktober wurde von der ÖGB-Obmännerkonferenz ein Mandatsverteilungsvorschlag von SPÖ 32, ÖVP 10, KPÖ 6 einstimmig angenommen. Am 11. Mai 1946 fand die erste Kammervollversammlung der wiedererrichteten AK statt.

## DIE MASSNAHMEN ZUR HILFE DER BEVÖLKERUNG

### DIREKTHILFE STEHT IM VORDERGRUND

Die Tätigkeit der Kammer konzentrierte sich in diesen Jahren im Wesentlichen auf Direkthilfen an die Arbeitnehmer. Vor allem Nahrungsmittel und Arbeitskleidung waren zu beschaffen. Welche Hilfe einerseits und welche Befriedigung für die Beschaffer es andererseits gewesen ist beispielsweise in einer Aktion 4.880 Hemden, 9.300 Stück Unterwäsche, 12.000 Überjacken und 8.000 Stück Überbekleidung gegen einen Unkostenbeitrag von 1,50 Schilling und ein andermal 1,5 Tonnen Speck zur Verteilung zu bringen, scheint in einer Zeit des Überkonsums nur mehr schwer vorstellbar. Ebenso waren die vielen Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft zu betreuen.

Die Präsidenten sämtlicher Salzburger Kammern führten dazu gemeinsame Beratungen und Maßnahmen durch. 20 Prozent der Eingänge an Kammerumlagen wurden 1947 wieder an Unterstützungen, Subventionen und Bildung ausgegeben.

---

Erste KVV nach dem Krieg  
am 11. Mai 1946

---

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im Land Salzburg gestaltete sich schwierig. So drohte Hans Webersdorfer der amerikanischen Besatzungsmacht sogar mit einem Generalstreik, wenn nicht die Ernährung für Kinder gesichert werden könne. Kinder bis 14 Jahre erhielten in der Woche nicht einmal 125 Gramm Butter.

Diese Drohung war sogar der europäischen Ausgabe der New Yorker Tageszeitung Herald Tribune am 4. Oktober 1947 einen Artikel wert:

## Salzburg Labor Unions Threaten General Strike

**SALZBURG, Oct. 2 (U.P.).**—The American military and the Austrian governors of Salzburg reportedly were informed today by Federation of Labor officials that "unless food rations are hiked up tonight the Federation of Labor of this province will proclaim a general strike tomorrow."

Hans Webersdorfer, chairman of Salzburg labor unions, disclosed that children up to fourteen years of age this week received only 125 grams of butter while all other rations also fell considerably short of the government-sanctioned 1,550-calorie basis.

Government officials, however, still entertained hope that a compromise could be reached, thus averting the walkout of some 50,000 Salzburg union members.



Das AK-Gebäude einige Jahre nach Kriegsende

---

1947 ging ein Fünftel der AK-Umlage direkt als Notfall-Unterstützung an die Bevölkerung.

---

#### NEUBEGINN VON RECHTSBERATUNG UND RECHTSPOLITIK

Aber auch auf rechtlichem Gebiet begann die Kammer wieder tätig zu werden. Bei der Militärregierung konnte beispielsweise die Aufhebung der kriegswirtschaftlichen Urlaubsstopps und die Anwendung der früheren österreichischen Vorschriften (vor 1938) erwirkt werden. Die gesamte Kammertätigkeit erfolgte anfangs ohne gesetzliche Deckung. Die provisorische Bundesregierung in Wien hatte zwar am 20. Juli 1945 das Gesetz über die Wiedererrichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte (StBGI Nr. 95/1945) beschlossen, es trat aber erst am 31. Dezember 1945 nach Genehmigung des Alliiertenrates für ganz Österreich in Kraft. Eine gesetzmäßige Tätigkeit der Kammer konnte daher erst im Jahr 1946 beginnen. Die Referate für Statistik, Wirtschaftspolitik, Sozialversicherung, Bildung und Sozialpolitik wurden errichtet. Die Anspruchnahme durch ratsuchende Arbeiter und Angestellte intensivierte sich rasch, sodass die Errichtung eines Rechtsreferates notwendig wurde.

#### MITTEL FÜR BILDUNG

Die wiedererrichtete Kammer musste im ersten Jahr ihrer Tätigkeit bei der Salzburger Landesregierung ein Darlehen von 100.000 Schilling aufnehmen, um überhaupt mit der Bewältigung der umfangreichen Aufgaben beginnen zu können. In den kommenden Jahren hat die Kammer einen Großteil ihrer Mittel für die Linderung sozialer Notstände der Arbeitnehmerschaft verwendet. Beträchtliche Aufwendungen wurden für Bildungszwecke (Betriebsratsschulungen, Subventionen der Volkshochschule, Finanzierung der Stiftungskurse, Stipendium für begabte Schüler und Subventionen für die Jugend- und Berufsfürsorge) eingesetzt. Am 1. März 1946 wurde auch das Landessekretariat des ÖGB im Arbeiterkammergebäude eröffnet.

Hans Baltinester wurde am 11. Mai 1946 formell zum ersten Sekretär bestellt, sein Stellvertreter war Anton Kimmel. Bis zum Jahr 1952 entwickelten sich folgende Referate: Sozialpolitik, Lehrlingswesen, Bildungswesen (Anton Kimmel), Recht (Hans Floretta), Sozialversicherung (Franz Hell), Volkswirtschaft (Walter Stockinger), Statistik (Franz Hawel). Ein sehr kurzfristiges Frauenreferat und die Lohnsteuerberatung entstanden 1952, die Lehrlings- und Jugendschutzstelle 1954. Die Konsumentenberatung wurde 1958 gegründet. Seit 1949 wurden in den Bezirken, vorwiegend in den ÖGB-Heimen, Amtstage abgehalten, um den Ratsuchenden Hilfe und Auskunft geben zu können.

---

1.3.1946: Eröffnung des ÖGB-Landessekretariats  
im AK-Gebäude

---

---

Die AK sorgte für Rohstoffbelieferung, damit Betriebe nicht still lagen.

---



---

1949 waren 57.860 Arbeitnehmer wahlberechtigt.

---



---

1952 wurde der erste Neubau der AK abgeschlossen.

---

### ENERGIEKRISE 1946/47

Die Vollversammlung vom 17. März 1947 widmete sich den Konsequenzen, die sich aus der Ernährungs- und Energiekrise 1946/47 ergaben. Die Präsidenten der drei Kammern (Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer und Arbeiterkammer) wandten sich im Frühjahr 1946 in einem Aufruf an die Öffentlichkeit, Kartoffeln und Gemüse anzubauen. Diese Aktion hatte beachtlichen Erfolg. Die Erfahrungen der Energiekrise 1946/47 veranlassten die AK bereits im Sommer 1947 dazu, die Brennstoffversorgung der Bevölkerung öffentlich zu erörtern. Die Salzburger Landesregierung trug den Forderungen der Kammer Rechnung und hielt eine Enquete ab, bei der die Vertreter der Kammer entsprechende Vorschläge vorbrachten. Auf Initiative der Kammer wurde in den Zeitungen ein dringlicher Appell zur Brennmaterialbeschaffung für den Winter 1947 veröffentlicht.

Vorerst waren Fragen der Preis- und Lohnpolitik, die Berechnungen der Lebenshaltungskosten, die Erfassung und Ausarbeitung von statistischem Zahlenmaterial zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Lohnkämpfe und die Wahrnehmung der Konsumenteninteressen bei Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie bei der Aufbringung und Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Tätigkeit. Bei der 6. Vollversammlung am 29. September 1947 kritisierte Präsident Webersdorfer scharf die Unzukömmlichkeiten der Benzinverteilung.<sup>134</sup>

### LOHN- UND PREISÜBEREINKOMMEN 1947

Ab April 1947 setzte eine starke Aufwärtsbewegung der Löhne und Preise ein. Dies veranlasste die Arbeiterkammern gemeinsam mit dem österreichischen Gewerkschaftsbund am 24. Juli 1947 im sogenannten Preis- und Lohnübereinkommen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaftskammer dazu selbst aktiv in das wirtschaftspolitische Geschehen einzugreifen. Das Übereinkommen sollte dazu dienen weitere ungezügelte Steigerungsbewegungen zu verhindern. Äußerst arbeitsreich waren auch die Bemühungen der Kammer, die Versorgungslage der Bevölkerung mit Bekleidung, Schuhen, Fahrradbereifungen und Ähnlichem zu bessern. In zahlreichen Fällen musste schließlich die Kammer auf Veranlassung der Betriebsräte bei Störungen in der Rohstoffbelieferung oder der Kohlenversorgung eingreifen, um Betriebsstilllegungen und die damit verbundene Entlassung von Arbeitskräften zu verhindern.

### DIE ERSTE WAHL NACH 23 JAHREN - AK-WAHL 1949

Am 23. und 24. Oktober 1949 fand nach 23-jähriger Unterbrechung wieder eine Kammerwahl statt, bei der 57.860 wahlberechtigt waren. Bei einer Wahlbeteiligung von 68,2 % erhielten die sozialistischen Gewerkschafter 40 von 72 Mandaten, der WdU 21, der ÖAAB neun und die KPÖ zwei Mandate. Hans Webersdorfer (SPÖ) wurde wiederum einstimmig zum Präsidenten gewählt. Der Vorstand setzte sich aus vier SPÖ, zwei WdU- und einem ÖVP-Kammerrat zusammen. Die Gewählten waren: Vizepräsident Ferdinand Putz (SPÖ) und Adolf Wesely (ÖVP) sowie die Vorstandsmitglieder Josef Horak (SPÖ), Johann Moik (SPÖ), Thomas Neuwirth (WdU), Otto Tissot (WdU). Der Prä-

sident der AK hatte auch eine starke Stellung innerhalb der SPÖ. Gewerkschaftsbund und AK waren ebenso eng verflochten.<sup>135</sup>

Bemerkenswert war der große Erfolg des WdU (Wahlgemeinschaft der Unabhängigen und Parteilosen, die Liste des VdU). Der VdU war 1949 als Vorläufer der Freiheitlichen Partei<sup>136</sup> gegründet worden und erzielte 27,4 % der Stimmen, lag bei den Angestellten (43,7 %) an erster Stelle und bei den Arbeitern hinter der SPÖ an zweiter Stelle. Der VdU sammelte Stimmen der „Ehemaligen“, des dritten Lagers<sup>137</sup> und des Protestpotentials. Immerhin gab es 1945 in Salzburg über 30.000 registrierte Nationalsozialisten. Die 72 gewählten Kammerräte setzten sich aus 68 Männern und nur vier Frauen zusammen. Zu den bestehenden vier Ausschüssen kam 1950 ein Siedlungsausschuss, der die kammereigene Wohnbauförderung betraf, und ab 1952 (aufgrund der hohen Frauenarbeitslosigkeit) ein Frauenausschuss. Letzterer wurde 1957, nach Gründung des Frauenausschusses im ÖGB, wieder eingestellt.



Josef Horak und Hans Floretta bei der Besichtigung der Pläne für das „Haus am Bach“.



---

Bereits von 1952 bis 1957 gab es kurz ein eigenes „Frauenreferat“.

---



---

1951 war die Erwerbsquote wegen dem Krieg kaum höher als 1934.

---



---

Die regelmäßigen Preisbeobachtungen der AK starteten schon 1951.

---

## ZAHLEICHE SOFORTHILFEMASSNAHMEN

Aufgrund der großen Wohnungsnot wurden 1950 sämtliche verfügbaren finanziellen Mittel für eine Wohnbauförderungsaktion eingesetzt. Notstandsunterstützungen, Heimkehrerhilfe sowie Subventionen an verschiedene Institutionen wurden geleistet. Unter anderem wurde an das Rote Kreuz in Salzburg und Hallein je ein vollkommen ausgestatteter Rettungswagen gespendet. Weiters wurden an die Landeshilfe, Volkshilfe, Caritas und den Kriegsoferversverband laufend Subventionen vergeben. Bei Katastrophenfällen setzte eine Soforthilfe der Arbeiterkammer ein, um die ärgste Not zu lindern. Subventionen wurden für Bildung, Kunst, Sport, Musikschulungen und die Volkshochschule ausgeben. Für die Jugend wurde am Wallersee ein ÖGB-Jugendheim, zum größten Teil mit Mitteln der Kammer, erbaut.

Durch den Ausbau der Gewerkschaften in den Jahren 1949 bis 1951 wurde der Neubau eines Kammergebäudes erforderlich und 1952 abgeschlossen. Mit einem Aufwand von über drei Millionen Schilling konnte das neue Kammergebäude aus laufenden Budgetmitteln ausfinanziert werden. Seit 1952 wurde die Errichtung eines Jugendwohnheimes im Vorstand diskutiert. 1956 wurde in Salzburg-Parsch das Objekt „Haus am Bach“ für die Errichtung eines Knaben-Lehrlings- und -Schülerheimes für ca. 90 Jugendliche um 1,6 Millionen Schilling angekauft, um weitere 4,4 Millionen Schilling ausgebaut und 1957 feierlich eröffnet.<sup>138</sup> Die Leitung wurde Karl Fuchs übertragen.

## AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

In der Vollversammlung vom 17. September 1953 wurde im Rahmen eines Referats über Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit, unter Hinweis auf das besondere Winternotstandsgebiet im Lungau, die Durchführung einer Wirtschaftsenquete für den Lungau angeregt, um die Möglichkeit zusätzlicher Beschäftigungen zu erörtern. Am 1. Februar 1954 fand die erste Landtagsenquete über den Lungau statt. Damit wurden immerhin die regionalen Wirtschaftsförderungsaspekte andiskutiert. Im Februar 1949 wurde die Errichtung einer Zweigstelle der technisch-gewerblichen Abendschule beschlossen. Von 1949 bis 1965 wurden 493 Werkmeister ausgebildet.

Die seit Anfang der 1950er-Jahre an der Handelsakademie in Salzburg bestehende kaufmännische Abendschule für Berufstätige wurde seit 1963/64 von der AK übernommen. Dieser Schultyp ermöglichte Externisten die Vorbereitung zur Ablegung der Reifeprüfung an der Handelsakademie bzw. zur Ablegung der Abschlussprüfung an der Handelsschule. Sie stand unter der Leitung von Karl Hauser.

## KUNST UND WISSENSCHAFT

In einem 20-Punkte-Programm forderte die Arbeiterkammer die Steuerfreiheit für Spenden für kulturelle Zwecke. Der AK nahestehende Abgeordnete des Salzburger Landtages stellten einen Antrag, in dem festgestellt wird, dass es trotz ausgezeichnete Konjunktur Bund, Ländern und Gemeinden bisher nicht gelungen sei, die Mittel für kulturelle Einrichtungen aufzubringen und damit annähernd die Mindestanforderungen zu decken. Am 20. Juni 1955 fasste der Salzburger Landtag einstimmig den Beschluss, die Landesregierung aufzufordern, sich beim Bundesministerium für Finanzen dafür einzusetzen, dass für Spenden für kulturelle Zwecke Steuerfreiheit gewährleistet würde.

## WIRTSCHAFTSSITUATION

Die Analyse der AK-Wirtschaftspolitik zwischen 1946 und 1980 ist bei Rudolf E. Wordian umfassend dargestellt und soll hier nur ansatzweise wiedergegeben werden. Im Jahr 1951 waren in der Salzburger Wirtschaft 152.860 Personen berufstätig, und zwar 17 % Selbständige, 18 % mithelfende Familienmitglieder, 21 % Angestellte, 41 % Arbeiter und 3 % Lehrlinge. Die Bevölkerung des Bundeslandes Salzburg hat sich infolge der kriegs- und nachkriegsbedingten Ereignisse sowohl in zahlenmäßiger Hinsicht wie auch in ihrer demografischen Zusammensetzung gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich verändert. So nahm die Bevölkerung um rund 80.000 Menschen bzw. 33 % zu. Die Erwerbsquote unterschied sich allerdings im Jahr 1951 mit 46,7 % nur geringfügig gegenüber 48,8 % im Jahr 1934.

## AK-EINFLUSS AUF DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft kann nicht allein durch lohn- und sozialpolitische Maßnahmen gesichert und verbessert werden, daher haben die Arbeiterkammern nach ihrer Wiedererrichtung in früher unvorstellbarem Ausmaß auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverwaltung Einfluss genommen. Neben der Erhöhung der Reallöhne galt es vor allem die Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Sicherung der Ernährung, die Verbesserung der Bedarfsdeckung, eine gerechte Verteilung von Bekleidungs- und Gebrauchsgegenständen im Rahmen der Bewirtschaftung, die Bekämpfung des Preiswuchers und die Mitwirkung bei der staatlichen Preispolitik, die Außenhandelslenkung und Liberalisierung der Einfuhr, die Begutachtung von Investitionskrediten für Industrie und Fremdenverkehr, die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, die Wohnbauförderung, die Fremdenverkehrsförderung, die Verbesserung des Berufsverkehrs, die Entwicklung

**AK-Vorstand 1954 (sitzend von links): Hans Floretta, Hans Baltinester, Josef Horak, Adolf Vesely und Oskar Weidisch; (stehend von links) Josef Böck, Rudolf Strobl, Ferdinand Putz, Fritz Schorn, Johann Prohaska, Johann Gadermeyer.**



der Steuer- und Lohnpolitik waren zentrale Punkte der AK-Politik Ende der 1940er- und in den frühen 1950er-Jahren.

### PREISKONTROLLE UND VERSORGUNG

Als im Jahr 1947 das erste Preis- und Lohnübereinkommen abgeschlossen wurde, um die Inflationsgefahr abzuwehren, nahmen Vertreter der AK an den Preisbeobachtungskommissionen zur Überwachung der Preisbildung von Industrie und Gewerbe teil. Die später folgenden Preisregelungs- und Preistreibereigesetze verpflichteten die AK zu einer unübersehbaren Kleinarbeit und Mithilfe in der staatlichen Preispolitik. Von 1948 bis 1954 war die Kammer auch bei lokalen Außenhandelslenkungen insbesondere im Grenzverkehr mit Bayern beteiligt. Hinsichtlich der Versorgung mit Fleisch, Fett, Obst und Gemüse und anderen Importprodukten mussten die Zentralstellen rechtzeitig auf Lücken der Marktbelieferung hingewiesen werden und des öfteren auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung bei der Rohstoffversorgung interveniert werden.<sup>139</sup>

Durch einen Preisbeirat beim Amt der Salzburger Landesregierung sollte die Preistreiberei bekämpft werden. Die Kammer stieg aber 1951 aus diesem Gremium aus, weil sie den Eindruck gewonnen hatte, dass dort die Preiserhöhungen eher legalisiert als unterbunden werden sollten und beschäf-

tigte sich fortan mit einer regelmäßigen Preisbeobachtung. Durch die Information der Konsumenten über die Preisentwicklung sollte so auf den Marktpreis eingewirkt werden. Maßgeblich hatte sich die Kammer um die Zuteilung von ERP-Krediten (European Recovery Program – der Marshallplan) für die Industrialisierung Salzburgs eingesetzt. Durch die Errichtung neuer Industriebetriebe und den Ausbau bestehender Fabriken ist es gelungen, die Zahl der Industriearbeiter gegenüber der Vorkriegszeit zu vervielfachen.

### ARBEITERKAMMERGESETZ 1954

Als Meilenstein in der Entwicklung der Arbeiterkammern konnte das Arbeiterkammergesetz 1954 angesehen werden. Schon 1948 hatte der Arbeiterkammertag beschlossen, eine Novellierung des Arbeiterkammergesetzes zu fordern. Es zeichnete sich durch eine erweiterte Begutachtungstätigkeit aus. Die Ministerien und die Ämter der Landesregierungen waren nun verpflichtet, alle Entwürfe von Gesetzen vor ihrer Einbringung in das Parlament bzw. den Landtag dem Arbeiterkammertag bzw. der zuständigen Arbeiterkammer zu übermitteln. Dies galt auch bei Verordnungen und Kundmachungen, wenn sie den Aufgabenbereich der Arbeiterkammern berühren. Durch Verfassungsbestimmung wurde bekräftigt, dass auch die pragmatisierten Bediensteten in Betrieben, Anstalten in Stiftungen und Fonds von

Gebietskörperschaften der Arbeiterkammer angehören. Der österreichische Arbeiterkammertag, der bisher lediglich ein Koordinationsgremium der einzelnen Arbeiterkammern war, bildete nun eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete selbständige Körperschaft. Seine Bürogeschäfte wurden aus Gründen der Verwaltungsökonomie von der Wiener AK aus besorgt und bildete nicht, wie die Bundeswirtschaftskammer, eine zehnte Kammer. Die Gehilfenausschüsse wurden aufgelöst und deren Aufgaben den Arbeiterkammern übertragen, die dafür Fachausschüsse einrichteten.

### AK-WAHL 1954

Erstmals wurden 70 Kammerräte (gegenüber 72 im Jahr 1949) gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug bei 68.573 Wahlberechtigten 60,4 %. Die sozialistischen Gewerkschafter erzielten 62 % der Stimmen und 46 Mandate, der ÖAAB 18,6 % und 13 Mandate. Die WdU erreichte nur mehr 6,5 % und vier Mandate, die Parteifreie Liste aber 9,3 % und 6 Mandate. Das „dritte Lager“ erzielte, zwar getrennt, aber dennoch 15,8 %. Die gewerkschaftliche Einheit (KPÖ) kam auf 3,6 % und ein Mandat. Die WdU und die Parteifreie Liste waren bei den Angestellten mit 10,9 % bzw. 20,9 % sehr stark, erreichten bei den Arbeitern aber nur 6,4 % bzw. 6,8 %. Johann Webersdorfer wurde wiederum einstimmig zum Präsidenten gewählt.



Das Arbeiterkammer Gesetz 1954 brachte stark erweiterte Rechte bei der Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen.

1954 waren 68.573 Arbeitnehmer wahlberechtigt.

In den 1950er-Jahren arbeiteten fast zwei Drittel der Jugendlichen 75 Stunden und mehr pro Woche!

### 1956: DIE NEUEN AK-CHEFS JOSEF HORAK UND HANS FLORETTA

Der Gesundheitszustand von Präsident Webersdorfer verschlechterte sich im Jahr 1955 zusehends und er starb am 7. November desselben Jahres. Vizepräsident Putz führte ab dem Zeitpunkt der schweren Erkrankung des Präsidenten die Geschäfte, bis am 14. Jänner 1956 der neugewählte Kammerpräsident Josef Horak die Leitung übernahm. Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Peyer nahm die Angelobung des neuen Präsidenten vor und hob in seiner Rede die Bedeutung der Arbeiterkammer im wirtschaftlichen und politischen Leben hervor.<sup>140</sup> Mit 1. Mai 1956 trat der Kammeramtsdirektor der ersten Stunde, Hans Baltinester, in den Ruhestand. Zum neuen Kammeramtsdirektor wurde Universitätsdozent Hans Floretta<sup>141</sup> bestellt, der sich durch seine zahlreichen Arbeiten auf dem Gebiet des Arbeitsrechts Verdienste erworben und besondere Anerkennung gefunden hatte. Präsident Horak kündigt in seiner Antrittsrede unter anderem eine Intensivierung der Ausschusstätigkeit an. Die Vollversammlung sei für Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen zu unelastisch, diese Arbeit könne nur in Ausschüssen vor sich gehen. Die Zahl der Ausschussmitglieder wurde von neun auf zwölf Kammerräte erhöht.

### FACHAUSSCHÜSSE

1956 errichtete der Vorstand acht Fachausschüsse. Diese lösten die seit 1950 wiederbelebten Gehilfenausschüsse ab. Entsprechend den Richtlinien wurden für die Gewerkschaften vor allem Schulungsmaßnahmen, die auch im Interesse der AK waren, finanziert. Die Fachausschüsse wurden ab 3. März 1993 aufgelöst und auf Subventionen für die Gewerkschaften umgestellt. Im §6 des AKG 1992 wurde die

Unterstützung und Zusammenarbeit der AK mit den Gewerkschaften, hauptsächlich für deren Schulungstätigkeit, explizit geregelt. 1960 wurde die Wohnbaukreditaktion um eine Hausrat- und Wohnungskreditaktion erweitert.

### BEGINN DER SEMINARTÄTIGKEIT

1963 wurde ein bedeutendes Seminar „Kollektive Mächte im Arbeitsleben“ veranstaltet. Vom 28. Februar bis 2. März 1963 nahmen über 300 prominente Vertreter der Behörden, der Höchstgerichte, der Rechtswissenschaft und der Verbände sowie zahlreiche ausländische Gäste daran teil. Das Generalthema wurde aus verschiedenen Sichten beleuchtet und zwar:

- » „Die soziologische Struktur der heutigen Gesellschaft“ (Univ.-Prof. Dr. Karl Martin-Bolte, Hamburg)
- » „Die kollektiven Mächte im Arbeitsleben und die Bundesverfassung“ (Hofrat sDr. Hans R. Klecatzky, VwGH).
- » „Die Grundrechte der Interessenverbände in nationaler und internationaler Sicht“ (Univ.-Prof. Dr. Felix Ermacora, Innsbruck)
- » „Kollektivmacht und Individualinteressen im Arbeitsrecht“ (Univ.-Prof. DDR. Hans Floretta, Salzburg)
- » „Die Stellung der Rechtsordnung zu Arbeitskämpfen“ (Univ.-Prof. Dr. Franz Bydlinsky, Graz)

- » „Das Recht und die Interessenverbände im internationalen Vergleich“ (Univ.-Doz. Dr. Rudolf Strasser, Linz/Wien).
- » „Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Interessenverbände“ (Univ.-Prof. Dr. Theodor Pütz, Wien).
- » „Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in sozialpolitischer Sicht“ (Univ.-Prof. Dr. Erich Arndt, Tübingen).

Die österreichische Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht, deren Präsident Hans Floretta bis zur 18. Tagung war, hat die Tradition dieses ersten Seminars fortgesetzt und auf ihren arbeitsrechtlichen Tagungen seit 1966 grundsätzliche arbeitsrechtliche Probleme wissenschaftlich diskutiert.

### ERHEBUNGEN ZU JUGENDARBEITSZEITEN

1955 hatte die AK die Arbeitszeit der im Gastgewerbe beschäftigten Jugendlichen erhoben.

Befragt wurden 326 Jugendliche. 1960 wurde diese Erhebung auf 5.200 Jugendliche aus allen Berufen ausgedehnt. Die seit 1955 laufenden Erhebungen über die Wochenarbeitszeit von Lehrlingen wurden Mitte der 1970er-Jahre eingestellt.

### Wöchentliche Arbeitszeiten von 326 im Jahr 1955 befragten Jugendlichen

<b>bis</b>	44 Stunden wöchentlich	13 Jugendliche
	48	15
	50	4
	55	36
	65	55
	75	104
	100	88
<b>über</b>	100	11

# DIE ROLLE DER AK IN DEN 1960ER-JAHREN

---



---

Aktive Beschäftigungspolitik, Wohlstand und die Entwicklung der Wirtschaft durch Arbeit stehen schon lange auf dem politischen Programm der AK.

---

## WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSFRAGEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

Mit dem Auslaufen der Preis-Lohnabkommen und dem Übergang zur marktwirtschaftlichen Koordination ging der wirtschaftspolitische Einfluss der Arbeitnehmervertreter österreichweit zurück. Erst 1957 wurde die Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen gegründet. In den 1960er-Jahren begann mit dem Lohnunterausschuss des Raab-Olah-Abkommens die Blütezeit der Sozialpartnerschaft. 1961 wurde sie ausgeweitet, 1963 wurde der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen installiert. Unterausschüsse wurden durch das Raab-Benya-Abkommen eingerichtet. Die AK Salzburg versuchte zumindest punktuell, insbesondere durch Forderungen nach Preisüberwachungen auf die Wirtschaftspolitik des Landes einzuwirken und Grundlagendaten zu erarbeiten. 1959 wurde ein landespolitisches Forderungsprogramm vorgelegt, in dem die Handelskammer „*eindeutig gegen das Interesse der Wirtschaft gerichtete Forderungen*“ feststellte.<sup>142</sup>

## AK-WAHL 1959

1959 wurde die 48-Stundenwoche auf 45 Stunden abgesenkt. Bei der am 11. und 12. Oktober 1959 stattgefundenen AK-Wahl haben von 74.064 Wahlberechtigten 65 % gewählt. Statt des WdU kandidierten nun erstmals die Freiheitlichen Arbeitnehmer. Zusätzlich trat die Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs (PFR) zur Wahl an. Die FSG erzielte 61,6 % der Stimmen, der ÖAAB 21,1 %, die FPÖ 12,4 %, FPr 3,0 % und die gewerkschaftliche Einheit (KPÖ) 3,0 %.

## REGIONALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Schon 1954 wurde auf einer Landtagsenquete unter Landeshauptmann Josef Rehl die problematische Situation des Lungau diskutiert. Die AK hatte bereits am 17. September 1953 unter Hinweis auf Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit diese Enquete angeregt. Neben dem Lungau wurden auch der Oberpinzgau und der Raum Bürmoos-Lamprechtshausen als regionale Notstandsgebiete bezeichnet. Die Erfassung strukturschwacher Räume im Land Salzburg stand im engen Zusammenhang mit einer vom Bundesministerium für soziale Verwaltung 1958 gestarteten Initiative zur Sanierung derartiger Problemgebiete.

Die als Problemlösung vorgesehene regionale Wirtschaftsförderung wurde von den politischen Interessen unterschiedlich beurteilt. Für die Arbeiterkammerleitung bildeten die Beschäftigungseffekte das Entscheidende jeder Förderungsmaßnahme. Über Abgeordnete, die der AK nahestanden, versuchte die AK schon seit 1958 im Landtag die Landesregierung zur Bereitstellung finanzieller Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung zu bewegen. Auf einer 1958 abgehaltenen Tagung über Landesforschung und Landesplanung wurde die Bedeutung der Raumordnung als politische Entscheidungshilfe für den Einsatz entwicklungsfördernder Maßnahmen unterstrichen.<sup>143</sup>

---

1959 kam bei der AK Salzburg erstmals zur Preisbeobachtung eine Kaufberatung für Konsumenten dazu.

---



---

Ab 1959 veröffentlichte die AK verstärkt Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Bundesland.

---

### FÖRDERUNG STRUKTURSCHWACHER REGIONEN

Eine ausführliche Stellungnahme gab die Kammer im Juli 1961 zum Forderungsprogramm der Salzburger Wirtschaft vom 5. Dezember 1960 ab. Kritisiert wurde die Aussage der Wirtschaft, dass Wirtschaftsdemokratie nicht mit der freien Wettbewerbspolitik vereinbar sei. Gefordert wurde, dass die Mittel der Wirtschaftsförderung sich vor allem an der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in den Entwicklungsgebieten des Landes unter besonderer Berücksichtigung des Lungaus und des Gerichtsbezirks Thalgau zu orientieren hätten. Ferner sollten Mittel der allgemeinen Wirtschaftsförderung für die Werbung von Betriebsansiedlungen verwendet werden. Die Wirtschaftskammer hatte sich gegen eine weitere Werbung für ausländische Betriebsgründungen ausgesprochen. Auch wies die AK darauf hin, dass die Fremdenverkehrsförderung von verschiedenen Stellen und somit nicht koordiniert erfolgte. Die erste Wirtschaftsenquete des Landes fand 1960 statt und bot der Arbeiterkammerleitung die Gelegenheit, mit zwölf Vorschlägen die Diskussion über die optimale regionale Wirtschaftsförderung anzuregen. Die Vorschläge betrafen u.a. die Bereitstellung von Fremdkapital durch Salzburger Kreditinstitute, die Forcierung von Straßen- und Verkehrsbauten sowie die Förderung einer zweiten Saison im Fremdenverkehr. Sprechstage, Betriebsräteinformationen und Betriebsbesuche wurden von allen Präsidenten in unterschiedlicher Intensität abgehalten.

### AK-WAHLEN 1964 UND 1969

Bei den Wahlen 1964 verzeichneten die freiheitlichen Arbeitnehmer Verluste von 2,5 %. Die Liste der parteifreien Betriebsräte erzielte kein Mandat mehr. Der ÖAAB baute seinen Stimmenanteil auf 25,8 % aus. Die Sozialdemokraten erzielten aber mit 60,4 % und 45 Mandaten eine komfortable Mehrheit. Die KPÖ erzielte 3,2 %. Die Wahlbeteiligung betrug 63,6 % bei 86.334 Stimmberechtigten. Den Verlust bei den Wahlen 1964 holten die Freiheitlichen 1969 mehr als auf. Bei 97.030 Wahlberechtigten betrug die Wahlbeteiligung 60,6 %. Die FSG

erzielte 58,5 % und 42 Mandate, der ÖAAB 25,3 % (18 Mandate) und die FPÖ 15 % (10 Mandate). Die GE (KPÖ) erzielte nur mehr 1,2 % und konnte kein Mandat erringen.

### GRÜNDUNG DER KONSUMENTENBERATUNG

Im wirtschaftspolitischen Forderungsprogramm der AK an den Salzburger Landtag 1959 wird die Preisüberwachung strikt eingefordert. Die Landespreisbehörde wurde aufgefordert, gerade in der Fremdenverkehrszeit darauf Bedacht zu nehmen, dass es nicht zu ungerechtfertigten Preiserhöhungen zulasten der einheimischen Bevölkerung kommt und Überschreitungen zur Anzeige zu bringen seien. 1958 hatte die AK die Konsumentenberatung gegründet, welche auch eine Einkaufsberatung leistete. Die Salzburger Tagespresse unterstützte diese Einkaufsberatung.

### ZAHLREICHE AK-STUDIEN

Seit 1969 tritt die AK regelmäßig mit Ergebnissen sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsarbeiten an die politische Öffentlichkeit heran. Im Herbst 1969 veröffentlichte die AK eine Publikation unter dem Titel „Beschäftigungsstruktur im Bundesland Salzburg. Veränderungen 1962 bis 1968“. 1974 folgte die Studie „Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur der Salzburger Gemeinden“. Ewald Nowotny wurde mit der Prognosestudie 1965-1985 „Infrastruktur und regionale Finanzwirtschaft“ betraut. 1976 erzielte die AK-Studie betreffend der Lage der älteren Arbeitnehmer einen nicht unbeträchtlichen öffentlichen Widerhall. Die damalige ältere Generation war äußerst arbeitszentriert und die Forderung nach Herabsetzung des Pensionsalters gerade bei den schwerer belasteten Arbeitern verzeichnete wenig Zugkraft. Es war eher die nächste Generation, die zur Frühpension tendierte. Die Auswirkungen der Salzburger Festspiele auf den Arbeitsmarkt wurden schließlich 1979 untersucht.

## KUPFERBERGBAU MÜHLBACH

Ein besonderes Interesse widmete die AK der betriebswirtschaftlichen Entwicklung des Kupferbergbaus in Mühlbach am Hochkönig. Die Vollversammlung verabschiedete am 27. Oktober 1967 eine Resolution, in der ein Investitionsanstoß im Ausmaß von nahezu 70 Millionen Schilling gefordert wurde. Die damalige Bundesregierung unter Josef Klaus zeigte, auch auf Drängen des Landes, die grundsätzliche Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung dieses Betriebes. Anfang der 1970er-Jahre vergab die AK dem Institut für empirische Sozialforschung den Auftrag die Auswirkungen einer Schließung des Bergbaus für die Region Mühlbach darzustellen. Im Jahr 1973 wurde aus Kostengründen die Weiterführung des Bergwerkes propagiert, allerdings mit flankierenden Maßnahmen von Betriebsansiedlung und Fremdenverkehrsförderung. Trotz vielfacher Bemühungen der AK und des Landes gelang es nicht, den schwer defizitären Kupferbergbau weiter zu betreiben. Im Jahr 1977 wurde er endgültig geschlossen. Im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt kümmerte sich die AK um die Existenzprobleme der 240 gekündigten Arbeitskräfte. In Mühlbach wurden als ein gewisser Ausgleich hohe touristische Investitionen vorgenommen.

## FRAGEN DER RAUMORDNUNG

Seit Ende 1976 verfügen alle Salzburger Gemeinden über Flächenwidmungspläne an deren Begutachtung ein Planungsfachberater der Arbeiterkammer mitgewirkt hat. Das aus dem Jahr 1956 stammende Salzburger Raumordnungsgesetz (ROG) wurde mehrmals geändert und schließlich im Jahr 1968 wiederverlautbart. Bei der am 28. März 1968 abgehaltenen Kammervollversammlung wurde ein Vorstandsantrag beschlossen, der vom Land forderte: *„Grundsätzlich soll die Raumordnung auf die Wirtschaftsentwicklung im ganz besonderen Maße bedacht nehmen; dabei ist eine ausschließliche Beschränkung auf den Fremdenverkehr zu vermeiden.“*<sup>144</sup> Der innere Pongau und der Mittelpinzgau wurden als weitere Planungsgebiete vorgeschlagen. Zur Entlastung der Ballungsgebiete sollten vorhandene Ansätze zentraler Orte außerhalb derselben ausgebaut werden. In den der gewerblichen und der industriellen Produktion gewidmeten Räumen sollten die Betriebsansiedlungen nach den Gesichtspunkten der Wachstumschancen getroffen werden.<sup>145</sup> In einem Roundtable-Gespräch zwischen AK-Vorstand und Raumordnungsexperten von Stadt und Land Salzburg, am 2. April 1968, über die Raumordnung in Salzburg kritisierten die Vorstandsmitglieder den geringen Einsatz des an und für sich als brauchbar empfundenen Raumordnungsgesetzes 1956 für die Entwicklungsplanung. Der Vorstand regte weiters an, die Befragung der Kammern schon im Ausarbeitungsstadium von Regionalplanungen vorzunehmen. Der seit 1966 in Arbeit befindliche „Regionalplan der Stadt Salzburg und ihr Umland“ wurde 1969 intensiv im Planungsfachbeirat diskutiert. Das von der Arbeiterkammerleitung gewünschte Planziel einer bandförmigen Entwicklung der Stadt nach dem Süden mit Wohngebieten am rechten und Industrieansiedlungen am linken



Bergarbeiter in Mühlbach.

---

**Schon in den 1960er-Jahren machte sich die AK für einen guten  
Wirtschaftsmix über den Tourismus hinaus stark.**

---

Salzachufer wurde im Planungsfachbeirat nicht durchgesetzt. Architekt Gerhard Garstenaier hatte seiner Studie 1968 diese Idee zugrunde gelegt. In der Verordnung der Landesregierung vom 26. Jänner 1970 wurde ein Entwicklungsplan als verbindlich erklärt, in der die Stadt Salzburg die Hauptentwicklungsrichtung nach Norden vorsieht.

### **KRITIK AN ENTWICKLUNGSPLÄNEN**

Im Rahmen der Ausarbeitung des Regionalplanes Pinzgau wurde von der Arbeiterkammerleitung auf einer Enquete in Zell am See am 8. Februar 1972 gegen die Überbetonung der Fremdenverkehrswirtschaft im Pinzgau Stellung bezogen. Auf einer Enquete in Tamsweg im Juni 1972 trat die AK für Maßnahmen gegen die drückende Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe und gegen das Pendlerproblem ein. Dies dokumentierte die AK durch ihre 1975 veröffentlichte Studie „Arbeitnehmer im Lungau“, die die besonderen Arbeitsmarktverhältnisse dieser Region eindringlich darlegte. Als letzter Regionalplan nach dem Raumordnungsgesetz 1968 wurde der Entwicklungsplan Lungau durch die Verordnung der Landesregierung vom 31. Mai 1976 als verbindlich erklärt. Die Gebundenheit der Entwicklungspläne auf flächenbezogene Aussagen war einer der Hauptkritikpunkte der Kammern am Salzburger Raumordnungsgesetz 1968. Mit dem am 30. März 1977 vom Salzburger Landtag beschlossenen Raumordnungsgesetz, LGBl Nr. 26, wurde eine normative Maßnahme gesetzt, deren Bedeutung über flächenbezogene Aussagen hinausging. Die neuen Entwicklungsprogramme mussten, gestützt auf eine alle Lebensbereiche des Menschen umfassende Definition der Raumordnung, eine Gesamtschau der räumlich gesellschaftlichen Entwicklung bringen. Jedes einzelne Entwicklungsprogramm setzte sich aus Raumordnungszielen, dem Entwicklungsplan und dem Maßnahmenkatalog zusammen.<sup>146</sup>

### **WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSMARKTBEIRAT**

Im Dezember 1977 unterbreiteten die AK und Wirtschaftskammer gemeinsam der Landesregierung den Vorschlag zur Errichtung eines Wirtschafts- und Arbeitsmarktbeirates. Durch Regierungsbeschluss vom Februar 1978 wurde die Landesregierung in Fragen der Wirtschaftspolitik durch die Sozial- bzw. Wirtschaftspartner erweitert. Der Wirtschafts- und Arbeitsmarktbeirat, der sich am 16. März 1978 konstituierte und bis 1997 bestand, verfolgte verschiedene Aufgaben:

- » Regelmäßige Analyse der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung des Landes und des Bundes in Salzburg
- » Abgabe von wirtschaftspolitischen Empfehlungen
- » Mitarbeit bei der Erstellung der Maßnahmenkataloge für Entwicklungsprogramme.

Den Vorsitz führte der Landeshauptmann. Von der AK waren der Präsident und der Direktor vertreten; im Bedarfsfall konnten zu den Sitzungen Kammerbedienstete als Experten beigezogen werden.

### **KULTUR, ARBEIT, FREIZEIT**

Die Arbeitswelt umfasst im Selbstverständnis der Arbeitnehmerbewegung immer auch erweiterte, gesellschaftsbezogene, kulturelle Aspekte. Bereits seit 1946 begann die AK wieder, auch ihre kulturellen Aktivitäten zu entfalten, um den Arbeitnehmern besseren und kostengünstigen Zugang zum Kulturangebot zu ermöglichen und kulturelle oder soziale Barrieren abzubauen. Kultur sollte ins tägliche Leben, also auch den Betrieb eingreifen und sich Aktionsräume schaffen.

### **REVITALISIERUNG ZERRISSENER KULTURNETZWERKE**

Die Arbeiterbewegung hatte in der Ersten Republik ein Netz von politischen, gewerkschaftlichen, kulturellen und sportlichen Organisationen aufgebaut, die in den Lebenszusammenhang der Arbeitnehmer eingebettet waren und zu neuen Kulturformen sowie zu einer Änderung des Alltagslebens führen sollten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war dieses Gesamtnetzwerk zerrissen. Nur Branchen mit hoher gewerkschaftlicher Organisationsdichte (wie z.B. die Eisenbahner, Drucker) oder kulturinitiierte Betriebsräte revitalisierten betriebliche Kulturarbeit. Die AK intensivierte die Zusammenarbeit anfangs insbesondere mit der Salzburger Kulturvereinigung, in den 1990ern mit den Kulturvereinen, und veranstaltete mit diesen oder sponserte kulturelle Aktivitäten.

### **ZAHLREICHE KULTURVERANSTALTUNGEN**

Zu den wichtigsten Aktivitäten zählten u.a.:

- » Zahlreiche Theatervorstellungen, Ausstellungen und Konzerte
- » Bundestheatertourneen in den Bezirken
- » Die Aktion „Grafik für dich“, Arbeitermaler stellen aus
- » Fotoausstellungen zum Thema Arbeitswelt
- » Die 2. und 3. Weltfotoausstellung mit den Themen „Die Frau“ und „Unterwegs zum Paradies“ (1972 und 1973)
- » Weihnachtsausstellungen der bildenden Künstler im AK-Saal
- » Videowerkstatt,
- » 1983 wurde der Georg Rendl Literaturpreis für Literatur der Arbeitswelt geschaffen,
- » „Kunst hinter Gittern“
- » Kultur in Betrieben
- » Der AK-Kulturklub (früher Filmklub)
- » Der Aquarellmaler Bernhard Vogel startete seine Karriere bei einer AK-Weihnachtsausstellung. 1998 wurden die faszinierenden Arbeiten des Autodidakten und Lackiermeisters Reinhard Ebl gezeigt.



Die Ausstellungen der Konsumentenberatung umfassen Themen des täglichen Lebens, weisen auch in die Arbeitsfreiräume der Freizeitgesellschaft. Sie reichen von Haushaltstechniken zu Sportartikeln, von Ernährungsberatung bis hin zur Blumenpflege und Gartengestaltung. Sogar Fernsehkoch Willi Hallmann zelebrierte einst (1978) seine Künste. 2001 widmete sich eine Ausstellung der Informationsgesellschaft durch Internetpräsentationen. Wurden früher eher Veranstaltungen im AK-Saal und auch in den Bezirken direkt von der AK organisiert und die Eintrittskarten über Betriebsräte verteilt, verlagerte sich dies in den 1990er-Jahren entsprechend dem Konzept hin zur Kooperation mit Salzburger Kulturvereinen und -Initiativen.

### JUGENDSCHUTZ UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Bereits in der Ersten Republik hatte sich die AK der Überwachung der Lehr- und Ausbildungsverhältnisse intensiv gewidmet. 1923 wurde die Berufsberatungsstelle von der AK initiiert und 1925 unter finanzieller Beteiligung der AK bei der Handelskammer installiert.

Die Lehrlings- und Jugendschutzstelle der AK wurde bereits 1946 wieder geschaffen und 1947 von 700 Jugendlichen aufgesucht. Der spätere Landtagsvizepräsident Anton Kimmel, in der Ersten Republik Experte und Redakteur für den Jugendschutz bei der AK Wien, übernahm das Referat Sozialpolitik, Bildungswesen und Jugendschutz. Ab 1947 erfolgte eine finanzielle Unterstützung von Jugenderholungsaktionen für gesundheitlich gefährdete Jugendliche in ÖGB-Heimen. Die Reihenuntersuchungen wurden gemeinsam von der Salzburger Gebietskrankenkasse, der AK und der Gewerkschaftsjugend durchgeführt. 1948 wurden 3.112 Jugendliche untersucht. Bereits Ende der 40er fanden große Tagungen zum Jugendschutz statt. Die Veranstaltungen wurden zumeist von der Gewerkschaftsjugend<sup>147</sup> organisiert, die AK stellte die Referenten. Diese Organisationsform zieht sich durch die Jahrzehnte.

### DIE ARBEITERKAMMER UND DIE „GASTARBEITERFRAGE“

Die Beantwortung der „Gastarbeiterfrage“ aus Sicht der Arbeiterkammer kann aus ihrem ureigenen Selbstverständnis als Interessenvertretung nur eine ambivalente bleiben. Einerseits hatten Arbeiterkammer wie auch ÖGB stets die Verantwortung gegenüber den heimischen Arbeitskräften, andererseits waren sie ebenso, wenn auch nicht im selben Ausmaß den ausländischen Arbeitskräften verpflichtet. Im Folgenden sollen die Haltung der AK Salzburg gegenüber der Beschäftigung von Arbeitsmigranten in den 1960er- bis 1980er-Jahren nachgezeichnet und konkret getroffene Maßnahmen erläutert werden.

Ab Mitte der 1950er-Jahre befanden sich ein Großteil der Länder Westeuropas in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Ein latenter wie akuter Arbeitskräftemangel rief ab den 1960er-Jahren auch in der österreichischen Wirtschaft ein starkes Interesse an der Beschäftigung von „Gastarbeitern“ hervor. Während die Nachfrage an Arbeitskräften stieg, wanderten viele Österreicher wegen eines höheren Lohnniveaus ins Ausland ab. Aufgrund der besseren Verdienstmöglichkeiten im benachbarten Bayern wechselten besonders viele Salzburger Arbeitnehmer aus der Bauwirtschaft und dem Fremdenverkehr über die Grenze. Dies führte zu einem Fehlen von Arbeitskräften in einer Phase der Hochkonjunktur.<sup>148</sup> Die Idee, ausländische Arbeitskräfte für einen gewissen Zeitraum anzuwerben, manifestierte sich in dem Begriff „Gastarbeiter“. Die Basis für die folgenden Anwerbeabkommen in Österreich bildete das so genannte Raab-Olah-Abkommen zwischen der Bundeswirtschaftskammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB).<sup>149</sup> Dieses schuf die Voraussetzung für die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften am österreichischen Arbeitsmarkt. 1964 trat ein Anwerbeabkommen Österreichs mit der Türkei in Kraft und 1966 mit Ex-Jugoslawien. Diese zwischenstaatlichen Vereinbarungen regelten die Anwerbung türkischer und jugoslawischer Arbeitskräfte und



RUNDSCHAU DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR SALZBURG UND DER GEWERKSCHAFT 6. Jahrgang – Nr. 1

## Mietwucher in Gastarbeiter-Quartieren

STAATSANWALTSCHAFT EINGESCHALTET

Gastarbeiter stellen in zunehmendem Maße für private „Zimmer“-Vermieler eine recht lucrative Marktob der. Die „Quartiere“, in die man sie gleich, sprich sehr oft jeder Beschäftigung, die Mieten hingegen, die man ihnen überlangt, stehen in ungekalkuliertem Verhältnis dazu. Die Salzburger Arbeitskammer hat nun einen besonders knappen Fall als Anlass genommen, um gegen einen Vermieter von Gastarbeiterquartieren in der Landeshauptstadt Salzburg gerichtliche Schritte zu initiieren. Sie hat gegen den Mann Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Salzburg wegen Verstoßes gegen den Paragraph 4 des Wuchergesetzes – Ausbeutung einer Zwangslage – erstattet. Als Beweis wurden Photos, die während eines Lebensausgleichs in den Quartieren durch Vertreter des Magistrates und

der Arbeiterkammer gemacht wurden, vorgelegt. Das Bild, das sich der Kommission in einer baufälligen Baracke und einem Geruchsbuchsen an der Ablasungsstraße bot, ist kaum zu schildern (Photo nebenstehend). In den 35 bis 75 Quadratmeter großen Kämmerchen – sie sind zum Teil fensterlos – hausen bis zu 40 Gastarbeiter, pro Raum vier bis fünf, auch Frauen und Männer gemeinsam. Pro Bett werden 400 Schilling verlangt. Das bedeutet also, daß der Vermieter pro Zimmer, die oft nicht höher als 1,50 Meter hoch sind, 2.500 Schilling verdient, bei einer „Belegschaft“ von 40 Gastarbeitern also 10.000 Schilling pro Monat. In der Anzeige plädiert die Salzburger Arbeiterkammer aus Gründen der Generalprävention für eine strenge Bestrafung des Vermieters.



„Für Integrität nur ein Bett“ 3 Betten, 6 Gruben aber 12 Türen“



Gastarbeiterquartier in Salzburg...

## Gastarbeiterprobleme neu überdenken

Die Arbeiterkammer kritisiert die Ausbeutung von Arbeitsmigranten am Wohnungsmarkt und setzt gerichtliche Schritte gegen Vermieter.

deren Beschäftigung in Österreich. Mit den Anwerbeabkommen folgte Österreich den Mustern Deutschlands und der Schweiz.<sup>150</sup>

Am 4. April 1966 trat das Abkommen zur Beschäftigung jugoslawischer Arbeitnehmer in Österreich in Kraft. Dem Abschluss waren jahrelange Verhandlungen zwischen dem österreichischen Staat und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens vorausgegangen. Eine der unmittelbaren Folgen war, dass zwischen 1961 und 1971 die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Land Salzburg doppelt so stark anstieg als im österreichischen Durchschnitt. Dabei war 1970 die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte mit zirka 5.300 noch gering. Dies waren lediglich vier Prozent der unselbstständigen Beschäftigten.<sup>151</sup> In den Jahren 1970 bis 1972 stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte aufgrund der Anwerbeabkommen jedoch nicht nur für Gesamtösterreich stark an. In Salzburg verdreifachte sich die Zahl in diesem Zeitraum von 5.331 auf 17.233. Der Höhepunkt wurde 1973 mit 19.100 ausländischen Beschäftigten erreicht, sprich rund 13 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl.<sup>152</sup> Dieser sprunghafte Anstieg führte zu gesellschaftspolitischen Herausforderungen und einhergehenden öffentlichen Debatten.

## AMBIVALENTE HALTUNG

Unter dem Titel „Fremdarbeiter nicht unbedingt nötig“ berichteten die Salzburger Nachrichten am 22. April 1966 über ein Interview mit dem Landtagsabgeordneten und späteren AK-Präsidenten Josef Brunauer, der damals Sekretär der Salzburger Bau- und Holzarbeitergewerkschaft war. Darin betonte Brunauer, dass „bei guter Planung, echter Rationalisierung und bei einem vollen Jahresausgleich der Beschäftigung im ganzen Bundesgebiet auf einen Teil der ausländischen Bauarbeiter in der Bauwirtschaft verzichtet werden könne.“<sup>153</sup> Vier Jahre später stellte sich die Situation bereits anders dar. Im November 1970 berichteten Baugewerbe und Metallverarbeitung über die Medien von einem „absoluten Fremdarbeiter-Höchststand“ und auch das Salzburger

Landesarbeitsamt sprach von einem „neuen Beschäftigungsrekord“. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Wechsel zu einer positiv konnotierten Betrachtung in der Medienberichterstattung. Plötzlich werden ausländische Gastarbeiter zu Menschen und gehören zur Bevölkerung.<sup>154</sup> Der negativ besetzte und durch die NS-Ideologie vorbelastete Begriff „Fremdarbeiter“ verschwindet dagegen zusehends.

Das Ansteigen der Gastarbeiterquote löste aber gewisse Sorgen aus, vor allem den Arbeitsmarkt und die Integration betreffend. Aus diesem Grund sah sich die AK 1974 veranlasst, eine Studie in Auftrag zu geben, die sich den „Grenzen und Problemen der Beschäftigung von Gastarbeitern im Land Salzburg“ widmen sollte.<sup>155</sup> Diese vom Institut für empirische Sozialforschung in Wien herausgegebene Untersuchung sollte „eine Entscheidungshilfe liefern“. Ausgangslage war, dass die „dauernde Beschäftigung von Gastarbeitern“ ökonomische und sozialpsychologische Probleme schaffe.<sup>156</sup>

Allgemein wurden Gastarbeiter in der Studie als „überwiegend minder qualifizierte Arbeitnehmer“ angesehen, die „aus wirtschaftlich unter dem österreichischen Entwicklungsstand stehenden Ländern“ stammen.<sup>157</sup> In weiterer Folge wurde versucht, Gastarbeiter in Gruppen zu gliedern und zu kategorisieren. Dabei wurden verheiratete Männer, deren Familien nicht in Österreich leben als „nur oberflächlich assimilationsfähig“ bezeichnet. Sie seien darüber hinaus „der eigenen Kultur eng verbunden“. Im Gegensatz zu verheirateten Männern, die sich gemeinsam mit ihrer Familie im so genannten Gastland befinden. Diese seien „sehr anpassungsbereit“ und „kommen hochgradig für Integration in Frage.“<sup>158</sup>

Die Studie lieferte ein umfangreiches Zahlenmaterial, in welchen Branchen Gastarbeiter vorwiegend beschäftigt sind und wie es mit der Verteilung auf die einzelnen Bezirke aussieht. Die Analyse beschränkte sich aber nicht darauf ausländische Beschäftigte in gewisser Weise zu kategorisieren und damit zu stigmatisieren. Sie errechnete darüber

hinaus kritische Grenzwerte. Diese würden dann erreicht sein, wenn die „sozial unerwünschten Arbeitsplätze einmal aufgefüllt sind“. Denn dann würden die Gastarbeiter mit einheimischen Arbeitskräften in Konkurrenz treten. Solange dies nicht der Fall ist, würde die große Mehrheit der Bevölkerung unmittelbar von der wachsenden Gastarbeiterbeschäftigung profitieren.<sup>159</sup> Am Ende der Studie wurde noch eine Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt, die ausschließlich die ökonomische Wertschätzung und den wirtschaftlichen Aufwand berücksichtigen sollte. Bezeichnend ist dabei der erste Satz, der meint: „Gastarbeiter sind insofern besonders günstige Arbeitskräfte, als sie wenig Infrastruktur-Kosten verursachen.“<sup>160</sup> Umgekehrt trete der „nationale Nutzen“ erst mit der Einbürgerung ein.

In der soeben zitierten Studie drückt sich die Schutzfunktion der AK gegenüber inländischen Arbeitskräften aus. Gleichzeitig war die AK als Arbeitnehmervertretung stets bemüht in der Behandlung von in- und ausländischen Beschäftigten keine Unterschiede zuzulassen. Fritz Rücker, der im Mai 1964 die Rechtsabteilung der AK Salzburg übernahm, schildert diesen Zwiespalt. *„Im Großen und Ganzen war die Haltung schon sehr positiv, weil wir gesehen haben, wir brauchen sie für die Tätigkeiten, die sonst gar nicht bewältigt werden können. Die Kammer war sicher positiv eingestellt. Aber sie hat immer die Schwierigkeit gesehen, dass natürlich gerade die am wenigsten ausgebildeten Österreicher in Schwierigkeiten kommen mit dem Arbeitsplatz. Aber bei allen Aussagen, die die Kammer getroffen hat, war sie dafür, dass sie integriert werden und sie möglichst schnell ihre Lohnversorgung kriegen.“*<sup>161</sup> Dass es die Arbeiterkammer da in der Argumentation oft leichter hatte, weiß der heutige Leiter des Prozessschutzes in der Rechtsabteilung, Werner Mitterauer, zu berichten: Eben weil die Mitgliedschaft zu keiner Zeit an Nationalität oder Staatsbürgerschaft gebunden war. *„Ist einer Arbeitnehmer, ist er Mitglied. Wo er herkommt oder welche Muttersprache er hat, das ist bei uns kein Kriterium und das hat es dann erleichtert.“*<sup>162</sup>




---

Nichtösterreichische Arbeitnehmer waren für die AK eine doppelte Herausforderung: Die inländischen Arbeitnehmer und ihre Arbeitsplätze schützen, aber gleichzeitig eine faire Behandlung aller ermöglichen!

---

Eine Gastarbeiterfamilie in Salzburg.

## VON DER BERATUNG ÜBER DIE INTEGRATION ZUR RECHTSHILFE

Anfang der 1970er-Jahre erkannte die Arbeiterkammer, dass sie aufgrund steigender Zahlen von Arbeitsmigranten handeln musste und schuf gewisse Informations- wie Integrationsangebote vor allem für Arbeitnehmer aus dem ehemaligen Jugoslawien. Diese stellten mit 80 Prozent die Mehrheit der ausländischen Arbeitskräfte im Bundesland Salzburg. 1971 entschloss sich die AK Salzburg im hauseigenen Berufsförderungsinstitut (BFI) erste Sprachkurse anzubieten.<sup>163</sup> Diese wurden ab April 1971 an fünf Standorten in Salzburg, Hallein, Grödig, Bischofshofen und Mittersill abgehalten. Die Lehrkräfte stammten aus den Reihen der Arbeitsmigranten. Die Sprachkurse fußen auf einer Einigung zwischen Vertretern des jugoslawischen Generalkonsulats und der AK. Die sprachliche Qualifikation sollte auch der beruflichen Fortbildung dienen.<sup>164</sup> Im Dezember 1972 gelangte ein weiterer sechsmonatiger Deutsch-Kurs für Beschäftigte aus Ex-Jugoslawien im BFI mit einer schriftlichen und mündlichen Prüfung zum Abschluss. In der Prüfungskommission saß ein Vertreter

des BFI sowie ein Vertreter des jugoslawischen Konsulats. Die Leistungen konnten als „gut bezeichnet werden“.

1975 informierte die AK Salzburg die jugoslawischen Gastarbeiter auf Serbokroatisch über die Möglichkeit des Lohnsteuerjahresausgleichs, da laut offizieller Auskunft „noch immer weitgehende Unklarheiten“ bestanden. Gleichzeitig ersuchte die Arbeiterkammer die Betriebsräte, die Mitteilung an die ausländischen Beschäftigten im Betrieb weiterzugeben. Bei Unklarheiten sollten sich die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter an den Betreuungssekretär für Gastarbeiter Herrn Jerak wenden.<sup>165</sup> <sup>166</sup> Auch Fritz Rücker erinnert sich, dass in der AK-Rechtsabteilung Dolmetscher eingesetzt waren, die bei Prozessvertretungen ihre Dienste anboten. Er selbst habe sich ein Wörterbuch zugelegt, um in der Rechtsberatung Begriffe „ausdeutschen“ zu können. Gerade bei der Intervention in Arbeitsrechtsfragen habe die AK Salzburg keinen Unterschied zwischen in- und ausländischen Beschäftigten gemacht und sei ebenso für Gastarbeiter eingetreten. In manchen Branchen, wie dem Baugewerbe oder dem Reinigungsgewerbe musste

die AK-Rechtsabteilung in diesem Zusammenhang sogar verstärkt prozessieren, weil ausländische Beschäftigte nicht angemeldet waren oder bei den Arbeitsstunden ausgenutzt wurden. „Es hat wirklich Firmen gegeben, die absolut gegen uns gearbeitet haben mit Rechtsanwältinnen. Also Leute, die mit Menschen nicht umgehen haben können, wo wir dann sehr stark eingestiegen sind“, schildert Rücker.

Die AK Salzburg half auf juristische Weise auch in Härtefällen. So trat sie 1977 offen für die Gewährung einer Geburtenbeihilfe bei Gastarbeiterinnen ein. Anlassfall war eine ausländische Dienstnehmerin, die sich zu dem Zeitpunkt bereits fünf Jahre in Österreich aufgehalten hat. Ihr und ihrem ausländischen Ehemann wurde die Geburtenbeihilfe vom Finanzamt verweigert. Die AK brachte daraufhin eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof ein, sodass schließlich der ablehnende Bescheid der Finanzlandesdirektion aufgehoben wurde. Ein darauffolgender AK-Antrag forderte zudem die Bereinigung der unklaren Gesetzeslage durch eine Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz.<sup>167</sup>

---

Sport verbindet. Seit 1977 bringt der AK/ÖGB-Betriebssport Menschen  
verschiedenster Herkunft in Salzburg zusammen.

---



**PANORAMA**  
ÖGB AK  
RUNDSCHAU DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE  
FÜR SALZBURG UND DER GEWERKSCHAFT 21. JG. - NR. 2/87

**AK/ÖGB-Sport  
...munter unterwegs!**

Gleich diesem schwungvollen Stockschützen steigt auch die ÖGB/AK ARGE Betriebs-sport mit viel Elan ins neue Spiel-jahr 1987 ein. Die Palette des Angebots reicht von Klassikern wie Fußball, Eis- und Asphaltstockschießen oder Kegeln über Schach und Tischtennis bis hin zu Spezialitäten wie Plattenwerfen, Straßenlauf und mehr. Auf dem Programm stehen Kurse ebenso wie beispielsweise die Möglichkeit, ÖSTA-Prüfungen abzulegen. Den besonderen Reiz am Betriebssport machen jedoch wie immer die Wettbewerbe und Meisterschaften aus. Aber dabei kommt es ja nicht allein auf's Siegen an: Dabei sein (und Spaß haben) ist alles! Am besten, ihr macht mit! Deshalb hier nun ein Blick über das

**Jahresprogramm 1987:**

**STOCKBEWERBE**

1. Asphaltstockmeisterschaft  
Die Gruppenauscheidungen für diesen Bewerb werden Samstag, den 18. September 1987, sowie Sonntag, den 20. September, durchgeführt. Das Landesfinale ist für Samstag, den 3. Oktober, vorgesehen.
2. Eisstockmeisterschaft  
Diese Meisterschaft wird zum 3. Mal durchgeführt. Die Termine für die Spieltage werden erst Anfang September vom zuständigen Landesfachverband eingeteilt.
3. Asphaltstockmeisterschaft nach Pinzgauer Spielart  
Eine Mannschaft besteht aus sechs Schützen. Die Gruppenauscheidungen werden für die Bezirke Salzburg-Stadt, Flachgau, Tennengau, Pongau am Samstag und Sonntag, den 28./29. März, durchgeführt. Die Auscheidungen für den Bezirk Pinzgau am 4. April. Das Landesfinale wird am 5. April in Malsbachen gespielt.
4. Hoffnungsturnier im Asphaltstockschießen  
Dieses Turnier wird im Mai durchgeführt.
5. Hoffnungsturnier im Eisstockschießen  
Findet parallel mit dem Landesfinale der Eisstockmeisterschaft statt.

Das Jahresprogramm des Betriebssports  
im Jahr 1987.

### INTEGRATION UND FÖRDERUNG ÜBER DIE BETRIEBSSPORTSCHIENE

Mit der Bildung der ARGE Betriebssportförderung im Oktober 1977 eröffnete sich auch auf sportlicher Ebene eine Möglichkeit ausländische Arbeitskräfte in gewerkschaftlich organisierten Betrieben zu integrieren. Dies geschah in der Regel über den Fußball aber auch über das Kegeln. In beiden Sportarten gab es regelmäßige Betriebsmeisterschaften an denen auch jugoslawische oder türkische Arbeiter teilnahmen. Radisa Zlatkovic, der 1972 nach seiner Ausbildung zum Maschinenschlosser aus Ex-Jugoslawien nach Österreich emigrierte und damals im Ersatzteilager bei Mercedes in Lehen beschäftigt war, erinnert sich an die Betriebsmeisterschaften im Kegeln, an die Trainings in Lieferung und daran, dass er mit Mercedes den österreichischen Mannschafts-Cup gewinnen konnte. Daneben spielte Zlatkovic auch noch Fußball in der Betriebssportmannschaft von Mercedes sowie im Gastarbeiter-Verein Mladost, der wiederum von der AK finanziell unterstützt wurde.<sup>168</sup>

Der Verein Mladost war aber nicht der einzige Gastarbeiter-Verein in Salzburg, der von der AK subventioniert wurde. Knapp ein Dutzend jugoslawische Fußballvereine erhielten vom AK-Betriebssport als Hauptsponsor einen finanziellen Zuschuss, um sich den Ligabetrieb in der so genannten Jugoliga leisten zu können. Die ARGE Betriebssport stellte unter anderem die Pokale zur Verfügung und zahlte die Schiedsrichter.<sup>169</sup> Im Juni 1984 beschloss der Vorstand der ARGE Betriebssportförderung die Gastarbeiter-Vereine mit 3.000 Schilling zu subventionieren. In der Vorstandssitzung wurde aber auch die erneute Förderung der „Jugoslawischen Gastarbeiterolympiade“ diskutiert. Bislang sei diese mit insgesamt 15.000 Schilling dotiert gewesen, wobei die ARGE die Differenz zum Gesamtbetrag subventionieren sollte.<sup>170</sup>

Doch auch infrastrukturell versuchte die AK Salzburg den Gastarbeiter-Vereinen bzw. den sportausübenden ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern unter die Arme zu greifen. So stellte die ARGE Betriebssportförderung ihre angemieteten Sportplätze in Rif und Fürstenbrunn für die jugoslawischen Arbeitersportspiele am 28. und 29. Mai 1983 zur Verfügung und übernahm auch die Schiedsrichterkosten für die dort ausgetragenen Fußballspiele.<sup>171</sup>

Die Integration über den Betriebssport erfasste Hunderte Gastarbeiter im Bundesland Salzburg. In den meisten Fällen passierte diese aber eher unbewusst als dass sie bewusst geplant war. So mussten ausländische Arbeitskräfte für Fußball- oder Kegelmansschaften nicht extra angeworben werden, sondern fanden aufgrund ihrer Sportbegeisterung ohne Aufforderung den Weg in die Betriebskader. Hätte es allerdings das reichhaltige Betriebssport-Angebot nicht gegeben, wäre der Freizeitsektor vermutlich rein auf selbstständige Gastarbeiter-Vereine bzw. private Klubs beschränkt gewesen. Die finanzielle Zuwendung von Seiten der AK bzw. der ARGE Betriebssportförderung war ein gezieltes Mittel, um die sportlichen Aktivitäten ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne einer stärkeren Anbindung an die Betriebe zu fördern. So gesehen war die Betriebssportförderung auch immer ein politisches Instrument Wählerstimmen für Kammer- und Betriebsratswahlen zu gewinnen, zugleich aber auch ein politisches Statement für alle Arbeitnehmer da zu sein, egal welcher Herkunft.



# INTERESSENVERTRETUNG UND DIENSTLEISTER

## SOZIALPOLITISCHE ERRUNGENSCHAFTEN DER 1970ER- UND 1980ER-JAHRE

Die „Kreisky-Jahre“ bzw. wirtschaftsdynamischen 1970er waren von den großen sozialpolitischen Errungenschaften geprägt. AK und Gewerkschaft hatten in umfangreichen Schulungen die Kenntnisse der Betriebsräte zu den neuen Sozialgesetzen und Kollektivverträgen zu vertiefen.

## AK-WAHL 1974

Das Arbeitsverfassungsgesetz trat 1974 in Kraft. Damit erfuhr das wichtige Teilgebiet des Arbeitsrechts eine Neuordnung. In Vorarlberg wurde bei der AK-Wahl der ÖAAB stärkste Fraktion. In Salzburg betrug die Wahlbeteiligung bei 125.858 Wahlberechtigten 58,1 %. Die FSG erzielte 56,9 % (43 Mandate), der ÖAAB 31 % (21 Mandate), die FPÖ 10,8 % (6 Mandate) und der Gewerkschaftliche Linksblock 1,3 % (0).

## FUSSGÄNGERZONE IN DER ALTSTADT

Die AK trat schon 1973 und 1975 aufgrund stadtplanerischer, verkehrs- und umweltpolitischer Überlegungen für eine „echte“ Fußgängerzone und eine weitgehende Eindämmung des Individualverkehrs im Stadtzentrum ein. Die Vollversammlung verfasste am 21. März 1975 einen entsprechenden Antrag und die AK beteiligte sich finanziell an einer Untersuchung über die „Einstellung der Salzburger Bevölkerung zur Fußgängerzone“.

## Zentrale Neuerungen in Sozialgesetzen und Kollektivverträgen

- » 1965 Erhöhung des Mindesturlaubes von 2 auf 3 Wochen
- » 1970 Senkung der Wochenarbeitszeit von 45 auf 43 Stunden
- » 1972 Arbeitnehmerschutzgesetz
- » 1973 Arbeitsverfassungsgesetz
- » 1975 40-Stundenwoche
- » 1977 Insolvenzentgeltsicherung
- » 1977 Urlaubserhöhung von 3 auf 4 (bzw. 4 auf 5) Wochen
- » 1979 Arbeiter-Abfertigungsgesetz
- » 1979 Konsumentenschutzgesetz
- » 1984 Arbeitsruhegesetz
- » 1986 Urlaubserhöhung.

Mit der letzten Erhöhungsetappe wurde das nunmehrige Urlaubsausmaß von 5 bzw. 6 Wochen erreicht

Ab Mitte der 1970er-Jahre geriet die Arbeit der AK weitgehend in den Hintergrund. Sie hatte eine erfolgreiche Politik in den Gremien zu betreiben, aber hinter verschlossenen Türen.<sup>172</sup> Als Reaktion darauf wurde 1976 die neue Abteilung Bildung und Medien geschaffen, deren Leitung der frühere Chefredakteur des Salzburger Tagblattes, Kurt Wessely, bis 1986 übernahm, der im weiteren eine gewichtige politisch beratende Funktion innehatte.






---

Das BFI der AK Salzburg  
wurde 1976 eröffnet.

---

Das neue Berufsförderungsinstitut der AK in der St.-Julien-Straße wird unter Anwesenheit von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger eröffnet.

## BERUFSFÖRDERUNGSMANAGEMENT

Am 30. April 1974 fasste die Handelskammer den Beschluss ein neues Wirtschaftsförderungsinstitut zu errichten. Auch die AK wollte ihr Bildungsangebot bündeln und so konnte 1976 das neue Berufsförderungsinstitut (BFI) in Anwesenheit des Bundespräsidenten am Gebirgsjägerplatz eröffnet werden. Bei der Vollversammlung 1979 wurde bereits von Präsident Josef Brunauer der Bau eines Jugendzentrums und eines zweiten Jugendheimes angedacht, die 1982 verwirklicht wurden.

## AK-WAHLEN 1979

Bei der AK-Wahl 1979 erzielte die FSG 58,21 %, der ÖAAB 32,86 %, die FA 8,14 %. Die Wahlbeteiligung ging von 58,1 % auf 53,1 % zurück. Josef Brunauer wurde erneut zum Präsidenten gewählt; Vizepräsidenten wurden Alfred Nebauer, Karl Schmied (ÖVP) und Othmar Raus. Erstmals waren die freiheitlichen Arbeitnehmer (FPÖ) nicht mehr im Vorstand vertreten. Auf arbeitsrechtliche Übertretungen durch die Arbeitgeberseite drohte Präsident Brunauer öfters bei den Vollversammlungen mit der Beeinträchtigung der Sozialpartnerschaft auf Arbeitnehmerseite.

## AK-WAHL 1984

Nach Vorarlberg (1974) wurde auch in Tirol der ÖAAB stärkste Fraktion und stellt seit damals den Präsidenten. Der ÖAAB gewann entsprechend dem Bundestrend auch in Salzburg stark und erwartete für die nächsten Wahlen den politischen Wechsel. Präsident Brunauer war mit November 1983 zurückgetreten, der von ihm favorisierte Gerhard Buchleitner zog es als Bürgermeisterstellvertreter in die Kommunalpolitik. Obwohl nur von der kleinen Gewerkschaft der Lebens-

mittelarbeiter kommend wurde Herbert Suko, ein starker Betriebsrat der Brau AG Kaltenhausen, zum Präsidenten gewählt. Er war bei der AK-Wahl 1984 erst seit fünf Monaten Präsident und daher noch nicht so bekannt. Der sozioökonomische Wandel hatte im Prinzip das Wählerpotential für den ÖAAB erhöht. Bei einer Wahlbeteiligung von 60,4 % (124.841 Stimmberechtigte) erzielten die Sozialdemokraten 53,25 % (39 Mandate), der ÖAAB 40,74 % (29 Mandate), die FPÖ 4,82 (2 Mandate), der GLB 0,63 % und die GE 0,54 %.

Vizepräsident Othmar Raus (SPÖ) ging als Landesrat in die Landespolitik, ihm folgte als Vizepräsident Siegfried Pichler, der neue Landessekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten. Neben dem Präsidenten bestimmte Pichler als Führer der Mehrheitsfraktion sehr stark die künftige Ausrichtung der AK. Ab 1984 verschärfte der ÖAAB unter Vizepräsident Wolfgang Saliger und Fraktionsführer Siegfried Nerath die politische Auseinandersetzung. Die „unbekannte AK“ sollte sich verstärkt positionieren.

---

In den 1980er-Jahren nahmen die Konflikte zwischen Fraktionen und Sozialpartnern zeitweilig zu. Für die AK musste Wirtschaftsförderung immer auch eine Förderung von Arbeitsplätzen sein.

---

Seitens der AK wurde wiederum die Wirtschaftspolitik der „schwarzen“ Landesmehrheit stark kritisiert, mit der Forderung, dass Landes-subsidien an Unternehmen mit der Auflage von Beschäftigungszuwächsen verbunden sein müssten. Entgegen der Meinung der Wirtschaftskammer und des Landesverbandes die AK damit immer die Forderung nach Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht nur eine reine Wirtschaftsförderung. Zudem versuchte sich die AK mit Analysen zur Situation der Berufstätigen ins öffentliche Bewusstsein zu rufen.

---

Die bis heute längste Sitzung des Arbeitnehmer-Parlaments in Salzburg dauerte 17 Stunden.

---



---

Bis heute wird in AK-Vollversammlungen über einen Mindestlohn unterschiedlicher Höhe debattiert. Die meisten Kollektivverträge liegen aber in der Regel darüber.

---



---

In den 1980er-Jahren tritt die AK stärker an die Öffentlichkeit und fängt an ihre Services wesentlich auszubauen.

---

In diesem Zusammenhang präsentierte etwa der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung, Karl Fink, eine Studie, wonach nur 17 % der Arbeitnehmer mit ihrer Einkommenssituation zufrieden sind, dagegen 54 % mit ihrer Wohnungssituation und 46 % mit dem Betriebsklima.<sup>173</sup>

### 17-STÜNDIGE VOLLVERSAMMLUNG

Die 4. Vollversammlung am 14. November 1985 war die längste der Geschichte und dauerte von 9.00 Uhr morgens bis 2.30 Uhr in der Früh. Der ÖAAB kritisierte den Jahresvoranschlag und es erfolgten zu diesem Thema 17 umfangreiche Wortmeldungen. Zu den 35 eingebrachten Anträgen und Resolutionen gab es 47 Wortmeldungen, 17 zum Bericht über die Tätigkeit der Abteilungen. Zum dringlichen Antrag „Jugendarbeitslosigkeit“ entwickelte sich eine intensive Debatte mit 36 Wortmeldungen in der Sache selbst und 13 zur Geschäftsordnung. Die Forderungen des ÖAAB der Jahre 1984 und 1985 waren die nach Intensivierung des Rechtsschutzes, einer Amtsstelle für den Lungau und eines psychologischen Beratungsdienstes. Scharf kritisiert wurde die Personal- und Finanzpolitik der AK, die zu hohe Rücklagen aufweise und kein „Sparverein“ sei.

Das bisher praktizierte Konzept der Dominanz des ÖGB als öffentlichkeitswirksame Kampforganisation mit der dahinter eher unsichtbar agierenden AK als „Braintrust“<sup>174</sup> war aufgrund der zunehmenden Legitimationserfordernisse der AK überholt. Die AK war gezwungen, ein stärkeres Eigenprofil zu entwickeln und weitete in den kommenden Jahren sukzessive ihre Dienstleistungen aus, Bezirksstellen wurden ausgebaut, neue interessenpolitische Referate geschaffen.

### ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - 35-STUNDEN-WOCHE - MINDESTLOHN

Die 1970- und 1980er-Jahre waren von sozialpolitischen Errungenschaften geprägt und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung kennzeichnete auch die AK-Politik. Präsident Josef Brunauer führte bei der Vollversammlung am 6. Juni 1979 aus: „*Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Technisierung und Automatisierung und der damit verbundenen Belastung der arbeitenden Menschen, ist eine weitere Verkürzung der Lebensarbeitszeit anzustreben [...] wir werden aber dabei [...] auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten Rücksicht zu nehmen haben.*“<sup>175</sup>

Wurde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich vorerst nur aus sozialpolitischen Motiven gestellt, standen in den krisengeschüttelten 1980ern beschäftigungspolitische Überlegungen im Vordergrund der Diskussion. Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und nach einem Mindestlohn von 10.000 Schilling (später 12.000 Schilling, aktuell bis 1.500 Euro) ziehen sich durch Vollversammlungsdebatten bis heute.

### KAMPF DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Als Beitrag zur Bekämpfung der ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit Mitte der 1980er-Jahre schuf die AK vom 2. Dezember 1985 bis 1990 einen eigenen Jugendbeschäftigungsfonds und unterstützte mit insgesamt knapp 16 Millionen Schilling vor allem gemeinnützige Projekte durch Startkapital und Beschäftigungsbeihilfen. Diese Tätigkeit übte anfangs der spätere Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ) aus, der danach zum Leiter der Medienabteilung avancierte. Besonders Direktor Karl Fink förderte die Beschäftigung im alternativ-ökonomischen Sektor. Die Finanzierung der Projekte wurde im Koordinierungsausschuss zwischen Arbeitsmarktverwaltung (nunmehr AMS), Land, Magistrat und AK abgeklärt.

## Förderungen der AK an den alternativ-ökonomischen Sektor:

- » Beratungs- und Betreuungsprojekte: Frauenhilfe, Frauentreffpunkt, MOHI, Salzburger Krankenhilfe, Treffpunkt, VEBBAS, Zukunftswerkstatt, KAJ
- » Beschäftigungsprojekte: Arbeit für Behinderte, BAF, Einstieg, Geschützte Werkstätten, VAU, MARK, HAI (Hallein)
- » Selbstverwaltete Betriebe: Alternativ Handel, Entwicklungswerkstatt, ÖKO-Werkstatt, Polyprop, Tonstudio Maedl
- » Kulturprojekte: Gallerietheater
- » Andere: Amnesty, Salzburger Personenkomitee



1984: Der Vorstand nach der Übergabe an den neuen Präsidenten Herbert Suko.

1. Reihe von links nach rechts: Josef Weichenberger, Johann Egger, Herbert Suko, Monika Jell, Alfred Nebauer  
 2. Reihe von links nach rechts: Karl Fink, Gerd Lehmert, Otmar Rüscher, Josef Brunauer, Othmar Raus, Michael Stadler, Heinz Peter Böhmüller, Viktor Czepl

## 8. DEZEMBER 1984

Das Thema „Öffnungszeiten“ ist bei den Handelsangestellten ein historisches Dauerthema und wird primär von der Gewerkschaft der Privatangestellten bestritten.<sup>176</sup> Der Marienfeiertag am 8. Dezember 1984 war aber ein markantes Datum. Landeshauptmann Wilfried Haslauer sen. hatte eine Verordnung erlassen, die das Offenhalten am 8. Dezember ermöglichte, wurde aber anschließend vom Verfassungsgerichtshof dafür verurteilt. Im Verlauf des Konfliktes bildeten sich gewohnte wie ungewohnte Koalitionen zwischen Kirche und Gewerkschaft.<sup>177</sup>

Auch bei der Vollversammlung am 30. Oktober 1984 wurde dieses Thema mit 18 Wortmeldungen intensiv diskutiert. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der freiheitlichen Arbeitnehmer wandte sich die Vollversammlung entschieden gegen ein Aufsperrn am 8. Dezember. Die Handelsangestellten, aufgerufen von der GPA, protestierten gegen die Offenhaltung der Geschäfte. Auch viele AK- und ÖGB-Beschäftigte beteiligten sich solidarisch am Demonstrationzug durch die Altstadt.

## WICHTIGE OGH-ENTSCHEIDUNG

Arbeitsrechtlich von besonderer Grundsatzbedeutung war 1983 die Entscheidung des OGH (OGH 31.5.1983) über die Risikohaftung des Arbeitgebers, wenn dessen Arbeitnehmer ein eigenes Fahrzeug bei Dienstfahrten einsetzt. Die Klage wurde von der AK Salzburg betrieben und führte zu einer neuen, arbeitnehmerfreundlichen Judikaturlinie.

# KONFRONTATIONEN MIT VERÄNDERTEN RAHMENBEDINGUNGEN

## JAHRE DES WANDELS

### FLEISSIGE LIESCHEN ALLES MUSS ICH MIR AUCH NICHT GEFALLEN LASSEN!

In zwei Studien vom Institut für Alltagskultur (federführend Liane Pluntz) aus dem Jahr 1987 und 1988 analysierte die AK die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitskräfte im Reinigungsgewerbe und erarbeitete Maßnahmenvorschläge um die Situation in dieser Branche zu verbessern. In der folgenden Studie des Jahres 1992 „Menschenmarkt. Zur Praxis der Leiharbeit in Salzburg,“ sprach sich die AK für ein generelles Verbot der Leiharbeit aus.

Mit dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz wurde jedoch die Personalbereitstellung 1988 gesetzlich geregelt und diese Form des Arbeitseinsatzes als Puffer für wirtschaftliche Auslastungsschwankungen zugelassen. Eine kaum gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft steht einer Branche gegenüber, die hohe Arbeitsintensität fordert, gleichzeitig aber ihre Lohnkosten reduzieren will. 2001 befasste sich die AK erneut in einer Studie „Atypische Beschäftigungsverhältnisse erfordern eine atypische Interessenvertretung“ mit den Problemen in der Reinigungsbranche.



Die AK kümmert sich um die Arbeitssituation von Reinigungskräften.

### FLUCHT AUS DEM ARBEITSRECHT

Einen Schwerpunkt bei der Vollversammlung am 23. April 1987 in Seekirchen bildete das Thema „Flucht aus dem Arbeitsrecht“. Präsident Suko bemerkte: *„Die geänderten wirtschaftlichen Bedingungen führen auch zu geänderten rechts- und sozialpolitischen Haltungen. So zeigt das arbeits- und sozialrechtlich relativ geschützte, standardisierte Normalarbeitsverhältnis in den meisten Industriestaaten eine deutliche Aufweichungstendenz. Es zeigt sich, dass atypische Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Heimarbeit, flexible Arbeitszeitformen und Kleinstunternehmertum zunehmen.“*<sup>178</sup>

Amerika hätte zwar einen Beschäftigungsboom erlebt, bei einer Analyse der neuen Arbeitsverhältnisse zeigte sich aber, dass überwiegend unqualifizierte Arbeitsverhältnisse entstanden sind. Suko befürchtete eine damit einhergehende Schwächung der Gewerkschaften in ihrer Funktion als Kartellierung der Arbeitnehmerinteressen und eine zunehmende Entsolidarisierung aufgrund der fehlenden Betriebsbezogenheit.

---

## Die ersten Computer in der AK waren 1988 von Apple.

---

### DIENSTZETTEL

Eine zentrale Forderung des Jahres 1988 war die nach der verpflichtenden Ausstellung eines Dienstzettels, speziell für Arbeitnehmer in der Fremdenverkehrswirtschaft, um bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten eine bessere Beweislage zu haben. Präsident Suko drohte mit der Veröffentlichung der „schwarzen Schafe“ der Wirtschaft, einer Absicht, die im Herbst, zumindest der Zusage nach, umgesetzt wurde. Die Wirtschaftskammer lenkte ein und es kam zu einer Einigung. Gänzlich umgesetzt und gesetzlich fixiert wurde diese Forderung aber erst mit dem Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz (AVRAG). In der Praxis muss die AK aber immer noch sehr oft die Arbeitgeber darauf hinweisen.

### 1988 - JAHR DER INTERNEN VERÄNDERUNGEN - INHALTLICHE UND PERSONELLE EXPANSION

1988 trat Viktor Czepl, seit 1977 Kammeramtsdirektor und seit 1956 in der AK, in den Ruhestand. Ihm folgte Karl Fink, seit 1975 Direktorstellvertreter und Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung. Im Juni 1988 schied auch der langjährige Leiter des BFI, Karl Hauser, aus dem aktiven Dienst. Ihm folgte der Direktor der Salzburger Volkshochschule und anerkannte Erwachsenenbildner Helmut Uitz.

Unter Direktor Fink erfolgte eine inhaltliche und personelle Expansion. Die Referate für Frauenpolitik, Umweltpolitik und neue Technologien wurden neu geschaffen. Die neue Abteilung Betriebsräteberatung sollte sich, auf Initiative von Präsident Suko, den Anliegen der Betriebsräte widmen und diese kompetent betreuen. Erstmals wurde eine umfangreiche Betriebsräte-Informationsmappe herausgegeben. Neue Leiter für das Mädchenwohnheim sowie die Wirtschaftspolitische Abteilung, der Einstieg in die EDV mit

---

## Die AK Salzburg bot bereits 1988 vollen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz - vier Jahre bevor er gesetzlich verpflichtend wurde!

---

Apple und ein neues Organisationskonzept unterstrichen den Wandel. 1988 fasste der Vorstand den Beschluss, den bereits bisher praktizierten Arbeits- und Sozialrechtsschutz auszuweiten und griff so bereits dem verpflichtenden Rechtsschutz nach dem AKG 1992 vor. Im BFI wurden 900m<sup>2</sup> zusätzlich angemietet, der Eingangsbereich des AK-Hauptgebäudes wurde umgestaltet. Die Erstellung einer Werbelinie in Auftrag gegeben sowie die Ausstattung von Berufsschulen finanziell unterstützt.

In diesem Jahr erfolgte auch eine intensive Debatte über die Ablöse des Chefarztes der Salzburger Gebietskrankenkasse bzw. deren Obmann Josef Schwab. Vizepräsident Wolfgang Saliger und Fraktionsobmann Siegfried Nerath (beide ÖAAB) forderten vehement die Ablöse von Schwab, dem eine unkorrekte Abrechnung eines Ambulanzaufenthaltes vorgeworfen wurde. Dieser Vorwurf war die offenbare Reaktion des GKK-Chefarztes, den Schwab entlassen hatte. Die Medien bescheinigten Schwab der korrekten Handlung, dennoch trat er zurück.

Anfang Dezember 1988 präsentierten jedenfalls AK-Präsident Herbert Suko gemeinsam mit Wirtschaftskammerpräsidentin Helga Rabl-Stadler der Öffentlichkeit die Strukturreform für die Salzburger Gebietskrankenkasse mit dem neuen Obmann Uwe Knauer und fraktionsungebundenen Fachleuten im Vorstand.

### SALINE HALLEIN

Als demonstratives Zeichen für die von der Sperre bedrohten Halleiner Salinearbeiter fand die Frühjahrsvollversammlung 1989 in Hallein statt und forderte die Aufrechterhaltung des Salzbergbaues am Dürrnberg. Ermöglicht werden sollte dies durch die Produktion von Grobsalz, dem anders als dem Industriesalz Marktchancen eingeräumt wurden. Zusammen mit den touristischen Nutzungsmöglichkeiten des Bergwerkes sollte dadurch die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Saline gesichert werden. Die AK unterstützte auch nach der Schließung die schichtberechtigten Bergknappen, indem sie ihnen Rechtsschutz hinsichtlich ihrer geltend gemachten Rechte auf Beschäftigung, die sich auf die Salinenkonvention von 1829 stützen, gewährte.

### AK-WAHL 1989

Nach dem sehr guten Ergebnis bei der AK-Wahl 1984 erwartete der ÖAAB bei der Wahl am 11. und 12. Juni 1989 nach Vorarlberg und Tirol nun auch in Salzburg die Mehrheit und hoffte somit den Präsidenten stellen zu können. Das ÖAAB-Wahlkampfmotto lautete daher auf volle Konfrontation, wobei sich Fraktionsobmann Nerath allzusehr auf Formalien, wie ständige Protokollkritiken, stürzte. Der Wahlausgang brachte für viele eine Überraschung. Ausgerechnet in jener Kammer, der manche schon einen „schwarzen“ Präsidenten prophezeit hatten, konnten die Sozialistischen Gewerkschafter die höchsten Prozentgewinne in ganz Österreich einfahren. Die FSG stieg von 39 auf 43 Mandate, der ÖAAB verlor von seinen 29 Mandaten acht, das bedeutete bundesweit den schwersten Verlust. Ganz im Bundestrend lagen die Freiheitlichen, die ihre zwei Mandate auf sechs ausbauten. Die Gewerkschaftliche Einheit verpasste nur ganz knapp den Einzug in die Vollversammlung.





Nach der AK-Wahl 1989 verringerten sich die Spannungen zwischen den AK-Fraktionen wieder.

Enttäuschend war allerdings, dass die Wahlbeteiligung von 59 % auf 44 % zurückfiel, österreichweit von 63,6 % im Jahr 1984 auf 48 %. In der Folge wechselte der ÖAAB seine gesamte Spitze aus. Elfriede Sternberg folgte Wolfgang Saliger als Vizepräsidentin, wurde aber später von Günther Meggeneder abgelöst. Heinz Böhmüller (späterer Direktor der AUVA) übernahm die Fraktionsführung. Das Verhältnis zwischen den Fraktionen war von nun an durch einen konzilianteren Stil gekennzeichnet.

### WEB-SKANDAL

Nur zwei Wochen nach der AK-Wahl platzte der größte Finanzskandal Österreichs mit über 15.000 geschädigten Anlegern. Die AK-Referentinnen Renate Böhm und Gabriele Burgstaller von der Konsumentenberatung waren nach umfangreichen Recherchen zum Schluss gekommen, dass sich die Führungskräfte des WEB-Bautreuhandimperiums schwere Vergehen zuschulden kommen lassen. So erstattete die AK am 28. Juni 1989 Strafanzeige gegen zehn Manager, die Granden der Salzburger Finanzwelt. Der WEB/Bautreuhand/IMMAG-Skandal wurde so ins Rollen gebracht.

Der Hauptverdächtige, Bernd Schiedek, wurde in Untersuchungshaft genommen und erst nach sechs Monaten gegen eine hohe Kautions auf freien Fuß gesetzt. Ein Beben ging durch die politische Landschaft Salzburgs. Kurioserweise forderte der WEB-Skandal als politisches Opfer den damaligen Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Radlegger, der sich zwar nichts zuschulden kommen hatte lassen, der aber aus seiner persönlichen Freundschaft mit Schiedek die politischen Konsequenzen zog. Etwas später trat der Salzburger Bürgermeister Josef Reschen zurück.

# VON DER ERTÜCHTIGUNG DER ARBEITERSCHAFT ZUM KOLLEKTIVEN FREIZEITERLEBNIS

## DER BETRIEBSSPORT DER ARBEITERKAMMER IM WANDEL DER ZEIT

### HISTORISCHE ENTWICKLUNG

Die Erhaltung der Arbeitskraft durch Sport ist keine Erfindung der Arbeiterkammern des 20. Jahrhunderts. Die Wurzeln des Betriebssports liegen bereits in der Arbeiterbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts. „Ausgleichsgymnastik“ gehörte zu den ersten freiwilligen Sozialeinrichtungen, die Betriebe anboten. In der Zwischenkriegszeit unterstützten zahlreiche Industrie- und Gewerbebetriebe die Gründung von Werksmannschaften im Fußball aber auch von Werkturnvereinen.

Der Betriebssport wurde zu einem festen Bestandteil der betrieblichen Sozialpolitik. Die AK Salzburg setzte in den 1920er-Jahren ihre ersten Maßnahmen zur „Kräftigung der Gesundheit“ der Arbeiterschaft, unterstützte Turn- und Sportvereine und forderte Turn- und Sporthallen.<sup>179</sup> Mit dem Verbot des Arbeitersports in Österreich 1934 brachen diese Aktivitäten zusammen. Mit der darauffolgenden Gründung einer autoritär geführten Einheitsgewerkschaft im Austro-Faschismus, zu deren Geschäftsstelle die AK umfunktionierte wurde, gelangten beschlagnahmte Vermögenswerte und Gegenstände der

Turn- und Sportvereine sowie Rad- und Kraftfahrvereine an die Arbeiterkammer. Die eigens dafür am 2. Februar 1935 gegründete und bei der Sicherheitsdirektion angemeldete „Vereinigung für Sport- und Körperkultur“ hatte diese zu verwalten. Die Genehmigung erfolgte im April 1935. Für die Zweigvereine Salzburg-Maxglan, Itzling, Oberndorf und Lend wurden ebenfalls Statuten verabschiedet. Als Sportstätte diente unter anderem der Sportplatz im Franz-Josef-Park (heute Volksgarten), der im Mai 1936 nach Renovierungsarbeiten neu eröffnet wurde. Die Wiedererlangung der 1934 beschlagnahmten Turnhallen der aufgelösten Arbeiter-Turn- und Sportvereine gestaltete sich allerdings schwierig.<sup>180</sup> Die AK Salzburg gab sich aber selbstbewusst und war sich sicher, dass „der Gewerkschaftssport auf bestem Wege ist, ein Massensport zu werden“.<sup>181</sup> Die Vorzeichen waren jedoch alles andere als günstig. Mit einem sollten die damaligen Verantwortlichen aber recht behalten, wenn sie es auch anders meinten. Denn ab 1938 agierte die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gezielt auf dem Gebiet des Betriebssports und konnte mit ihren Disziplinierungsmaßnahmen wie schon beschrieben Massen erreichen.



Betriebssport früher...

## BETRIEBSSPORT NACH 1945

Obwohl bereits im AKG 1954 angeführt, dauerte es bis in die 70er-Jahre, ehe an diese Aktivitäten wieder angeknüpft wurde. Zu Beginn war die Tätigkeit des Betriebssports stark – in Kooperation mit dem SFV – auf Fußball ausgerichtet. 78 Mannschaften nahmen an den ersten Salzburger Betriebsfußballmeisterschaften 1981 teil.

## DIE ETABLIERUNG ANDERER SPORTARTEN

Relativ schnell kamen aber auch andere Sportarten wie Skifahren oder Kegeln dazu. Gemeinsam mit der AK-Konsumentenberatung bot die ARGE Betriebssport außerdem ab 1980 Sportartikelseminare an, bei denen es um eine kostenlose Überprüfung der Skiausrüstung und der Einstellung von Skibindungen ging.<sup>182</sup>

## DER HOHE STELLENWERT DES BETRIEBSSPORTS ODER DER BETRIEBSSPORT ALS SOZIALER KITT

Dem Betriebssport wurde von Anfang an ein hoher Stellenwert beigemessen, besonders aber in der Präsidentschaft von Herbert Suko ab 1982. Diese große Bedeutung des Betriebssports innerhalb der AK Salzburg lässt sich auch aus den Budgetzahlen ablesen. So verdreifachte sich die kammereigene Subvention innerhalb von zwei Jahren von 1982 auf 1984 auf über 600.000 Schilling.

Als Abschluss einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Themenkomplex Arbeit-Freizeit-Sport, Entwicklungsmöglichkeiten des Betriebs- und Firmensports, veranstaltete die AK im November 1987 ein internationales Symposium. Arbeitnehmervertreter, Sportwissenschaftler, Journalisten, Sportmediziner, Sozialwissenschaftler und Politiker aus Österreich, Deutschland und Dänemark



diskutierten über die positiven Auswirkungen von Sport im betrieblichen Zusammenwirken. Abschließend fand der erste Betriebssportlerball mit 2000 Teilnehmern im Salzburger Kongresshaus statt.<sup>183</sup>

Neben der Hauptfunktion war und ist der Betriebssport immer auch ein unerlässlicher „Key opener“ für AK und ÖGB in gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich der Betriebssport stark gewandelt. Die Meisterschaftsbetriebe in Fußball und Kegeln treten in den Hintergrund, der Eventcharakter in zahlreichen Sportarten gewinnt an Bedeutung, so der Salzburger Businesslauf, Firmentriathlon, Beachvolleyball, Eishockey, Gocart, Soccergolf und etliche andere. Der Gesundheitssport in den Betrieben wurde in Kooperation mit dem ASKÖ-Club Aktiv Gesund massiv ausgebaut und in Summe damit insbesondere für Frauen das Angebot erheblich ausgeweitet.

2019 erwartet Salzburg aber wieder ein Highlight im Wettkampfsport. Die Landeshauptstadt wird zum zweiten Mal nach 2003 Austragungsort der Europäischen Betriebs-sportspiele sein. Die Veranstalter rechnen mit 7.000 Sportlerinnen und Sportlern aus 40 Ländern. Wie beim Firmentriathlon machen Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer auch hier gemeinsame Sache. Das sozialpartnerschaftliche Modell im Betriebssport wurde erstmals 2003 im Rahmen der Ausrichtung der damaligen Europäischen Betriebs-sportspiele in Salzburg praktiziert. Das Erfolgsrezept ging auf, damals kamen 5.700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 20 Nationen.<sup>184</sup>

Das Engagement im Betriebssport hat also neben der Gesundheitsfunktion und der innerbetrieblichen Bindungswirkung eine gesellschaftspolitische Bindungs- und Sympathiefunktion. Der Trend geht einer Studie zufolge in Richtung Freizeit- und Fitness-sport. Sport wird vor allem ausgeübt, weil er „Spaß“ macht (54 %) und weil man fit bleiben und eine gute Kondition haben will (39 %). An Leistung wird weniger gedacht. Nur zwölf Prozent betreiben Sport wegen Freude an der eigenen Leistung.<sup>185</sup>

---

Die Betriebssport-Organisationen von AK und WK konnten die Betriebs-sport-Europameisterschaft bereits zweimal nach Salzburg holen.

---





Der Betriebssport und seine Bewerbe von heute.

---

Von unter zehn Disziplinen 1984 wuchs der Betriebssport auf rund 30 Disziplinen im Jahr 2016.

---

---

Durch die Professionalisierung des Skisports in Salzburg zog sich die ARGE Betriebssport fast vollständig aus diesem Bereich zurück.

---

---

Allein 1984 führte der AK/ÖGB-Betriebssport 401 Fußballspiele durch!

---

# KRISE UND BESTÄTIGUNG

---

## DIE LEGITIMATIONSKRISE

### REFORM UND EIN NEUES ARBEITERKAMMERGESETZ (AKG 1992)

1990 erschütterte der „Rechberger Skandal“ die Öffentlichkeit. Es ging um die als weit überhöht gesehene Mehrfachbezüge des steirischen AK-Präsidenten, wenngleich Salzburg davon unmittelbar nicht betroffen war. Die sinkende Wahlbeteiligung und der Bezügeskandal waren Anlass für umfangreiche Reformarbeiten.<sup>186</sup> Die Wahlanalyse 1989 zeigte bereits, dass die Wahlmodalitäten bei sinkendem Teilnehmerinteresse der Wählerschaft zu kompliziert waren, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erzielen. Die öffentliche Bezügediskussion führte zu starkem Druck auf den Nationalrat. Am 13. November 1992 wurde das neue Arbeiterkammergesetz (AKG 1992) beschlossen, das den verpflichtenden Arbeitsrechtsschutz festlegte und mehr Transparenz gewährleisten sollte. Der Rechtsschutz wurde allerdings von Salzburg bereits seit Jahren praktiziert. Mehr Kontrolle, Mitsprache- und Informationsmöglichkeit der Mitglieder und eine Erweiterung der Aufgabenstellung erfolgte. Die Wahlberechtigung wird ausgeweitet, AK-Mitglieder haben seither ab einer bestimmten Zahl ein Petitions- bzw. Antragsrecht. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erhielt eine gesetzliche Grundlage. Die Umsetzung dieser neuen gesetzlichen Grundlagen und Aufgabenstellungen liegt in der AK Salzburg seit 1.10.1992 in neuen Händen: Direktor

Gerhard Schmidt, bisher Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, löst den in die Privatwirtschaft ausscheidenden bisherigen Direktor Karl Fink ab.

### FSG SIEGT 1994

Salzburger Landtagswahl, EU-Abstimmung, AK-Wahl, Nationalratswahl und Gemeindervertretungswahlen kennzeichneten das Superwahljahr 1994. Der dramatische österreichweite Rückgang der AK-Wahlbeteiligung, in Salzburg von 43,9 % auf 31,3 %, in Tirol gar auf 26,7 %, erschütterte jedoch die Arbeiterkammer in ihren Grundfesten. Neben gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu niedrigeren Wahlbeteiligungen war vor allem die durch das AKG 1992 erweiterte Wahlberechtigung um 40.000 Personen (auf Arbeitslose, Karenzurlauberinnen, geringfügig Beschäftigte und Präsenzdiener, die allesamt eine niedrige Wahlneigung zeigen) maßgeblich. Der zweite Faktor war das „Taferl“, das FPÖ-Chef Jörg Haider Bundeskanzler Franz Vranitzky bei einem runden Tisch entgegenhielt, welches das Einkommen des steirischen AK-Direktors Zacharias aufzeigte. Die Bezügediskussion gepaart mit der gesunkenen Wahlbeteiligung und der unvorsichtig euphorische Kommentar von BAK-Präsident Heinz Vogler zum Wahlergebnis schlugen öffentlich hohe Wellen. Die Arbeiterkammern erlitten trotz intensiver Reformbestrebungen einen Vertrauensrückschlag und wurden in eine Legitimationskrise gestürzt. Im Zusammenhang damit wurde

nach dem Koalitionsabkommen 1994 am 15. Dezember die Rechnungshofprüfung der Kammern beschlossen und trat mit 1. Jänner 1997 in Kraft.

### EU-VOTUM

Im Vorfeld der EU-Abstimmung am 12. Juni 1994 mit einer Zustimmung von 74,59 % wurde als Gastreferent EU-Botschafter Manfred Scheuch zur 11. Kammervollversammlung im April 1994 eingeladen. Die anschließende EU-Diskussion endete mit der mehrheitlichen Annahme der Resolution von FSG und ÖAAB „Für die Weiterentwicklung der Europäischen Union“, bei Stimmenthaltung der Freiheitlichen Arbeitnehmer. In Stadt und Land klärte die AK in Referaten über die EU-Thematik auf und versuchte bei aller Befürwortung eine sachgerechte Behandlung. Präsident Suko persönlich war eher kritisch eingestellt, weil er die negativen Auswirkungen auf die Lebensmittelbranche befürchtete. Seitens des Vorstandes wurde mit den übrigen Sozialpartnern eine gesonderte Unterstützung einer medialen Kampagne „Pro EU“ beschlossen.



# WIR SAGEN JA ZUR AK

Ja zur Sozialpartnerschaft.  
Ja zum Arbeitnehmerschutz.  
Ja zur sozialen Gerechtigkeit.  
Ja zu gemeinsamer Stärke.

*AK-Mitgliederbefragung.  
Vom 22. April bis 11. Mai.*



Plakat zur AK-Urabstimmung.

## MITGLIEDERBEFRAGUNG 1996

Aufgrund der Legitimationskrise durch die niedrige Wahlbeteiligung bei den AK-Wahlen 1994, die Auswirkungen auf die Nationalratswahl und die Privilegiendiskussion wurde durch die Regierungskoalition SPÖ/ÖVP die AK-Frage erneut aufgerollt. „Die Regierung bekennt sich uneingeschränkt zur Sozialpartnerschaft [...] um aber auch in Zukunft die Funktionsfähigkeit der Interessenvertretungen abzusichern, bedarf es umgehender Reformen“ hieß es im Regierungsübereinkommen im November 1994.

## DIE ANTWORT: UMFASSENDE INTERNE REFORMEN

In der von Bundeskanzler Vranitzky abgegebenen Erklärung erwarteten die Regierungsparteien, dass bis Ende 1996 eine Befragung aller Mitglieder stattfinden sollte.

Zur Frage einer Urabstimmung oder Mitgliederbefragung stellten die AK und auch Präsident Herbert Suko bei der 1. Vollversammlung am 14. November 1994 fest, dass dabei nicht nach der Meinung bezüglich der Pflichtmitgliedschaft gefragt werden könne, weil diese verfassungsrechtlich festgelegt und eine Kammer ohne Pflichtmitgliedschaft ein Widerspruch in sich selbst sei. Es gehe

um das gesamte System der Interessenvertretungen und der Sozialpartnerschaft an sich. Zur Koordinierung der Reformbestrebungen installierte die Vollversammlung einen eigenen Reформаusschuss, der wiederum in Arbeitsgruppen die Themenbereiche Bezüge, Selbstverwaltung und Mitgliederbefragung behandelte und die Mitgliederbefragung vorbereitete.

---

Bei der Urabstimmung zur AK  
1996 wollten neun von zehn  
Arbeitnehmern die Organisation  
beibehalten.

---

## KLARE ZIELDEFINITIONEN

Die Vollversammlung verabschiedete am 4. Mai 1995 die Resolution „AK-Reform – umsetzen und durchstarten!“ Als Ziele wurden vereinbart, die AK-Diskussion offen, auf breiter Basis, ohne Tabus zu führen und eine klare Überlebens- und Offensivstrategie für die AK mit klaren Zieldefinitionen zu entwickeln. Vor allem die Akzeptanz bei den Mitgliedern und in der Öffentlichkeit zu heben, von der Notwendigkeit und den Leistungen zu überzeugen und den damit verbundenen Nutzen für die Arbeitnehmer zu verdeutlichen.

Präsident Suko betonte bei dieser Vollversammlung: „Soziale Parität, innerer und äußerer Interessenausgleich, Einflussnahme auf die Wirtschaftsverwaltung und die Förderung der Arbeitnehmer waren Leitmotive zur Gründung der Arbeiterkammern. Eine Bewertung der Pflichtmitgliedschaft kann daher nur im Zusammenhang mit der Sozialpartnerschaft erfolgen. Viele unterliegen der Illusion, dass eine Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft an der Sozialpartnerschaft und dem österreichischen Weg der Konfliktaustragung nichts ändern würde. Daher muss klar gesagt werden: Wer die Pflichtmitgliedschaft abschaffen will, will auch die Arbeiterkammer zerstören. Bei einer Orientierung nur an zeitgeistigen,

## Mitgliederbefragungen bei den Kammern in Salzburg 1995/1996

	Beteiligung	Zustimmung
Wirtschaftskammer	36,9 %	79,1 %
Arbeiterkammer	59,3 %	92 %
Landwirtschaftskammer	keine Befragung durchgeführt	
Landarbeiterkammer	70 %	92,9 %
Ärztammer	89,3 %	87,3 %

Quelle: Profil, AK, Kammerangaben

*extrem individualistischen Tendenzen, bleiben die Schwachen in der Gesellschaft auf der Strecke. Nur die gesetzliche Mitgliedschaft garantiert daher die Orientierung am Solidar-gedanken, dem wir uns verpflichtet fühlen. Allerdings gilt es, klare unterschiedliche, aber auch ergänzende Profile für AK und Gewerkschaft zu entwickeln, Nahtstellen zu konkretisieren. Gerade in einer zunehmend segmentierten Gesellschaft sind die Arbeitnehmer, die in gewerkschaftlich nur schwer organisierbaren Betrieben und Branchen arbeiten, die Konsumenten und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen verstärkt auf unsere Hilfe angewiesen.“*

### MITGLIEDERNÄHE

Die AK-Wahl sollte deutlicher und markanter werden, den Mitgliedern müssten mehr Mitwirkungsmöglichkeiten geboten werden. Die Kammerräte sollten als Vertreter für die Mitglieder erlebbarer werden. Dazu sei eine Aufwertung und Steigerung der Attraktivität, Funktion und Rolle des Funktionärs notwendig. *„Die Funktion der AK darf sich in Zukunft nicht nur als Reparaturwerkstätte marktwirtschaftlicher Störungen erschöpfen, mit ihrem Konsumenten- und Arbeitsrechtsschutz, sondern hat auch dynamisches Innovationscenter zu sein, das gesellschaftliche Trends mitgestaltet,“* so Herbert Suko<sup>187</sup>.

### HOHE ZUSTIMMUNG: 92 % „JA ZUR AK“

Nach den Wirtschaftskammern führten 1996 auch die Arbeiterkammern länderspezifische Befragungen durch. Das Burgenland startete. In Salzburg fand die Mitgliederbefragung zwischen dem 22. April und 11. Mai 1996 statt und endete bei einer Beteiligung von 59,3 % mit einer Zustimmung von 92 % zur AK. Das Ergebnis ließ den Schluss zu, dass die Arbeiterkammer als Serviceeinrichtung gut positioniert ist und die politische Interessenvertretung grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird.

Der Historiker Josef Lemberger äußerte sich zur Mitgliederbefragung und den Funktionen der Salzburger AK folgendermaßen: *„Die politische Funktion der Kammer, d.h. der Einsatz für günstige Regelungen in Gesetzen, Verordnungen und Erlässen sowie die Auseinandersetzung mit Behörden und das Erarbeiten von Vereinbarungen mit anderen Interessenvertretungen konnte offensichtlich verdeutlicht werden. Angesichts der neuen Herausforderungen in der Europäischen Union bekommt diese Zustimmung (Mitgliederbefragung) enorme, weitreichende Bedeutung, denn allein die Dienstleistungsfunktion – obwohl durchaus geschätzt, wie Konsumentenberatung in verschiedensten Bereichen – könnte die Existenz bzw. die Pflichtmitgliedschaft nicht rechtfertigen. Vieles spricht somit nicht für ein Ende, sondern für einen Wandel der Arbeiterkammer.“*<sup>188</sup>

Entgegen der Vermutung von Politikwissenschaftler Christian Schaller<sup>189</sup>, dass es zu einem weiteren Sinken der Wahlbeteiligung kommen könnte, hat sich diese durch die Wahlrechtsreform und die Briefwahl deutlich erhöht. Auch dass nach Schaller kammerkritische Akteure weiterhin an Einfluss gewinnen werden und somit den Druck auf die regionalen Sozialpartner erhöhen, kann so nicht unbedingt konstatiert werden.

Um Akzeptanz und Handlungsspielräume zu wahren, schlägt Schaller eine weitere Entflechtung von Parteien und Verbänden über personalisierte Direktwahlen in den Kammern und die Konzentration auf verbandsspezifische Interessen verbunden mit einem Rückzug aus peripheren Bereichen vor. Und ebenso wie der Politikwissenschaftler Rainer Nick<sup>190</sup> plädiert er für den Wandel zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen mit Minimierung eines hoheitlich-bürokratischen Erscheinungsbildes.<sup>191</sup>

Die Forderungen der beiden Politikwissenschaftler sind in der AK bereits weitgehend umgesetzt. Die Entflechtung der Mandatare ist gegeben, die kundenorientierte Dienstleistungsschiene wurde stark ausgebaut und die Wahl wurde u.a. zusätzlich durch Listenbezeichnungen mit den jeweiligen Spitzenkandidaten, zum Beispiel „Liste Alexander Böhm“ personalisiert und der Bekanntheitsgrad des Präsidenten gesteigert.

# WIRTSCHAFTSPOLITISCHE HANDLUNGSFELDER<sup>192</sup>

---

## SUBVENTIONSPOLITIK

Bei der betrieblichen Subventionspolitik des Landes ist in den 1980er- und 1990er-Jahren von Seite der AK immer wieder verlangt worden, qualitative Kriterien und Beschäftigungseffekte in die Förderung mit einzubauen. Sowohl vom Land als auch der Wirtschaftskammer wurde dies vehement abgelehnt. Dieser Forderung wurde nur in Einzelfällen, nicht aber in Form genereller Richtlinien entsprochen.

Mit Ausnahme der Tätigkeit in der Betriebsansiedlungsgesellschaft war somit die AK bei der betrieblichen Förderpolitik nur tangential befasst.

Die AK-Kriterien waren immer die Qualität der Arbeitsplätze, also keine Arbeitsgerichtsprozesse, vom Arbeitsinspektorat überprüfte und in Ordnung befundene Betriebe und die Sicherung und Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen.

Von Seite der Wirtschaftskammer und vor allem des Landes wurde immer wieder die Produktivität und die Investitionspolitik betont.

## FORMULIERUNG VON BESCHÄFTIGUNGSAUFLAGEN

Durch betriebliche Förderungen sollten nach Meinung der AK auch positive Beschäftigungseffekte erzielt werden. Dies war aber in Salzburg nicht der Fall. Zum Amtsantritt von Landesrat Arno Gasteiger als neuer Chef der Landeswirtschaftsförderung im Jahr 1986 hat die AK nachgewiesen, dass die geförderten Betriebe in Summe sogar negative Beschäftigungseffekte aufweisen. „Viele Tropfen auf heißen Steinen“ titulierte die Presseaussendung vom 25. Juni 1986 diese Entwicklung und vermerkte kritisch, dass der Zuwachs an neuen Arbeitskräften immer geringer wird. Zwischen Oktober 1983 und Jänner 1986 wurden um 212

Arbeitsplätze weniger geschaffen als von den Betrieben prophezeit worden war. Dies hat zwar ein kräftiges Rauschen im Blätterwald bewirkt, keineswegs aber – so die Kritik der AK – eine Änderung der Förderpolitik des Landes. Die drei Hauptforderungen der AK, Beschäftigungseffekte zu prüfen, Arbeitsinspektions-Begehungen zu verlangen und arbeitsrechtliche Komponenten bei Subventionen zu berücksichtigen, sind immer noch nicht erfüllt.

Als Mitglied im Salzburger Strukturverbesserungsfonds sind die AK-Vertreter daher punktuell „kritisch-lästig“, ohne mehrheitsentscheidend zu sein, weil die Förderrichtlinien alle verlangten „qualitativen Kriterien“ eben nicht vorsehen.

---

## AK-Position bei der Wirtschaftsförderung 1980-2000

### **Der wirtschaftspolitische AK-Vorschlag in den 1980er-Jahren, die Wirtschaftsförderung zu „filetieren“:**

- » 1/3 Startförderung (Zuschuss und Darlehen)
- » 1/3 „indirekte Förderung“ durch „externe Berater“
- » 1/3 „Erfolgsförderung“ bei Erreichen der Unternehmensziele

Diese Forderung wurde bei der Förderstelle des Landes allerdings nicht ernsthaft diskutiert.

## BETRIEBSANSIEDLUNGSPOLITIK

Die Betriebsansiedlungspolitik lässt sich am besten folgend darstellen: Mit 3. August 1977 wurde die Betriebsansiedlungsgesellschaft (BAG) gegründet, um Betriebe „auf der grünen Wiese“ anzusiedeln.

Auf Verlangen der AK wurden jedes Jahr neue Daten zusammengestellt, um die Anzahl der angesiedelten Betriebe und deren Struktur zu untersuchen. Bis zum Jahr 1991 wurden 120 Betriebe mit etwa 4.500 Beschäftigten, jedoch inklusive der Ansiedlung Sony (1987-1991) angesiedelt. Mit Ausnahme von Sony II in Thalgau gelang aber ab diesem Zeitpunkt keine einzige große Betriebsansiedlung mehr.

Im September 1991 wurde die BAG in Tech-Invest mit neuen Zielsetzungen umbenannt. Im Zusammenhang mit der verstärkten Bemühung Software-Betriebe in Salzburg anzusiedeln, kam es im Jahr 1994 zu umfangreichen Dispositionen.

Im Zeitraum Jänner bis Oktober 1996 gab es in Summe 22 konkrete Ansiedlungskontakte der Tech-Invest, von denen jedoch kein Einziger zum Tragen kam.

## Die Hallein Papier-Insolvenz<sup>193</sup>

Bereits Mitte 1992 geriet die Hallein Papier AG massiv in die roten Zahlen. Ursache waren in erster Linie massive Überkapazitäten nach dem Zusammenbruch der Ostmärkte, ein erbittert geführter Verdrängungskampf (die skandinavische Papierindustrie drängte auf den mitteleuropäischen Markt) und Preisvorteile für nordische Produzenten durch Abwertung der skandinavischen Währungen.

Unternehmensleitung und Betriebsrat versuchten durch gemeinsam abgesprochene Maßnahmen die Kostenstruktur in Hallein zu verbessern. Für ausscheidende Mitarbeiter wurde ein Sozialplan, für die weiterhin beschäftigten Arbeitnehmer wurde ein Kostensenkungsprogramm abgeschlossen (z.B. 8 % Gehaltsverzicht jener Angestellten, die über dem Kollektivvertrag entlohnt waren, Streichung von Sozialleistungen). Dieses Kostensenkungsprogramm alleine konnte die Firma jedoch nicht retten. Die Folge war die Eröffnung eines Ausgleichsverfahrens im Frühjahr 1993.

Die damaligen Eigentümer verfolgten ein ehrgeiziges Konzept, aus Sicht der betroffenen Arbeitnehmer wurde sehr hoch gepokert. Vor dem Hintergrund einer drohenden Firmenschließung mit massiven Auswirkungen auf die Region kamen alle unter Druck. Die Miteigentümer (eine Bank), der Staat Österreich (Insolvenzausfallgeldfonds), die Landesregierung (Aufschub von Umweltinvestitionen) und vor allem die Arbeitnehmer. Rund 150 Arbeitnehmer sollten abgebaut werden. Löhne und Gehälter sollten gekürzt werden, bestehende Pensionszusagen wurden aufgekündigt, neue Arbeitszeit- und Schichtmodelle (sogar Teile des Urlaubs sollten im Rahmen des Schichtmodells von der Firma bestimmt werden) eingeführt werden. Alle Mitarbeiter wurden gekündigt, damit die bestehenden Ansprüche (vor allem Abfertigungen) vom Insolvenz-Ausfallgeldfonds übernommen werden mussten.

## LOHNKÜRZUNGEN ALS STANDORTPOLITISCHE MASSNAHME<sup>194</sup>

### LOHNKÜRZUNGEN ANFANG DER 1990ER-JAHRE

Anfang der 1990er-Jahre versuchten Unternehmen zunehmend Standortkrisen mit Lohnkürzungen zu bewältigen. „Lohn- und Gehaltskürzung in Betrieben, die entweder tatsächlich oder vorgeblich in einer Krise stecken, werden in beängstigender Weise als selbstverständliches Instrument zur Sanierung betrachtet“<sup>195</sup>, stellte AK-Präsident Suko bei einer Dringlichkeitskonferenz der Gewerkschaftssekretäre fest. In den seltensten Fällen führten Einkommenskürzungen aber zu einer echten Konsolidierung. Dafür werde den Beschäftigten das Messer an die Brust gesetzt: weniger Geld oder kein Job. Selbst wenn sich ein Betrieb wieder erholt, wird das Einkommensniveau kaum mehr angehoben. Deshalb riet Suko den Betriebsräten höchstens bedingte oder befristete Regelungen zu akzeptieren. Es sei auch nicht einzusehen, dass es zu doppelten Kürzungen komme: Erst durch die Lohneinbuße und wenn es dennoch zu einer Kündigung kommt, durch die dadurch verminderte Abfertigung. Für Lohn- und Gehaltskürzungen Verständnis von der Belegschaft, den Betriebsräten und der Interessenvertretung zu verlangen, wenn vorher Privatentnahmen in Millionenhöhe getätigt wurden, hieße den Bogen überspannen, so Suko. Ebenso wenig sei einzusehen, dass die Belegschaften für unternehmerische Fehlentscheidungen büßen sollten. Mit größter Sorge sah Suko, dass der Ruf nach Lohnkürzungen salonfähig geworden sei und wie selbstverständlich erhoben werde.

Das Einkommen und somit die Kaufkraft der Arbeitnehmer mit Lohnkürzungen und/oder Null-Lohnrunden zu beschneiden, mache aber auch volkswirtschaftlich keinen Sinn. Die AK wandte sich heftig dagegen, dass Unternehmer als Trittbrettfahrer von Krisen auf dem Rücken der Arbeitnehmer Lohnkosten sparen wollen.





Salzburg hat neben dem vorherrschenden Tourismus- und Dienstleistungsbereich auch heute noch einen präsenten industriellen Sektor.

#### ENQUETE ZUM THEMA

##### „INDUSTRIESTANDORT SALZBURG“

Im März 1993 kam es gemeinsam mit der Industriellenvereinigung zu einer Enquete „Industriestandort Salzburg“. Die AK wies nach, dass Lohnkürzungen als Sanierungsmaßnahme völlig ungeeignet sind, einerseits was die Motivation der Arbeitnehmer betrifft, andererseits auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte. Bei Burgauer Möbel kam es zu 15 % Lohnkürzung, bei Preimesberger zu 5 %, dennoch ließ sich der Konkurs nicht aufhalten. Bei der Firma Bleckmann kam es zu Lohnkürzungen von 11 Millionen Schilling; demgegenüber standen hohe Privatentnahmen der Eigentümer. Die Löhne wurden bei EMCO um 4 % bis 12 % reduziert, der Beschäftigtenstand aber dennoch halbiert.

Bei Blizzard und der Hallein Papier kam es zu verdeckten Lohnkürzungen von 10 % bis 15 %. Dennoch wurden 127 bzw. 430 Beschäftigte abgebaut.

##### LOHNKÜRZUNGEN SICHERN KEINE ARBEITSPLÄTZE

Die Beispiele zeigen, dass es bei Betrieben mit Lohnkürzungen dennoch zu drastischen Reduzierungen der Beschäftigtenstände kommt und diese durch die Lohnverzichte nicht vermieden werden. Bei untersuchten bedeutenden Betrieben im Zeitraum Jänner 1993 bis Jänner 1996 waren im Jänner 1993

noch 3.953 Arbeitnehmer beschäftigt. Im Zuge von Insolvenzen, Umstrukturierungen und sonstigen betrieblichen Maßnahmen wurden bis zum Jänner 1996 1.074 Arbeitsplätze abgebaut. Die noch in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer verloren im Durchschnitt 15.000 Schilling an Einkommen pro Jahr. Demgegenüber kam es in zwei der untersuchten Betriebe in den letzten Jahren zu Privatentnahmen der Eigentümer von insgesamt 314 Millionen Schilling. Zu Lohnkürzungen von 5 % bis 10 % kam es ferner durch Kurzarbeit bei Liebherr, Ruwido, Aalflex, Kessel Eder, Dental und Kaco.

Lohnkürzung wird auch durch die Kollektivvertragspolitik betrieben, indem in Betrieben, die eigentlich Industriebetriebe sind, der schlechtere Gewerbekollektivvertrag angewendet wird. So bei Fahnen Gärtner, Hamo, Roco, Voglauer, Ablinger und Steffner.

Allein in diesen Betrieben hatten somit 1.500 Arbeitnehmer schlechtere Löhne als ihnen bei einem Industriekollektivvertrag zustünden. Auch durch Ausgliederungen von Betriebsteilen und Umstrukturierungen kommt es zu Verschlechterungen und anderen Kollektivverträgen. So bei Systemdruck, Stiegl Brauerei, Getränke- und Service GesmbH, Mannesmann Demag und Porsche.

---

Die AK wies schon in den 1990er-Jahren nach, dass dauerhafte Lohnkürzungen kein Unternehmen sanieren können.

---



# BETRIEBSRAT IM WANDEL DER ZEIT

Als Höhepunkt der Imagekampagne der AK Salzburg zum Thema „Arbeit und Funktionen der Betriebsräte“ fand am Abend des 18. November 1993 im Kongresshaus Salzburg die Veranstaltung „Betriebsrat im Wandel der Zeit“ statt. Fast 1.500 Betriebsräte folgten dem Aufruf von Präsident Herbert Suko zur Teilnahme. Diese Imagekampagne und Veranstaltung war eine besondere Idee von Suko, um die Betriebsräte aufzuwerten und Geschlossenheit und Gegenmacht zu demonstrieren. Vom Selbstverständnis fühlte sich Herbert Suko in einer ambivalenten Rolle immer mehr als Betriebsrat denn als Präsident.

Josef Weidenholzer, Professor für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität Linz, eröffnete mit seinem Beitrag „Der Betriebsrat als Fundament unserer Demokratie“, Herbert Karch, Tarifsekretär der IG Metall aus Sachsen, folgte mit „Betriebsrat – Gestalter der Zukunft“. Herbert Suko schloss mit „Wir Betriebsräte“. Suko kritisierte, dass viele der gutverdienenden Betriebe die Gunst der Stunde nützen möchten, um Lohn zu drücken, das Arbeitstempo zu verschärfen und zusätzlichen Nutzen aus der Leistung der Arbeitnehmer zu ziehen. Suko führte aus: „[...] wir sozialdemokratischen Gewerkschafter treten täglich gegen diese Angriffe auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Seiten der Unternehmer auf. Es ist notwendig als Gewerkschaft, als Arbeiterkammer, als Be-

*etriebsratskörperschaft verstärkt Widerstand zu leisten. Widerstand gegen ungerechtfertigte Kürzungen, ungerechtfertigte Forderungen.“<sup>196</sup>*

## BETRIEBSRATSFONDS

Die AK hat die gesetzliche Verpflichtung die Fonds der Betriebsratskörperschaften, die deren Geschäftsgebarung dienen, zu kontrollieren. Die Anzahl der Fonds nahm in den 25 Jahren von 1975 (237) bis 2000 (476) kontinuierlich zu. Die Anzahl der Fonds hat sich bis 2016 bei 380 eingependelt. Der Rückgang ist auf Insolvenzen, Verlegung von Firmenstandorten und auch die Zusammenlegung von Fondskörperschaften zurückzuführen.



AK-Präsident Siegfried Pichler im Gespräch mit Salzburger Arbeitnehmern.

## BETRIEBSRÄTE IN SALZBURG

In Salzburg engagierten sich 2001 2.778 Betriebsräte für ihre KollegInnen. Dabei sind die Ersatzpersonen und die Personalvertreter des Öffentlichen Dienstes, bei Bahn und Post gar nicht mitgerechnet. Der Frauenanteil betrug 25 %, während die fraktionelle Orientierung der Betriebsrats-Vorsitzenden in der Regel mit 48 % bei den Sozialdemokratischen Gewerkschaftern (FSG) gegenüber 9 % beim ÖAAB/FCG lag. Jedoch nahm der Anteil der Parteiunabhängigen (33 %), insbesondere bei den Angestellten, zu. Die Anzahl der Betriebsräte ist in den letzten 15 Jahren ziemlich konstant geblieben, 2016 gibt es 2.681 Betriebsräte.

---

Im gesamten Land Salzburg gibt es  
rund 2.700 Betriebsrätinnen und  
Betriebsräte

---



---

1996 gründete die AK mit der WK  
und dem AVOS den Verein für  
Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik,  
aus dem der AMD (Arbeitsmedizinische  
Dienst) hervorging.

---



---

Im Jahr 2000 betreute der  
AMD bereits fast 150 Betriebe  
präventivmedizinisch

---

## GESUNDHEITSPOLITISCHE INITIATIVEN<sup>197</sup>

1991 bis 1993 gab es Veranstaltungen und Tagungsbände zu Mobbing, Strahlenbelastung am Bildschirm, Tag des Auges und Ergonomie am Arbeitsplatz. Mit dem ORF wurde ein Video „Computer am Arbeitsplatz – bleibt der Mensch über“ hergestellt.

## GRÜNDUNG DES AMZ ERWOGEN

Auf Grund der Unzufriedenheit der Betriebsräte mit den damaligen unzureichend ausgebildeten Betriebsärzten (in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten) überlegte die AK die Einrichtung eines Arbeitsmedizinischen Zentrums (AMZ). Im Konzept für die Errichtung und den Betrieb wurde Kostendeckung nachgewiesen. Der Plan der AK, ein AMZ mit hauptberuflichen Arbeitsmedizinern einzurichten, erzeugte massiven politischen Widerstand, vor allem der Ärztekammer. Nach einer Diskussion im Landtag verzichtete die AK auf die Einrichtung eines AMZ, es kam vorerst zur Gründung der „Überbetrieblichen Arbeitsmedizinischen Einrichtung“ (ÜAE), die dem Arbeitskreis Vorsorgemedizin (AKV) angeschlossen wurde. Infolge des Beitrittes zum EWR und zur EU 1995 und der damit verbundenen Umsetzung der entsprechenden Richtlinien, die auch einen Stufenplan zur flächendeckenden Präventivbetreuung mit Absenkung der Schlüsselzahlen (ab 1. Jänner 1996 auf 150 Beschäftigte) vorsah, wurde das Thema AMZ seitens der AK wieder thematisiert. Seitens der ÜAE / AVOS (vorher AKV) gab es massive Bestrebungen, das AMZ im AVOS zu integrieren. Schließlich gelang es Präsident Suko, Direktor Schmidt und Arbeitnehmerschutzreferent Karl Heinz Fürst, die Gründung des unabhängigen Vereines für Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik Salzburg (VAS) durchzusetzen.

## GRÜNDUNG DES VAS

1996 erfolgte der Beschluss des Kammervorstands gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und dem AVOS den VAS zu gründen, die AUVA wurde förderndes Mitglied.

Kurze Zeit später fand die konstituierende Generalversammlung des VAS statt, die alle erforderlichen Beschlüsse zur Errichtung des Arbeitsmedizinischen Dienstes (AMD) fasste.

Bei Betriebsaufnahme bestand das Personal aus einem angestellten Arbeitsmediziner, einer Sekretärin und einem Geschäftsführer, betreut wurden 20 Betriebe, die von der ÜAE übernommen wurden. Auf Werkvertragsbasis waren zwölf freiberufliche Arbeitsmediziner in die Betreuung der Betriebe eingebunden. Zu Ende des Jahres waren bereits zwei hauptberufliche Arbeitsmediziner und eine Sicherheitsfachkraft angestellt, die gemeinsam mit 17 kooperierenden Arbeitsmedizinern 35 Betriebe betreuten.

## RASCHER AUSBAU DES GESUNDHEITSDIENSTES

Der AMD entwickelte sich kontinuierlich weiter, wobei bei der Betreuung der Betriebe Wert auf hohe Qualitätsstandards gelegt wurde. Hierbei spielte die interne Weiterbildung eine große Rolle. Von wesentlicher Rolle bei der Sicherung und Verbesserung der Betreuungsqualität war und ist der Einfluss der Arbeiterkammer.

Ende des Jahres 2000 waren im AMD zehn angestellte Arbeitsmediziner (vier davon in Teilzeit), zwei angestellte Sicherheitsfachkräfte, zwei Verwaltungsangestellte und ein Geschäftsführer beschäftigt. Gemeinsam mit 22 kooperierenden Arbeitsmedizinern und einer kooperierenden Sicherheitsfachkraft wurden 148 Betriebe präventiv betreut.

Die angestellten und kooperierenden Arbeitsmediziner arbeiteten auch im Rahmen der sogenannten Kleinbetriebsbegehungen bei „AUVA-sicher“ mit. Der wirtschaftliche Erfolg war beachtenswert, die beiden Kammern mussten als Träger des wirtschaftlichen Risikos keinen Euro dazu aufwenden.

Die bisherige Zusammenarbeit der AK mit dem AMD kann aber auch insgesamt als Erfolg bewertet werden. Im Zuge der umfassenden Evaluierung der psychischen Belastungen in der AK Salzburg wurden gemeinsam mit der Arbeitspsychologie des AMD Salzburg Maßnahmenworkshops durchgeführt, in denen Belastungen konkretisiert und reflektiert wurden. Zusammen mit der AMD bietet die AK Salzburg darüber hinaus eine betriebliche Gesundheitsausbildung an. Ein Schwerpunkt der Kooperation bildet zudem das Thema alternsgerechte Arbeitswelt.



Das AK-Servicezentrum heute.

## NEUES BERATUNGS- UND SERVICEZENTRUM

Am 12. Oktober 1995 wurde nach zweijähriger Bauzeit in einem feierlichen Festakt im Rahmen einer außerordentlichen Vollversammlung das neue Beratungs- und Servicezentrum der AK eröffnet. Weihbischof Jakob Mayr und Superintendentin Luise Müller nahmen die Einweihung des von den Architekten Willhelm Holzbauer und Gerhart Labacher geplanten Zubaus an der Markus-Sittikus-Straße, in Fortsetzung der Bawag- und EA-Generali Gebäude, vor. Das Gebäude wurde mit 20-jährigem Leasingvertrag errichtet. Am nächsten Tag nahmen 7000 Salzburger das Angebot der offenen Tür zur Besichtigung der AK an.

Architektonisch abgestimmte, gemeinsame Merkmale finden sich bei der abgestuften Fassadengestaltung und den Glasfronten, insbesondere am Glasturm. Wurden die Finanzdienstleistungsgebäude aber noch mit einer Marmor- und Glasfassade geschmückt, wirkt die AK mit dem, ihre Ideologie reminiszierenden, roten Verputz zwar gediegen aber doch, ihrer Bestimmung als Interessenvertretung gemäß, weniger monetär. Die Inneneinrichtung ist im aktuellen Grafton abgestimmt.

Den Außenton spiegeln im Inneren die Rottöne der Bilder von Fischer wider. Im Stiegenbereich findet sich eine Plastik des Salzburger Bildhauers Josef Magnus. Das großzügig gestaltete Foyer bietet Vorsprechenden wie Beschäftigten eine Kommunikationsplattform an. Mit dem Zubau konzentrierte die AK ihr Service: Die Konsumentenberatung, Bibliothek und der Betriebssport zogen nun ins neue Beratungszentrum zurück. Politisch kontroverielle Auffassungen gab es lediglich hinsichtlich der finanziellen Beteiligung der AK an der Alleegestaltung, die vom ÖAAB kritisiert wurde.

## WOHNEN ALS VERTEILUNGSPROBLEM

Am Beginn der 1990er-Jahre kämpfte das Bundesland, vor allem aber die Stadt Salzburg, mit einer massiven Wohnungsnot, die im Wesentlichen durch eine fehlgeleitete Raumordnungspolitik sowie Bauland- und Wohnungsspekulationen verursacht wurde. Bereits 1989 hatte die von der AK in Auftrag gegebene Studie „Baulandpreise und Baulandpolitik“ für Aufsehen gesorgt und Maßnahmen zur Baulandsicherung gefordert. 1994 hatte die AK mit dem ÖGB und der Katholischen Aktion ein Manifest zur Bekämpfung der Wohnungsnot präsentiert. Eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen, wie

ein neues Raumordnungsgesetz und die Neuregelung des Grundverkehrs sowie die Verländerung der Wohnbauförderung und die Förderung von Wohnraum, der von privaten Bauträgern errichtet wurde, führten zu einem in Salzburg nie dagewesenen Wohnbau-Boom. Trotzdem stiegen die Wohnpreise in astronomische Höhen. Mit der Studie „Grenzenlos verteilt – Effekte der Aufhebung von Höchstgrenzen am Beispiel der Wohnbauförderung“ wies die AK nach, dass dieser Preisauftrieb förderungsinduziert war, also aus Steuermitteln in Form der Wohnbauförderung finanziert wurde. Die AK forderte mehr Treffsicherheit in der Gestaltung der Förderungskriterien, insbesondere zugunsten von Mietwohnungen.

## AK-WOHNFÖRDERUNG UND KRITIK AN DER WOHNBAUFÖRDERUNG

Nach den Untersuchungen der AK zeigte sich deutlich, dass in Salzburg viele Wohnungssuchende mit dem Problem konfrontiert sind, für eine geförderte Mietwohnung nicht arm genug, für eine Eigentumswohnung – selbst wenn sie gefördert wird – nicht reich genug zu sein. Das war für viele in den 1990er-Jahren eine frustrierende Realität. Ein Drittel der Salzburger Wohnungssuchenden fand laut den Studienergebnissen im Lauf

---

Bereits in den 1990ern war Wohnraum in Salzburg unverhältnismäßig teuer. Die AK forderte eine treffsichere Förderung.

---

eines Jahres keine leistbare Wohnung. Als Reaktion auf diese Situation stellte die AK Mitte der 1990er-Jahre ihre Wohnbauförderungsaktion um und unterstützte künftig nur mehr Mieter in Form einer Bankgarantie für ihre Kautions- oder Einkommensschwache (im Wesentlichen Alleinerzieherinnen) in Form einer Einmalförderung beim Kauf einer Eigentumswohnung.

Die AK Salzburg wollte schon damals neue Nutzungsformen beim Wohnen finden und schrieb dafür einen Wohnbaupreis aus.

Der jährliche Wohnkostenvergleich der AK zeigte im Jahr 2001, dass Salzburg ein teures Pflaster ist. Während der österreichische Durchschnittshaushalt im Monat 572 Euro für Wohnung, Heizen und Strom ausgibt, sind es beim durchschnittlichen Salzburger Haushalt 650 Euro.

Die Preisentwicklung für den Salzburger Mietwohnungsmarkt wies für das Jahr 2001 in der Stadt eine leicht steigende Tendenz auf. Die Reform der Wohnbauförderung zu Beginn des Jahres 2001 hatte sich für Förderungswerber schmerzlich ausgewirkt. Die gültigen Einkommensgrenzen wurden seit 1995 nicht mehr angepasst. Die AK forderte daher eine Anpassung der Einkommensgrenzen an die Einkommensentwicklung.

Die AK stellte fest, dass das Land Salzburg für den Zeitraum 2004 bis 2007 eine Neubauleistung von 3.000 bis 4.000 Wohnungen jährlich benötigen würde. Die Wohnbauförderungsmittel drohten mit den anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen weiter gekürzt zu werden. Das Land müsse versuchen, das zu verhindern.

---

2001 kostete Miete im Österreich-Schnitt 572 Euro, in Salzburg 650 Euro!

---

Laut einer EuRegio-Masterstudie aus dem Jahr 2010 gibt es in und um die Stadt Salzburg einen Bedarf von 20.000 neuen Wohnungen in den nächsten 20 Jahren, wobei die Voraussetzungen für eine Realisierung eher schlecht sind, besonders da die Gemeinden im Zentralraum keinerlei Ambitionen zeigen, Flächen für Wohnungen in sinnvoller Dichte zur Verfügung zu stellen. Das Beispiel Rainerkaserne in Elisabethen zeigt, dass hochwertige Flächen nicht alleine den Gemeinden überlassen werden sollten, da diese oftmals am geförderten Mietwohnbau nur wenig Interesse haben.

Im Herbst 2013 wurde vom Wohnbauresort des Landes ein breiter Diskussionsprozess zur Neuausrichtung und Gestaltung der Wohnbauförderung eingeleitet.



Die massive Ausweitung des gemeinnützigen Wohnbaus ist bis heute eine wichtige AK-Forderung.

---

Die Wohnbauförderung wurde 2013 bis 2015 vom Land Salzburg neu ausgerichtet. Kernforderung der AK ist und bleibt, dass jährlich mindestens 1.000 neue Mietwohnungen gefördert werden.

---

Die AK Salzburg hat sich in der Diskussion klar für die Beibehaltung des Systems Wohnbaufonds mit der Zweckwidmung der Mittel zur Wohnbauförderung ausgesprochen. Der gesetzlich fixierte Landesbeitrag und die Rückflüsse aus Wohnbaudarlehen und Zinsen sichern die Leistungsfähigkeit des Fonds. Darlehensverkäufe zum Nachteil der Wohnbauförderung wurden ausdrücklich ausgeschlossen. Als zentrale Forderung wurde von der AK die Gewährleistung der jährlichen Förderung von 1.000 neuen Mietwohnungen über Fondsdarlehen eingebracht.

2015 wurde das neue Wohnbauförderungsgesetz des Landes verabschiedet, von der AK Salzburg jedoch grundsätzlich abgelehnt. Kritikpunkte sind die fehlende Zweckwidmung für alle Wohnbauförderungsmittel, das Nicht-Erreichen des Fördervolumens von 1.000 Mietwohnungen, das volle Zinsänderungsrisiko im Mietwohnbau nach 25 Jahren, die unvermeidbaren Mitnahmeeffekte bei Eigentumswohnungen, das Nicht-Vertreten-Sein von sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern im Wohnbauförderungsbeirat (trotz erheblichem Anteil an der Finanzierung der Wohnbauförderung über den Wohnbauförderungsbeitrag) und die Umstellung der Förderung auf Einmalzuschüsse und damit die auf 25 Jahre reduzierte Bindung an die Wohnbauförderung. Durch Letzteres muss befürchtet werden, dass geförderter Mietwohnraum bereits nach 25 Jahren wieder verloren geht. Dies könnte für den Mieter bedeuten, dass er nach 25 Jahren auf der Straße steht, während die Wohnung als Eigentumswohnung veräußert wird.



# WEIBLICHE SELBSTBESTIMMUNG?

## DIE ARBEITERKAMMER UND IHRE FRAUENPOLITIK

### HISTORISCHE VORLÄUFER-ORGANISATIONEN IN DER AK

#### FRÜHE ERFOLGE IM „ROTEN WIEN“, ERSTE VORSTÖSSE IN SALZBURG

Die institutionalisierte politische Frauenarbeit hatte ihre historischen Vorläufer, wenn auch unter anderen Vorzeichen, schon in der Zwischenkriegszeit und der frühen Nachkriegszeit. 1926 lieferte Käthe Leichter mit ihrer Studie über die Lage der Hausgehilfinnen einen ersten Anstoß, sich mit der Erwerbsarbeit von Frauen auseinanderzusetzen. Leichter leitete das 1925 gegründete Frauenreferat der Wiener Arbeiterkammer. In dieser Funktion führte sie nicht nur Untersuchungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Hausgehilfinnen durch, sondern verfolgte einen aktiven Ausbau von Kontakten mit anderen gewerkschaftlich organisierten Frauen. Ihr Leitmotiv war stets, dass die Tätigkeit der Arbeiterkammer im Dienst der Gewerkschaft zu stehen habe.<sup>198</sup> Auf ihr Betreiben hin wurde 1927 eine eigene Frauensektion bei der Gewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften eingerichtet. Damit wurde in den provisorischen Statuten des ÖGB bereits die Möglichkeit einer eigenen Frauenabteilung mitgedacht, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs im September 1945 ins Leben gerufen wurde.<sup>199</sup> Neben ihrer Tätigkeit als Referentin bei Gewerkschaftskursen, bei denen Leichter immer wieder die verschiedensten Formen der Ausbeutung kritisierte, setzte sie sich aktiv für eine gewerkschaft-

liche Mitarbeit von Frauen ein und forderte eine größere Zahl an Betriebsrätinnen und Funktionärinnen.<sup>200</sup>

Die Massenarbeitslosigkeit bewirkte allerdings das Gegenteil und die Gewerkschaftsbewegung war ab 1930 speziell in den Bundesländern stark rückläufig. Mit der Auflösung der sozialdemokratischen Partei im Februar 1934 und dem Verbot der Arbeiterkammern verlor Leichter ihren Arbeitsplatz in der Wiener Arbeiterkammer und ihre offiziellen Funktionen. Sie starb 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück in Folge des nationalsozialistischen Terrors.<sup>201</sup>

Ihre frauenpolitischen Forderungen, Ansätze und Ideen fanden in die Frauenarbeit der 1950er-Jahre Eingang. So forderten die ÖGB-Frauen bereits am ersten Bundeskongress 1948 vom Gewerkschaftsbund den Einsatz für eine völlige Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne bei gleicher Leistung. In diesem Zusammenhang sei noch auf Agnes Primocic hingewiesen, die sich in der Halleiner Zigarrenfabrik bereits in den 1920er-Jahren als sozialdemokratische Betriebsrätin engagierte und später Kommunistin wurde. Ihr couragierter Einsatz für die Rechte der Tabakarbeiterinnen und ihr Widerstand gegen die Obrigkeit steht stellvertretend für andere Arbeiterinnen, die sich in der Zwischenkriegszeit gewerkschaftlich organisierten.



Käthe Leichter, AK- und ÖGB-Frauenpolitikerin der ersten Stunde, wurde 1942 Opfer des Nazi-Terrors.



Elfriede Karl



---

Bei Frauenpolitik geht es auch um bessere Arbeitsumstände für jede Einzelne - vor allem aber geht und ging es immer ums Ändern der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Frauen benachteiligen.

---

In dieselbe Kerbe wie schon Käthe Leichter schlug das im Oktober 1952 eingerichtete Frauenreferat der Salzburger Arbeiterkammer. Die Maxime lautete: „Das Frauenreferat will nicht nur in einzelnen Fällen helfen, sondern vor allem die soziale Stellung der berufstätigen Frau heben und mitarbeiten, um all die Vorurteile gegen die berufstätige Frau, die einem heute noch überall begegnen, zu bekämpfen, um doch das allen vorschwebende Ziel zu erreichen, dass die Frauenarbeit gleich gewertet wird wie die Männerarbeit.“<sup>202</sup>

Die Salzburger Arbeiterkammer formulierte in dieser Zielsetzung nicht nur die Gleichsetzung von Männer- und Frauenarbeit, sondern forderte als weitere logische Konsequenz dessen auch die gleiche Bezahlung, unabhängig davon, ob die Arbeit von einem Mann oder einer Frau geleistet wird.<sup>203</sup> Allerdings wurde die Zuständigkeit von Frauen für Familienarbeiten nicht in Frage gestellt.

Laut Angaben der Salzburger Arbeiterkammer waren im Oktober 1952 mehr als ein Viertel aller Berufstätigen im Bundesland Salzburg Frauen.

In Zahlen ausgedrückt ging die AK von rund 24.000 Arbeiterinnen und knapp 10.000 Angestellten aus. Sie würden ihre sozialen Rechte nicht genügend kennen und in der Vertretung der Interessen nicht genügend geschult sein, hieß es im offiziellen Mitteilungsblatt. Das Frauenreferat sollte deshalb Rat und Hilfe für Frauen aller Berufskreise anbieten.

Die damalige Frauenreferentin der Salzburger Arbeiterkammer Luise Bonora kritisierte wie schon ihre Wiener Vorgängerin Käthe Leichter, dass Frauen im Berufsleben gegen-



Demonstration der Salzburger Frauenbewegung.

über Männern einen Nachteil hätten und es ihnen „praktisch unmöglich“ gemacht wird, „sich im Kampf um das tägliche Brot mit dem Manne zu messen“.<sup>204</sup> Die Ursachen dafür sah sie in der Gesellschaft verankert. Deshalb werde der Frauenarbeit weniger Wert und damit weniger Lohn beigemessen. Bonora thematisierte darüber hinaus das Problem des Alterns und stellte fest, dass sich ein Mann mit 30 Jahren in seinem Beruf erst richtig durchsetzen könne, während das bei Frauen anders gesehen würde. Aus diesen Feststellungen formulierte sie folgende Frage: „Ist die Frau in ihren Anlagen und Fähigkeiten ein Mensch zweiter Güte, der mit einem anderen Maßstab gemessen werden muß?“<sup>205</sup> Ihre Antwort darauf vertrat Bonora energisch: „Die Frau soll nicht mit dem Mann in Schmutzkonzurrenz treten, sondern sie soll, wenn sie berufstätig ist, Seite an Seite mit ihm für die Volkswirtschaft ihre ganze Kraft einsetzen.“<sup>206</sup> Damit das gelingt, müsse sich aber besonders die Frau anstrengen. Sie habe um Anerkennung zu kämpfen. Erst dann könne ihr von Seiten des Mannes die nötige Achtung entgegen gebracht werden. Damit legte die Frauenreferentin der AK Salzburg einen Großteil der Verantwortung in Frauenhände. Eine Sichtweise, die durchaus den damals gängigen Vorstellungen entsprach. Denn die

Aktivitäten des ersten Frauenreferats müssen freilich im Kontext der „langen Fünfziger-Jahre“ gesehen werden, deren konservatives Paradigma sich ebenso auf die Frauenpolitik auswirkte. So konnten durch gewerkschaftliche Erfolge Verbesserungen im Arbeitnehmerinnenschutz, besonders im Mutterschutz erzielt werden, die zugeschriebenen Rollen blieben allerdings unverändert. Gleichzeitig setzten gesellschaftliche Transformationsprozesse, die durch den Zweiten Weltkrieg nach 1945 anliefen, Mechanismen der Enttraditionalisierung in Gang. Arbeitsfelder wie die Dienstbotenschaft verschwanden, unselbstständige Erwerbsarbeit von Frauen, speziell auch von jungen Frauen nahm zu.<sup>207</sup> Eben diesen Wandel in den Erwerbsmustern erkannte damals auch Luise Bonora in ihrer Tätigkeit als Frauenreferentin der AK Salzburg. Deshalb forderte sie in einem Artikel im Demokratischen Volksblatt im Dezember 1952 „Mehr Schutz für die arbeitende Frau!“.<sup>208</sup> Gemeint war damit die Abänderung bzw. Neufassung des Mutterschutzgesetzes, welches auf Drängen der Arbeiterkammer letztlich 1957 vom Parlament verabschiedet wurde, nachdem es bereits im November 1952 eingebracht worden war. Bis dahin galten in Österreich noch die gesetzlichen Bestimmungen aus der NS-Zeit.<sup>209</sup>



Elfriede Karl, seit 1961 Angestellte der AK Salzburg, war dann die erste weibliche AK-Referentin mit einem politischen Mandat, wurde 1971 im Kabinett Kreisky Staatssekretärin und dann Ministerin.

#### GESELLSCHAFTLICHE UMRÜCHE, FEMINISTISCHE AUFBRÜCHE

Im Oktober 1988 übernahm Liane Pluntz das neu installierte „Referat für Frauenpolitik“, nachdem Pläne eines gemeinsamen Referats mit dem ÖGB scheiterten.<sup>210</sup> Die Gründung des Referats fiel in eine wirtschaftspolitische Phase, die von einer Krise des Arbeitsmarktes gekennzeichnet war. „Normalarbeitsverhältnisse“ begannen zu erodieren und die Teilzeitarbeit nahm zu. Gleichzeitig stieg die Erwerbsarbeit von Frauen weiter an.<sup>211</sup> Die Neue Frauenbewegung der 70er-Jahre stellte bestehende Geschlechterverhältnisse und Rollenbilder in Frage. Sie forderte das Recht auf weibliche Selbstbestimmung.

Diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen wirkten natürlich auch in die gewerkschaftlich organisierte Frauenarbeit ein. Diese betrachtete Teilzeitarbeit nicht als Alternative zur Vollzeitbeschäftigung. Den Gewerkschafts-Frauen ging es um die soziale und arbeitsrechtliche Absicherung von Teilzeitarbeit. Dementsprechend forderten die ÖGB-Frauen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Parallel dazu sollte ein flächendeckendes Netz an Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen geschaffen werden.<sup>212</sup> Mit diesen Maßnahmen sollten die Lebens- und Erwerbsbedingungen von Frauen erleichtert und verbessert werden.

Als weiteres Instrument zur besseren Durchsetzung von Fraueninteressen wurde 1989 der Ausschuss für Frauen- und Familienpolitik in der Salzburger Arbeiterkammer ins Leben gerufen.<sup>213</sup> Auf diese Weise gelang es der AK Salzburg, die aktuellen politischen Forderungen zu institutionalisieren. Im selben Jahr richteten auch das Land und die Stadt Salzburg ein Frauenbüro ein.

---

Es dauerte 12 Jahre bis die Regelungen zum Mutterschutz aus der NS-Zeit in Österreich durch modernere, gerechtere Regeln ersetzt werden konnten!

---



---

Eine 1986 veröffentlichte Studie über die Situation in Reinigungsberufen zeigte, wie viel noch für faire Arbeitsverhältnisse für Frauen zu tun war. Ab 1988 gab es einen jährlichen Bericht zur Lage der Frauen im Bundesland.

---

Die dort zuständigen „Frauenbeauftragten“ sollten sich ebenso mit der Beseitigung von Diskriminierung auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen befassen.

Das frauenpolitische Referat suchte naturgemäß die Zusammenarbeit mit Initiativen und Einrichtungen, die ebenfalls für die Belange von Frauen eintraten. Unverzichtbar war in diesem Zusammenhang die Kooperation mit der ÖGB-Frauenabteilung, um die Betriebsrätinnen zu unterstützen und zu stärken.

### VERÄNDERTE AUFGABEN UND ZIELE, NEUE PROFILE

Das neue frauenpolitische Referat in der Salzburger Arbeiterkammer hatte freilich eine andere Ausrichtung als jenes der 50er-Jahre, die den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprach. Es ging von Beginn an um die politische Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen auf rechtlicher und sozialer Ebene im Berufs- und Familienleben. Man erkannte die Dringlichkeit, sich mit Frauenpolitik extra zu befassen.<sup>214</sup> Kernaufgabe war es, Forderungen und Bedürfnisse von Frauen zu bündeln und an die Politik weiterzugeben. Dazu gehörte auch eine umfassende Grundlagenarbeit in Form von Analysen und Studien.

So gelangten erstmals Randgruppen des Arbeitsmarktes in den Blick. Mit dem von der AK Salzburg in Auftrag gegebenen Report über „Arbeitskräfte in Reinigungsberufen“ präsentierten Liane Pluntz, Barbara Burgstaller und Raimund Gutmann bereits 1986 eine detaillierte Untersuchung über die prekären Arbeitsverhältnisse von beschäftigten Frauen im Reinigungssektor. Der klingende Untertitel „Fleißige Lieschen“ spielte bewusst auf die gesellschaftliche Herabsetzung der „Putzfrau“ an.<sup>215</sup> Ein Fazit der Studie war, dass vier Fünftel der in Reinigungsfirmen Beschäftigten Frauen sind, der überwiegende Teil von ihnen geringfügig in der Branche arbeitet und dass ausländische Arbeitskräfte bei Firmen besonders beliebt seien. Abgesehen von der niedrigen Entlohnung, den unklaren Versicherungsverhältnissen und den nicht festgelegten Arbeitszeiten, kamen die drei Autoren damals zu dem Schluss, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Reinigungsgewerbe gering sei.<sup>216</sup>

Ab Oktober 1988 folgten weitere Studien, mit denen das frauenpolitische Referat auf die ungleiche Situation von Frauen im Erwerbs- und Privatleben aufmerksam machen wollte.

Diese Analysen wurden der Öffentlichkeit präsentiert und aus den konkreten Ergebnissen politische Forderungen abgeleitet und entwickelt. Durchaus mit Erfolg: Das Sozialministerium reagierte Anfang Dezember 1988 auf die Interventionen der AK Salzburg. Per Erlass wurden die Landesarbeitsämter angewiesen, die Einkommensverhältnisse der Eltern bei der Gewährung der Sondernotstandshilfe für alleinstehende Mütter nicht mehr zu ermitteln.

### NACHHOLBEDARF IN DER KINDERBETREUUNG

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein besseres Nebeneinander von Beruf und Erwerbsleben bildete in den vergangenen 20 Jahren einen Schwerpunkt in der Arbeit des frauenpolitischen Referats. 1998 legte die AK Salzburg mit dem „Kinderbetreuungsatlas“ erstmalig eine Bestandsaufnahme der Standorte sowie eine Situationsanalyse aller unterschiedlichen Kinderbetreuungseinrichtungen im Bundesland Salzburg vor und löste dann einen Sturm der Entrüstung bei Bürgermeistern in vielen Gemeinden aus. Die AK Salzburg war auch die erste Einrichtung, die eine kostenlose Kinderbetreuung gefordert hat, was zu einer schrittweisen Verbesserung geführt hat.<sup>217</sup>

Mit dem Titel „Salzburg bei der Kinderbetreuung weit abgeschlagen“ machte die AK Salzburg im Jahr 2003 auf die unzureichenden Angebote der außerfamiliären Kinderbetreuungseinrichtungen aufmerksam. Vor allem Alleinerzieherinnen seien durch dieses Angebotsdefizit benachteiligt.

Außerdem stellte die AK Salzburg ein „eklatantes Gefälle“ zwischen Stadt und Land in der Nachmittagsbetreuung fest. 2004 wies die AK Salzburg im Geschäftsbericht erneut auf die Problematik hin und beteuerte, dass die Kinderbetreuungsquote in Salzburg seit dem Jahr 2000 bei sieben Prozent stagniere. Ein Jahr später vermeldete die AK Salzburg dann schleppende Fortschritte. Im Frühjahr 2005 nahm die AK dafür rund ein Viertel der Salzburger Gemeinden bei einer Stichprobenuntersuchung unter die Lupe. Dabei stellte sich ein starkes Nord-Süd-Gefälle bei der Versorgungsdichte heraus. Als Knackpunkte nannte die AK-Analyse die Öffnungszeiten und die Kosten für die Betreuung, da es keine Ermäßigung für sozial schwächere Familien oder „Geschwisterrabatte“ gäbe. Auch für 2006, nachdem die Kinderbetreuungssituation zum dritten Mal erhoben wurde, sah die AK kaum eine Entlastung. Das 2006 zur Begutachtung vorgelegte neue Salzburger Kinderbetreuungsgesetz hat die wesentlichen Forderungen aber nur marginal berücksichtigt.



---

Die AK forderte als erste Einrichtung eine kostenlose Kinderbetreuung. Der Kinderbetreuungsatlas der AK zeigte Missstände auf und sorgte für Entrüstung bei vielen Bürgermeistern.

---

---

Durch das AK-Frauenreferat war die Arbeiterkammer Partner zahlreicher EU-Projekte für gerechtere Berufs- und Gehaltschancen für Frauen.

---

#### VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Eine der ersten Maßnahmen des frauenpolitischen Referats war in den 1990ern die Wiedereinstiegsoffensive für Mütter nach einer kinderbedingten Erwerbspause. Diese wurde von Arbeiterkammer, Arbeitsmarktservice und der Salzburger Landespolitik gemeinsam betrieben. Als Projektpartner konnte der Verein Initiative Frau & Arbeit gewonnen werden. Dieser förderte ab 1995 unter dem Vereinsvorsitz von Liane Pluntz die berufliche Integration von Wiedereinsteigerinnen.

2002 beteiligte sich die AK Salzburg an der Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union „EQUAL“.

In den Fokus der AK-Frauenpolitik rückte mit den Jahren immer mehr eine gerechtere Familienpolitik, die nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen bzw. der Frauen geht. Die gesetzliche Einführung des Kinderbetreuungsgeldes 2002 war in diesem Zusammenhang ein Streitthema. Ebenso wie andere Interessenvertretungen machte die Arbeiterkammer schon vor Einführung gegen das neue Gesetz mobil. Sie kritisierte, dass das „an alle ausgeschüttete Kindergeld“ aus dem Familienlastenausgleichsfonds sozial ungerecht sei, weil die Einnahmen überwiegend aus lohnbezogenen Abgaben kommen würden. Außerdem, so die Kritik, sei der volkswirtschaftliche Erfolg mehr als fraglich, wenn sich Österreich auf die Förderung der nicht-berufstätigen Mutter konzentrierte und damit riskiere, dass viele dieser Mütter nach Bezug des Kindergeldes keine Arbeitsstelle mehr finden würden.

#### AUFSTIEG ZUR STABSSTELLE

Neuerdings ist das AK-Frauenreferat als Stabsstelle der Direktion eingerichtet, was die anhaltend wachsende Bedeutung spezifischer Frauenpolitik in der AK Salzburg dokumentiert.



Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit - bis heute eine Kernforderung der Frauenbewegung .

Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern:  
Die Vision des Feminismus ist nicht eine  
,weibliche Zukunft'. Es ist eine menschliche  
Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht-  
und Gewaltverhältnisse, ohne  
Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.

JOHANNA DOHNAL  
erste österreichische Frauenministerin

# AUFGABENREFORM

## EINE INTERESSENVERTRETUNG ÜBERPRÜFT EFFIZIENZ UND ORGANISATION

### PRIORITÄT DER SALZBURGER ARBEITNEHMER (1993)

1993 gab die AK eine Studie bezüglich der Mitgliederwünsche im Servicebereich der Kammer in Auftrag. Ziel war, das Serviceangebot dadurch noch besser auf die tatsächlichen Bedürfnisse abzustimmen.

Die Studie brachte folgendes Ergebnis: Die individuelle Nutzenorientierung, die Servicenachfrage stand bei den Wünschen der Salzburger Arbeitnehmer eindeutig im Vordergrund. Der Servicenachfrage ist die AK in den folgenden Jahren durch den Ausbau ihres Beratungs- und Servicezentrums 1995 voll nachgekommen. Dem ÖGB wurden hauptsächlich die kollektiven Anliegen der Lohn- und Beschäftigungspolitik zugeordnet.

### Um welche Aufgaben sollte sich der ÖGB kümmern?

Lohnpolitik .....	90 %
Beschäftigungspolitik.....	85 %
Preispolitik .....	65 %
Steuerpolitik .....	59 %

Quelle: SWS 10/94 N=1450

### INTERNE AUFGABENREFORM

An die Befragung der Kunden schloss sich ein Organisationsentwicklungsprozess des „Unternehmens AK“ an. Nach der Einführung des mit der Linzer Firma COM 1995 entwickelten Personalstellenplans wurde 1996 mit der Beratungsfirma INFORA, im Sinn einer gezielten Strategie- und Organisationsentwicklung, das interne Projekt einer Aufgabenreform gestartet. Die Projektziele waren vor allem das AK-Leistungsprogramm nach inhaltlich strategischen Gesichtspunkten zu durchforsten, nach geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auszurichten und den finanziellen Spielraum wieder herzustellen und abzusichern. Ein Sparpotential von 40 Millionen Schilling sollte bis zum Jahr 2000 gefunden und eine schlankere, schlagkräftigere AK geformt werden.

Besonderes Augenmerk legte man auf Transparenz. Es sollte möglich sein jederzeit festzustellen, mit welchen personellen und finanziellen Ressourcen einzelne Leistungen erbracht werden. Das Projekt verlief auf zwei Ebenen. In der Projektgruppe mit Direktor Schmidt, den leitenden AK-Angestellten und externen Beratern waren fünf Arbeitsteams für Teilbereiche zugeordnet. Insgesamt haben hier rund 35 Personen mitgearbeitet. Diese Gruppe hat die Grundlagen für den Lenkungsausschuss vorbereitet, der aus neun Funktionären der drei Vorstandsfraktionen plus Mitgliedern der Projektgruppe bestand.

---

Die AK und der ÖGB sind ein starkes Team. Die AK berät und serviciert als Expertenorganisation. Der ÖGB sorgt als Kampforganisation vor allem für die kollektiven Anliegen der Arbeitnehmer wie zum Beispiel KV-Lohnverhandlungen.

---

Dieser Ausschuss hatte die Entscheidungen für den AK-Vorstand vorzubereiten. Zuerst wurden alle Leistungen (Produkte) der AK in einem Produktkatalog aufgelistet. Diese rund 300 Leistungen wurden nach vier Bereichen gegliedert:

- » externe Dienstleistungen (z.B. Rechts- und Konsumentenschutz, Förderungen, Erwachsenenbildung)
- » kollektive Interessenvertretung (z.B. Gesetzesbegutachtung, Studien)
- » interne Dienstleistung (z.B. Finanz, EDV)
- » interne Systemleistung (z.B. Führung und Kommunikation, Revision)



Die Kosten jedes Produktes wurden ermittelt (Personal-, Sach- und Allgemeinkosten). Die Produkte wurden nach einem einheitlichen Raster bewertet (Portfolio) und Alternativen dazu erarbeitet und im Lenkungsausschuss Vorschläge erstattet. Der Vorstand hat am 16. September 1997 die Grundsatzbeschlüsse gefasst und die weitere Vorgangsweise festgelegt.

## STRATEGISCHE FESTLEGUNGEN

In den folgenden Jahren ging es der AK vor allem um vermehrte Interessenvertretung und das Stärken der politischen Aktivitäten. Dazu wurden die kollektive Arbeitnehmervertretung ausgebaut und das Dienstleistungsangebot stabilisiert.

## KONZENTRATION AUF BERATUNGSKERNBEREICHE

- » Erweiterung des Leistungsangebots nur auf Basis von Kostenneutralität durch Effizienzsteigerungen (z.B. Verbesserung der Ablauforganisation, Personalumschichtung)
- » Verstärktes Eigenprofil der bisherigen Sonderabteilungen BFI und Jugendwohnheim/Veranstaltungszentrum bei klaren Zuschussvorgaben der AK sowie Verlagerung der Entscheidungskompetenzen direkt zum betroffenen Betrieb
- » Reduktion des internen Verwaltungsapparates durch Effizienzsteigerung (Personalabbau mittels natürlichen Abgang, Straffung der Organisationsabläufe)

## NEUE ARBEITSORGANISATION

Analog den in Wirtschaft und teils Verwaltung erfolgten Änderungen der Arbeitsorganisation hat auch die AK Salzburg Funktionsweisen der indirekten Steuerung durch Zielvereinbarungen, sogenanntes „Management by objectives“ und Mitarbeitergespräche eingeführt, um eine Leistungsintensivierung und dezentralere, kreative Selbständigkeit zu erzielen. Die dezentralen Einheiten stehen dadurch untereinander in verstärkter Konkurrenz, haben sich weitgehend selbst zu organisieren und eine solidarische Leistungs politik zu erbringen. Die AK hat dabei sowohl die betriebswirtschaftlich angestrebte Leistungsoptimierung als auch die interessenpolitische Durchsetzung ihrer Grundsätze anzustreben.

## DIE MILLENIUMSWAHL

Bei der AK-Wahl 2000 wurde erstmals in einem einzigen Wahlkörper gewählt. Die Trennung zwischen Arbeitern, Angestellten und Verkehrsbediensteten wurde aufgelassen, die Wahlorganisation somit wesentlich vereinfacht. Ebenfalls erstmals in der Geschichte der AK wurde die Briefwahl durch die neue Wahlordnung zugelassen. Diese erfolgte nach dem Muster der Mitgliederbefragung und hatte eine wesentliche Steigerung der Wahlbeteiligung zur Folge. Hatten sich die Sozialdemokraten zunächst gegen die Einführung der Briefwahl gestemmt, weil sie befürchteten, dass diese eher den anderen Fraktionen nütze, trat dies nicht ein. Die Sozialdemokraten blieben eindeutig an erster Stelle.

Die Wahlbeteiligung betrug 45,32 %. Insgesamt hatten von den 164.137 Wahlberechtigten 72.625 ihre Stimme abgegeben. Davon entfielen 59,36 % auf die FSG, 21,07 % auf den ÖAAB, 12,06 % auf die Freiheitlichen Arbeitnehmer, 4,92 % auf die AUGÉ/UG, 1,05 % auf den gewerkschaftlichen Linksblock, 1,54 % auf das Bündnis Mosaik (BMS). An Mandaten hatte dies zur Folge FSG 43, ÖAAB 15, FA 8, AUGÉ/UG 3, BMS 1. 63,89 % der Wählenden haben ihre Stimme in einem Betriebssprengel abgegeben, 31,82 % haben die Möglichkeit der Briefwahl genutzt.

Der AK-Vorstand setzte sich danach folgendermaßen zusammen:

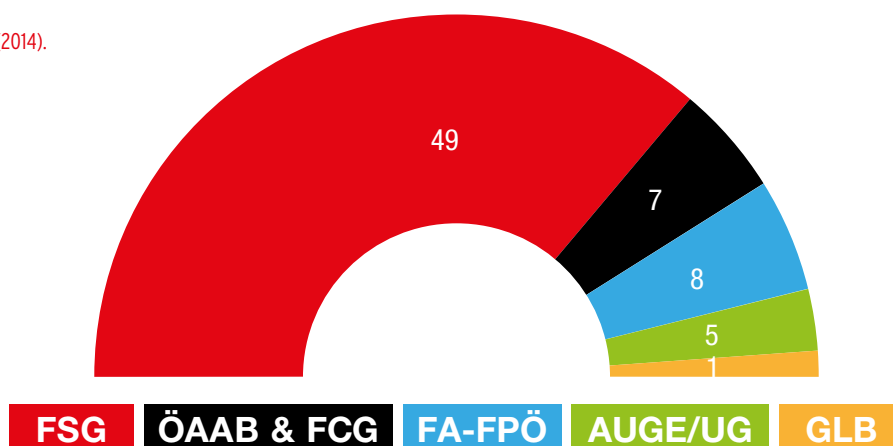
- » Präsident Alexander Böhm (FSG)
- » Vize-Präsident Siegfried Pichler (FSG)
- » Vize-Präsident Walter Androschin (FSG)
- » Vize-Präsident Paul Lovrek (ÖAAB)
- » Heidi Hirschbichler (FSG)
- » Andreas Huss (FSG)
- » Rupert Schindlauer (FSG)
- » ÖGB-Vorsitzender Gerhard Trattner (FSG)
- » Monika Schmittner (FSG)
- » Bernhard Robotka (ÖAAB) und
- » Erich Tadler (Freiheitliche Arbeitnehmer)

---

Den Versuch einer Senkung der AK-Umlage und damit des Aushungerns der Organisation quittierten sowohl Arbeiterkammer als auch Wirtschaftskammer als eine Einmischung in die Selbstverwaltung der Interessenvertretungen mit dem Ziel, kritische Stimmen mundtot zu machen.

---

Aktuelle Mandatsverteilung und Ergebnisse der AK-Wahl (2014).



### INTERVENTIONSVERSUCHE DER BLAU-SCHWARZEN-REGIERUNG UND DIE UMLAGENSENKUNGSDEBATTE

Im Zuge der allgemeinen Budgetkonsolidierungsdebatte initiierte die Koalitionsregierung auch eine Diskussion hinsichtlich einer Senkung der Kammerumlagen, die stark von den Klubobmännern Peter Westenthaler (FPÖ) und Andreas Khol (ÖVP) geprägt wurde. Die FPÖ brachte sogar im November 2000 einen parlamentarischen Antrag auf Senkung der AK-Umlage ein. Diskutiert wurde eine Kürzung von 0,5 % auf 0,4 % bis 0,3 % der sozialversicherungsrechtlichen Beitragsgrundlage, was eine Budgetreduzierung der AK um 20 bis 40 Prozent bewirkt hätte. Dazu stellten am 18. Oktober 2000 die Kammerpräsidenten und Kammerdirektoren der Wirtschaftskammer Salzburg und der Arbeiterkammer Salzburg in einer gemeinsamen Aussendung fest: „Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer lassen sich ihr Selbstbestimmungsrecht durch den Staat nicht nehmen. Die von der FPÖ angestrebte Senkung der Arbeiterkammer-Umlage von 0,5 % auf 0,3 % auf gesetzlichem Wege wird als polemischer und vordergründiger Versuch abgelehnt, die gegenüber Regierungsvorhaben kritischen Interessenvertretungen bewusst zu schwächen und die finanzielle Basis ihrer Arbeit auszuhöheln“, meinten die Präsidenten Rainhardt Buemberger (WK) und Alexander Böhm (AK) sowie die Direktoren Wolfgang Gmachl (WK) und Gerhard Schmidt (AK).

Derartige gesetzliche Eingriffe über die Köpfe der betroffenen Institutionen hinweg würden laut WK und AK den Anfang vom Ende der Selbstverwaltung aller Kammern bedeuten. Nicht zuletzt würde damit die selbständige Sozialpartnerschaft geopfert, die auch in Zukunft bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen und der Wirtschaftspolitik unverzichtbar sei.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Interessen von Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer lehnen die beiden Salzburger Institutionen als gesetzliche Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und Unternehmer gesetzliche Eingriffe in ihre politische und finanzielle Autonomie kategorisch ab. Beide Kammern hätten hinlänglich bewiesen, dass sie sparsam wirtschaften können.

### STETIGER STIMMENZUWACHS FÜR DIE FSG – DIE AK-WAHLEN 2004 BIS 2014

Bei der AK-Wahl 2004 fiel das Ergebnis der FSG mit 67,4 % noch deutlicher aus als bei der so genannten Millenniumswahl vier Jahre zuvor. Die Sozialdemokraten konnten damit ihre Spitzenposition stärken und ihre Mandate von 43 auf 49 ausbauen. Neuer Präsident wird Siegfried Pichler. Der ÖAAB (19,8 %) büßte dagegen ein Mandat ein. Großer Verlierer der AK-Wahl 2004 waren die Freiheitlichen Arbeitnehmer (4,4 %) mit nur mehr drei Mandaten. Doch schon bei der darauffolgenden AK-Wahl sollte sich dieses

Bild wieder ein wenig ändern. 2009 konnten die Freiheitlichen Arbeitnehmer ihr prozentuelles Ergebnis mit 8 % fast verdoppeln und die Mandatszahl auf fünf erhöhen. Dies ging zu Lasten des ÖAAB (15,8 %), der gleich drei Mandate abgeben musste. Die FSG konnte nochmals dazugewinnen (67,9 %) und blieb bei der Mandatszahl stabil. Bei der letzten AK-Wahl 2014 gelang der FSG nochmals eine Steigerung (69,5 %) bei gleicher Mandatszahl wie schon 2004 und 2009. Die Sozialdemokraten sicherten sich damit als stimmenstärkste Fraktion erneut die Führung. Die Freiheitlichen Arbeitnehmer konnten jedoch zuletzt stark aufholen, überholten mit 11,2 % den ÖAAB und gewannen mit acht Mandaten an Einfluss. Der ÖAAB (11 %) verlor dagegen weitere vier Mandate und rangiert derzeit mit sieben Mandaten an dritter Stelle hinter der FSG und den Freiheitlichen Arbeitnehmern sowie vor der AUGE, die ihre Stellung mit fünf Mandaten ausbauen konnte.

# TEILZEITBESCHÄFTIGTE LEIDEN UNTER ZUNEHMENDER ARBEITSZEITFLEXIBILISIERUNG

---

## DER GEREDELTE HALBTAGSJOB IST OUT!

Die Teilzeitbeschäftigung wächst ständig; der geregelte Halbtagsjob ist aber out. Allein von 1999 auf 2000 betrug der Zuwachs 6,1 %. So waren 1999 österreichweit 617.000 teilzeitbeschäftigt und im Jahr 2000 654.891. Eine ähnliche Dynamik war Anfang 2000 bei den geringfügig Beschäftigten mit knapp 200.000 zu verzeichnen. Der Trend zur Teilzeitbeschäftigung hält aber weiter an, 2014 waren 28,35 % aller Arbeitnehmer in Salzburg in Teilzeit, ein Großteil davon Frauen.

Neben der althergebrachten Standardform der Teilzeitbeschäftigung ist eine Vielzahl verschiedener flexibler Formen entstanden, die dem einzelnen Arbeitnehmer mehr Freiheit verheißen, oft aber größte Abhängigkeit vom Arbeitgeber bedeuten, wie z.B. Arbeit auf Abruf oder Jobsharing.

Ob flexible Teilzeitbeschäftigung den Interessen der Arbeitnehmer entspricht oder nicht, hängt von der Verhandlungsposition und Stärke der Betroffenen ab.

Die AK stellte häufig fest, dass bei wenig qualifizierten Arbeitnehmern (vornehmlich Frauen), die Teilzeitbeschäftigung aufgezwungen und nicht existenzsichernd bzw. rechtswidrig ist. Lage und Ausmaß der Arbeitszeit folgen allein betrieblichen Interessen.

## ARBEIT AUF ABRUF NIMMT ZU

Arbeit auf Abruf nimmt zu: Dabei legt der Arbeitgeber nicht nur einseitig fest, wann gearbeitet wird, sondern auch, wie viel überhaupt gearbeitet wird. Arbeitende auf Abruf können daher nicht von einem fixen Verdienst ausgehen, sollen sich aber ständig zum Arbeitseinsatz bereithalten und erhalten im Fall von Urlaub, gesetzlichen Feiertagen und Krankheit oft nichts, weil sie in dieser Zeit der Arbeitgeber selbstverständlich nicht zur Arbeit einteilt. Mehrere Phänomene lassen sich in diesem Zusammenhang konstatieren:

**Teilzeit = weiblich:** Teilzeitbeschäftigung und die damit verbundenen Probleme sind hauptsächlich weiblich. Nur 53 % aller beschäftigten Salzburgerinnen hatten 2012 eine Vollzeitbeschäftigung.

**Teilzeit = geringe Qualifikation:** Teilzeitbeschäftigungen werden vor allem auf Büroarbeitsplätzen, im Bereich von Reinigungsunternehmen und im Verkauf angeboten. Betroffen sind somit hauptsächlich Arbeitnehmerinnen mit geringem Qualifikations- bzw. Ausbildungsniveau.

**Der gesetzliche Schutz ist unzureichend:** Das bestehende Schutzniveau ist nicht ausreichend, weil es nach wie vor Interpretationsspielräume und Umgehungsmöglichkeiten gibt. Die AK Salzburg vertritt die Rechtsansicht, dass alle Formen von Arbeit auf Abruf eine unzulässige Überwälzung des unternehmerischen Risikos auf den Arbeitnehmer darstellen und daher sittenwidrig sind.



Die Unternehmen sind aber erfinderisch. So tauchen immer wieder neue Vereinbarungsvarianten auf, die Dienstnehmer akzeptieren müssen und die in jedem Einzelfall neuerlich Fragen aufwerfen.

## LEIHARBEIT, EINE BOOMENDE BRANCHE

Leiharbeit gehört zu den am schnellsten wachsenden Branchen. Im Jahr 2000 waren 30.120 offizielle Leiharbeiter in Österreich erfasst. Zum Vergleich: Im Jahr 1997 gab es nur 17.980 Leiharbeiter. Bundesweit waren im Jahr 2000 1,4 % aller Beschäftigten Leiharbeiter, 2012 waren es bereits 2,4 %.

### Leiharbeit = männlich = Arbeiter:

78 % der Leiharbeiter sind Männer. Zudem ist diese Art der Beschäftigung so genannte „blue-collar-work“, 80 % der Leiharbeitskräfte sind Arbeiter

**Schutzmechanismen** werden regelmäßig umgangen

## ARBEITSKRÄFTEÜBERLASSUNGSGESETZ

Mit dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz aus dem Jahr 1988 wurde das Verleihen von Arbeitskräften ein konzessionspflichtiges Gewerbe. Es regelte erstmalig die Dreiecksbeziehung zwischen dem Arbeitskräfteüberlassungsbetrieb, dem Beschäftigterbetrieb

---

Teilzeit- und Leiharbeit sind die hauptsächlich weiblichen bzw. hauptsächlich männlichen Arbeitsformen, in denen die Rechte der Arbeitnehmer am stärksten gefährdet sind.

---

und dem Leiharbeiter. Das Gesetz sieht einen verpflichtenden schriftlichen Dienstvertrag vor mit Mindestregelungen zur Arbeitszeit, zur Entgeltfortzahlung während der Stehzeiten und zur Mitbestimmung des Betriebsrates des Beschäftigterbetriebes. Es normiert einen Anspruch des Leiharbeiters auf ein angemessenes, ortsübliches Entgelt, der Beschäftigter wird verpflichtet, die Arbeitnehmerschutzbestimmungen einzuhalten und es verbietet diverse nachteilige Handlungen des Verleihers.

## SCHUTZBESTIMMUNGEN WERDEN IGNORIERT

Allerdings hat sich in der Praxis gezeigt, dass Schutzmechanismen des Gesetzes von vielen Überlasserfirmen umgangen werden. Bewusste Verstöße der Arbeitgeber gegen die gesetzlichen Bestimmungen kommen in der AK-Rechtsberatung immer häufiger vor.

So werden Überstunden nicht bezahlt, Leiharbeiter werden auf Montage geschickt und erhalten dafür die entsprechenden Diäten nicht ausbezahlt, vielfach wird nur der Kollektivvertragsmindestlohn des Beschäftigterbetriebes bezahlt, anstatt des vom Gesetz vorgesehenen ortsüblichen, angemessenen Lohnes.

Dieses Recht auf den ortsüblichen Lohn ist vielen Leiharbeitgebern der größte Dorn im Auge. Unter ortsüblich ist gemeint, dass dem Leiharbeiter der tatsächlich bezahlte Ist-Lohn für vergleichbare Tätigkeiten am

---

Es brauchte 14 Jahre, bis das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz in Kraft treten konnte.

---

Standort des Überlasserbetriebes zusteht. Die Differenz vom Kollektivvertragslohn auf die tatsächlich zu zahlenden Ist-Löhne, etwa in der Metallindustrie, betrug im Jahr 2000 25 bis 30 %, eine Spanne, die den Leiharbeitnehmern vielfach vorenthalten wurde.

## KOLLEKTIVVERTRAG FÜR LEIHARBEITNEHMER - EU-RICHTLINIE UMGESETZT

1999 war mit der Wirtschaftskammer ein fix und fertiger Kollektivvertrag ausverhandelt. Aufgrund interner Streitereien ließ die Arbeitgeberseite die Verhandlungen im Juli 1999 platzen. Grund war die Uneinigkeit der Arbeitgeber. Die „schwarzen Schafe“ hielten sich nicht an das Gesetz und wollten deswegen keine weiteren Regelungen. Die Anderen wiederum wollten den Kollektivvertrag sehr rasch, weil die Zustände in der Branche den Wettbewerb grob verzerren. Die AK Salzburg hatte in einer einstimmig beschlossenen Resolution vom November 1999 die Wirtschaftskammer Österreich dringend aufgefordert, den ausverhandelten Kollektivvertrag rasch zu unterzeichnen. Mit 1. Jänner 2013 ist das neue Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) in Kraft getreten. Damit wurde die EU-Richtlinie zur Leiharbeit in österreichisches Recht umgesetzt. Leitprinzipien sind Gleichbehandlung und Diskriminierungsverbote. Obwohl das AÜG positive Auswirkungen zeigte, gibt es nach wie vor Benachteiligungen in der Bezahlung, bei den Ist-Löhnen und bei den Sozialleistungen.<sup>218</sup>

---

Seit Jahrzehnten nehmen Teilzeit- und atypische Formen der Beschäftigung zu. Meist ist damit eine Schlechterstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden – eine der großen arbeitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit!

---

## REALLOHNVERLUSTE FÜR ALLE BERUFSGRUPPEN

Im Jahr 2000 stellte die AK einen massiven Einbruch der Reallöhne fest. „Die Salzburger Arbeitnehmer mussten einen Verlust von knapp 1 % hinnehmen. Das ist das schlechteste Ergebnis seit den 50ern“, zog AK-Präsident Alexander Böhm sein Resümee. Die Reallohnverluste zogen sich durch alle Berufsgruppen. Böhm forderte daher eine Steuerentlastung für niedrige und mittlere Einkommen sowie spürbare Lohnerhöhungen.

## GRÖßERE EINKOMMENSNACHTEILE IN SALZBURG

2002 war das Land Salzburg bei den durchschnittlichen Einkommen österreichweit auf den fünften Platz zurückgefallen. Das Durchschnittseinkommen lag bei 1.817 Euro. Einen Grund für die größeren Einkommensnachteile sah die AK im hohen Beschäftigungsanteil in der Tourismusbranche. Außerdem lag der Angestelltenanteil im Land Salzburg 2002 auf einem niedrigeren Niveau als der Arbeiteranteil und die Wirtschaft war nach wie vor gekennzeichnet von einer kleinbetrieblichen Struktur. Bei den Bruttoeinkommenszuwächsen seit 1995 lagen die Salzburger Beschäftigten sogar an letzter Stelle. Der Reallohnverlust betrug -0,5 % gegenüber 1995. Die Pinzgauer (18.716 Euro) verdienten aufs Jahr gerechnet um fast 5.500 Euro weniger als die Stadt-Salzbürger (24.144 Euro).

Ein Jahr später stellte sich die Situation nahezu unverändert dar. Das Bundesland Salzburg lag bei den Einkommen weiterhin auf Platz fünf und damit österreichweit im Mittelfeld. Die realen Einkommen pendelten sich laut AK Salzburg auf dem Niveau von 1996 ein, und waren seitdem mit einem Prozent so gut wie nicht gestiegen. Als Ursache nannte die Arbeiterkammer unter anderem den zu beobachtenden Strukturwandel,

Bruttomedianeinkommen 2014										
RANG	BEZIRK	GESAMT			ARBEITER			ANGESTELLTE		
		Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1	Flachgau	2 129	2 464	1 593	1 952	2 212	1 359	2 484	3 276	1 857
2	Stadt Salzburg	2 074	2 500	1 700	1 787	2 049	1 364	2 321	3 216	1 869
3	Tennengau	1 941	2 302	1 512	1 900	2 176	1 408	2 079	2 973	1 659
4	Lungau	1 885	2 163	1 497	1 869	2 090	1 459	1 937	2 811	1 562
5	Pinzgau	1 821	2 146	1 520	1 791	2 065	1 460	1 950	2 833	1 642
6	Pongau	1 816	2 094	1 563	1 763	1 989	1 508	2 055	3 006	1 701
	Land Salzburg	2 000	2 378	1 617	1 830	2 104	1 413	2 292	3 203	1 819

weg von Arbeitsplätzen in der Industrie hin zu schlechter entlohnenden Arbeitsplätzen in Dienstleistungsbranchen. Die AK stellte zudem ein starkes Nord-Süd-Gefälle fest, wobei die „Wohlstandsgrenze“ beim Pass Lueg festzumachen sei. Dementsprechend verdienten Arbeitnehmer in den Gebirgsbezirken um zehn Prozent weniger als der Landesdurchschnitt.

2004 untersuchte die AK Salzburg erneut die Einkommen der Salzburger und kam zu dem Schluss, dass der Einkommensnachteil gegenüber dem Österreichdurchschnitt noch nie so groß war. Die AK stellte dabei wiederum fest, dass die Branchenstruktur nicht ideal sei. Nach wie vor sei diese von einem hohen Beschäftigungsanteil im Tourismus geprägt. Kennzeichnend sei weiterhin das Nord-Süd-Gefälle. Die AK hatte auch eine Erklärung parat: Lange sei das Land, vor allem die Stadt und die Umgebung, der zentrale Umschlagplatz in Österreich gewesen, diese Rolle habe Salzburg mit dem EU-Beitritt verloren.

Auch 2005 waren die Einkommensnachteile gegenüber dem Österreichschnitt ungebrochen hoch. Betrug der Reallohnverlust in Salzburg 1990 noch 5 Euro, so waren es laut AK-Untersuchung 2005 bereits 62 Euro.

## AK ORTET FALLENDE LOHNQUOTEN UND NIEDRIGE EINKOMMEN BEI FRAUEN

Generell seien die Löhne viel weniger gestiegen als die Produktivität. In den Kollektivverträgen wurden zwar Mindestlöhne vereinbart, wobei die tatsächlichen Bruttozahlungen meist darüber lagen und die Kollektivvertragsüberzahlungen seit Jahren massiv rückgängig sind.

Die AK stellte überdies fest, dass Fraueneinkommen 13 Jahre nachhinken. So betrug das mittlere Einkommen von Frauen in Salzburg im Jahr 2003 nur 1.500 Euro. Typische Frauenberufe seien außerdem generell schlechter bezahlt als typische Männerberufe. Unterbrechungen der Berufslaufbahn seien hauptsächlich verantwortlich für den Einkommenseinbruch und würden sich auch auf die Pensionen auswirken.



# DER ARBEITSMARKT IM 21. JAHRHUNDERT

## ZUWACHS KONZENTRIERT SICH AUF DIE DIENSTLEISTUNGSBRANCHE

Der Arbeitsmarkt war im Jahr 2002 gekennzeichnet von einem Beschäftigungsplus, jedoch auf einem niedrigem Niveau. Bei den Frauen kam es zu einer Zunahme, bei den Männern zu einem Verlust an Arbeitsplätzen. Mit 100.629 waren um 2.975 mehr Frauen beschäftigt als 2001. Neben der anwachsenden Teilzeitbeschäftigung, die den Großteil des Zuwachses am Arbeitsmarkt für Frauen ausgemacht hat, stieg auch der Anteil der Arbeitsplätze im Bereich geringfügiger Beschäftigung und freier Dienstnehmer. Die Zuwächse waren rein im Dienstleistungssektor zu verzeichnen, einen deutlichen Personalabbau gab es bei Bahn und Post. Ungemindert stark war 2002 der Anstieg an Arbeitslosigkeit, wobei laut AK-Studie Männer mehr betroffen waren als Frauen.

Der Anteil der unselbstständigen Beschäftigung stieg im Jahr 2003 leicht an, wie schon 2002 haben die Dienstleistungsbranchen zulegen können. Doch nach wie vor waren Männer mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen. Die AK stellte zudem fest, dass jeder fünfte Arbeitslose unter 25 Jahren sei. Der Zuwachs der Arbeitslosigkeit konzentrierte sich auf den Zentralraum.

## AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE BESCHEREN ZUWACHS

2004 kam es zu einem deutlichen Wachstum der Beschäftigungsverhältnisse von ausländischen Arbeitskräften, dieser war sogar höher als das Beschäftigungswachstum im Bundesland insgesamt. Gegenüber 2003 betrug der Zuwachs 4,8 Prozent. Bei den verschiedenen Gruppen handelte es sich einerseits um Familienangehörige, die mit der letzten Fremdenrechtsnovelle nun freien Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, andererseits kamen deutsche Staatsbürger dazu, die via Jobbörse hauptsächlich Stellen im Salzburger Fremdenverkehr angenommen hatten sowie ein hohes Kontingent an Saisoniers im Tourismus stellten. Die AK führte den Zuwachs vor allem auf die bestehenden



Salzburg hat heute einen vergleichsweise hohen Anteil an Gastronomie und Dienstleistungsbetrieben.

internationalen Verträge zurück und darauf, dass es keine am Salzburger Arbeitsmarkt vermittelbaren Ersatzkräfte gibt.

Generell betrachtet schnitt Salzburg im Bundesländervergleich 2004 beim Beschäftigungswachstum mit 0,5 Prozent nicht gut ab und rangierte an vorvorletzter Stelle. Nur Wien und Burgenland hatten eine schwächere Dynamik aufzuweisen. Auffallend war der Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, sie waren seit 1999 um 18 Prozent angewachsen. 2005 stieg die Ausländerbeschäftigung weiterhin, ebenso die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Die verbesserte konjunkturelle Entwicklung hatte sich jedoch in niedrigeren Arbeitslosenzahlen niedergeschlagen und auch die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verringert.

---

**Gemeinsam mit Oberösterreich herrschte in Salzburg 2007 Vollbeschäftigung!  
Das ist statistisch ab/unter vier Prozent Arbeitslosen der Fall.**

---



Die AK analysiert regelmäßig Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Einkommen.

### **ANALYSE ÜBER DEN EINZELHANDEL - DER SALZBURGER EINZELHANDEL, EINE WACHSENDE BRANCHE**

Der Salzburger Einzelhandel zählt bis heute zu den wichtigsten Branchen des Salzburger Arbeitsmarktes. Die AK Salzburg legte deshalb 2005 eine Analyse zur Beschäftigung im Salzburger Einzelhandel vor. Laut dieser Studie waren damals fast 70 Prozent der im Einzelhandel Beschäftigten im Zentralraum konzentriert, und knapp 40 Prozent arbeiteten in Teilzeit. Im Zeitraum von 1997 bis 2004 waren beachtliche 2.600 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, während das Arbeitsvolumen im selben Zeitraum um 15 Prozent gestiegen ist.

Von den laut AK insgesamt 3.300 neuen Arbeitsplätzen waren von 1997 bis 2004 2.700 Teilzeit- (inklusive geringfügige Beschäftigung) und 600 Vollarbeitsplätze. Per Saldo habe es in diesem Zeitraum also keinen Ersatz von Vollzeit- durch Teilzeitarbeitsplätze gegeben. Gleichzeitig mit der positiven Beschäftigungsentwicklung hat die AK aber in der Studie festgestellt, dass die Arbeitslosigkeit im Einzelhandel mit 39 % deutlich stärker angestiegen ist als die Gesamtarbeitslosigkeit. Neben Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in den Unternehmen forderte die AK einen Ausbau der Kinderbetreuung, um die Arbeitsverhältnisse der vorwiegend weiblichen Angestellten zu verbessern.

### **WACHSENDE BESCHÄFTIGUNG IN FAST ALLEN BRANCHEN**

Nach fünf Jahren mäßiger bis schwacher Entwicklung konnte der Salzburger Arbeitsmarkt 2006 ein starkes Plus verzeichnen. Mit einem Zuwachs von 4.449 Arbeitsplätzen waren so viele zusätzlich entstanden wie in den vergangenen fünf Jahren zusammen. Während die Beschäftigung gewachsen ist, war die Arbeitslosigkeit gesunken. Die Ursachen dafür lagen im Konjunkturaufschwung, der Salzburg bereits gegen Ende 2005 erfasste. Darüber hinaus verzeichnete die exportorientierte Industrie Zuwachsraten. Bedeutsam für die positive Entwicklung waren auch regionale Besonderheiten wie die gute Wintersaison und Großveranstaltungen wie das Mozart-Jahr oder die Rad-WM sowie eine Reihe von beschäftigungsintensiven Infrastrukturprojekten wie die S-Bahn oder der Tauertunnel.

2007 befand sich die Beschäftigung mit 4.400 neuen Arbeitsplätzen weiter im Aufwind. Männer und Frauen waren bei der Beschäftigungsdynamik fast gleich auf. Vor allem der Produktionssektor und die Bauwirtschaft legten nun zu und der Dienstleistungssektor war nicht mehr der alleinige Player am Salzburger Arbeitsmarkt. Auch die Arbeitslosigkeit ging zurück und Salzburg konnte nach Oberösterreich mit vier Prozent die zweitniedrigste Quote verzeichnen. Gleichzeitig sank die Jugendarbeitslosigkeit weiter ab. Neben dem Fremdenverkehr und unternehmensbezogenen Dienstleistungen legte der Handel im Jahr 2007 mit 878 Arbeitsplätzen deutlich zu.

---

Nach der Krise dominieren zwei Trends. Erstens sind vor allem im Tourismus immer mehr Nicht-Österreicher beschäftigt. Zweitens nimmt Teilzeitbeschäftigung weiter zu. Nahezu das vollständige Job-Plus beschränkt sich auf solche Stellen.

---



---

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung gilt in Salzburg seit 2010 und füllte durch die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entstandene Lücken im Sozialen Sicherungsnetz.

---

## **EINBRUCH DURCH DIE KRISE UND LEICHTE ERHOLUNG AB 2010**

Die darauffolgenden Jahre waren geprägt durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Der weltweite Konjunkturreinbruch machte sich auch auf dem Salzburger Arbeitsmarkt massiv bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit erreichte ein neues Rekordhoch und auch die Beschäftigtenzahl ging erstmals seit 1998 wieder zurück. Da durch die Krise besonders die Automobil-Zulieferbetriebe betroffen waren, und diese eine hohe Quote an männlichen Arbeitnehmern auswiesen, reduzierte sich die Anzahl der Männerarbeitsplätze wesentlich mehr als die der Frauenarbeitsplätze. 2010 konnte sich die Männerbeschäftigung jedoch wieder erholen. Es kam zu einer überraschend schnellen Verbesserung des Arbeitsmarktes in Salzburg. Nach dem wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2009 mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um -3,9 % erfolgte 2010 ein Wachstum von 2,0 %, was zu einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit und einem, wenn auch geringen, Wachstum der Beschäftigung führte. Gekennzeichnet war der Arbeitsmarkt vom starken Anstieg der bei Arbeitskräfteüberlassern Beschäftigten. Auch dieser Bereich ging jedoch auf Grund der Finanzkrise stark zurück. Der Großteil der neugeschaffenen Arbeitsplätze befand sich im Dienstleistungsbereich, bei der Arbeitslosigkeit gab es vor allem einen Anstieg bei Älteren (ab 45 Jahre). Ungebrochen war der Trend zu geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

2011 konnte die AK ein deutliches Beschäftigungswachstum beobachten, jedoch waren noch immer wesentlich mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen als vor der Krise. Ein deutlicher Anstieg ließ sich bei den Beschäftigten aus Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn und Rumänien erkennen.

2012 ging das Wirtschaftswachstum zurück, trotzdem entwickelte sich die Beschäftigung in Salzburg sehr positiv. Deutliche Zuwächse verzeichneten Fremdenverkehr, Handel und das Baugewerbe. Dennoch waren in Salzburg nach wie vor mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen als vor der Krise und die Zahl der Arbeitslosen stieg deutlich.

Der Trend zur Abschwächung der Konjunktur setzte sich auch 2013 fort, was zu einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit führte. Gleiches gilt für 2014. Dabei lassen sich zwei Phänomene feststellen:

Der Zuwachs von ausländischen Arbeitskräften am Arbeitsmarkt kommt bis heute hauptsächlich aus dem EU-Raum, und dabei vor allem Ungarn, Deutschland, Tschechien und Polen.

Der Trend zur Teilzeitbeschäftigung hält weiter an, 2014 waren 28,35 % aller Arbeitnehmer in Salzburg in einer Teilzeitbeschäftigung.

## **MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT DURCH MINDESTSICHERUNG**

Ziel der AK ist die Absicherung und Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates. Hierbei ist vor allem die Mindestsicherung mit einer existenzsichernden Leistungshöhe, die über der aktuellen Armutsgefährdungsschwelle liegt, zu nennen. Dabei ist die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ein erster Schritt zur Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems. Sie wurde in Salzburg am 1. September 2010 eingeführt und reformierte die bisherige offene Sozialhilfe, das heißt die Sozialhilfe für all jene, die nicht in Senioren- und Pflegeheimen untergebracht sind. Dies bedeutete einen ersten Schritt für die Weiterentwicklung des sogenannten „Zweiten Sozialen Netzes“, da sich aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Sicherungslücken, besonders im Sozialversicherungssystem, zeigten. Durch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung sind u.a. Bezieher derselben im Gegensatz zum ehemaligen Sozialhilfebezug in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert und erhalten eine E-Card, Anträge auf Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung können neben den Sozialämtern und Gemeinden auch bei den Geschäftsstellen des AMS gestellt werden, die Leistungen sind grundsätzlich nicht mehr zurückzuzahlen, wenn ein Vermögen geerbt wurde oder wenn sie durch falsche Angaben unrechtmäßig bezogen wurden. Die AK forderte aber 2010 noch eine Erweiterung.

# WEITERE AKTIONEN UND FORDERUNGEN FÜR EINE GERECHTERE GESELLSCHAFT

Um der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die Krisenfinanzierung fair verteilt werden muss, (Verursacher, Profiteure der Krise und Vermögende sind entsprechend ihrer Leistungskraft und ihrer Finanzkraft an der Finanzierung zu beteiligen) wurde gemeinsam mit dem ÖGB 2010 die Aktion „Fair teilen“ gestartet. Auch das österreichische Bildungssystem, welches nach Ansicht der AK sozial selektiv ist (Bildungsdefizite werden in hohem Ausmaß vererbt) bedürfe einer umfassenden Reform.

## ARBEITSKLIMA INDEX

Mit dem Arbeitsklima Index wird seit 2004 die arbeitsbezogene Stimmung und Zufriedenheit der Beschäftigten in Salzburg erhoben. Diese ist 2008 spürbar gesunken. Verschärft durch die Krise sank vor allem die frauenspezifische Zufriedenheit. 2011 sank dann die generelle Zufriedenheit der Arbeitnehmer auf einen historischen Tiefstand. 2012 war die Zufriedenheit der Beschäftigten so gering wie noch nie seit der Einführung des Arbeitsklima Index 2004. 2013 sank die Stimmung der Arbeitnehmer weiter in den Keller. Für 2014 war immerhin ein kleiner Anstieg zu verzeichnen.



Die Arbeitsklima-Auswertung für in Industrie und produzierendem Sektor Beschäftigte.

## ARMUT BZW. „WORKING POOR“ ERSTE SALZBURGER ARMUTSKONFERENZ

Etwa 50.000 Menschen im Bundesland Salzburg waren 2001 armutsgefährdet. Sie verfügten über weniger als 730 Euro im Monat. Von akuter Armut betroffen waren etwa 23.000 Personen. Als Indikatoren für die Entstehung von Armut nennt die AK neben Bildungsmangel, Geschlecht und strukturellen Schwächen des Arbeitsmarktes die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen. Besonders für die Gruppe „Working poor“ galt und gilt es nach wie vor, neue Strategien in der Armutsbekämpfung zu entwickeln. Eine Studie der AK Salzburg, die anlässlich der Gründung des Netzwerkes gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Auftrag gegeben wurde, setzte sich 2001 mit den Fragen auseinander, wie Wege aus der Armut aussehen können und welche Maßnahmen es braucht. Die erste Salzburger Armutskonferenz mit Betroffenen widmete sich im selben Jahr diesem Thema. Die Ergebnisse wurden an alle politischen Handlungsträger im Bundesland Salzburg weitergegeben. Gemeinsam mit Politikern und Vertretern von Verwaltung und sozialen Einrichtungen wurden Problemlösungen diskutiert und konkrete Vorschläge zu politischen Maßnahmen getroffen. So sollten Migranten nicht mehr






---

Eine deregulierte Wirtschaft sorgt für einen großen Niedriglohnsektor. Die AK kämpft dafür genau das zu verhindern. In Deutschland wurde ein solcher durch die Hartz IV-Regeln und zum Leidwesen Millionen Beschäftigter sogar bewusst geschaffen!

---

Armut trotz Arbeit wird in den letzten Jahren leider wieder verstärkt ein Thema.

länger von der Sozialhilfe ausgenommen sein. Weiters sollte es eine Informationskampagne zur Inanspruchnahme der Sozialhilfe geben. Die sozialen Einrichtungen des Landes sollten darüber hinaus bei der Erstellung eines nationalen Aktionsplans gegen Armut einbezogen werden. Die AK erklärte sich außerdem bereit einen umfassenden Armutsbericht auszuarbeiten.

### STRATEGIEN GEGEN ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE UND „WORKING POOR“

Arbeitsmarkt-Experten verzeichneten 2001 einen Anstieg der atypischen Beschäftigungsverhältnisse. So stieg der Anteil geringfügig Beschäftigter von 1999 bis 2001 im Bundesland Salzburg um acht Prozent. Im November 2001 gab die AK Salzburg deshalb eine Studie zum Thema „Atypische Beschäftigungsverhältnisse erfordern eine atypische Interessenvertretung“ heraus. In dieser forderte die Arbeiterkammer zusammen mit der Gewerkschaft ein niederschwelliges Informationsangebot und regte zum Entwickeln gemeinsamer Strategien an. Zusätzlich beschloss die AK dem Thema 2002 einen Arbeitsschwerpunkt zu widmen.

Seit 2008 untersucht die AK Salzburg das Phänomen „Working poor“ und dessen Entstehungsursachen besonders intensiv. Dabei stellte sich heraus, dass das Phänomen der Niedriglohnverdiener in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Studien beweisen, dass eine Deregulierung der Wirtschaftspolitik eine rasante Ausweitung des Niedriglohnbereiches bewirkt.

Neben der schlechten Lohnentwicklung in den unteren Einkommenssegmenten ist davon auszugehen, dass auch die Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse (davon sind vor allem Frauen betroffen) und damit die verbundenen geringen Verdienstmöglichkeiten für diese Entwicklung mitverantwortlich sind. Generell ist das Phänomen „Working poor“ laut Studien äußerst komplex und braucht daher auch eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen, um eine Trendumkehr zu bewirken.

Vor allem eine solidarische Lohnpolitik, die insbesondere auf Gendergerechtigkeit und die Einbeziehung prekärer Beschäftigter und Scheinselbstständiger achtet sowie ein gesicherter Rechtsrahmen sind notwendig. Bei öffentlichen Aufträgen oder Wirtschaftsförderungen ist auch auf das Kriterium der Bezahlung von fairen Löhnen zu achten. Die Zahl der „Working poor“, also Armut trotz

Erwerbstätigkeit, steigt konstant, ebenso die Anzahl an Personen, die eine Mindestsicherung beziehen. Dazu kommt noch der wachsende Druck am Arbeitsplatz, der zu einer Verdoppelung der Krankenstände wegen psychischer Belastung führt. Es zeigt sich also, dass Verschlechterungen in der Arbeitswelt spürbar zugenommen haben, vor allem, da Arbeit immer mehr zu einem rein ökonomischen Kostenfaktor degradiert wurde.

# GESUNDHEITSPOLITIK

---

## VERHANDLUNGEN, STUDIENARBEIT UND POLITISCHE INTERVENTION

2001 stand der Vertragsabschluss über die psychotherapeutische Versorgung mit der GKK kurz vor dem Abschluss. Nach ergebnislosen Bundesverhandlungen für einen einheitlichen Vertrag hat die AK Salzburg 2001 erneut einen Vorstoß unternommen, Verhandlungen zu einem Vertragsabschluss mit der GKK zu finalisieren. Damit sollte es ab 2002 die Psychotherapie auf Krankenschein geben. Ein Jahr darauf forderte die AK nach wie vor die Psychotherapie auf Krankenschein. In Salzburg gab es bis zu diesem Zeitpunkt lediglich eine Zuschussregelung. Ende 2003 beschloss die Gebietskrankenkasse schließlich ein Modell zur psychotherapeutischen Versorgung und hatte damit ein Budget in Aussicht gestellt. Die AK stellte jedoch fest, dass das von Psychotherapeuten erachtete Versorgungspotenzial das fünffache betrage. Mit der 50. ASVG-Novelle wurde die Psychotherapie eine Pflichtleistung der Sozialversicherung. Sie wurde als Krankenbehandlung der ärztlichen Hilfe gleichgestellt. Die Psychotherapie auf Krankenschein sollte in einem Gesamtvertrag mit der Berufsvertretung der Psychotherapeuten österreichweit umgesetzt werden.<sup>219</sup>

Die AK setzte sich in der Vergangenheit aber nicht nur für die Absicherung der Versorgung ein, sondern machte auch auf gesundheits-

politische Missstände aufmerksam. So kritisierte die AK 2003 die Struktur des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger und bezeichnete diese als verfassungswidrig. Die beiden Regierungsparteien ÖVP und FPÖ hätten die Struktur gegen die Prinzipien der Selbstverwaltung umgestaltet, so die Kritik der AK. Sie forderte eine Konzeptionierung der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates des Hauptverbandes entsprechend den demokratischen Erfordernissen. Der Verfassungsgerichtshof lenkte daraufhin ein und erkannte in seiner Entscheidung vom 10. Oktober 2003 die Verfassungswidrigkeit an. Das Urteil gab der Bundesregierung bis 2004 Zeit, die Strukturen entsprechend der Selbstverwaltung zu reparieren.

Ebenso wie andere Bereiche sollte auch der Gesundheitsbereich mit Grundlagenarbeit abgedeckt werden. So stellte die von der AK betriebene FH für Soziale Arbeit 2004 in einer Ernährungsstudie über die Ernährungsgewohnheiten von Jugendlichen fest, dass Heranwachsende doppelt so viel Fleisch und Süßigkeiten konsumieren als empfohlen und nur die halbe Menge Flüssigkeit zu sich nehmen. Die AK verfolgte hier eine Aufklärungskampagne.

Als im August 2006 Anzeigen gegen illegal beschäftigte osteuropäische Pflegekräfte in Österreich die Diskussion anheizten, ortete die AK auch in Salzburg einen Pflegenotstand. Im Bundesland Salzburg würden

---

### Die AK Salzburg richtete als erste Arbeiterkammer ein gesundheitspolitisches Referat ein.

---

ebenso mehrere Hundert illegale ausländische Pflegekräfte vorwiegend aus Osteuropa arbeiten. Hauptaugenmerk müsse daher auf Entlastungs- und Unterstützungsangebote für informell Pflegende gelegt werden. Außerdem brauche es einen Ausbau der Rahmenbedingungen wie stationäre Kurzzeitpflege und Pflegekurse für Angehörige. Zudem müssten Pflegende besser sozial abgesichert werden können.

Nicht nur aufgrund der Pflegedebatte, aber generell wegen der gestiegenen Nachfrage im Gesundheitsbereich, vor allem die Versorgung betreffend, fasste die AK Salzburg im selben Jahr den Entschluss ein gesundheitspolitisches Referat einzurichten. Die Leiterin der Sozialpolitischen Abteilung Cornelia Schmidjell erinnert sich: „Die Arbeiterkammer Salzburg war die erste Länderkammer, die ein gesundheitspolitisches Referat geschaffen hat, nämlich 2006, wo man es als wichtig und richtig erkannt hat, dass aus Arbeitnehmer-Sicht auf die Gesundheitsvorsorge geschaut wird, dass man analysiert: Wie sind die Versorgungsstrukturen? Wie ist die Qualität der Versorgung? Gibt es einen gleichen Zugang zu Gesundheitsdienstleistern? Wel-

---

Neben der AK war auch der Hauptverband der Sozialversicherungsträger Ziel des schwarz-blauen Demokratieabbaus. Die Arbeiterkammer kritisierte die Amputation der eigentlich selbstverwalteten Körperschaft und bekam Recht vom Verfassungsgerichtshof!

---

*chen besonderen Bedarf haben Gesundheitsberufe? Wir [Anm.: die AK] haben in weiterer Folge auch eine Arbeitspsychologin beschäftigt, da waren wir auch mit von den Ersten, weil wir schon immer gesehen haben, wohin sich die Arbeitswelt entwickelt und dass beispielsweise die psychischen Belastungen eine immer größer werdende Rolle spielen, bedingt durch den ganzen Wandel in der Arbeitswelt, sprich zunehmende Flexibilisierung, weniger regulierte Arbeit, mehr prekäre Arbeit, mehr Individualisierung. Solche Trends haben wir oft antizipiert.“*

### PSYCHISCHE BELASTUNG AM ARBEITSPLATZ - MOBBING & BURN-OUT

Gerade bei psychischen Belastungen – hervorgerufen durch veränderte Arbeitsbedingungen – verfolgte die AK eine offensive Strategie, die Dinge beim Namen zu nennen. Deshalb bietet die AK seit 2001 eine spezielle Mobbing-Beratung an. In dieser landen mehrheitlich Anfragen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich. Ein Problem ist aber nach wie vor, dass ein gesetzlicher Rahmen zu diesem Thema fehlt.

Die Kampagne „I schau auf mi UND di – Für eine gesunde Psyche“ startete im Herbst 2009 in Kooperation mit der Salzburger Gebietskrankenkasse und dem Kuratorium für psychische Gesundheit. Sie sollte die Bevölkerung für psychische Erkrankungen sensibilisieren.

Grund dafür war die Tatsache, dass der Anteil der Personen, die in Salzburg Psychopharmaka verschrieben bekommen haben, drastisch angestiegen war. Unter anderem durch die Wirtschaftskrise kam es zu einem Steigen der Arbeitsintensität, der psychischen Belastungen und der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Die Kampagne versuchte nun mittels ReferentInnen für Betriebsversammlungen und Informationsmaterial Fakten, Antworten auf oft gestellte Fragen und Tipps für den Umgang mit Betroffenen zu geben, aber auch einfache wirkungsvolle Methoden zur Steigerung des eigenen Wohlbefindens und natürlich Ansprechpartner innerhalb und außerhalb des Betriebes zu vermitteln. Im Jahr 2010 wurde diese Initiative verstärkt auf

Jugendliche ausgerichtet, da auch diese Bevölkerungsgruppe immer mehr von Druck in Schule und Arbeit betroffen war. Die AK wollte mit der Initiative ein positives Betriebsklima schaffen, das einen offenen Umgang mit seelischem Stress zulässt. Dieses positive Klima sollte ebenso der Burn-out-Prophylaxe dienen.

*„Es gibt immer bei solchen Themen [...] die individuelle Schiene, also wie kann man solchen Personen helfen, und was kann man gesamtgesellschaftlich tun, um Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Und bei der individuellen Schiene haben wir im Jahr 2001 die Mobbing-Beratung eingerichtet als eine Facette psychischer Belastung in der Arbeitswelt, wo wir gesagt haben: Es ist gescheit, wenn hier sowohl eine Arbeitsrechtlerin als auch eine Arbeitspsychologin mit den Betroffenen die Thematik einmal anschaut und berät“, so Schmidjell.*



Kampagne der AK für psychische Gesundheit am Arbeitsplatz.

---

Betriebliche Gesundheitsförderung ist für die AK eines der wichtigsten Mittel, um psychischen Belastungen und daraus folgenden Erkrankungen frühzeitig zu begegnen.

---



---

Eine „soziale Hängematte“ gibt es weder bei der Mindestsicherung noch bei der Invalidenpension - in beiden Fällen müssen Arbeitnehmer mit massiven Einschränkungen rechnen bzw. leben. Invaliditätspensionen sind zum Beispiel im Schnitt 25 Prozent niedriger als eine normale Pension.

---

### „DER MENSCH IST JA KEINE MASCHINE, DIE ALLES MECHANISCH MACHT“<sup>220</sup>

Laut jüngsten Zahlen sind 30 % der Beschäftigten psychisch belastet, Ursachen sind hoher Zeitdruck, monotone Arbeit und eine unsichere Zukunft, betroffen davon sind nicht primär Manager, sondern normale Arbeitnehmer wie Bau- und Fabrikarbeiter sowie Kassierer. Generell lässt sich feststellen, dass die Betriebsgröße die Krankenstandsquote beeinflusst. Bei Klein- und Kleinstbetrieben führt der soziale Druck dazu, dass Beschäftigte vermehrt krank zur Arbeit kommen, um Kollegen nicht zusätzlich zu belasten oder nach dem Krankenstand einen Berg unerledigter Arbeit zu finden. Letztlich führt das Verschleppen von Krankheiten zu längeren Krankenständen.

Im Land Salzburg stellen Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspensionen bereits ein Drittel aller Pensionsarten. Das Problem ist, dass es kaum funktionierende Frühwarnsysteme gibt, die zur Verhinderung einer Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit beitragen. Auch die Aufsplitterung der Zuständigkeiten erschwert es sowohl Personen als auch Unternehmen den passenden Ansprechpartner zu finden. Die AK-Forderung, eine Beratungsstelle für gesundheitlich beeinträchtigte Beschäftigte und Kurzarbeitslose sowie Betriebe einzurichten, soll umgesetzt werden. Schmidjell bekräftigt diese Forderung nach einer verstärkten präventiven Ausrichtung in der Gesundheitsarbeit:

*„Noch viel wichtiger nach unserem Dafürhalten ist es, dass man strukturell von den Rahmenbedingungen her Einfluss auf die Arbeitswelt nimmt, damit diese schlimmen Entwicklungen eingebremst werden, oder psychische Belastungen sich nicht so massiv auswirken, dass sie letztlich zu Gesundheitsbelastungen führen, oder sogar zu einer frühzeitigen Invalidisierung. Da gibt es verschiedene Instrumente, die wir propagieren. Das Thema betriebliche Gesundheitsförderung ist so eines, wo wir versuchen über Betriebsräte, aber auch Tagungen oder Kooperationen in Netzwerken z.B. mit der Gebietskrankenkasse, dass entsprechende Maßnahmen in den Betrieben umgesetzt werden, präventiv und prophylaktisch, und das Wort „Präventiv“ ist für uns überhaupt ein Schlüsselwort, weil wir es uns zur Aufgabe gemacht haben arbeitsbedingten Gefahren vorbeugen zu wollen.“*

Seit 2014 haben Betriebe sogar die Verpflichtung, psychische Gefahren zu evaluieren, Schmidjell weiß aber, dass sich gerade Unternehmen ohne Betriebsrat schwer tun, diese gesetzlichen Anforderungen umzusetzen. Es sei aber insgesamt für die Beschäftigten sehr wichtig, dass von Betriebsseite vorsorglich etwas gemacht wird, damit die Arbeitsorganisation und damit der Druck auf die einzelnen Arbeitnehmer gelindert wird. AK und WK sind in diesem Bereich mit dem AMD, dem arbeitsmedizinischen und arbeitspsychologischen Dienst, gerade dabei, für Betriebe aber auch für Beschäftigte eine Beratung zur Umsetzung dieser Evaluierung einzusetzen.

### MYTHOS „FLUCHT IN DIE INVALIDITÄTSPENSION“

Die Invaliditätspension wird gerne als bequemes Schlupfloch in die Frühpension dargestellt. Jedoch gelten für die Anerkennung derselben strenge Regeln und die durchschnittliche Höhe liegt in der Regel deutlich unter einer regulären Alterspension (25 % niedriger). Außerdem sterben Invaliditätspensionsbezieher im Schnitt zehn Jahre früher. Der Anteil der Invaliditätspensionen gemessen an allen Pensionen liegt bei unter 10 %. Für die Zuerkennung sind Sachverständigengutachten von Ärzten der Pensionsversicherungsträger notwendig, im Jahr 2010 wurden weit mehr als die Hälfte aller Anträge abgelehnt. Auffallend im Jahr 2012 war, dass die Fälle zu den Themen Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension immer komplexer wurden und die Anfragen deutlich zunahmen. Für Personen, die ihren Job aufgrund einer Beeinträchtigung verloren haben, bedeutet die Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension aber auch Pflegegeld die einzige Existenzsicherung. Aufgrund der hohen Lebenserhaltungskosten reichen diese Leistungen oftmals nicht mehr aus, weswegen Betroffene zusätzlich auf die Bedarfsorientierte Mindestsicherung angewiesen sind. Ab 2014 gelten zudem Änderungen im Sozialrecht, die eine Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension nur bei dauernder Invalidität und Unzumutbarkeit einer Umschulung möglich machen.



# RAUMORDNUNG UND VERKEHR

## VERFEHLTE RAUMORDNUNGSPOLITIK

Seit den 2000er-Jahren fordert die AK Salzburg verstärkt ein Umdenken in der politischen Raumordnung. Um die Landeshauptstadt Salzburg zu entlasten und die Umlandgemeinden in ihrer Attraktivität zu stärken, traten die verantwortlichen Referenten der AK-Raumplanung immer wieder für eine Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg ein. Die Kritikpunkte können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- » Die gelebte Polarität zwischen Stadt und Umlandgemeinden schadet der Qualität des Wirtschaftsraumes. Der Speckgürtel mit seinem ungeordneten Wachstum ist als Konkurrenz zu funktionierenden städtischen Strukturen problematisch.
- » Eine attraktive Stadt benötigt ein entwicklungsfähiges Umland. Die Umlandgemeinden sollen Funktionen wahrnehmen, die die Stadt aufgrund des eingeschränkten Flächenangebotes nicht erfüllen kann.
- » Funktional betrachtet haben sich die politischen Grenzen zwischen Stadt und Umlandgemeinden schon lange überlebt. Allerdings fehlen Kooperationsformen, die unabhängig von Gemeindegrenzen Entwicklungen im Zentralraum zulassen.
- » Bezeichnend ist der anhaltende Konflikt um die Einkaufszentren, der primär nach der Rosinentheorie ausgetragen wird.

---

Die Rosinentheorie ist eine Bezeichnung dafür, in einem juristischen Konflikt selektiv nur die rechtlich vorteilhafte Auslegung von Rechtsvorschriften gelten zu lassen.

---

AK-Raumordnungsexperte Edgar Atzmanstorfer zieht den Schluss: *„Umlandgemeinden [um die Stadt Salzburg] verfolgen unterschiedliche Interessen. [...] Da fehlt das Gemeinsame, und das wird es auch nicht geben, wenn nicht ein gewisser Druck von oben kommt.“*

## KRITIK AN DER NOVELLE ZUM RAUMORDNUNGSGESETZ

Aus diesem Grund beurteilte die AK die im Herbst 2003 beschlossene Novelle zum Raumordnungsgesetz (ROG) als mangelhaft und unzureichend. In dieser wurde die Forderung nach einem sozialpartnerschaftlichen Raumordnungsexpertenrat erneut abgelehnt, somit bleibe die Mitwirkungsmöglichkeit der AK beschränkt und Salzburg das einzige Bundesland in dem die Mitwirkung der Sozialpartner über einen Raumordnungsbeirat nicht möglich sei. Die AK erkannte darin eine eindeutige Tendenz zur Begünstigung von Einzelinteressen. *„Mit der ROG-Novelle wird die Errichtung von Handelsgroßbetrieben in allen Orten ohne flächenmäßige Obergrenze möglich, sofern die Errichtung im Ortskern erfolgt“*, lautete eine Schlussfolgerung.

Die AK forderte schließlich eine Evaluierung des Landes-Sachprogramms „Siedlungsentwicklung und Betriebsstandorte im Salzburger Zentralraum“ und sprach sich für eine konsequente Ausrichtung der Siedlungsentwicklung und Betriebsansiedlung am Öffentlichen Verkehr aus. Als Vorbild nannte die AK die Schweiz, wo eine wesentlich höhere Bevölkerungsdichte entlang des Bahnnetzes zu verzeichnen ist. Außerdem sind die im ROG verfügbaren Instrumente zur Mobilisierung von Bauland kritisch zu hinterfragen, besonders wenn es um den Flächenverbrauch von Handelsgroßbetrieben ginge. Hier bestünde die Gefahr, dass andere Gewerbe- und Handwerksbetriebe verdrängt werden, wie in der Ursteinau, wo über eine Ansiedlung eines großen Baumarktes nachgedacht wird.

2006 organisierte die AK eine Fachveranstaltung zum Thema „Infrastrukturkosten und Baulandmobilisierung“ und brachte sich somit in die laufende Diskussion der Regierungsparteien zur Novellierung des Salzburger Raumordnungsgesetzes ein. Ein Hauptergebnis der Veranstaltung war, dass Salzburg die rechtlichen Möglichkeiten zur Baulandmobilisierung nicht ausschöpft. Weiters begrüßten die Landesexperten die Einführung eines Infrastrukturkostenbeitrages

Ein Ziel der Raumordnung muss sein, die Zersiedelung in vielen Regionen Salzburgs einzudämmen.




---

Das Raumordnungsgesetz 2007 entsprach im Wesentlichen den Wünschen und Anregungen der Sozialpartner - auch wenn ein Infrastrukturkostenbeitrag nicht eingeführt wurde.

---

wie ihn Oberösterreich schon hat, er solle mobilisierend wirken. Die von SPÖ und ÖVP 2007 präsentierten Eckpunkte des neuen ROG waren dann im Sinne der Vorschläge der Sozialpartner. Auch die Flächengrößen bei Handelsgroßbetrieben wurden entsprechend der Versorgungsfunktionen der Gemeinden neu geordnet und wohlwollend von AK und WK zur Kenntnis genommen. Allerdings kritisierte die Arbeiterkammer, dass sich die Regierung zu einem Infrastrukturbeitrag wie jenem in Oberösterreich nicht durchringen hat können.

#### **POLITIK MIT AUGENMASS GESCHEITERT**

Der Boom im Einzelhandel erzeugte über die Jahre nicht nur eine positive Beschäftigung in dieser Branche, sondern verlangte auch nach mehr Flächen für den Bau von Handelsbetrieben. Die Einräumung von Entwicklungsmöglichkeiten für neue Handelsgroßbetriebe wie das FOC<sup>221</sup> im Airportcenter wurden damit zu einer Grundvoraussetzung für ein weiteres Wachstum. Und auch die AK sprach sich bereits 2005 gegen eine Verhinderungspolitik aus, dafür aber für eine Raumordnung mit Augenmaß bei der Errichtung von Verbrauchermärkten und Fachmärkten. Das Augenmaß sollte speziell auf Handelsgroßbetriebe gelegt werden, die ein zusätzliches Verkehrsaufkommen erzeugen. Für einen Baumarkt neben dem Stadion sei daher kein Platz, meinte die AK noch 2005. Die Realität sieht mittlerweile anders aus.

Mit dem Räumlichen Entwicklungskonzept (REK) wurden im selben Jahr die entscheidenden Weichenstellungen für die Entwicklung der Stadt Salzburg in den kommenden zehn bis 15 Jahren beschlossen. Die AK hatte allerdings einige Bedenken und brachte zentrale Anliegen vor, um das REK in der Stadt zu überarbeiten:

- » Bereitstellung leistbarer Flächen für die Wirtschaft
- » Erweiterungsmöglichkeiten für bestehende Betriebe
- » Mobilisierung von Flächen für den sozialen Wohnbau
- » Attraktive Verkehrsinfrastruktur

Nach Ansicht der AK könnten mit einer konsequenten Innenverdichtung in den nächsten zehn Jahren 8.100 neue Wohnungen geschaffen werden. Deshalb sei auch die Deklaration „Geschütztes Grünland“ eine zu starre Grundlage für die maximale Baugrund-Grünlandgrenze. Außerdem fehle dem Konzept das klare Bekenntnis zum weiteren Ausbau der Schienennahverkehrsinfrastruktur. Weder im REK noch im Landesmobilitätskonzept würden konkrete Initiativen gesetzt, so die Kritik der AK.



Der Salzburger Hauptbahnhof ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt.

---

Die Zukunft gehört einem eng vernetzten und stark aufeinander abgestimmten öffentlichen Verkehrssystem. Genau das fordert die AK für das 21. Jahrhundert.

---

### STÄRKUNG DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS ...

Ein von der AK seit den 1980er-Jahren verfolgtes Ziel ist die unterirdische Weiterführung bzw. Verlängerung der Regionalstadtbahn. (Foto und Bericht im Geschäftsbericht 1988) Verkehrszählungen des Landes zeigten 2004, dass an den neuralgischen Punkten, wie an den Stadtgrenzen oder Ortsdurchfahrten enorme Zuwächse des Straßenverkehrs zu erwarten sind. Die Prognosen sprachen von einer Zunahme um bis zu 50 Prozent bis 2015. Da der Raum für weitere Straßen fehlt, müsse der Schwerpunkt der Investition beim Öffentlichen Verkehr liegen, war der Grundtenor der Arbeiterkammer. Aus diesem Grund nahm die AK die Lobbying-Arbeit für den weiteren Ausbau der Schiene auf und forderte konkrete Überlegungen und Maßnahmenumsetzungen im Rahmen des Landesmobilitätskonzeptes (Flughafenbahn, Messeanschluss, Ischlerbahn). Der Antrag dazu wurde in der Vollversammlung beschlossen und an die Landesregierung übermittelt. Darüber hinaus knüpfte die AK Kontakte zu Sozialpartnern und Verkehrsinitiativen.

Einen Erfolg konnte die AK in diesem Zusammenhang bei der Rettung der Pinzgaubahn verzeichnen. Mit zahlreichen Anträgen und Lobbygesprächen bei Bundes- und Landespolitikern konnten eine zehnjährige Bestandsgarantie, moderne Zuggarnituren und Fahrzeitverkürzungen erwirkt werden.

Im Zuge der Reform des Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrsgesetzes sprach sich die AK gegen eine „Verlängerung“ des Nahverkehrs aus. Die Reform sah vor, Teile der Eisenbahninfrastruktur den Ländern zu übergeben. In Salzburg wären davon drei Strecken betroffen gewesen. Eine „Verlängerung“ wäre volkswirtschaftlich bedenklich, weil sie den Gesamtnutzen eines vernetzten Systems mit Zubringern und Hauptachsen ignoriert, so die AK. Der Öffi-Personennahverkehr brauche zwar Reformen, aber nicht solche, sondern eine enge Integration von Gemeinden, Ländern und Bund, um analog zum Schweizer Verkehrskonzept den Verkehr durchgehend zu vernetzen. Deshalb forderte die AK einen Taktfahrplan nach Schweizer Muster, in dem Bahn, Bus und Anrufsammeltaxis vernetzt sind.

Einen enormen Schaden für Unternehmen ortete die AK im Bundesbahnstrukturgesetz des Jahres 2003. Zahlreiche erfolgreiche Reformschritte wie der Abbau von 17.000 Mitarbeitern wurden bereits gesetzt. Innovative Projekte wie die S-Bahn Salzburg zwischen Golling und Freilassing sprechen ebenfalls für sich.

Auf Drängen der AK wurde 2007 schließlich eine Sozialpartner-Resolution zum Ausbau der Schieneninfrastruktur auf den Weg gebracht. Die zentralen Forderungen waren unter anderem der Umbau des Salzburger Hauptbahnhofes, der viergleisige Ausbau der Westbahn, die S-Bahn Salzburg als Gesamtkonzept für den Schienennahverkehr sowie eine rasche Realisierung der (unterirdischen) Verlängerung der S-Bahn als Stadtrationalbahn. Der geplante „Salzburg-Takt 2014“ schien der AK nicht genügend durchdacht zu sein. Die AK forderte daher eine rasche Fertigstellung der S-Bahn Salzburg bis zur Fertigstellung des Bahnhofumbaus 2014 mit einem 30-Minuten-Takt auf dem Süd-Ast und dem Nord-Ost-Ast sowie einem 15-Minuten-Takt auf dem West-Ast.



Zusätzlich sollte bis zur Errichtung der Hochleistungsstrecke im Flachgau, die leider noch in weiter Ferne ist, ein drittes Gleis zwischen Neumarkt und Steindorf errichtet werden. Weitere Forderungen der AK waren u.a. durchgehende Verknüpfungen mit den Regionalbussen zu einem echten Bahn-Bus-Takt und eine mittelfristige Übertragung des S-Bahn-Konzeptes auf den Pongau und den Pinzgau. Die S-Bahn soll von Radstadt über Bischofshofen und Schwarzach bis nach Bad Gastein geführt werden. Eine weitere S-Bahn von Leogang über Saalfelden und Zell am See nach Schwarzach. Zudem forderte die AK eine Anhebung des Pro-Kopf-Finanzmitteleinsatzes für den Schienenpersonennahverkehr auf 35 Euro pro Bewohner.

### ... UND BIS HEUTE OFFENE BAUSTELLEN

Sowohl der Salzburg-Takt-2014 als auch die S-Bahn-Projekte für den Pongau und den Pinzgau sind bis heute nicht umgesetzt worden. In Wien wurde Anfang der 1970er-Jahre die „U-Bahn-Abgabe“ eingeführt, um den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mitzufinanzieren. Es sollte auch in Salzburg möglich sein eine geringe jährliche Abgabe zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu installieren. „Salzburg hat im österreichischen Vergleich die teuerste Jahreskarte, das ist eine Bankrott-Erklärung der Politik [...] Obwohl Millionen Euro in die Infrastruktur gesteckt wurden, wurde der Taktfahrplan noch nicht zu Ende eingeführt. [...] Die Politik eröffnet gerne, [...] für einen 15-Minuten-Taktfahrplan fehlt jedoch das Geld [...]“, kritisiert AK-Verkehrsexperte Christian Laireiter.<sup>222</sup> In dieselbe Kerbe schlägt AK-Raumordnungsexperte Edgar Atzmanstorfer: „Man kann auch an der Raumordnung sehen, wo die Defizite sind. Es werden hochwertige Anknüpfungspunkte mit S-Bahn Haltestellen geschaffen, darum herum gibt es aber keine entsprechenden Baulands-Ausweisungen mit höherer Dichte. Dabei werden das neue Wohnschwerpunkte, weil dort eine hochwertige Anbindung vorhanden ist. Man kann nicht sagen, dass die Siedlungsentwicklung nach den öffentlichen Verkehrsstrukturen bestmöglich gesteu-

ert wird. [...]Damit der öffentliche Verkehr funktioniert braucht es im Einzugsbereich von Haltestellen eine gewisse Mindestdichte bei der Verbauung, damit es eine entsprechende Bevölkerung gibt, die das Angebot auch nutzt.“<sup>223</sup> Hier müsse das Land den Druck auf die Gemeinden entsprechend erhöhen.

### FREIE FAHRT

Die Öffnung des Schienenverkehrs für private Anbieter war ein zweischneidiges Schwert. Auf der gut ausgebauten Westbahnstrecke gibt es zwar dank des privaten Anbieters „Westbahn“ ein verbessertes Verbindungsangebot, auf anderen Strecken ist nach wie vor eine Ausdünnung des Angebots durch die ÖBB zu beobachten. Eine Forderung der AK ist daher, dass sich zukünftige private Anbieter nicht nur die „Filetstücke“ aussuchen dürfen, sondern auch Nebenstrecken bedienen müssen. „Man muss beim öffentlichen Verkehr an zwei Schrauben drehen: Einerseits muss der öffentliche Verkehr attraktiver werden, indem lang geplante Verbesserungen umgesetzt werden. Andererseits muss die Verknüpfung von Raumordnung und öffentlicher Verkehr in der Praxis stärker gelebt werden, sprich: Schwerpunkte dort, wo die ÖV-Anbindung gegeben ist“, so Atzmanstorfer.<sup>224</sup>

Die AK-Vollversammlung hat seit 2006 mehrmals das Familienministerium aufgefordert die Schülerfreifahrt an die Alltagsrealität anzupassen, da diese immer noch nur für den Weg zwischen Wohnung und Schule gilt, jedoch nicht für Fahrten in einen Hort oder zu einer Betreuungsperson. 2012 wurde für Wien, Niederösterreich und das Burgenland das „Top-Ticket“ für Schüler und Lehrlinge im gesamten Verkehrsverbund Ostregion installiert. Ob der politische Wille zur Durchsetzung dieser Aktion in ganz Österreich besteht, wird sich zeigen.



Ideal sind dicht besiedelte Wohngebiete mit eigenen Haltestellen.

### KRITIK AN GRUNDVERKEHRSGESETZ

Auf einen Antrag der AK auf eine Reform des Grundverkehrs im Jahr 2010 erfolgte vom Salzburger Landtag keinerlei Reaktion. Angesichts des Überhandnehmens von Zweitwohnsitzen eine unverständliche Reaktion. Im November 2012 ist in Salzburg eine grundlegende Reform des Grundverkehrsgesetzes in Kraft getreten. Der Erwerber von Rechten an Baugrundstücken oder Gebäuden muss persönlich erklären, dass keine Nutzung als Zweitwohnung entgegen der raumordnungsrechtlichen Bestimmungen erfolgen wird. Die Überwachung der widmungsgemäßen Nutzung liegt in der Zuständigkeit des jeweiligen Bürgermeisters.

Auch im Bereich Wohnbau scheint nicht genug zu passieren. Laut einer EuRegio-Masterstudie gibt es in und um die Stadt Salzburg einen Bedarf von 20.000 neuen Wohnungen in den nächsten 20 Jahren, wobei die Voraussetzungen für eine Realisierung eher schlecht sind, besonders da die Gemeinden im Zentralraum keinerlei Ambitionen zeigen Flächen für Wohnungen in sinnvoller Dichte zur Verfügung zu stellen. Das Beispiel Rainerkaserne in Elisabethen zeigt, dass hochwertige Flächen nicht alleine den Gemeinden überlassen werden sollten, da diese oftmals für den geförderten Mietwohnbau nur wenig Interesse haben.

# INTERESSENPOLITIK DER ARBEITERKAMMER

---

## WICHTIGE GREMIENARBEIT

Die AK ist in unzähligen Gremien und Kommissionen vertreten, entsendet Beschäftigte und Funktionäre, um dort die Arbeitnehmerstandpunkte entsprechend einzubringen. Die AK nominiert die Laienrichter für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, damit deren berufliche Erfahrungen als Unterstützung für das Gericht in den Prozessverlauf einfließen können. Die Vertreter der Salzburger Gebietskrankenkasse werden zu 4/5 von der AK und zu einem Fünftel von der Wirtschaftskammer nominiert. Am einflussreichsten ist die AK dadurch mittelbar über die Vorstandsmitglieder in der Gesundheitspolitik der Salzburger Gebietskrankenkasse und im Arbeitsmedizinischen Dienst sowie über das Direktorium des Arbeitsmarktservices bei Arbeitsmarktfragen, insbesondere der Arbeitsmarktförderung bzw. der Ausländerbeschäftigung, bei der die AK immer einen eher restriktiven Kurs, entsprechend den jeweiligen Arbeitsmarktgegebenheiten, verfolgt hat.

Um die ausländischen Arbeitnehmer in ihren Rechtsansprüchen zu unterstützen haben AK und ÖGB seit ihrer Gründung aber tatkräftig die Ausländerberatungsstelle (VEBBAS) gefördert und sind im Vorstand vertreten.

Über die Gremienarbeit soll eine Interessenaggregation erzielt werden. Wie auch bei anderen soziopolitischen Gebilden besteht ein immanentes Problem des Wissenstransfers zwischen Funktionären, Administration und Mitgliedern. Mit zunehmendem Interneteinsatz wird diese Wissensschiene leichter zu bilden sein.

Einen wesentlichen interessenpolitischen Schwerpunkt macht die Gesetzesbegutachtung und die Ausschusstätigkeit aus, deren Details den Umfang der Chronik allerdings sprengen würden. Hier wird vor allem auf die AK Jahrbücher und Geschäftsberichte verwiesen.

---

**Die AK entsendet Vertreter unter anderem in die GKK und das AMS.**

---

## WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Das Konzept der AK „Wirtschaftsförderung neu“ aus dem Jahr 2003 wurde der Landesregierung im April 2004 präsentiert und Teile davon in das Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP übernommen. Darin enthalten sind arbeitsplatzschaffende und -sichernde Maßnahmen sowie eine Weiterentwicklung der Betriebsansiedlungspolitik. Im Jahr 2008 kam es im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise zu Auftragseinbrüchen der exportorientierten Produktionswirtschaft, wodurch vor allem Leiharbeiter ihre Jobs verloren, später kam es bei größeren Unternehmen auch zu Kurzarbeit. Dies veranlasste die Salzburger Landesregierung dazu, gemeinsam mit den Sozialpartnern ein „Salzburger Paket“ für Wachstum und Arbeit zu schnüren. Die darin definierten Maßnahmen umfassten vor allem Investitionen des Landes und landeseigener Betriebe sowie die Verbesserung der Wirtschaftsförderung.

Im März desselben Jahres wurde auch der Wachstumsfonds gegründet, der mit 12 Millionen Euro dotiert ist. Aus diesem Fonds wurden als Schwerpunkte Internationalisierung, Unternehmenskooperationen und Unternehmensnetzwerke gefördert. Zusätzlich wurden die Förderungen für Klein- und Kleinstbetriebe und die Regionalförderung erhöht.



Die Forderung der AK nach einem öffentlichen Investitionsprogramm (um der sinkenden Beschäftigung und der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken) wurde im Arbeitsabkommen der neuen Landesregierung nachgekommen, indem ein Sonderinvestitionsprogramm des Landes („Salzburg Anleihe“), das mit insgesamt 78 Millionen Euro dotiert ist, ins Leben gerufen wurde. Neben Investitionen in Bildungseinrichtungen sind vor allem Gelder in den Ausbau der Seilbahninfrastruktur diverser Skigebiete geflossen.

2011 wurde vom Land Salzburg unter Mitwirkung von WK und AK ein Fairnesskatalog erarbeitet. Dadurch sollen öffentliche Vergaben mittelstandsfreundlicher und regionaler gestaltet werden und somit positive Rückwirkungen auf den Salzburger Arbeitsmarkt erzielen. Beim Fairnesskatalog sollen neben dem Angebotspreis auch Ausbildungsleistung, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, die Frauenförderung und Umweltkriterien berücksichtigt werden.

2014 wurde ein neues Förderprogramm „Coaching“ beschlossen. Dabei sollen Unternehmen dazu motiviert werden Entwicklungspotenziale aufzuspüren und entsprechende Produkte zu entwickeln.

#### Wirtschaft, Energie, Wohnen und Umwelt:

- » Landesforum für Wirtschafts -und Sozialpolitik
- » Strukturverbesserungsfonds
- » Arbeitsmarktservice (Landesdirektorium, Ausschüsse, Regionalbeiräte)
- » Beirat der Salzburger Land-Invest-GmbH
- » Fremdenverkehrsförderungsfonds
- » Ausschuss für wirtschaftliche Landesverteidigung
- » Landes-Versorgungssicherungsausschuss
- » Wohnbauförderungsbeirat
- » Kuratorium SIR
- » Tourismusbeirat
- » Grundverkehrskommissionen
- » Landeselektrizitätsbeirat
- » Landeslastverteilungsbeirat
- » Katastrophenbeiräte
- » Salzburger Altstadterhaltungsfonds
- » Richtwertbeirat
- » Landesverpackungskommission
- » Naturschutzbeirat
- » Fondsbeirat Nationalpark Hohe Tauern.
- » SLK (Salzburger landwirtschaftliche Kontrolle)
- » Kommission f. grünen Bericht

#### Recht u. Soziales:

- » Gleichbehandlungskommission
- » Arbeits- und Sozialgerichtshof (I., II., III. Instanz, Bundeseinigungsamt, Schlichtungsstelle)
- » Bundesverwaltungsgericht
- » Bundesfinanzgerichtshof (BFH)
- » Armutskonferenz
- » Österr. Rotes Kreuz

# DIE ARBEITERKAMMER ALS DIENSTLEISTUNGSBETRIEB IM 21. JAHRHUNDERT

## AK-SERVICELEISTUNGEN

**ARBEITSRECHTSBERATUNG  
KONSUMENTENBERATUNG  
SOZIALRECHTSBERATUNG  
LOHNSTEUERBERATUNG  
STEUERLÖSCHER  
TAUSCHBÖRSE  
AK-RECHNER**

Die Arbeiterkammer befindet sich seit den 1990er-Jahren in einem massiven Wandel zu einem Dienstleistungs- und Serviceunternehmen. Dazu gehören auch Beratungen in den Bereichen Arbeitsrecht, Steuerrecht, Sozialrecht und Konsumentenschutz. Wie wichtig diese Beratungen für die Menschen in Salzburg sind, beweist, dass jährlich rund 180.000 davon durchgeführt werden.

### ARBEITSRECHTSBERATUNG

Die AK-Rechtsabteilung verzeichnet eine stetig steigende Zahl an Rechtsberatungen aufgrund des immer rauer werdenden Windes am Arbeitsmarkt durch atypische Arbeitsverhältnisse und den Anstieg freier Dienstverträge sowie der unternehmerfreundlichen Politik der Bundesregierung. Arbeitsverträge werden immer trickreicher und beinhalten Klauseln, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Arbeiten in

derselben Branche unmöglich machen. Der Druck auf die Schwächsten der Arbeitswelt nimmt zu und bringt für die AK-Beratungsstellen neue Anforderungen.

2013 feierte die AK Salzburg das 25-Jahr-Jubiläum des kostenlosen Rechtsschutzes vor dem Arbeits- und Sozialgericht. Durch ihn konnten in 19.000 Verfahren insgesamt 55 Millionen Euro für die Beschäftigten erstritten werden. Vor allem auch, da durch den kostenlosen Rechtsschutz oftmals die Hemmschwelle vor Gericht zu ziehen wegfiel.

Die Nachfrage nach arbeitsrechtlicher Beratung für ältere Arbeitnehmer und berufstätige Mütter in Zusammenhang mit der Geburt des Kindes bzw. der Kinderbetreuungsphase nimmt zu. Daher gibt es für beide Gruppen seit Herbst 2003 eine Spezialberatung. Weiters wurde eine spezielle Beratung für freie Dienstnehmer installiert.

Die angespannte Lage am Arbeitsmarkt führt zu Arbeitsbedingungen, die nicht dem Gesetz oder dem Kollektivvertrag entsprechen. Dazu gehören vor allem nicht oder nur teilweise abgoltene Überstunden, vorenthaltenes laufendes Entgelt, unrichtiges Einstufen im

Gehaltsschema, nicht durchgeführte kollektivvertragliche Lohnerhöhungen, unrichtige Abrechnungen bei Ende des Arbeitsverhältnisses, unberechtigte fristlose Entlassungen, falsche Kündigungsfristen, verspätete Anmeldungen zur Sozialversicherung usw. Grund ist der Versuch der Kostenersparnis durch den Unternehmer. Ein weiteres Problem ist die Lösung des Dienstverhältnisses während eines längeren Krankenstandes verbunden mit der Fortsetzung unmittelbar nach Ende des Krankenstandes, wodurch sich die Arbeitgeber Krankentgeltzahlungen zu Lasten der Sozialversicherung und zum Nachteil der Arbeitnehmer ersparen. Weitere immer aktueller werdende Probleme sind Mobbing und Burn-out, deren Hauptgründe hoher Leistungs- und Zeitdruck, schlechtes Arbeitsklima und schlechte Betriebsführung sind. Dazu kommt die Überwachung mittels digitaler Kontrollsysteme, Zutrittskontrollen etc.

Die „Flucht aus dem Arbeitsrecht“ bleibt mit dem Anbieten von freien Dienstverträgen und Werkverträgen sowie prekärer Praktikantenverträge für Berufseinsteiger anstelle normaler Arbeitsverhältnisse ein massiver Trend. Hinzu kommen unzulässige Klauseln in Arbeitsverträgen wie die Rückzahlung

Konsumenten-  
schützerinnen der  
AK verteilen  
Infomaterial.



von Ausbildungskosten und verschiedene Pönalen. Als Argument der Firmen für dieses Verhalten wird zu 90 % die angespannte Wirtschaftssituation angegeben, womit die Krise als Vorwand dient.

Ein immer wiederkehrendes Thema sind Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz. Obwohl im Gesetz bereits sehr großzügige Ausnahmen in Form von Durchrechnungszeiten enthalten sind, werden die Arbeitszeitvorschriften immer wieder verletzt. Eine Folge davon ist die konstante Überlastung von Arbeitnehmer, die sich wiederum oftmals in gesundheitlichen Problemen niederschlägt. Traurigerweise gehören mittlerweile auch All-in-Arbeitsverträge und Konkurrenzklauseln, die Arbeitnehmer unverhältnismäßig benachteiligen, praktisch zum Standard. Zunehmend lassen sich Unternehmen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auch die Kosten für Fortbildungen ersetzen, was zwar prinzipiell möglich ist, jedoch nur unter sehr strengen gesetzlichen Bestimmungen. Aufgrund all dieser Tatsachen wird es immer mehr notwendig, dass Arbeitnehmer ihre Dienstverträge vor dem Abschluss von Experten überprüfen lassen.

Seit 2013 gibt es eine Regelung, dass ein Arbeitgeber, der ein arbeitslosenversicherungspflichtiges Dienstverhältnis auflöst, eine Auflösungsabgabe zahlen muss. Der Grundgedanke dahinter war, dass die Unsitte des kurzfristig Ab- und Anmeldens durch den Arbeitgeber bekämpft wird. Leider zeigte sich, dass die Auflösungsabgabe oftmals auf die Arbeitnehmer abgewälzt wurde. Jedoch wurden die Beiträge nach Interventionen der AK umgehend zurückgezahlt.

#### KONSUMENTENBERATUNG

Beratungen zum Thema Konsumentenschutz stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich, da KonsumentInnen immer weniger bereit sind Mängel und nicht erfüllte vertraglich zugesicherte Eigenschaften bei Produkten und Dienstleistungen einfach hinzunehmen, sondern dazu tendieren ihre Rechte wahrzunehmen. Hauptbereich ist das Wohn- und Mietrecht (wobei das Problem, dass das Wohnen in Salzburg zu teuer ist, eine große Rolle spielt). Bei der Telekommunikation betreffen die Anfragen vor allem Downloadüberschreitungen, hohe Rechnungen und die Kündigung von Handyverträgen sowie die „Internetabzocke“ (angebliche Gratisdienste, für die jedoch Geld verlangt wird). Generell lässt sich feststellen, dass die Methoden, um an das Geld von Konsumenten zu kommen, immer aggressiver werden. Dazu gehören das „cold calling“<sup>225</sup>, die Zusendung von unbestellten Paketen und Internetbetrug.

Die regelmäßigen Erhebungen und Veröffentlichungen von Warenkorbpreisen bei Diskontern und Handelsketten durch die AK Salzburg führten zu einer Verringerung des Preisunterschiedes zwischen Salzburg und Bayern, der jedoch nach wie vor erheblich ist. Beim Thema Reisen ist eine immaterielle Schadensabgeltung gefordert, da KonsumentInnen durch mangelhafte Leistungserbringung von Reiseveranstaltern nicht nur gutes Geld, sondern auch wertvolle Freizeit verlieren. Neuer Beratungsbedarf entstand durch die Liberalisierung in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens (Wasser, Müll, Kanal) und die Verunsicherung der Konsumenten durch Lebensmittelskandale und bei der Verarbeitung und dem Gebrauch von persönlichen Daten.





Die AK von heute ist ein moderner Servicebetrieb.

### SOZIALRECHTSBERATUNG

Das soziale Netz ist in den vergangenen Jahren brüchiger geworden. Sozialhilfe kann ihre Funktion als Instrument zur Bekämpfung der Armut nur mehr teilweise erfüllen. Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt sowie Sozialabbau haben zu einer Verschlechterung geführt. Sinkende Arbeitslosenbezüge, geringe Pensionen und der Wegfall von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen durch atypische Arbeit bei gleichzeitig steigenden Lebenskosten verursachen individuelle Notlagen.

Das Salzburger Sozialhilfegesetz wurde 2001 als eines der im Bundesländervergleich ältesten novelliert. Die vorhergehenden, meist anlassbezogenen Novellen machten das Gesetz unübersichtlich. AK und Gewerkschaften sowie das Salzburger Netzwerk gegen Armut hatten im Vorfeld eine Neukodifizierung des Gesetzes gefordert, um den Zugang zu sozialer Hilfe zu vereinfachen.

Die Pensionsreformen der Bundesregierung konfrontierten die AK in den vergangenen Jahren mit einem Mehr an Klagen. Die Pensionsreform 2003 hatte den Frauen wie den Männern neben einer längeren Lebensarbeitszeit eine zehnprozentige Kürzung ihrer Pension gebracht. Der Abstand zwischen Männer- und Frauenpensionen hatte sich laut AK dadurch nicht verringert, und betrug 2003 nach wie vor mehr als 50 Prozent. Im Sinne rechtsstaatlicher Prinzipien kämpfte die AK in der Vergangenheit dabei insbesondere gegen eine rückwirkende Gesetzgebung.

*„Noch nie hatte die AK-Sozialversicherungsberatung so viel zu tun wie heute. Verschlechterungen in der Gesetzgebung, eine arbeitsweltfremde Rechtsprechung des OGH sowie beinharte Beurteilungen der Ärzte sind die Gründe dafür, dass immer mehr Menschen, die körperlich und psychisch am Ende sind, auf ihre Pension warten müssen. Die AK kennt die Praxis, wir wissen aus unserer Beratung, wie es den Menschen wirklich geht. Es kann nicht sein, dass notwendige Reformen, um unser erfolgreiches Pensionssystem abzusichern, dazu führen, dass Menschen, die völlig fertig sind, durch die Finger schauen“, fasste*

AK-Präsident Alexander Böhm schon im Jahr 2000 die Arbeit der AK-Sozialversicherungsberatung zusammen.<sup>226</sup>

Bei Pensionsverfahren wird das Alter der Kläger immer höher, weil sich das Pensionsrecht für ältere Arbeitnehmer verschlechtert. Mit 1. Jänner 2014 sind umfassende Änderungen im Pensionsrecht in Kraft getreten, die mit ihren Übergangsfristen kaum mehr überschaubar sind und daher enormen Beratungsbedarf bewirken.

Der Großteil der Klagsverfahren betraf die Durchsetzung von Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspensionen, nach wie vor ein Schwerpunkt der Abteilung sind zwischenstaatliche Angelegenheiten, vor allem mit Deutschland.

Erfreulich ist, dass es auch immer mehr Anfragen zur Väterkarenz gibt, vor allem Kurzvarianten werden zunehmend von Vätern in Anspruch genommen. Für Betriebe bedeutet dies natürlich auch den Auftrag familienfreundliche Arbeitsmodelle für Mütter und Väter anzubieten, um künftig engagierte Mitarbeiter an sich zu binden. Ähnliches gilt für das Kinderbetreuungsgeld mit seinen fünf verschiedenen Varianten und komplizierten Zuverdienstregelungen.

In Salzburg beziehen derzeit 15.146 Personen Pflegegeld. Der Großteil der Pflege wird zuhause von Angehörigen übernommen, das bedeutet in der Regel Frauen, die oftmals auch die Erwerbsarbeit einschränken oder ganz aufgeben müssen. Durch den Gesetzgeber gab es in den letzten Jahren zahlreiche Verbesserungen bei der sozialrechtlichen Absicherung von pflegenden Angehörigen.





Mitarbeiter des AK/ÖGB-Steuerlöschers.

#### LOHNSTEUERBERATUNG UND STEUERLÖSCHER

Hauptthemen bei der Lohnsteuerberatung sind Möglichkeiten zur Steuerersparnis. Damit ist die Beratung von Kunden gemeint, die aufgrund von Fehlinformation zu viel Steuern gezahlt haben, und dank der Beratung der AK Steuergutschriften erhalten. Auch die Tatsache, dass immer mehr Personen mehrere Beschäftigungsverhältnisse haben bzw. als freie Dienstnehmer arbeiten, führt oftmals zu Verunsicherung, da es durch die Zusammenlegung der Bezüge am Jahresende zu Steuernachforderungen kommt. Besonders hervorzuheben ist dabei der Steuerlöschler, der erstmals 2008 als Projekt der Wirtschaftsabteilung gestartet wurde. Der Steuerlöschler stieß auf große Resonanz und brachte mittlerweile bis Ende 2015 fast 40 Millionen Euro an Steuergutschriften für die Salzburger Beschäftigten.

#### AK-RECHNER

Diese erfreuen sich großer Beliebtheit, mittlerweile gibt es bereits 24 Rechner (vom Abfertigungs-Rechner über den Brutto-Netto-Rechner, Handytarif-Rechner, Pensionsrechner bis zum Spritpreis-Rechner).



Tausende Salzburger besuchen die AK/ÖGB-Tauschbörsen.

#### WINTERSPORT-TAUSCHBÖRSE

Mit der Wintersport-Tauschbörse hat die AK im November 2005 ein Pilotprojekt gestartet. An drei Wochenenden konnten in Saalfelden, Bischofshofen und Salzburg gebrauchte Wintersportartikel angeboten und erworben werden, 6.000 Personen nutzten die Gelegenheit, fast 9.000 Artikel wurden verkauft und ein Umsatz von 160.000 Euro erwirtschaftet. Die Verkäufer wurden bei der Preisgestaltung von einem Experten beraten, der Verkaufspreis wurde ohne Abzüge dem Verkäufer ausbezahlt. 2006 bot die AK zusätzlich eine Sommertauschbörse im Mode- und Eventcenter Bergheim an, diese wurde von 900 Personen besucht. Die Wintersport-Tauschbörse erweist sich seither als durchschlagender Erfolg und Publikumsmagnet mit ständig steigenden Teilnehmerzahlen.

#### JUGEND

Seit der Jahrtausendwende rückte die AK das Thema Jugend vermehrt in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die Präsenz an Schulen wurde massiv ausgebaut, vor allem über rechtliche Fragen sowie das Serviceangebot der AK wurde informiert. 2010 wurde mit einer Fragebogenaktion an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen die Lage von Pflichtpraktikanten erhoben, wobei festgestellt werden konnte, dass die Schüler ihre Praktika als wichtig und sinnvoll erachteten und die Zufriedenheit relativ hoch war. Allerdings mussten fast die Hälfte aller Schüler dabei Überstunden machen, die oftmals nicht abgegolten wurden.



Das Projekt Newland thematisiert für Berufsschulen Demokratie und Politik.

Das mit zwei Millionen Euro dotierte EU-Pilotprojekt „Jugendnetzwerk Salzburg“ sollte benachteiligte Jugendliche fit für den Arbeitsmarkt machen. Die AK übernahm die Finanzverantwortung über das Projekt. Innerhalb von zwei Jahren sollten die Jobchancen von jungen Menschen erhöht werden. Die Projektidee wurde von der AK entwickelt. AK, AMS, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, ÖGB, ARGEkultur, Land Salzburg, Lehrbauhof, BFI und WIFI arbeiteten darin zusammen.

Die Zunahme von Beschwerden Jugendlicher über Ausbildungsmängel (immer mehr fühlen sich ungenügend ausgebildet und vielfach ausgenutzt) führte zu einem Runden Tisch mit ExpertInnen der AK und der Gewerkschaften zum Thema Qualität der Lehrausbildung.

2012 wurde mit dem AK-Jugendmonitor erstmals eine umfassende Analyse der Situation junger Menschen in Salzburg durchgeführt. Der AK-Jugendmonitor zeigt, wo die größten Hindernisse bei Beruf, Ausbildung, Schule und Einkommen liegen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, massiv gesunkene Realeinkommen und relative Knappheit an Lehrstellen außerhalb des eher unattraktiven Tourismussektors sind die Hauptprobleme.

Cash-fit-Workshops zielen darauf ab, Jugendlichen ab der siebten Schulstufe einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld zu vermitteln.





AK-Präsident Siegfried Pichler, Bildungsexpertin Hilla Lindhuber, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Rudolf Eidenhammer von der Lehrlingsstelle der WK präsentierten 2012 das Bildungsprojekt „Du kannst was!“.

## BILDUNG

Das Thema Bildung stellt heute eine der Grundsäulen der AK dar. „Chancengerechtigkeit ist für [die AK] ein großes Thema, gerade weil Österreich ein Land ist, das die Bildungsabschlüsse sehr stark vererbt.“<sup>227</sup> Die Bildungspolitik der AK erstreckt sich von Kommentaren, Expertisen und Forderungen für Bildungsreformen über Initiativen, Programme und Beratungen bis hin zu eigenständigen Bildungseinrichtungen wie dem BFI oder der FH. Sie ist auf die Bereiche Weiterbildung, Nachholen und Erreichen von Abschlüssen sowie Kennenlernen und Ausbauen der eigenen Kompetenzen ausgerichtet und dient dem Ziel der Chancengleichheit. 2014 wurde in der AK aus der Stabsstelle Bildung und dem Jugendreferat die neue Abteilung „Bildung, Jugend und Kultur“ geschaffen.

Forderungen der AK im Bereich Schule sind u.a. zusätzlich zum verpflichtenden ersten Kindergartenjahr ein zweites Kindergartenjahr (da „gerade Kinder aus sozial benachteiligten Schichten [...] enorm vom Kindergarten profitieren, auch was den Spracherwerb betrifft. Allerdings reicht aus den Erfahrungen das erste und kostenfreie Kindergartenjahr nicht aus, um diese Kinder schul-fit zu machen“<sup>228</sup>) sowie eine Schulfinanzierung, die auf die soziale Zusammensetzung der Schülergruppen Rücksicht nimmt (Brennpunktschulen sollen für Förderprogramme zusätzliches Geld bekommen, weil sie z.B. mehr Deutsch anbieten müssen). Um Perso-

nen ohne anerkannten Bildungsabschluss zu helfen, initiierte die AK das Projekt „Du kannst was!“. Dabei wird informell und non-formal erworbenes Wissen erstmals als Basis für den Lehrabschluss anerkannt, die Teilnehmer lernen durch punktgenaue Weiterqualifikation Kenntnisse, die ihnen zum Abschluss noch fehlen und werden so Fachkräfte.

Im Zuge von „Projektbüro A-Z“, einer Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule, bietet die AK Salzburg Vorträge im Rahmen der Berufsorientierung-Lehrerfortbildung zu den Themen Arbeitsmarkt und Bewerbung.

Eines der größten Projekte im Bildungsbereich war 2013 die Entwicklung von „My Future – Schritt für Schritt zum Wunschberuf“-Mappen (auch Berufsorientierungsmappen genannt) für Schüler der siebten und achten Schulstufe im Land Salzburg. Mit Hilfe dieser Mappen unterstützt die AK Jugendliche bei der Findung ihrer Interessen, Stärken und Werte, wodurch darauf aufbauend an Möglichkeiten, Berufswünschen und konkreten Zielen gearbeitet werden kann.

Mit der AK-Kompetenzberatung gibt es eine aktive Unterstützung für Arbeitnehmer bei der Gestaltung ihres beruflichen Lebensweges, sie stellt eine Begleitung bei wichtigen Entscheidungen an den Schnittstellen zwischen Schule und beruflicher Ausbildung dar und bietet Orientierungshilfen in Phasen des Umbruchs wie Berufseinstieg, Schulabbruch oder Berufsumstieg. Ein wichtiges Anliegen

der AK ist es, die Kompetenzberatung nicht nur in der Stadt Salzburg, sondern auch in den Bezirken (bzw. Bezirksstellen) durchzuführen.

Ebenfalls 2013 wurde erstmals der Wissenschaftspreis der AK Salzburg ausgeschrieben. Hier konnten Studierende der Universität Salzburg und der FH Salzburg in den drei Kategorien „gesellschaftsrelevantes Thema“, „Zukunftsthema bzw. technisch-naturwissenschaftliches Thema“ und „Bereich Wirtschaft und Recht“ ihre Master- und Diplomarbeiten einreichen. Ziel des Wissenschaftspreises ist es Arbeiten zu fördern, die für die Tätigkeit der AK relevant sind.

## DIGITALE BIBLIOTHEK

Seit dem Frühjahr 2011 ist über die Webseite der AK Salzburg eine digitale Bibliothek kostenlos verfügbar.

---

**Die Digitale Bibliothek ermöglicht es, über 12.000 Bücher online kostenlos auszuleihen!**

---

## Das BFI im Techno\_Z.



**BERUFSFÖRDERUNGSINSTITUT (BFI) SALZBURG**  
 Bereits 1949 wurde in Hallein eine gewerbliche Werkmeisterschule gegründet. In den 1960er-Jahren musste die AK jedoch feststellen, dass trotz der umfassenden Bildungsmöglichkeiten, welche die neuen Schulgesetze boten, Berufstätige auch in Zukunft darauf angewiesen sein würden sich eine zusätzliche Schulbildung durch den Besuch von Abendschulen und ähnlichen Einrichtungen anzueignen. Die kaufmännische Abendschule stellte eine notwendige Ergänzung zur schon bestehenden technischen-gewerblichen Abendschule (TGA) dar. Daraufhin wurde 1966 das BFI Salzburg gegründet. Unter dem Titel „Berufsförderungsinstitut der Arbeiterkammer Salzburg“ werden seither die gesamten Kurstätigkeiten der AK konzentriert. Die Ausdehnung der Kurstätigkeit machte es notwendig, dass die AK neue Unterrichtsräume adaptierte (Haus Weiserstraße 7a, Haus Imbergstraße 22). 1973 wurde das Büropraxiszentrum im Sparkassengebäude in der Rainerstraße eröffnet, 1976 das BFI-Haus an der Lehener Brücke. Die neuen Räume stellten darüber hinaus die Antwort der AK auf den WIFI-Neubau der Wirtschaftskammer dar. Das neuerbaute

BFI-Zentrum besaß eine große Anziehungskraft, da mehr als die Hälfte der Hörer aus den ländlichen Gebieten des Bundeslandes kamen. 1978 wurde gemeinsam mit dem AMS auch eine Metallwerkstätte eingerichtet und bis Sommer 2000 geführt. Die sinkende Nachfrage nach Facharbeitern der Metallbranche aufgrund der Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer führte letztlich zur Schließung.

1988 kam es unter dem neuen Direktor Helmut Uitz zu einer Veränderung des bisher bestehenden BFI-Konzeptes. Bis dahin stellten die Schulen des ersten und zweiten Bildungsweges die Tätigkeitsschwerpunkte. Fort- und Weiterbildung wurden bis dahin eher als Ergänzung der Angebotspalette betrachtet (eine Ausnahme bildete das 1973 gegründete Büropraxiszentrum sowie die volkshochschulähnlichen Außenstellen in den Bezirken). Der Schwerpunkt wurde nun auf berufliche Weiterbildung gelegt. Funktionelle Ausbildungen werden seither mit persönlichkeitsentwickelnden Methoden ergänzt, mit der Konzentration auf den zweiten und dritten Bildungsweg wird eine größere Marktorientierung erreicht.

Im Herbst 1997 beschloss der AK-Vorstand die Trennung der AK-Schulen (HAK, TGA und SOZAK) vom BFI als Umschulungs- und Weiterbildungseinrichtung. Im November 2005 entschied sich die AK aus Platzgründen das BFI in die ursprünglichen Unterrichtsräume der FH im Techno\_Z Salzburg-Itzling zu verlegen. Der eigentliche Plan, beim Brunauer Zentrum neu zu bauen, wurde aus Kosten- und Zeitgründen fallen gelassen, da beim Techno\_Z Itzling bereits zwei Drittel der erforderlichen Infrastruktur vorhanden waren.

2010 wurde das BFI umstrukturiert und in eine rechtlich und budgetär eigenständige GmbH ausgegliedert, blieb jedoch eine 100 %-ige Tochter der AK. Dadurch wurde das BFI mit anderen Bildungseinrichtungen vergleichbarer und erlangte einen größeren und flexibleren Handlungsspielraum.

Heute bietet das BFI an den Standorten Salzburg-Itzling, Salzburg-Maxglan, Pongau (St. Johann), Pinzgau (Zell am See) und Bayern (Freilassing) einen weitgestreuten Mix an Schwerpunkten. Es ist in wesentlichen arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitisch rele-

(Berufs-)Bildung wird in der AK ganz groß geschrieben.



vanten Feldern der führende Anbieter. In den Bezirken Pinzgau, Pongau und Lungau steht das BFI als Anbieter beruflicher Weiterbildung gleichgewichtig neben dem WIFI.

Das BFI setzt sowohl auf Nachhaltigkeit in allen Bereichen als auch auf gesetzliche und staatlich anerkannte Abschlüsse wie z.B. Diplompflegeausbildungen, Berufsreife mit Matura, Vorbereitungslehrgänge auf die Lehrabschlussprüfung oder die Werkmeisterschule. Der Erfolg des BFI liegt vor allem in der Möglichkeit sich zeitlich und örtlich flexibel auf die Matura vorzubereiten und im erwachsenengerechten Lernen. Neben dem klassischen Unterricht gibt es Lernateliers, Coachings und selbstorganisierte Nachhilfeplattformen. Das BFI ermöglicht einen niederschweligen, breiten und attraktiven Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung und hat sich inhaltlich (in Zusammenarbeit mit dem AMS) als Zentrum der Facharbeiterausbildung positioniert. 2013 konnten Teilnehmer erstmals vom Pflichtschulabschluss über Fachkräfteausbildungen und Matura bis hin zum Universitätslehrgang alle Ebenen der beruflichen Aus- und Weiterbildung durchlaufen, 2014 wurde das

Ausbildungsangebot vom Pflichtschul- bis zum Uniabschluss ausgebaut.

Die „Lehre mit Matura“ wird seit September 2008 kostenlos angeboten (Kursgebühren, Bücher, Prüfungsgebühren werden vom Bund bzw. Land übernommen). Hier erfolgen die Abschlussprüfungen auf BHS-Niveau (z.B. HTL oder HAK), ein bis zwei Fächer kann der Lehrling bereits während seiner Ausbildung absolvieren, nach der Lehrabschlussprüfung (LAP) hat er/sie noch fünf Jahre Zeit, die restlichen Fächer zu absolvieren. Die „Lehre mit Matura“ dient der Erhöhung der Durchlässigkeit im Bildungssystem und der chancengerechteren Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen, angeboten wird sie in Bramberg, Bürmoos, Kuchl, Salzburg, St. Johann/Pg., Straßwalchen und Zell am See.

Das Lern- und Beratungszentrum (LBZ) dient dem individuellen und flexiblen Lernen. Dabei können Kurse mit persönlichem Trainer unter freier Zeitvereinbarung gebucht werden. Weiters wurden die Bereiche Berufsberatung und Eignungstests im LBZ ausgebaut.

Das Projekt „Perspektive“ befasst sich mit arbeitssuchenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die bisher aufgrund von fehlender Bildung und/oder Ausbildung kaum Chancen am Arbeitsmarkt hatten. Um dieser Gruppe die Aufnahme einer kontinuierlichen und möglichst qualifizierten Arbeit zu ermöglichen, wurden vor allem Basisqualifikationen sowie soziale Kompetenzen vermittelt. Dazu gehörten Allgemeinwissen (Deutsch, Mathematik, Englisch, EDV) als auch berufsspezifische Fächer. Des Weiteren werden vom BFI mehrwöchige Praktika angeboten, die es den Jugendlichen ermöglichen einerseits Einblick in die Arbeitswelt zu bekommen, andererseits auch Vorbehalte und Vorurteile sowie Ängste zu revidieren.

Der Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal im Bereich der Diplomkrankenpflege und auch der Pflegehilfe steigt massiv, weswegen sich die Gesundheits- und Krankenpflegeschule der AK als großer Erfolg erweist. In Kooperation mit der Salzburger Ärztekammer startete das BFI die erste Schule für Medizinische Assistenzberufe in Salzburg.



AK-Präsident Siegfried Pichler besucht eine Ausbildungswerkstatt im TAZ Mitterberghütten, rechts ist er mit Nationalratsabgeordnetem Walter Bacher und Landesberufsschul-Inspektor Manfred Kastner im Bereich für die Seilbahntechnik-Ausbildung.



In Zusammenarbeit mit der Red Bull Akademie wurde die Fachschule für Leistungssportler (FSL) ins Leben gerufen, bei der angehende Fußballprofis eine berufliche Ausbildung erhalten, die sie auf den Abschluss als Sportadministratoren bzw. Bürokaufleute vorbereitet. 2013 war das BFI auch das erste Institut in Salzburg, das den „Pflichtschulabschluss neu“ anbot und damit bildungsfernen und niedrig qualifizierten Menschen bei der Verbesserung ihrer Qualifikation verhalf. Neu ist ebenfalls der Case-Management-Lehrgang. Unter einem Case-Manager versteht man jemanden, der in Einrichtungen der gesundheitlichen, beruflichen und sozialen Rehabilitation arbeitet. Case-Manager unterstützen Personen, die nach schwerer Krankheit oder einem Unfall mit einer ganz neuen Lebenssituation konfrontiert sind und Schwierigkeiten haben mit diesen Änderungen umzugehen.

#### TGA SALZBURG

Die Technisch-Gewerbliche Abendschule (TGA) ist eine von der AK geführte Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht für Berufstätige mit den Abteilungen Maschinenbau, Maschinenbau-Kfz-Technik, Mechatronik<sup>229</sup> und Elektrotechnik.

#### LEHRWERKSTÄTTE KAPRUN / TAZ MITTERBERGHÜTTEN

2002 eröffnete die AK in Kaprun eine überbetriebliche Lehrwerkstätte, die mit August 2009 den Betrieb wieder beendete. In Kaprun wurden vom BFI 140 Lehrlinge ausgebildet (Mechatroniker, Metallbautechniker, Zerspanungstechniker, Elektrobetriebstechniker, Maschinenbautechniker und Kunststofftechniker). Außerdem bekamen mehr als 300 Arbeitnehmer in Kaprun ihre Zusatzausbildung in CNC (computerisierte numerische Steuerung), Hydraulik und Pneumatik, CAD (Computer unterstütztes Design) sowie Schweißen. Es gab zahlreiche Firmenkurse sowie mehrere Umschulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice.

Ab 2009 ersetzte das Technische Ausbildungszentrum (TAZ) Mitterberghütten bei Bischofshofen die Ausbildungswerkstatt Kaprun. Das TAZ wurde auf Initiative von AK und WK Salzburg, mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung des Landes und des AMS, errichtet. Das TAZ ist eine Lehrwerkstätte für Metall- und Elektroberufe, wobei die Schwerpunkte in den Bereichen Mechatronik, Zerspanungstechnik und Elektronik gelegt wurden. Es ist mit seinen modernen und komplett ausgestatteten Werkstätten mittlerweile für mehr als 190 Firmenkunden (50 %

Gewerbe und Handwerk, 20 % Industrie, 30 % Tourismus, Handel und Sonstige) zum wichtigen Ausbildungspartner geworden.

Seit Sommer 2010 ist das TAZ auch Ausbildungspartner der Seilbahnwirtschaft. Speziell für Lehrlinge im Lehrberuf „Seilbahntechnik“ werden insgesamt 10 Ausbildungsmodulare zur Ergänzung der betrieblichen Ausbildung angeboten. Dieses Sonderkursprogramm wurde in Kooperation mit der Fachgruppe Seilbahnen der Wirtschaftskammer Salzburg ausgearbeitet.

#### LUNGAUER BILDUNGSVERBUND

In Kooperation mit anderen Salzburger Weiterbildungseinrichtungen wird der Lungauer Bildungsverbund betrieben, welcher vor allem den berufsbildenden Weiterbildungseinrichtungen als Anbieterplattform dient und sich zu einem Zentrum der Erwachsenenbildung im Lungau entwickelt hat (einerseits als Treffpunkt für Bildungshungrige und Wissensdurstige, andererseits als Veranstaltungsort für Seminare, Kurse und Lehrgänge).

#### FH SALZBURG

Seit 1990 war die AK Trägerin der Akademie für Sozialarbeit, welche 2001 als Fachhochschule (FH) zugelassen wurde und am 1. Oktober des Jahres mit dem FH-Studiengang



Die von AK und WK getragene FH Salzburg.



Das Parkhotel Brunauer im Herzen Salzburgs.



für Soziale Arbeit ins erste Semester startete. 2005 wurden auf Initiative der beiden Direktoren Gerhard Schmidt und Wolfgang Gmahl die von AK und Wirtschaftskammer betriebenen Fachhochschullehrgänge in einem „Akt des Überschreitens geistiger Demarkationslinien“ unter ein Dach gebracht. Seither betreiben AK und WK die FH Salzburg am neuen Standort Puch-Urstein gemeinsam. Ab 2009 wurde auf das europäische Bachelor/Master-System umgestellt und der Campus Urstein erweitert. Auch der Campus Kuchl wurde vergrößert und um zusätzliche Labors, Seminar- und Projekträume sowie eine Bibliothekserweiterung ergänzt.

Die FH Salzburg bestand zunächst aus den drei Säulen Wirtschaft & Technik, Medien & Design und Gesundheit & Soziales. Heute ist die FH in die Bereiche Ingenieurwissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Design, Medien & Kunst sowie Gesundheitswissenschaften unterteilt. Insgesamt werden 17 Bachelor-Studiengänge und 10 Master-Studiengänge angeboten, es gibt derzeit über 2.700 Studierende. Ziel ist es Lehre und Forschung im Interesse der Arbeitnehmer und Unternehmer im Einvernehmen mit dem Land Salzburg zu stärken und weiterzuentwickeln. Die FH Salzburg zeichnet sich auch durch eine enge Verflechtung mit der

Wirtschaft aus. Rund 30 % der Drittmittel kommen von Unternehmen. Ziel der FH ist es ein Kompetenzzentrum für Wirtschaft in nationalen und internationalen Netzwerken zu sein.

Die FH Salzburg ist, wie alle Fachhochschulen in Österreich, gesetzlich zur „Institutionellen Evaluierung“ verpflichtet. Dies bedeutet, dass evaluiert wird, inwieweit sie die Verantwortung für die Sicherung und Entwicklung der Qualität wahrnimmt, wobei alle Bereiche der FH einbezogen werden (Studium & Lehre, Strategie & Organisation, Qualitätssicherung, Forschung & Entwicklung, Lehr- und Forschungspersonal, Infrastruktur, Internationalisierung und Finanzen). Die Qualität der Ausbildung wurde auch von der internationalen Qualitätssicherungsagentur FIBAA per Zertifikat bestätigt. Besonders gelobt wurden neben der Qualität der Ausbildung die Leistungen der FH Salzburg als Gesamtorganisation (ausgezeichnetes Service-Angebot für Studierende, vorbildliche infrastrukturelle Ausstattung für Lehre und Forschung und gute Finanzierungsbasis).

#### JUGENDWOHNHEIME - JOSEF-BRUNAUER-BILDUNGSZENTRUM

Um die Jugendlichen aus den Bezirken in ihrer Berufsausbildung zu unterstützen wurde 1957 das „Haus am Bach“ in Parsch für männliche Jugendliche als Lehrlingsheim eröffnet und später als Jugendwohnheim weitergeführt. Ende der 1970er-Jahre wurde dieses Ziel auch für weibliche Jugendliche angestrebt und zudem die Errichtung eines von der Gewerkschaftsjugend geführten Jugendzentrums beabsichtigt. Als Standort wurden 1980 die ehemaligen Steyr-Fiat-Gründe in Salzburg-Itzling angekauft, auf denen das Josef-Brunauer-Bildungszentrum und Mädchenwohnheim nach Plänen der Architekten Zobl und Zaba 1982 errichtet wurde.

Aufgrund der rückläufigen Nachfrage nach Lehrlingsplätzen wurde das „Haus am Bach“ 1993 geschlossen und die Lehrlinge im Josef-Brunauer-Zentrum untergebracht. Der Grund des „Hauses am Bach“ wurde als Beitrag der AK zur Bekämpfung der Wohnungsnot zur kostengünstigen Errichtung eines Mietwohnhauses an die Wohnbaugenossenschaft Salzburg abgegeben. 1998 wurde mit dem Kolpingheim ein Vertrag zur Übernahme der männlichen Jugendlichen geschlossen, seit diesem Jahr wurde

das Josef-Brunauer-Bildungszentrum auch als moderner Hotelbetrieb geführt und gliederte sich in Jugendwohnheim, Bildungs- und Seminarzentrum mit Hotelbetrieb und den Sportbereich. AK-Präsident Siegfried Pichler lobte 2007 das neu umgebaute und eröffnete Tagungs- und Seminarhotel Josef Brunauer als „neue Drehscheibe für Bildungsaktivitäten mit Wohlfühlcharakter“. Seit 2011 wird es als Parkhotel Brunauer Salzburg in einer eigenständigen GmbH erfolgreich geführt, die Gesellschaftsanteile hält zu 100 % die AK Salzburg.

#### AK-KULTURARBEIT

Seit einigen Jahren versucht die AK Salzburg mit diversen Projekten sowohl Jugendliche näher an Kultur heranzuführen als auch sie an ihr partizipieren zu lassen, vor allem da gerade Lehrlinge und Jugendliche im Allgemeinen eine Gruppe sind, die in kulturellen Weiterbildungsangeboten kaum oder gar nicht mit einbezogen werden. Als Aushängeschild fungiert dabei „Culture Space“. Seit 2005 werden hier kontinuierlich kostenlose Workshops aus zeitgenössischen Kulturströmungen angeboten (Poetry Slam<sup>230</sup>, Audio Produktion, Breakdance, Streetdance, Radio, Rap, DJ Culture). „Culture Space“ versteht sich dabei als Jugendförderungsprojekt, die Workshops werden gemeinsam mit den Jugendlichen weiterentwickelt und durch deren Wünsche und Bedürfnisse inspiriert. Dadurch gibt es immer wieder neue Kursprogramme und unterschiedliche Veranstaltungsorte. In Kooperation mit dem Verein ARTgenossen werden Vermittlungsangebote und Workshops zur experimentellen Annäherung an zeitgenössische Kunst und Kultur angeboten.

Weitere Kulturkooperationen gab und gibt es mit dem Schauspielhaus Salzburg (Reihe „Spielraum“; dort können Eltern mit ihren Kindern am Sonntag „kulturbrunchen“, während die Kinder gemeinsam mit Schauspielern Theater machen), mit dem Toihaus-Theater Salzburg (Projekt „Drei“; Jugendliche entwickeln gemeinsam mit Lehrern und Schauspielern eigene Theaterszenen zu Themen, die ihr Leben berühren, und üben diese mit nur minimalen Requisiten und unter großem Zeitdruck ein), mit dem Verein isento (Projekt Forumtheater; hier wird dem Publikum eine Szene vorgestellt, die schlecht oder unbefriedigend endet, woraufhin sich das Publikum selbst aktiv in die Szene einmischen und Veränderungen vornehmen kann), im Bereich Film mit dem Jugendfilmfestival Klappe und dem Studentenfestival film:riss, mit der Galerie Fotohof (Ausstellung über die Finanzkrise und ihre abstrakten Mechanismen und konkreten Auswirkungen) und der Salzburger Kulturvereinigung (jungen Menschen wird klassische Musik näher gebracht).



Die AK fördert junge Filmemacher.



Beim „Culture Space“ geht es um zeitgenössische Kulturströmungen für junge Menschen.

# NACHBETRACHTUNGEN. FAZIT UND AUSBLICK.

---

Nichts ist so beständig wie die Veränderung. Diese Weisheit trifft auch auf die Geschichte der Arbeiterkammer Salzburg zu, die in der vorliegenden Chronik „70 Jahre AK Salzburg in der Zweiten Republik“ der beiden Historiker Andreas Praher und Robert Schwarzbauer in Wort und Bild nachgezeichnet wird.

Die Herausforderungen in der Zeit nach dem Wiederaufbau waren andere als sie es in der individualisierten Gesellschaft, dem schnelllebigen Informationszeitalter oder der technisierten Arbeitswelt von heute sind. Die Arbeiterkammer hat es dabei als Dienstleisterin, Interessenvertretung und Ideengeberin stets geschafft, den Ansprüchen der jeweiligen Gegenwart Rechnung zu tragen.

Die AK als gesetzliche Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst hat im Laufe der Jahrzehnte einen atemberaubenden Wandel erfahren und insbesondere nach den schwierigen 90er-Jahren einen – so die Chronisten „bemerkenswerten Turn-Around von einer reinen Interessenvertretung zu einem dynamischen Dienstleister modernen Zuschnitts vollzogen.“

So beständig auch die Veränderung ist, so sehr erstaunt mit Blick auf die Geschichte dann doch der Blick auf die jeweils aktuellen Kernfragen. Diese sind im Grunde einst

wie heute dieselben geblieben. Man denke etwa an Fragen der gerechten Verteilung, an Forderungen und Anforderungen einer fairen Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen. Oder an Fragen, die das Thema leistbares Wohnen, ausreichend Wohnraum und effektive Raumordnung betreffen.

Diese Fragen werden die Gesellschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und somit auch ihre Interessenvertretung weiterhin beschäftigen. Zusammen mit neuen brennenden Fragen und Problemen, die spätestens mit Ausbruch der Finanzkrise deutlich geworden sind. Mit Herausforderungen am Arbeitsmarkt, die sich aus der Globalisierung ergeben, die aus der zunehmenden Schaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und neuen flexiblen Arbeitsformen resultieren.

Die Arbeiterkammer ist heute eine anerkannte Institution, die höchstes Vertrauen in der Bevölkerung genießt, auf einen reichen Fundus von Experten zurückgreifen kann und zu recht die Bezeichnung „Think Tank für die Arbeitnehmer“ verdient. Sie ist Anlaufstelle für die vielfältigen Probleme, die Arbeitnehmer und Konsumenten betreffen und bewältigt ihre Kernaufgabe der rechtlichen Beratung und Vertretung mit hohem Qualitätsanspruch. Die Arbeiterkammer geht dabei aber



auch neue und durchaus unkonventionelle Wege, wie etwa der Betriebssport oder die Tauschbörse beweisen.

Unser besonderer Dank gilt den beiden Chronisten, die die lebhafteste Geschichte der Arbeiterkammer in der Zweiten Republik beeindruckend nachgezeichnet haben, sowie natürlich allen Funktionären und Mitarbeitern, die die Arbeiterkammer Salzburg zu alldem werden haben lassen, was sie heute ist. Unser Dank geht an dieser Stelle an all jene, die die Geschichte der AK Salzburg geprägt haben. Eine Geschichte, die heute ohne Selbstüberheblichkeit mit Fug und Recht als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden kann.

Das soll sie auch die weiteren 70 Jahre bleiben. Daran arbeiten wir.





# ANHANG

# BIOGRAPHIEN DER PRÄSIDENTEN



20.5.1921  
20.11.1922

**FRANZ PÜHRINGER**  
(15.8.1875 - 5.10.1923)

Erster Präsident der Arbeiterkammer Salzburg. Geboren in Julbach, in Oberösterreich. Gelernter Forstarbeiter, später Brauereiarbeiter. Von 1906 bis 1912 Landessekretär des Lebensmittelarbeiterverbandes in Saaz, in Deutschböhmen, später Prag und Wien. Nach der Revolution kam er nach Salzburg und baute als Sekretär den Lebensmittelarbeiterverband auf. Wirkte in der Gewerkschaft, den Genossenschaften und der SDAP, galt als guter Organisator und hatte sich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung große Kenntnisse erworben. Er unterrichtete die Arbeiter in Kursen und Vorträgen. Im Frühjahr 1921 zum ersten Präsidenten der AK berufen. Gestorben 1923 an der Tuberkulose.



20.11.1922  
3.11.1923

**HANS GEIGL**  
(1.2.1884 - 3.11.1923)

Geboren in Mauerkirchen (OÖ) als Sohn eines Handwerkers; kam 1909 nach Salzburg. Gelernter Schlosser, trat später in den Dienst der Staatsbahnen und wurde Vertrauensmann der Eisenbahnergewerkschaft. 1921 Vizepräsident der AK wurde er nach dem Tod von Pühringer zum Präsidenten gewählt. Er hatte sich eine umfassende Bildung angeeignet und setzte sich besonders für die Lehrlinge ein. 39-jährig, am 3. November 1923, an der Proletarierkrankheit, der Tuberkulose verstorben.



30.11.1923  
28.5.1925

**JAKOB AUER**  
(13.7.1863 - 19.10.1952)

Geboren in Pfaffing, Vöcklabruck, als Sohn eines Keuschlers, wuchs er bei Verwandten auf. Nach der Müllerlehre erlernte er das Maurerhandwerk, 1887 trat er in Ried dem Arbeiterbildungsverein bei. 1897 kam er nach Salzburg und begann die Bauarbeiter zu organisieren. Mitbegründer des Konsumvereines „Vorwärts“ (1904). 1905 Vertrauensmann der Bauarbeitergewerkschaft. Nach dem Tod von H. Geigl am 30.11.1923 zum AK-Präsidenten gewählt, trat er nach dem fraktionsinternen Streit um die finanziellen Auswirkungen eines geplanten Neubaus des Kammergebäudes zurück.



28.5.1925  
5.5.1927

**JOHANN ELIAS**  
(29.12.1872 - 5.5.1927)

Geboren in Salzburg. Er erlernte das Schlosserhandwerk und durchwanderte als Dreher ganz Österreich. Er stieß schon 1886 zum Verband der Metallarbeiter und zur sozialdemokratischen Bewegung. Seit 1909 Funktionär, seit 1921 Sekretär des Metallarbeiterverbandes in Salzburg.



30.5.1927  
31.12.1933

**KARL EMMINGER**  
(26.9.1878 - 5.5.1944)

Geboren in Deutsch Altenburg, gelernter Schlosser. Nachdem der Vater früh starb, erzog die Mutter, die in der Tabakfabrik Hainburg arbeitete, allein die 3 Kinder. Emminger kam 1902 nach Salzburg und wirkte als Werkmeister im Eisenbahnbetriebswerk in der Freien Gewerkschaft und wurde Hauptvertrauensmann der Salzburger Eisenbahner. 1918 nach einer Ansprache bei der großen Antikriegsdemonstration wurde er verhaftet. Nach dem ersten Weltkrieg wurde er vorerst Gemeinderat von Gnigl, dann Landesrat und 1919 Mitglied der Landesregierung, wo er sich besonders für den Wohnbau und Straßenbau einsetzte. Gründungsmitglied der genossenschaftlichen Union Lebensmittelwerke (1921-1923). Landeskommandant des Republikanischen Schutzbundes in Salzburg. Seine starke Persönlichkeit hat in der ersten Republik die Salzburger Sozialdemokratie stark geprägt. 1927 - 1933 Präsident der Arbeiterkammer, bis zur Eliminierung der Selbstverwaltung. 1934, 1938 und 1942 mehrmals inhaftiert.



1.1.1934  
11.3.1938

**HERMANN STRUBER**  
(31.3.1905 - 1944)

Vorsitzender der ernannten Verwaltungskommission im Ständestaat. Nach der Volksschule und seiner Tätigkeit als Landwirtschafts- und Industriearbeiter wurde er Sekretär der christlichen Gewerkschafter. Von 1929-1932 war er Obmann des Überwachungsausschusses der Landwirtschaftskrankenkasse. Struber wurde mit 1.1.1934, als 29-jähriger, nach der Auflösung der demokratischen Selbstverwaltung in der AK als Vorsitzender der durch Verordnung ernannten Verwaltungskommission und später des Landeskartells des Gewerkschaftsbundes bestellt, weiterhin aber als Präsident benannt. Die Arbeiterkammer fungierte als Geschäftsstelle der verordneten Einheitsgewerkschaft. 1938 kurz verhaftet starb er 1944 im Kriegseinsatz in Holland/Belgien. Er initiierte die Errichtung des alten Kammergebäudes 1936.



11.8.1945  
7.11.1955

**HANS WEBERSDORFER**  
(19.8.1898 - 7.11.1955)

Als Sohn einer Arbeiterfamilie in Salzburg geboren. Er besuchte nach der Hauptschule die Gewerbeschule und erlernte das Maurerhandwerk. Schon 1913 war er Vertrauensmann der Bauarbeiter, als starke und harte Persönlichkeit bekannt. 1922 bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1934 Sekretär der Baugewerkschaft. 1934 - 1938 wurde er dreimal verhaftet und hatte acht Hausdurchsuchungen zu überstehen. 1939 - 1945 Militärdienst in Frankreich, Holland und Belgien. Ab 11.8.1945 übernahm Webersdorfer als kommissarischer Leiter, ab 11.5.1946 als Präsident die Führung der AK. Wiederaufbau von AK und ÖGB, Sicherung der Ernährung, Preisüberwachung und eine umfangreiche Funktionäreausbildung prägen seine Präsidentschaft. In seiner Präsidentschaft wurde 1952 das neue AK-Gebäude neben dem alten (dem nunmehrigen ÖGB-Haus) in der Auerspergstraße errichtet und die Bezirksstelle Bischofshofen 1952 geschaffen.



14.1.1956  
30.6.1965

**JOSEF HORAK**  
(2.1.1898 - 8.12.1978)

Im Jahr 1898 in Wien als Sohn eines Webergehilfen geboren war er nach kriegsbedingtem Abbruch des humanistischen Gymnasiums als Hilfsarbeiter, später in verschiedenen kaufmännischen Berufen, zuletzt als Bilanzbuchhalter bei der Allgemeinen Konsumgenossenschaft tätig. Horak übersiedelte 1918 nach Salzburg. Seit 1921 Mitglied der Freien Gewerkschaften, seit 1924 Obmannstellvertreter und 1926 Obmann der Ortsgruppe Salzburg des Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten Österreichs. 1927 Landessekretär des Zentralvereins. Seit 1926 Kammerrat der AK. Im Februar 1934 entlassen, ab Mai 1934 bis 1938 Sekretär der Lebensmittelarbeiter. Nach der Entlassung 1938 durch die Nationalsozialisten Buchhalter. Ab September 1943 Militärdienst. Im Jahr 1946 wurde Horak einstimmig zum Landessekretär der Landesexekutive Salzburg des ÖGB gewählt. 1948 - 1963 Obmann der Salzburger Gebietskrankenkasse. Von 14.1.1956 - 30.6.1965 bekleidete er die Funktion eines Landesrates für Kultur in der Salzburger Landesregierung. Nach dem Ableben von Johann Webersdorfer war er Kammerpräsident von 1956 bis 30.5.1965. Die ÖGB-Heime werden ausgebaut.



30.6.1965  
11.11.1966

**KARL STEINOCHER**  
(19.1.1920 - 30.5.2013)

Geboren in Bischofshofen als Sohn eines Eisenbahners kam er 1932 nach Salzburg. Nach der kaufmännischen Lehre war er seit 1938 als Fahrdienstleiter bei der Eisenbahn beschäftigt. 1940 zur Luftwaffe eingezogen. 1934 Mitglied der illegalen sozialistischen Jugend. 1951 Sozialakademie in Wien. Seit 1949 Kammerrat. 1957 - 1959 Bundesrat. 30.6.1965 - 11.11.1966 AK-Präsident. Von 1966 - 1976 Landeshauptmannstellvertreter. 1966 - 1978 Landesparteiohmann der SPÖ. Obmann des Konsum West. Steinocher wird zu einer der tragenden Säulen eines umfassenden Reformprozesses innerhalb der SPÖ nach der Niederlage bei der Nationalratswahl 1966, die in der Wahl von Bruno Kreisky zum Parteivorsitzenden mündet. Steinocher widmet sich mit dem Karl Steinocherfonds insbesondere der Geschichte der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung.



11.11.1966  
11.11.1983

**JOSEF BRUNAUER**  
(4.8.1921 - 9.9.1999)

Geboren in Salzburg als Sohn eines Postbeamten, später SPÖ-Bundesrats; gelernter Tischler, besuchte nach der Hauptschule die gewerbliche Fortbildungsschule. 1941 - 1947 Kriegsdienst und russische Kriegsgefangenschaft. 1942 als Mitglied der illegalen sozialistischen Jugend zwei Monate verhaftet. 1948 Sekretär der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft. 1956 - 1983 Landtagsabgeordneter, 1967 Vorsitzender der ÖGB-Landesexekutive. Vizepräsident des Roten Kreuzes. Nachdem Karl Steinocher als Landeshauptmannstellvertreter in die Landesregierung ging, wurde Brunauer, obwohl nur aus der zweiten Funktionärelinie kommend, nach fraktionsinterner Kampfabstimmung gegen Oskar Weidisch 1966 zum AK-Präsidenten gewählt. Er engagierte sich besonders gegen die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe und für strukturell benachteiligte Landesteile und gilt als „Vater“ des Terminplans für die öffentlichen Bauvorhaben im Land. Der Bau eines neuen Berufsförderungsinstituts 1976, des Josef Brunauer Mädchenwohnheim und Bildungszentrums 1982, sowie der Ausbau der Bezirksstellen in Zell am See, Neumarkt und Hallein fallen in seine Amtsperiode. Der Pressedienst und die Wandzeitung Panorama entstanden, die Betriebsbesuche und Sprechtage wurden intensiviert. Brunauer pflegte die Sozialpartnerschaft und war für sein gutes Verhältnis zu Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer bekannt.



11.11.1983  
26.11.1998

**HERBERT SUKO**  
(GEB. 7.6.1931)

Geboren in Rohrbach-Berg (OÖ) als Sohn eines Schriftsetzers besuchte er die Fachschule für Eisen- und Metallbearbeitung in Steyr. 1966 Sozialakademie. Nach verschiedenen Tätigkeiten als Dreher und Maschinenschlosser kam er 1958 zur Brauerei Kaltenhausen der Österreichischen Brau AG. Von 1961 - 1993 freigestellter Betriebsratsobmann, 1972 - 1985 Zentralbetriebsratsobmann der Österr. Brau AG, von 1968 - 1998 Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter (LUGA). 1981 - 1998 Vorsitzender-Stellvertreter der LUGA (nunmehr ANG). Suko führte mehrere Arbeitskämpfe durch. 1968 - 1998 Landesobmann des Verbandes Österreichischer Sparvereine (VÖS). 1991 - 1997 Obmann der ARGE Betriebssport. 1984 - 1996 Vorsitzender der ÖGB-Landesexekutive, 1970 - 1982 Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Gewerkschafter. 1972 Mitglied des Landespartei Vorstandes der SPÖ. 1964 - 98 AK-Kammerrat, 1969 Vorstandsmitglied und vom 11.11.1983 bis 1998 Präsident. Bei den AK-Wahlen 1989 gewinnt er mit den Sozialdemokratischen Gewerkschaftern entgegen allen Prognosen Stimmen und Mandate und erzielt das zweitbeste Ergebnis bei AK Wahlen. Vom Selbstverständnis fühlte sich Herbert Suko mehr als Betriebsrat denn als Präsident und agiert oft kämpferisch. Er findet aber auch mit den „Patriarchen“ auf Arbeitgebersseite wie Arnsteiner oder Rohrmoser eine Gesprächsebene. Besonders intensiv pflegte er die Kontakte mit den Betriebsräten durch Betriebsräte-Infos und Sprech-tage in Stadt und Bezirken. Persönlich war er Fußballer, begeisterter Sportkegler und baute sich eine große Bibliothek auf. Der intensive Ausbau der Dienstleistungen in der Rechtsberatung und im Konsumentenschutz, das neue Beratungs-und Servicezentrum, gegen dessen Bau er zwar starke finanzielle Bedenken hatte, der Neubau der Bezirksstellen Hallein, Bischofshofen, Neumarkt (Neuanmietung) und Tamsweg, die Schaffung einer eigenen Abteilung Betriebsräteberatung und die großzügige Förderung des Betriebssports kennzeichnen seine Präsidentschaft.



**26.11.1998**  
**1.7.2003**

**ALEXANDER BÖHM**  
(GEB. 15.11.1942)

Geboren in Wien als Sohn eines Straßenbauers, wohnhaft in Kaprun.

- » Elektrikerlehre
- » 1981 Sozialakademie
- » seit 1968 als Betriebselektriker bei den Tauernkraftwerken
- » seit 1978 im Betriebsrat
- » 1991 Betriebsratsobmann
- » 1978 - 1998 Mitglied des Aufsichtsrates
- » 1975 - 1996 Gemeindevertreter und Gemeinderat in Kaprun
- » 1989 - 1998 Landtagsabgeordneter
- » Alexander Böhm ist verheiratet, hat drei Söhne und betreibt gerne Sport

Nach fraktionsinternen Streitigkeiten um die Suko-Nachfolge wurde schließlich der Betriebsratsobmann der Tauernkraftwerke Alexander Böhm, Landtagsabgeordneter (SPÖ) 1998 zum Präsidenten gewählt und kittete wieder die Spannungen. Die Wahl 2000 gewinnt er mit den Sozialdemokratischen Gewerkschaftern - Liste Alexander Böhm - trotz Einführung der Briefwahl souverän.

Böhm intensivierte die Nutzung der modernen Kommunikationsmittel und die Medienpräsenz. In seine Präsidentschaft fallen auch die durch die Umsetzung der Aufgabenreform notwendigen Sparmaßnahmen in der AK um den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten.



**SEIT**  
**1.7.2003**

**SIEGFRIED PICHLER**  
(GEB. 21.8.1952)

Siegfried Pichler arbeitete neun Jahre in der Privatwirtschaft im kaufmännischen Bereich bevor ihn der damalige Landessekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) Othmar Raus 1976 in die GPA nach Salzburg holte. 1984 übernahm Pichler die Führung der GPA Salzburg. Seine Funktionärslaufbahn begann bereits im Alter von 15 Jahren in der Gewerkschaftsjugend. 1979 wechselte er als sozialdemokratischer Kammerrat in die Salzburger Arbeiterkammer und war ab 1984 AK-Vizepräsident und Vorsitzender der FSG. Zudem war er 1989/90 Landtagsabgeordneter und von 2009 bis 2013 Vorsitzender des Aufsichtsrates der GSWB (Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft).

Seit dem 1. Juli 2003 ist Siegfried Pichler Präsident der Arbeiterkammer Salzburg und seit 2004 ÖGB-Landesvorsitzender. Er war vom 16. September 2009 - 16. September 2014 Vizepräsident der Bundesarbeitskammer. Unter Präsident Pichler kann die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter auf die drei besten Wahlergebnisse (zw. 67,4 und 69,5 %) ihrer Geschichte zurückblicken.

Sein Versprechen, die Arbeiterkammer Salzburg zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb des 21. Jahrhunderts umzugestalten, hat der gebürtige Pinzgauer eindrucksvoll in die Tat umgesetzt. In seiner Funktionsperiode wurden die Serviceleistungen der Arbeiterkammer stark ausgeweitet: Seit 2005 veranstaltet die AK gemeinsam mit dem ÖGB jährlich die Wintertauschbörse und seit 2008 die Aktion Steuerlöscher.

Sozialpartnerschaft wurde unter Siegfried Pichler im Bildungsbereich geradezu gelebt. Beste Beispiele sind die seit 2005 bestehende gemeinsame Trägerschaft der Fachhochschule Salzburg, das TAZ Mitterberghütten (2010) und das Projekt „Lehre mit Matura“ (2008). Außerdem prämiiert die Arbeiterkammer Salzburg seit 2013 im Rahmen des AK-Wissenschaftspreises jährlich wissenschaftliche Arbeiten zu arbeitnehmerrelevanten Themen. Nicht unerwähnt bleiben darf auch das große Engagement Pichlers in Sachen Gesundheitspolitik und -förderung: Salzburg war die erste Länderkammer Österreichs mit einem eigenen gesundheitspolitischen Referat.

Ebenfalls beispielgebend setzte die AK ab dem Jahr 2006 als erste Initiativen für „Alternsgerechtes Arbeiten“. Zudem hat die AK Salzburg dem Thema „Psyche“ mit der Anstellung einer eigenen Arbeitspsychologin einen besonderen Stellenwert eingeräumt.

Mittlerweile nicht mehr wegzudenken aus dem Bereich des Konsumentenschutzes sind die verschiedenen Preiserhebungen, die Präsident Pichler seit Beginn seiner Amtszeit forciert hat, allen voran ab dem Jahr 2008 der so genannte „Warenkorb“. Bereits in Pichlers erster Funktionsperiode wurde im Jahr 2004 der Grundstein für eine - in dieser Form bisher noch nicht dagewesene - wissenschaftlich fundierte Analyse der Arbeitssituation der Salzburger Beschäftigten gelegt. Und zwar mit der Einführung des von der AK Oberösterreich entwickelten Arbeitsklima Index als Instrument zur Beobachtung und Überprüfung der Arbeitsqualität und des Wohlbefindens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Salzburg - in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut IFES.

Nach nur vier Monaten Umbauzeit erstrahlt das ehemalige „Brunauerzentrum“ seit Herbst 2007 in der Elisabethstraße 45A als „Parkhotel Brunauer“ in neuem Glanz. Auf Pichlers Initiative wurde hier eine Drehscheibe für Bildungsaktivitäten engagierter Arbeitnehmervertreter mit Wohlfühlfaktor geschaffen.

Auch sportliche Meilensteine kamen nicht zu kurz. Die ARGE Betriebssport richtet aktuell 23 Bewerbe in den verschiedenen Sportarten aus. Daran nehmen 15.000 Salzburgerinnen und Salzburger teil. Hier findet eine Weiterentwicklung in Richtung Familien- und Gesundheitssport statt.



# BIOGRAPHIEN DER DIREKTOREN

---

## DR. HERMANN GUNSCHER

1884  
1922

vorher Beamter der Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten in Graz. Erster Sekretär der AK für ein Jahr.

## DR. HANS BALTINESTER

1922  
1956

Geboren am 17.9.1896 (+ 8.3.1982) in Brünn als Sohn des späteren HR der Salzburger Finanzprokuratur kam Dr. Hans Baltinester nach dem Jus-Studium und mehrjährigem Frontdienst im 1. Weltkrieg an das Landesgericht Salzburg. Am 1.12.1921 trat er als Konzeptsbeamter in die kurz zuvor errichtete Arbeiterkammer ein und wurde 1922 zum ersten Sekretär bestellt. 1934 wurde er, obwohl Schutzbundmitglied, aufgrund guter Kontakte mit Landeshauptmann Rehr in seinem Amt belassen. Der christlichsoziale, spätere Landesamtsdirektor (1959 - 1970), Dr. Anton Schober, wurde ihm jedoch politisch zur Seite gestellt. Mit 30.6.1938, der Auflösung der AK durch die Nationalsozialisten, entlassen, war er bis 1945 als Vertragsangestellter in der Heeresverwaltung beschäftigt. In dieser Zeit war er mehrfach politischen Repressalien ausgesetzt. Nach Kriegsende war er beim Arbeitsamt und ab 11.5.1946 - 1956 wieder erster Sekretär bzw. Kammeramtsdirektor der AK.

## PROF. DDR. HANS FLORETTA

1956  
1977

Geboren in Saalfelden am 8.2.1923 (+ 20.3.2009). Gymnasium in Salzburg. 1941 Militärdienst. 1948 Promotion zum Dr. der Rechte. 1949 Dr. der Staatswissenschaften. 1.10.1948 Rechtsreferent in der AK Salzburg. Direktor in der AK vom 1.5.1956 - 31.3.1977. 19.11.65- 30.9.1982 o.Prof. an der Universität Salzburg. Rechtsdogmatik und Rechtspolitik zur Arbeits- und Betriebsverfassung, insb. zur Thematik des allgemeinen Kündigungs- und Entlassungsschutzes. Kommentar zum Betriebsrätegesetz 1949, 1975 mit R. Strasser zum Arbeitsverfassungsgesetz. Präsident der Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht. Aufbau des Instituts für Arbeitsrecht und Anteil an der Gründung der Universität Salzburg 1966. Eine ausführliche Würdigung Prof. Hans Florettas erfolgte durch Martinek Oswin: Wissenschaft und Interessenausgleich.

## DR. VIKTOR CZEPL

1977  
1988

Geb. 14.5.1928 (+ 21.5.2010) in Salzburg. 1946-1956 bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter. Von 1956 bis 1988 bei der AK, 1977-1988 Kammeramtsdirektor. 1984-1989 Obmann der Salzburger Gebietskrankenkasse. Initiativen im Bereich der Alpinforschung. Gründer des Kuratoriums für alpine Sicherheit und der „Kapruner Gespräche“. Projektleiter der ersten österr. Armutsstudie „Das Gesicht der Armut“.

## MAG. KARL FINK

1988  
1992

Geb. am 27.8.1947. Kam von der Wirtschaftspolitik der AK OÖ. 1975 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung und Direktorstellvertreter. Landtagsabgeordneter. Aufbau eines EDV-unterstützten Beschluss- und Dokumentationssystems und EDV Einführung. Förderung von Beschäftigungsprojekten im alternativ-ökonomischen Sektor. 1988-1992 Direktor. Gründete das IPM (Institut für Politikmanagement) und ist seit 1992 selbständig.

## MAG. GERHARD SCHMIDT

SEIT  
1992

Geb. 25.6.1954. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre und Tätigkeit in der Finanzabteilung bei der SGKK, seit 1979 in der Wirtschaftspolitischen Abteilung, ab 1988 Abteilungsleiter. Seit 1.10.1992 Direktor. Studien zur Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung. Die Abwicklung des AK-Zubauens, die Aufgabenreform und notwendige Einsparungsmaßnahmen prägten seine Tätigkeit in den 1990er Jahren. Schwerpunkt ab 2000 waren die Bildungseinrichtungen der AK: Gründung der Fachhochschule Salzburg, des TAZ Mitterberghütten und der Lehre mit Matura gemeinsam mit der WK Salzburg, Umgestaltung BFI Salzburg und Parkhotel Brunauer Salzburg, Installierung der Abteilung für Bildung, Jugend und Kultur in der AK. Aufsichtsratsvorsitzender BFI Salzburg BildungsGmbH und Parkhotel Salzburg GmbH, Aufsichtsrat der Fachhochschule Salzburg GmbH. Initiativen zum Stadionbau Wals-Siezenheim und der Salzburger Bewerbung Olympia 2006 und 2010, Durchführung der Europäischen Betriebssportspiele 2003 und - kommend - 2019.

# AK-VORSTÄNDE

	Vorstand 2014 bis 2019 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 11.03.2014)		Vorstand 2009 bis 2014 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 31.03.2009)		Vorstand 2004 bis 2009 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 26.03.2004)	
<b>PRÄSIDENT</b>	SIEGFRIED PICHLER	FSG	SIEGFRIED PICHLER	FSG	SIEGFRIED PICHLER	FSG
<b>VIZEPRÄSIDENTEN</b>	PETER EDER	FSG	WALTER ANDROSCHIN	FSG	WALTER ANDROSCHIN	FSG
	GABI PROSCHOFSKI	FSG	MONIKA SCHMITTNER	FSG	MONIKA SCHMITTNER	FSG
	OTHMAR DANNINGER	FSG	WALTER PERSCHL	FSG	GERHARD TRATTNER	FSG
<b>MITGLIEDER</b>	DJUJA BECIREVIC	FSG	INGEBORG AICHINGER	FSG	KARIN BEER	FSG
	GERALD FORCHER	FSG	OTHMAR DANNINGER	FSG	OTHMAR DANNINGER	FSG
	HANS-PETER GRANDENTI	FSG	GERALD FORCHER	FSG	ANNELIESE MITTEREGGER	FSG
	GEORG RUSSEGGER	FSG	MONIKA TIEFENTHALER	FSG	MONIKA TIEFENTHALER	FSG
	FRANZ WALLMANN	FSG	FRANZ WALLMANN	FSG	FRANZ WALLMANN	FSG
	HERBERT TRATTNIG	FA-FPÖ	KURT FRIEDL	ÖAAB & FCG	MAG. BERNHARD ROBOTKA	ÖAAB & FCG
	BERNHARD BEFURT	ÖAAB & FCG	ANNA-MARIA FELDBAUMER	ÖAAB & FCG	DIPL.-ING. PAUL LOVREK	ÖAAB & FCG
<b>KOOPTIERT</b>	HEIDI HIRSCHBICHLER, MBA	FSG	HEIDI HIRSCHBICHLER, MBA	FSG	ROBERT MÜLLNER	AUGE/UG
	ROBERT MÜLLNER	AUGE/UG	ROBERT MÜLLNER	AUGE/UG	HERBERT TRATTNIG	FA-FPÖ
			HERBERT TRATTNIG	FA-FPÖ	RUPERT SCHINDLAUER	FSG

	Vorstand 1979 bis 1984 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 6.7.1979)		Vorstand 1974 bis 1979 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 15.4.1974)		Vorstand 1969 bis 1974 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 31.10.1969)	
<b>PRÄSIDENT</b>	JOSEF BRUNAUER	SPÖ	JOSEF BRUNAUER	SPÖ	JOSEF BRUNAUER	SPÖ
<b>VIZEPRÄSIDENTEN</b>	ALFRED NEBAUER	SPÖ	ALFRED NEBAUER	SPÖ	GUSTAV STOCKERT	SPÖ
	DR. OTHMAR RAUS	SPÖ	DR. OTHMAR RAUS	SPÖ	MAX SÜKA	SPÖ
	KARL SCHMIED	ÖVP	KARL SCHMIED	ÖVP	KARL SCHMIED	ÖVP
<b>MITGLIEDER</b>	FRITZ OBKIRCHNER	SPÖ	RUPERT SCHMIDHOFER	SPÖ	RUDOLF EDER	SPÖ
	RUPERT SCHMIDHOFER	SPÖ	FRITZ SCHORN	SPÖ	FRITZ SCHORN	SPÖ
	FRITZ SCHORN	SPÖ	HERBERT SUKO	SPÖ	HERBERT SUKO	SPÖ
	HERBERT SUKO	SPÖ	OSKAR WEIDISCH	SPÖ	OSKAR WEIDISCH	SPÖ
	MEINRAD DONNENBERG	ÖVP	GERHARD SCHMIDT	ÖVP	GERHARD SCHMIDT	ÖVP
	GERHARD SCHMIDT	ÖVP	ING. MICHAEL STADLER	ÖVP	ROLAND ASPÖCK	FPÖ
	ING. MICHAEL STADLER	ÖVP	ROLAND ASPÖCK	FPÖ	MICHAEL PÖLLHUBER	FPÖ

	VORSTAND 1945 BIS 1949 (zum Zeitpunkt der Konstituierung)		Verwaltungskommissionsmitglieder 1934-1938
<b>PRÄSIDENT</b>	JOHANN WEBERSDORFER	SPÖ	STRUBER HERMANN, Vorsitzender, Bundeswirtschaftsrat
<b>VIZEPRÄSIDENTEN</b>	FRITZ RÜCKER	ÖVP	KAINZ FERDINAND, VORSITZENDER-STV., Bundeswirtschaftsrat, Bauarbeiter
	JOSEF KITTL	KPÖ	FUNK ANTON, REGIERUNGSRAT, leitender Beamter der Versicherungskasse f. Angestellte
<b>MITGLIEDER</b>	JOSEF HORAK	SPÖ	GRATSCHMAIER JOHANN, Baupolier
	HANS MOIK	SPÖ	HARTINGER ALBERT, Angestellter des Elektrizitätswerkes
	FERDINAND PUTZ	SPÖ	MODERNERER FRANZ, Zellulosearbeiter
	JAKOB RIEDL	SPÖ	NUSSBAUMER ROBERT, Landesrat, Goldarbeiter
	AUGUST WIDLROITHER	SPÖ	RÜCKER FRITZ, Sparkassenbeamter
	FRANZ HELL	ÖVP	SCHARINGER IGNATZ, Schlosser
	FRITZ RÜCKER	ÖVP	SCHOLLER JOHANN, Schmied
			STRANSKY RUDOLF, Versicherungsbeamter
			WEISS WILHELM, Chauffeur

Vorstand 2000 bis 2004 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 24.5.2000)		Vorstand 1994 bis 1999 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 14.11.1994)		Vorstand 1989 bis 1994 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 6.7.1989)		Vorstand 1984 bis 1989 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 4.5.1984)	
ALEXANDER BÖHM	SPÖ	HERBERT SUKO	SPÖ	HERBERT SUKO	SPÖ	HERBERT SUKO	SPÖ
SIEGFRIED PICHLER	SPÖ	ALFRED NEBAUER	SPÖ	ALFRED NEBAUER	SPÖ	ALFRED NEBAUER	SPÖ
WALTER ANDROSCHIN	SPÖ	SIEGFRIED PICHLER	SPÖ	SIEGFRIED PICHLER	SPÖ	DR. OTHMAR RAUS	SPÖ
DIPL.-ING PAUL LOVREK	ÖVP	DIPL.-ING. PAUL LOVREK	ÖVP	ELFRIEDE STERNBERG	ÖVP	WOLFGANG SALIGER	ÖVP
HEIDI HIRSCHBICHLER	SPÖ	URSULA AUER	SPÖ	URSULA AUER	SPÖ	FRITZ OBKIRCHNER	SPÖ
ANDREAS HUSS	SPÖ	ANTON EDELMAYR	SPÖ	WOLFGANG RAINER	SPÖ	OTMAR RÜSCHER	SPÖ
RUPERT SCHINDLAUER	SPÖ	FRANZ MORITZ	SPÖ	OTMAR RÜSCHER	SPÖ	JOSEF WEICHENBERGER	SPÖ
SIEGFRIED SCHLÜCKNER	SPÖ	RUPERT SCHINDLAUER	SPÖ	JOSEF WEICHENBERGER	SPÖ	JOHANN EGGER	ÖVP
MONIKA SCHMITTNER	SPÖ	SIEGFRIED SCHLÜCKNER	SPÖ	ING. DR. HEINZ PETER BÖHMÜLLER	ÖVP	MONIKA JELL	ÖVP
MAG. BERNHARD ROBOTKA	ÖVP	MAG. BERNHARD ROBOTKA	ÖVP	RUPERT LENGAUER	ÖVP	RUPERT LENGAUER	ÖVP
ERICH TADLER	FPÖ	JOACHIM FISCHER	FPÖ	JOACHIM FISCHER	FPÖ	SIEGFRIED NERATH	ÖVP

Vorstand 1964 bis 1969 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 16.11.1964)		Vorstand 1959 bis 1964 (zum Zeitpunkt der Konstituierung am 14.11.1959)		Vorstand ab Mai 1956		Vorstand ab 1949	
JOSEF HORAK	SPÖ	JOSEF HORAK	SPÖ	JOSEF HORAK	SPÖ	JOHANN WEBERSDORFER	SPÖ
KARL STEINOCHER	SPÖ	KARL STEINOCHER	SPÖ	FERDINAND PUTZ	SPÖ	FERDINAND PUTZ	SPÖ
OSKAR WEIDISCH	SPÖ	OSKAR WEIDISCH	SPÖ	OSKAR WEIDISCH	SPÖ	ADOLF VESELY	ÖVP
		FRIEDRICH LAUER	ÖVP	ADOLF VESELY	ÖVP		
KURT BRANDAUER	SPÖ	KURT BRANDAUER	SPÖ	JOSEF BÖCK	SPÖ	JOSEF HORAK	SPÖ
JOHANN GADERMAYER	SPÖ	JOHANN GADERMAYER	SPÖ	VOLKHART DUXNER	SPÖ	JOHANN PROHASKA	SPÖ
JOHANN PROHASKA	SPÖ	JOHANN PROHASKA	SPÖ	JOHANN GADERMEYER	SPÖ	THOMAS NEUWIRTH	WDU
FRITZ SCHORN	SPÖ	FRITZ SCHORN	SPÖ	JOHANN PROHASKA	SPÖ	OTTO TISOTT	WDU
FRIEDRICH LAUER	ÖVP	WALTER LEITNER	FPÖ	RUDOLF STROBL	SPÖ		
KARL SCHMIED	ÖVP						

Vorstand 1926		Vorstand 1921	
PRÄSIDENT ELIAS JOHANN	FREIE GEW.	PRÄSIDENT PÜHRINGER FRANZ	FREIE GEW.
VIZEPRÄSIDENT EMMINGER KARL	FREIE GEW.	VIZEPRÄSIDENT GEIGL HANS	FREIE GEW.
		AUER JAKOB	FREIE GEW.
		SCHÜRER ALOIS	FREIE GEW.
		BECK ALOIS	NATIONALE GEW.)

# AK-KAMMERRÄTE

2014

2019

Siegfried PICHLER	FSG	Helga REPETSCHNIGG	FSG	Gerhard DOBERNIG	FSG
Gabi PROSCHOFSKI	FSG	Josef GRÜNWALD	FSG	Herbert TRATTNIG	FA-FPÖ
Erwin HILLINGER	FSG	Gerlinde KONNERTH	FSG	Friedrich KÖSSLER	FA-FPÖ
Othmar DANNINGER	FSG	Claudia BANNOUR-OBERHAUSER	FSG	Dipl.-Ök. Kerstin HÖHNDORF	FA-FPÖ
Heidi HIRSCHBICHLER, MBA	FSG	Leopold GRÜNWALD	FSG	Andreas BACHMANN	FA-FPÖ
Gerald FORCHER	FSG	Ing. Walter KOGLER	FSG	Bernhard BURGSTEINER	FA-FPÖ
Andreas HUSS, MBA	FSG	Djuja BECIREVIC	FSG	Claudia KALTENEGGER	FA-FPÖ
Matthias AIGNER	FSG	Rudolf ERHART	FSG	Manfred FÜREDER	FA-FPÖ
Peter EDER	FSG	Ewald SCHWENGL	FSG	Willibald RESCH	FA-FPÖ
Helmut SCHNAITL	FSG	Daniel MÜHLBERGER	FSG	Bernhard BEFURT	ÖAAB&FCG
Ines REHRL	FSG	Andrea BRÜNDLINGER	FSG	Kurt FRIEDL	ÖAAB&FCG
Franz WALLMANN	FSG	Johann WITTEK	FSG	Nadja RANFTLER	ÖAAB&FCG
Ida FLEISSNER	FSG	Dietmar FRITZ	FSG	Ing. Dipl.-Wing. (FH)	
Hans-Peter GRANDENTI	FSG	Christopher SIMONLEHNER	FSG	Johann GRÜNWALD	ÖAAB&FCG
Walter BACHER	FSG	Gabriele MAYER	FSG	Rainer SCHMIDHUBER	ÖAAB&FCG
Roland SEITLINGER	FSG	Christian FREISINGER	FSG	Christine VIERHAUSER	ÖAAB&FCG
Sigrid BRANDNER	FSG	Bernhard STEINBERGER	FSG	Mag. Harald KINDERMANN	ÖAAB&FCG
Christina BECKER	FSG	Erich SCHIFFER	FSG	Robert MÜLLNER	AUGE/UG
Franz BUCHEDER	FSG	Georg RUSSEGGER	FSG	Johanna LANDAUER	AUGE/UG
Reinhard SCHWARZENBERGER	FSG	Agnes POSTL	FSG	Klaus-Peter FRITZ, MAS	AUGE/UG
Josef LECHNER	FSG	Erich RIBITSCH	FSG	Ümit KALE	AUGE/UG
Walter EIGENSTUHLER	FSG	Rupert GRUBER	FSG	Sylvia STERN	AUGE/UG
Thomas KINBERGER	FSG	Alexander STAMPFER	FSG	Brigitte PROMBERGER	GLB
Karin KÁDÁR, MSc	FSG	Johann KENDLBACHER	FSG		

2009

2014

Siegfried PICHLER	FSG	Bernhard AUINGER	FSG	Agnes POSTL	FSG
Walter ANDROSCHIN	FSG	Gerhard ZUCKERSTÄTTER	FSG	Kurt FRIEDL	ÖAAB&FCG
Monika SCHMITTNER	FSG	Walter EIGENSTUHLER	FSG	Anna-Maria FELDBAUMER	ÖAAB&FCG
Erwin HILLINGER	FSG	Matthias HUBER	FSG	Bernhard BEFURT	ÖAAB&FCG
Othmar DANNINGER	FSG	Hans-Peter GRANDENTI	FSG	Ing. Dipl.-Wing. (FH)	
Heidi HIRSCHBICHLER, MBA	FSG	Josef MAIER	FSG	Johann GRÜNWALD	ÖAAB&FCG
Gustav WINDTNER	FSG	Günter NEUHOFER	FSG	Herbert KREUZBERGER	ÖAAB&FCG
Andreas HUSS, MBA	FSG	Djuja BECIREVIC	FSG	Markus PITTERKA	ÖAAB&FCG
Matthias AIGNER	FSG	Erich SCHIFFER	FSG	Nadja RANFTLER	ÖAAB&FCG
Peter EDER	FSG	Karin WINKLER	FSG	Rainer SCHMIDHUBER	ÖAAB&FCG
Helmut SCHNAITL	FSG	Walter PERSCHL	FSG	Franz WEIKL	ÖAAB&FCG
Ingeborg AICHINGER	FSG	Brigitte SCHOBER	FSG	Rupert LANGEGGER	ÖAAB&FCG
Franz WALLMANN	FSG	Anton MAISLINGER	FSG	Mag. Harald KINDERMANN	ÖAAB&FCG
Walter BACHER	FSG	Dietmar FRITZ	FSG	Herbert TRATTNIG	FA-FPÖ
Gerald FORCHER	FSG	Renée JARITZ	FSG	Friedrich KÖSSLER	FA-FPÖ
Rudolf ERHART	FSG	Erich RIBITSCH	FSG	Bernhard BURGSTEINER	FA-FPÖ
Roland SEITLINGER	FSG	Josef NEUHOFER	FSG	Andreas BACHMANN	FA-FPÖ
Bernhard STEINBERGER	FSG	Gabi PROSCHOFSKI	FSG	Andreas BREUER	FA-FPÖ
Margit PFATSCHBACHER	FSG	Christian FREISINGER	FSG	Robert MÜLLNER	AUGE/UG
Franz BUCHEDER	FSG	Gerhard DOBERNIG	FSG	Ingrid SCHLÄFFER	AUGE/UG
Johann HÜTTER	FSG	Daniela SCHINAGL	FSG	Ümit KALE	AUGE/UG
Josef LECHNER	FSG	Rupert GRUBER	FSG	Daniela AIGNER	AUGE/UG
Ing. Walter KOGLER	FSG	Mag. Walter GRUBER	FSG	Berkan SENOCAK	BM
Monika TIEFENTHALER	FSG	Bernhard KENDLBACHER	FSG		

2004

2009

Siegfried PICHLER	FSG	Christine SILLER	FSG	Dipl.-Ing. Paul LOVREK	ÖAAB&FCG
Walter ANDROSCHIN	FSG	Anneliese MITTEREGGER	FSG	Mag. Bernhard ROBOTKA	ÖAAB&FCG
Monika SCHMITTNER	FSG	Gerhard ZUCKERSTÄTTER	FSG	Anna-Maria FELDBAUMER	ÖAAB&FCG
Gerhard TRATTNER	FSG	Petra GASTEIGER	FSG	Birgit HAAS	ÖAAB&FCG
Siegfried SCHLUCKNER	FSG	Peter EDER	FSG	Erwin MÜLLAUER	ÖAAB&FCG
Andreas HUSS, MBA	FSG	Günter FRANDL	FSG	Gerhard ASCHER	ÖAAB&FCG
Gustav WINDTNER	FSG	Hans-Peter GRANDENTI	FSG	Ing. Dipl.-Wing. (FH)	
Rupert SCHINDLAUER	FSG	Johann PÖSCHL	FSG	Johann GRÜNWALD	ÖAAB&FCG
Heidi HIRSCHBICHLER, MBA	FSG	Walter BACHER	FSG	Kurt FRIEDL	ÖAAB&FCG
Erwin HILLINGER	FSG	Günter NEUHOFER	FSG	Yilmaz TOYRAN	ÖAAB&FCG
Othmar DANNINGER	FSG	Mag. Peter LEDERER	FSG	Johann FLEISSNER	ÖAAB&FCG
Karin BEER	FSG	Josef GÖNITZER	FSG	Bernhard TRESCHNITZER	ÖAAB&FCG
Johann BRUNNER	FSG	Hugo KENDLBACHER	FSG	Georg AUER	ÖAAB&FCG
Alfred HIRSCHBICHLER	FSG	Bernhard KENDLBACHER	FSG	Franz HECHENBERGER	ÖAAB&FCG
Margit PFATSCHBACHER	FSG	Erich SCHIFFER	FSG	Ernst GFRERER	ÖAAB&FCG
Franz WALLMANN	FSG	Monika TIEFENTHALER	FSG	Herbert TRATTNIG	FA-FPÖ
Rudolf ERHART	FSG	Erna KOMARNICKI	FSG	Peter PICHLER	FA-FPÖ
Walter STEIDL	FSG	Erich RIBITSCH	FSG	Friedrich KÖSSLER	FA-FPÖ
Matthias AIGNER	FSG	Hermann EISL	FSG	Robert MÜLLNER	AUGE/UG
Franz BUCHEDER	FSG	Gerhard DOBERNIG	FSG	Jutta TISCHLER	AUGE/UG
Johann HÜTTER	FSG	Jürgen SCHARLER	FSG	Gabi WENGHOFFER	AUGE/UG
Josef LECHNER	FSG	Claudia HOLLAUS	FSG	Norbert KARL	F-U
Gerald FORCHER	FSG	Franz LACHINGER	FSG		
Jürgen HANDLBAUER	FSG	Matthias HUBER	FSG		
	FSG	Annemarie LEHNER	FSG		



2000

2004

Alexander BÖHM	SPÖ	Maria GELL	SPÖ	Hermann NEUREITER	ÖVP
Siegfried PICHLER	SPÖ	Monika TIEFENTHALER	SPÖ	Irmgard EDER	ÖVP
Monika SCHMITTNER	SPÖ	Gerhard ZUCKERSTÄTTER	SPÖ	Ing. Herbert WALKNER	ÖVP
Walter ANDROSCHIN	SPÖ	Hans PROSSINGER	SPÖ	Johann HUBBAUER	ÖVP
Rupert SCHINDLAUER	SPÖ	Hermann DIESS	SPÖ	Kurt FRIEDL	ÖVP
Andreas HUSS	SPÖ	Franz WÜRGER	SPÖ	Franz HECHENBERGER	ÖVP
Karin BEER	SPÖ	Hans Peter GRANDENTI	SPÖ	Rupert LANGEgger	ÖVP
Walter BLACHFELLNER	SPÖ	Josef SCHREI	SPÖ	Johann FLEISSNER	ÖVP
Heidi HIRSCHBICHLER	SPÖ	Walter BACHER	SPÖ	Sven EMINGER	ÖVP
Siegfried SCHLUCKNER	SPÖ	Günter NEUHOFER	SPÖ	Ernst GFRERER	ÖVP
Othmar DANNINGER	SPÖ	Peter LEDERER	SPÖ	Erich TADLER	FPÖ
Günther BOGNER	SPÖ	Josef GÖNITZER	SPÖ	LABg. Rupert DOPPLER	FPÖ
Johann BRUNNER	SPÖ	Ida GROBBAUER	SPÖ	Herbert TRATTNIG	FPÖ
Alfred HIRSCHBICHLER	SPÖ	Manfred HÖLLINGER	SPÖ	Brigitte HIRSCHEGGER	FPÖ
Gerhard EGGER	SPÖ	Andreas WIMMREUTER	SPÖ	Peter PICHLER	FPÖ
Marion LAIMER	SPÖ	Anneliese MITTEREGGER	SPÖ	Wolfgang HAUSMANN	FPÖ
Gustav WINDTNER	SPÖ	Erna LACKNER	SPÖ	Friedrich KÖSSLER	FPÖ
Matthias AIGNER	SPÖ	Erich RIBITSCH	SPÖ	Norbert KARL	FPÖ
Franz BUCHEDER	SPÖ	Hermann EISL	SPÖ	Robert MÜLLNER	AUGE
Johann HÜTTER	SPÖ	Dipl.-Ing. Paul LOVREK	ÖVP	Maria Susanne EGGERTH	AUGE
Josef LECHNER	SPÖ	Mag. Bernhard ROBOTKA	ÖVP	Jutta TISCHLER	AUGE
Gerald FORCHER	SPÖ	Anna-Maria FELDBAUMER	ÖVP	Yavuz YARAT	BMS
Gerhard TRATTNER	SPÖ	Erwin MÜLLAUER	ÖVP		
Franz GOLSER	SPÖ	Johann BOGENSBERGER	ÖVP		

1994

1999

Herbert SUKO	SPÖ	Ursula AUER	SPÖ	Anton BAIER	ÖVP
Marion LAIMER	SPÖ	Anton EDELMAYR	SPÖ	Stefan GANN	ÖVP
Wolfgang RAINER	SPÖ	Daniel KRAINER	SPÖ	Dipl.-Ing. Paul LOVREK	ÖVP
Siegfried SCHLUCKNER	SPÖ	Herbert SCHALWICH	SPÖ	Mag. Bernhard ROBOTKA	ÖVP
Rupert SCHINDLAUER	SPÖ	Dr. Johannes KRAUSS	SPÖ	Dr. Thomas KLINGER	ÖVP
Karl-Heinz RESCH	SPÖ	Ing. Uwe KNAUER	SPÖ	Christine VIERHAUSER	ÖVP
Franz GOLSER	SPÖ	Monika SCHMITTNER	SPÖ	Erwin GRUBER	ÖVP
Otmar RÜSCHER	SPÖ	Willibald HECHT	SPÖ	Hans BERNER	ÖVP
Gerhard TRATTNER	SPÖ	Walter STEIDL	SPÖ	Joachim KLAMMER	ÖVP
Josef ROOS	SPÖ	Hans PROSSINGER	SPÖ	Peter FREINA	ÖVP
Franz MORITZ	SPÖ	Franz GRUBER	SPÖ	Bernhard TRESCHNITZER	ÖVP
Monika TIEFENTHALER	SPÖ	Johann BRUNNER	SPÖ	Johann HUBBAUER	ÖVP
Hermann DIESS	SPÖ	Karin BEER	SPÖ	Joachim FISCHER	FPÖ
Adolf HIEBAUM	SPÖ	Franz BERGER	SPÖ	Johann SCHULLER	FPÖ
Anton MÖSCHL	SPÖ	Gerhard ZUCKERSTÄTTER	SPÖ	Norbert KARL	FPÖ
Karl AZETMÜLLER	SPÖ	Alfred NEBAUER	SPÖ	Josef GABOR	FPÖ
Manfred HÖLLINGER	SPÖ	Josef SCHREI	SPÖ	Wolfgang HAUSMANN	FPÖ
Peter EDER	SPÖ	Alois FRITZENWALLNER	SPÖ	Edmund PRODINGER	FPÖ
Alfred HIRSCHBICHLER	SPÖ	Walter ANDROSCHIN	SPÖ	Werner LUKAS	FPÖ
Hermann EISL	SPÖ	Rupert LENGAUER	ÖVP	Franz BRUNNAUER	FPÖ
Josef GÖNITZER	SPÖ	Gerhard SPÖRK	ÖVP	Hannes Siegfried JÄGER	FPÖ
Martin LEITINGER	SPÖ	Erwin MÜLLAUER	ÖVP	Robert MÜLLNER	GE
Andreas BRASCHEL	SPÖ	Josef LIENBACHER	ÖVP		
Siegfried PICHLER	SPÖ	Josef TAGWERCHER	ÖVP		

1989

1994

Herbert SUKO	SPÖ	Siegfried PICHLER	SPÖ	Liselotte KEIDEL	ÖVP
Gertrude FEURSTEIN	SPÖ	Ing. Josef SCHWAB	SPÖ	Gerhard SPÖRK	ÖVP
Wolfgang RAINER	SPÖ	Erika MAIER	SPÖ	Erwin MÜLLAUER	ÖVP
Otmar RÜSCHER	SPÖ	Daniel KRAINER	SPÖ	Rupert LANGEgger	ÖVP
Josef WEICHENBERGER	SPÖ	Herbert SCHALWICH	SPÖ	Elfriede LEIMGRUBER	ÖVP
Anton STROBL	SPÖ	Ursula AUER	SPÖ	Elfriede STERNBERG	ÖVP
Franz GOLSER	SPÖ	Ing. Uwe KNAUER	SPÖ	Helga HAMMER	ÖVP
Hermann DIESS	SPÖ	Erwin RASSER	SPÖ	Ing. Dr. Heinz-Peter BÖHMÜLLER	ÖVP
Kurt POKORNY	SPÖ	Dietmar GOLD	SPÖ	Michael PAYER	ÖVP
Bruno ZIMMERMANN	SPÖ	Walter STEIDL	SPÖ	Christina RANZINGER	ÖVP
Alfons RIEDLMAIER	SPÖ	Dr. Johannes KRAUSS	SPÖ	Günther MEGGENEDER	ÖVP
Irma PALZENBERGER	SPÖ	Franz KARULE	SPÖ	Bernhard TRESCHNITZER	ÖVP
Otmar FALKENSTÄTTER	SPÖ	Heinz SEITLINGER	SPÖ	Max STÜRMER	ÖVP
Bruno ZACH	SPÖ	Hans PROSSINGER	SPÖ	Elisabeth SPANN	ÖVP
Karl-Heinz RESCH	SPÖ	Ruth MASSAK	SPÖ	DI Dr. Thomas KLINGER	ÖVP
Anton MÖSCHL	SPÖ	Alfred NEBAUER	SPÖ	Hermann JESSNER	ÖVP
Ernst ROIDER	SPÖ	Josef SCHREI	SPÖ	Joachim FISCHER	FPÖ
Gerhard KWICH	SPÖ	Walter ANDROSCHIN	SPÖ	Norbert KARL	FPÖ
Rupert SCHINDLAUER	SPÖ	Alois FRITZENWALLNER	SPÖ	Johann SCHULLER	FPÖ
Gerhard TRATTNER	SPÖ	Rupert LENGAUER	ÖVP	Werner LUKAS	FPÖ
Ernst THURNER	SPÖ	Heribert EBNER	ÖVP	Franz BRUNNAUER	FPÖ
Alfred HIRSCHBICHLER	SPÖ	Ludwig SOMMERAUER	ÖVP	Hans-Peter KÖLTRINGER	FPÖ
Adolf HIEBAUM	SPÖ	Erwin BRUNAUER	ÖVP		
Herbert HUBER	SPÖ	Josef TAGWERCHER	ÖVP		

1984

1989

Herbert SUKO	SPÖ	Ing. Josef SCHWAB	SPÖ	Erwin MÜLLAUER	ÖVP
Fritz OBKIRCHNER	SPÖ	Karl PROPARENTNER	SPÖ	Otto KREBS	ÖVP
Otmar RÜSCHER	SPÖ	Erika MAIER	SPÖ	Anton ZEHNER	ÖVP
Josef WEICHENBERGER	SPÖ	Rudolf RAUCHENECKER	SPÖ	Wolfgang SALIGER	ÖVP
Gertrude FEURSTEIN	SPÖ	Siegfried PICHLER	SPÖ	Monika JELL	ÖVP
Johann FEICHTINGER	SPÖ	Friederike SCHMIDT	SPÖ	Siegfried NERATH	ÖVP
Anton STROBL	SPÖ	Karl STUDNAR	SPÖ	Johann EGGER	ÖVP
Hermann DIESS	SPÖ	Dietmar GOLD	SPÖ	Alois HUMMELBRUNNER	ÖVP
Franz GOLSER	SPÖ	Adolf THAIER	SPÖ	Mag. Roman HINTERHÖLLER	ÖVP
Bruno ZIMMERMANN	SPÖ	Herbert SCHALWICH	SPÖ	Franz WALLNER	ÖVP
Alfons RIEDLMAIER	SPÖ	Daniel KRAINER	SPÖ	Mag. Michael NEUREITER	ÖVP
Bruno HOCHWIMMER	SPÖ	Alfred NEBAUER	SPÖ	Ing. Johann GFRERRER	ÖVP
Erhard REXEISEN	SPÖ	Eduard GERDENITS	SPÖ	Liselotte WALLPACH	ÖVP
Otmar FALKENSTÄTTER	SPÖ	Josef LINECKER	SPÖ	Ing. Dr. Heinz-Peter BÖHMÜLLER	ÖVP
Bruno ZACH	SPÖ	Rudolf WEICKINGER	SPÖ	Elfriede LEIMGRUBER	ÖVP
Ernst SCHREDER	SPÖ	Rupert LENGAUER	ÖVP	Liselotte KEIDEL	ÖVP
Gerhard EMANOVSKY	SPÖ	Jakob THALHAMMER	ÖVP	Dr. Hermann MAYRHOFER	ÖVP
Hubert ROIDER	SPÖ	Johanna GOTTMANN	ÖVP	Helmut MATOUSCH	ÖVP
Josef WÖFLER	SPÖ	Heribert EBNER	ÖVP	Hermann JESSNER	ÖVP
Rupert SCHINDLAUER	SPÖ	Hermann TRAI NTINGER	ÖVP	Gerd LEHMERT	ÖVP
Alfons SCHRÖCKER	SPÖ	Volkmar WACHTER	ÖVP	Erich SCHÄFFER	FPÖ
Rudolf SCHERER	SPÖ	Josef TAGWERCHER	ÖVP	Roland ASPÖCK	FPÖ
Walter EICHLER	SPÖ	Ing. Mario LIBERDA	ÖVP		
Dr. Othmar RAUS	SPÖ	Josef LIENBACHER	ÖVP		

1979

1984

Josef BRUNAUER	SPÖ	Bruno ZACH	SPÖ	Johann ZIEHER	ÖVP
Rupert SCHMIDHOFER	SPÖ	Matthias MAURER	SPÖ	Hermann TRAI NTINGER	ÖVP
Fritz SCHORN	SPÖ	Herbert HABERL	SPÖ	DI Konrad AUFHAMMER	ÖVP
Fritz OBKIRCHNER	SPÖ	Dr. Othmar RAUS	SPÖ	Ing. Josef ADLMANNSEDER	ÖVP
Herbert SUKO	SPÖ	Ing. Josef SCHWAB	SPÖ	Josef ANTHOFER	ÖVP
Johann FEICHTINGER	SPÖ	Karl PROPARENTNER	SPÖ	Gerhard SCHMIDT	ÖVP
Anton STROBL	SPÖ	Ing. Helga BURGSTALLER	SPÖ	Ing. Michael STADLER	ÖVP
Otmar FALKENSTÄTTER	SPÖ	Franz SPERL	SPÖ	Franz FRENKENBERGER	ÖVP
Gertrude FEURSTEIN	SPÖ	Rudolf RAUCHENECKER	SPÖ	Adolf SCHINNERL	ÖVP
Josef HUBER	SPÖ	Kurt SEITLINGER	SPÖ	Franz MODRIAN	ÖVP
Franz GOLSER	SPÖ	Karl STUDNAR	SPÖ	Johann EGGER	ÖVP
Josef LUGINGER	SPÖ	Erika MAIER	SPÖ	Wolfgang SCHERM	ÖVP
Gerhard BUCHLEITNER	SPÖ	Dietmar GOLD	SPÖ	Monika JELL	ÖVP
Georg BERGHAMMER	SPÖ	Adolf THAIER	SPÖ	Mag. Roman HINTERHÖLLER	ÖVP
Georg KRONBERGER	SPÖ	Siegfried PICHLER	SPÖ	Volkmar WACHTER	ÖVP
Hermann DIESS	SPÖ	Alfred NEBAUER	SPÖ	Hans SÖLS	ÖVP
Josef WEICHENBERGER	SPÖ	Eduard GERDENITS	SPÖ	Franz FILSECKER	ÖVP
Bruno HOCHWIMMER	SPÖ	Josef LINECKER	SPÖ	Erich SCHÄFFER	FPÖ
Erhard REXEISEN	SPÖ	Johann RAINER	SPÖ	Johann STOCKER	FPÖ
Franz GEMEINBÖCK	SPÖ	Karl SCHMIED	ÖVP	Roland ASPÖCK	FPÖ
Peter SCHATTAUER	SPÖ	Roman SIMONUTTI	ÖVP	Hans BACHMANN	FPÖ
Ernst SCHREDER	SPÖ	Annemarie BRUCKER	ÖVP	Hans SCHIESSL	FPÖ
Ernst RUMPLMAYR	SPÖ	Rupert WEITGASSER	ÖVP		
Alfons SCHRÖCKER	SPÖ	Meinrad DONNENBERG	ÖVP		

1974

1979

Josef BRUNAUER	SPÖ	Franz GEMEINBÖCK	SPÖ	DI Hellmuth MASCHKA	ÖVP
Rupert SCHMIDHOFER	SPÖ	Alfons SCHRÖCKER	SPÖ	Roman SIMONUTTI	ÖVP
Fritz SCHORN	SPÖ	Dietmar HOFER	SPÖ	Josef MACHEINER	ÖVP
Oskar WEIDISCH	SPÖ	Otmar FALKENSTÄTTER	SPÖ	Ing. Josef ADLMANNSEDER	ÖVP
Herbert SUKO	SPÖ	Dr. Othmar RAUS	SPÖ	Hermann HUBER	ÖVP
Felix LASSNER	SPÖ	Ing. Josef SCHWAB	SPÖ	Ilse REINTHALLER	ÖVP
Rudolf STROBL	SPÖ	Karl PROPARENTNER	SPÖ	Gerhard SCHMIDT	ÖVP
Anton SCHAFFER	SPÖ	Ing. Helga BURGSTALLER	SPÖ	Ing. Michael STADLER	ÖVP
Franz HOLZHACKER	SPÖ	Franz SPERL	SPÖ	DI Konrad AUFHAMMER	ÖVP
Josef HUBER	SPÖ	Rudolf RAUCHENECKER	SPÖ	Franz FRENKENBERGER	ÖVP
Franz GOLSER	SPÖ	Dr. Horst BRANK	SPÖ	Martin FORSTHUBER	ÖVP
Fritz OBKIRCHNER	SPÖ	Karl STUDNAR	SPÖ	Adolf SCHINNERL	ÖVP
Gerhard BUCHLEITNER	SPÖ	Hermine GMACHL	SPÖ	Johann EGGER	ÖVP
Georg BERGHAMMER	SPÖ	Dietmar GOLD	SPÖ	Walter SULZBERGER	ÖVP
Georg KRONBERGER	SPÖ	Alfred NEBAUER	SPÖ	Meinrad DONNENBERG	ÖVP
Ernst RUMPLMAYR	SPÖ	Eduard GERDENITS	SPÖ	Hubert PICHLER	ÖVP
Josef WEICHENBERGER	SPÖ	Emmerich HUBER	SPÖ	Erich SCHÄFFER	FPÖ
Johann SCHWARZWALD	SPÖ	Josef LINECKER	SPÖ	Hans SCHIESSL	FPÖ
Johann FEICHTINGER	SPÖ	Rudolf PASSER	SPÖ	Gottfried TIEFENBÖCK	FPÖ
Peter SCHATTAUER	SPÖ	Karl SCHMIED	ÖVP	Roland ASPÖCK	FPÖ
Bruno ZACH	SPÖ	Karl SCHWAIGER	ÖVP	Karl SCHÖNERER	FPÖ
Karl LOHNER	SPÖ	Hermann TRAI NTINGER	ÖVP	Johann BACHMANN	FPÖ
Hermann DIESS	SPÖ	Wolfgang RIEDLSPERGER	ÖVP		
Alois SCHMIDERER	SPÖ	Annemarie BRUCKER	ÖVP		

1969

1974

Josef HORAK	SPÖ	Johann FEICHTINGER	SPÖ	Alexander EIBL	ÖVP
Oskar WEIDISCH	SPÖ	Franz HASENAUER	SPÖ	Karl SCHMIED	ÖVP
Johann GADERMAYER	SPÖ	Fritz OBKIRCHNER	SPÖ	Julius TIEFENTHALER	ÖVP
Hans PROHASKA	SPÖ	Herbert SUKO	SPÖ	Franz LÜFTENEGER	ÖVP
Kurt BRANDAUER	SPÖ	Karl LOHNER	SPÖ	Egon KERN	ÖVP
Fritz SCHORN	SPÖ	Alois SCHMIDERER	SPÖ	Kaspar BRÜGGLER	ÖVP
Felix LASSNER	SPÖ	Josef HUBER	SPÖ	Emil UNTERHOLZER	ÖVP
Matthias GROSSEGGER	SPÖ	August GFRERER	SPÖ	Friedrich LAUER	ÖVP
Rudolf EDER	SPÖ	Karl GRANI	SPÖ	Johann KAUFMANN	ÖVP
Ferdinand HÖLL	SPÖ	Gustav STOCKERT	SPÖ	Franz MAYRHOFER	ÖVP
Rudolf STROBL	SPÖ	Josef RIPPL	SPÖ	Gerhard SCHMIDT	ÖVP
Alois KOPPLER	SPÖ	Josef BRANDSTÄTTER	SPÖ	Johann EGGER	ÖVP
Emil STRASSER	SPÖ	Hans PROSSINGER	SPÖ	Di Konrad AUFHAMMER	ÖVP
Roman RAUTNER	SPÖ	Josef ÖTTL	SPÖ	Alois WARTER	ÖVP
Josef OBERKIRCHNER	SPÖ	Helmuth STOCKER	SPÖ	Hans UNGAR	ÖVP
Franz GSTRAIMER	SPÖ	Karl STEINOCHER	SPÖ	Michael PÖLLHUBER	FPÖ
Franz HOLZHACKER	SPÖ	Franz ZWIEB	SPÖ	Michael KNEISSL	FPÖ
Josef BRUNAUER	SPÖ	Walter MASTNAC	SPÖ	Josef GESCHWENDTNER	FPÖ
Georg BERGHAMMER	SPÖ	Hermann SPERR	SPÖ	LR Walter LEITNER	FPÖ
Franz GARSCHALL	SPÖ	Hans GRASPEUNTNER	SPÖ	Roland ASPÖCK	FPÖ
Ruprecht OTT	SPÖ	Ing. Johann STEININGER	SPÖ	Helga EDER	FPÖ
Johann KAUFMANN	SPÖ	NR Karl GLASER	ÖVP	Hans ROSSMANN	KPÖ
Ernst FRÖHLICH	SPÖ	Hans KIRCHNER	ÖVP		
August KIRCHDORFER	SPÖ	Josef GSCHAIDER	ÖVP		

1959

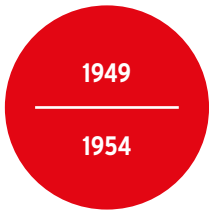
1964

Josef HORAK	SPÖ	Franz GARSCHALL	SPÖ	Hans KIRCHNER	ÖVP
Oskar WEIDISCH	SPÖ	Johann PAUSCH	SPÖ	Simon GUMPOLD	ÖVP
Hans GADERMEYER	SPÖ	Matthias GROSSEGGER	SPÖ	Franz LÜFTENEGER	ÖVP
Hans PROHASKA	SPÖ	Karl GRUBER	SPÖ	Konrad HASLINGER	ÖVP
Kurt BRANDAUER	SPÖ	Alois SCHMIDERER	SPÖ	Hans VOLK	ÖVP
Fritz SCHORN	SPÖ	Josef BURIAN	SPÖ	Hans BRANDAUER	ÖVP
Albert HOFSTÄTTER	SPÖ	Rudolf EDER	SPÖ	Franz HELL	ÖVP
Maria FELDINGER	SPÖ	Josef PICHLER	SPÖ	Hannes PRÜGGER	ÖVP
Franz ANGERER	SPÖ	Norbert GILLMAYR	SPÖ	Friedrich LAUER	ÖVP
Ferdinand HÖLL	SPÖ	Franz EHRENLEITNER	SPÖ	Josef MAYRHOFER	ÖVP
Rudolf STROBL	SPÖ	Karl GRANI	SPÖ	Johann KAUFMANN	ÖVP
Luise GEWESSLER	SPÖ	Josef BRANDSTÄTTER	SPÖ	Karl SCHMIED	ÖVP
Johann OBKIRCHNER	SPÖ	Josef RIPPL	SPÖ	Hans ROSSMANN	KPÖ
Leopold FELLINGER	SPÖ	Josef ÖTTL	SPÖ	Michael KNEISSL	FPÖ
Laurenz HOLLMANN	SPÖ	Johann SCHWAP	SPÖ	Rupert HOFER	FPÖ
Franz GSTRAIMER	SPÖ	Gustav STOCKERT	SPÖ	Ferdinand FREUDENSCHUSS	FPÖ
Franziska SEYFRIED	SPÖ	Karl STEINOCHER	SPÖ	Alfred MAURER	FPÖ
Richard WALKNER	SPÖ	Ing. Johann STEININGER	SPÖ	Josef FALLWICKL	FPÖ
Josef BRUNAUER	SPÖ	Hans KRIECHHAMMER	SPÖ	Walter LEITNER	FPÖ
Josef SALAQUARDA	SPÖ	Hermann SPERR	SPÖ	Herbert DECHO	FPÖ
Felix LASSNER	SPÖ	Hans GRASPEUNTNER	SPÖ	Bruno CECCONI	FPÖ
Alfred WINTER	SPÖ	Karl GLASER	ÖVP	Hans KNAPEK	FPÖ
Ernst FRÖHLICH	SPÖ	Hans SCHMIDHAMMER	ÖVP		
August KIRCHDORFER	SPÖ	Alois WARTER	ÖVP		

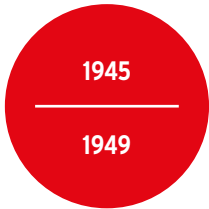
AB MAI

1956

Franz ANGERER	SPÖ	Karl PFEIFFER	SPÖ	Andreas FILIPPI	ÖVP
Georg BERGHAMMER	SPÖ	Hans PROHASKA	SPÖ	NR Karl GLASER	ÖVP
Josef BÖCK	SPÖ	Josef SANTNER	SPÖ	Walter HEINZ	ÖVP
Josef BRUNAUER	SPÖ	Ferdinand SEEBACHER	SPÖ	Johann KIRCHNER	ÖVP
Eduard BUBESTINGER	SPÖ	Fritz SCHORN	SPÖ	Georg LINGNER	ÖVP
Walter DANHEL	SPÖ	Rudolf STROBL	SPÖ	Franz PUTSCHKO	ÖVP
Volkhart DUXNER	SPÖ	Josef WEDAN	SPÖ	Franz HELL	ÖVÖ
Marianne EISEN	SPÖ	Oskar WEIDISCH	SPÖ	Franz LORENZ	ÖVP
Leopold FELLINGER	SPÖ	Josef WILLE	SPÖ	Josef MAYERHOFER	ÖVP
Johann GADERMEYER	SPÖ	Balthasar ZALLER	SPÖ	Fritz RÜCKER	ÖVP
Josef GAISWINKLER	SPÖ	Josef BRANDSTÄTTER	SPÖ	Adolf VESELY	ÖVP
Franz GARSCHALL	SPÖ	Karl GRANI	SPÖ	Stefan GRUBER	Parteilos
Franz GEMEINBÖCK	SPÖ	Josef HORAK	SPÖ	Otto SIGL	Parteilos
Gustav HERBOLD	SPÖ	Hermann LAPUCH	SPÖ	Alois SCHMIDERER	Parteilos
Karl HINRICHSSEN	SPÖ	Johann SCHWAP	SPÖ	Dr. Kurt KUCZERA	Parteilos
Josef HOFER	SPÖ	Fritz TEICHMANN	SPÖ	Georg SCHWAMBERGER	Parteilos
Albert HOFSTÄTTER	SPÖ	Hans GRASPEUNTNER	SPÖ	Gustav STUTZ	Parteilos
Josefine HOLLER	SPÖ	Franz HOFER	SPÖ	Hans DANNERBERGER	WdU
Bartl KEMETINGER	SPÖ	Rupert HOFER	SPÖ	Hubert ROTTER	WdU
Felix LASSNER	SPÖ	Ferdinand PUTZ	SPÖ	Heribert TSCHIRF	WdU
Leopold LIEDERER	SPÖ	Ing. Johann STEININGER	SPÖ	LR Walter LEITNER	WdU
Jakob NEUHOFER	SPÖ	Karl STEINOCHER	SPÖ	Johann ROSSMANN	KPÖ
Karl OBERHUBER	SPÖ	Franz BUCHNER	ÖVP		
Johann OBKIRCHNER	SPÖ	Alexander EIBL	ÖVP		



Johann WEBERSDORFER	SPÖ	Adolf SCHÖTTL	SPÖ	Kurt DEUTSCH	WdU
Franz ANGERER	SPÖ	Johann WOLFSGRUBER	SPÖ	Hans EISENHUT	WdU
Alois DÖLZER	SPÖ	Josef BRANDSTÄTTER	SPÖ	Karl GENSEBERGER	WdU
Marianne EISEN	SPÖ	Anton FELLINGER	SPÖ	Kurt KATZLBERGER	WdU
Franz ENZINGER	SPÖ	Josef HORAK	SPÖ	Hans KRÖLL	WdU
Andreas GATT	SPÖ	Karl PESTENHOFER	SPÖ	August MOSER	WdU
Franz GEMEINBÖCK	SPÖ	Johann SCHWAP	SPÖ	Hubert ROTTER	WdU
Johann GSTETTNER	SPÖ	Matthias BERGER	SPÖ	Sebastian SCHMUCK	WdU
Josef HAAS	SPÖ	Josef BRUNAUER	SPÖ	Josef SCHÖNBORN	WdU
Alois HAGENAUER	SPÖ	Johann CZECH	SPÖ	Josef SCHRAMM	WdU
Eduard HIMMELREICH	SPÖ	Johann GRASPEUNTNER	SPÖ	Paula STÖCKL	WdU
Josef HOFER	SPÖ	Anton NOPPINGER	SPÖ	Otto TISOTT	WdU
Wilhelm KREMIDOVSKY	SPÖ	Ferdinand PUTZ	SPÖ	Heribert TSCHIRF	WdU
Johann MOIK	SPÖ	Alois SCHIEFECKER	SPÖ	Franz BUCHINGER	WdU
Jakob NEUHOFER	SPÖ	Karl STEINOCHER	SPÖ	Rudolf BAREINER	WdU
Johann OBKIRCHNER	SPÖ	Johann KRIECHHAMMER	ÖVP	Rudolf BICHLER	WdU
Anton PICHLER	SPÖ	Karl RADAUER	ÖVP	Hildegard LACHMANN	WdU
Johann PROHASKA	SPÖ	Franz RIEDER	ÖVP	Thomas NEUWIRTH	WdU
Johann REHRL	SPÖ	Johann SCHMIDHAMMER	ÖVP	Hans OBENHOLZNER	WdU
Johann ROTTINGER	SPÖ	Alois SCHNAUBELT	ÖVP	Franz RAIDL	WdU
Franz SACHERL	SPÖ	Adolf VESELY	ÖVP	Engelbert GRAMM	KPÖ
Ernst SALLETMAYER	SPÖ	Franz HELL	ÖVP	Johann ROSSMANN	KPÖ
Johann SCHMALZHOFER	SPÖ	Josef MAYRHOFER	ÖVP		
Lina SCHMIEDINGER	SPÖ	Friedrich RÜCKER	ÖVP		
Fritz SCHORN	SPÖ	Franz BURGHARDT	WdU		



Johann WEBERSDORFER	SPÖ	Josef HORAK	SPÖ
Franz BAUER	SPÖ	Jakob RIEDL	SPÖ
Gisela DITTRICH	SPÖ	Hans SCHOLLER	SPÖ
Siegfried EICHINGER	SPÖ	Josef BRUNAUER	SPÖ
Josef FRIEDRICH	SPÖ	Karl GERHARD	SPÖ
Johann GADERMAYER	SPÖ	Johann KRALER	SPÖ
Andrä GATT	SPÖ	Martin LEITNER	SPÖ
Franz GEMEINBÖCK	SPÖ	Ferdinand PUTZ	SPÖ
Karl GRONEMAYER	SPÖ	Alexander THURNER	SPÖ
Josef HOFER	SPÖ	Peter HAGER	ÖAAB
Matthias KELLNER	SPÖ	Franz UNSINN	ÖAAB
Rudolf KUKOWETZ	SPÖ	Franz HELL	ÖAAB
Heinz LAMPRECHT	SPÖ	Risa KAUT	ÖAAB
Andreas LOIDL	SPÖ	Josef MAYRHOFER	ÖAAB
Hans MOIK	SPÖ	Fritz RÜCKER	ÖAAB
Jakob NEUHOFER	SPÖ	Dr. Anton SCHOBER	ÖAAB
Josef PINZKER	SPÖ	Alois BOCK	ÖAAB
Hans PROHASKA	SPÖ	Alois GÖSCHLBERGER	ÖAAB
Franz SACHERL	SPÖ	Josef BRANDNER	KPÖ
Fritz SCHORN	SPÖ	Rupert EIBL	KPÖ
Adolf SCHÖTTL	SPÖ	Josef FURIAN	KPÖ
August WIDLROITHER	SPÖ	Josef KITTL	KPÖ
Georg WIDLROITHER	SPÖ	Josef GAPPMAYER	KPÖ
Josef BRANDSTÄTTER	SPÖ		





# RÄUMLICHKEITEN DER AK SALZBURG

---

- |   |   |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» 1921-1936 AK-Büro in der Residenz Salzburg, im 2. Stock</li> <li>» 1936 Bau des AK-Gebäudes Auerspergstraße 13 (nunmehriges ÖGB-Haus)</li> <li>» 1952 Bau des heutigen AK-Altgebäudes (Auerspergstraße11)</li> <li>» 1952 Bezirksstelle Bischofshofen</li> <li>» 1956 Kauf des Hauses am Bach (Knaben-Lehrlingswohnheim)</li> <li>» 1973 Büropraxiszentrum im Sparkassengebäude Rainerstraße</li> <li>» 1976 Berufsförderungsinstitut (BFI) am Gebirgsjägerplatz</li> <li>» 1976 Bezirksstelle Zell am See</li> <li>» 1980 Bezirksstelle Neumarkt</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» 1981 Bezirksstelle Hallein</li> <li>» 1982 Bau des Josef Brunauer Bildungszentrum und Lehrlingswohnheims</li> <li>» 1986 Kauf und Ausbau des Hauses Humboldtstraße 2 (Konsumentenberatung)</li> <li>» 1987 Bezirksstelle Tamsweg</li> <li>» 1995 Neubau des Beratungs-und Servicezentrums Markus-Sittikusstraße10</li> <li>» 2001 Neubau Bezirksstelle Zell am See</li> <li>» 2002 Verkauf Haus Humboldtstraße 2</li> <li>» 2009 BFI-Übersiedlung ins Techno_Z, Schillerstraße</li> <li>» 2015 Übersiedlung Bezirksstelle Tamsweg</li> </ul> |
|---|---|



# AK-WAHLERGEBNISSE

Fraktion	1921	1926	1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	2000	2004	2009	2014
<b>WÄHLERZAHL</b>	25.031	24.025	57.860	68.573	74.064	86.334	97.030	125.858	132.531	134.841	142.987	181.722	164.137	174.304	190.479	201.621
<b>GÜLTIGE STIMMEN</b>	15.273	13.625	39.081	40.501	46.984	53.592	58.145	72.132	69.692	80.399	61.286	53.628	74.386	68.783	71.453	69.419
<b>SPÖ</b>			21.193	25.096	28.955	32.383	33.946	41.033	40.573	42.814	37.011	31.078	43.111	46.387	48.531	48.215
<b>ÖVP</b>			5.012	7.513	9.891	13.844	14.715	22.362	22.901	32.760	16.996	12.741	15.300	13.619	11.319	7.612
<b>FPÖ</b>					5.847	5.296	8.755	7.803	5.678	3.877	5.718	7.657	8.762	3.054	5.726	7.760
<b>KPÖ</b>		169	2.191	1.463	1.386	1.684	679									
<b>FG</b>	12.242	9.838														
<b>CHSN</b>	3.031															
<b>CHS</b>		1.432														
<b>N</b>		2.355														
<b>WDU</b>			10.685													
<b>VDU</b>				2.650												
<b>PL</b>				3.779												
<b>PF</b>					905	385										
<b>LB</b>								934	540							
<b>GE</b>										435	1.031	1.521	3.572	3.392	4.026	4.865
<b>GLB</b>										513	530	268	762	609	729	967
<b>SOLI</b>												363				
<b>BMS</b>													1.118	750	1.122	
<b>FU</b>														972		

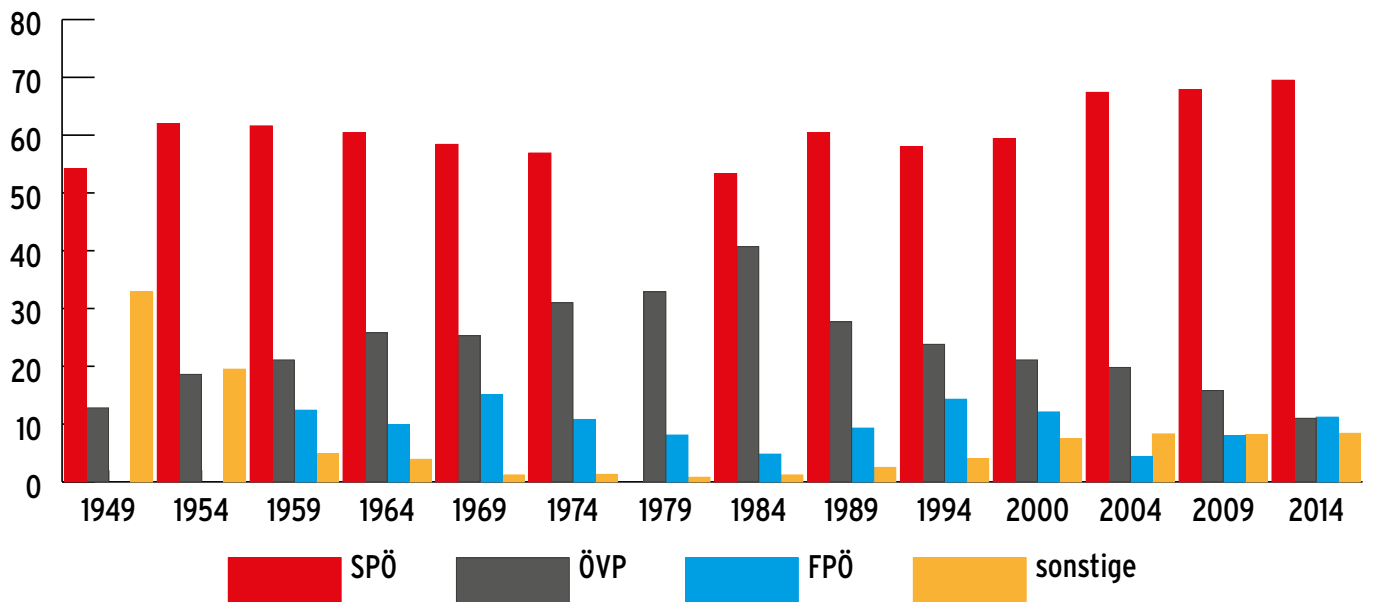
Fraktion	1921	1926	1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	2000	2004	2009	2014
<b>SPÖ</b>			54,2 %	62,0 %	61,6 %	60,4 %	58,4 %	56,9 %	58,2 %	53,3 %	60,4 %	58,0 %	59,4 %	67,4 %	67,9 %	69,5 %
<b>ÖVP</b>			12,8 %	18,6 %	21,1 %	25,8 %	25,3 %	31,0 %	32,9 %	40,7 %	27,7 %	23,8 %	21,1 %	19,8 %	15,8 %	11,0 %
<b>FPÖ</b>					12,4 %	9,9 %	15,1 %	10,8 %	8,1 %	4,8 %	9,3 %	14,3 %	12,1 %	4,4 %	8,0 %	11,2 %
<b>KPÖ</b>		1,2 %	5,6 %	3,6 %	2,9 %	3,1 %	1,2 %									
<b>FG</b>	80,2 %	71,3 %														
<b>CHSN</b>	19,8 %															
<b>CHS</b>		10,4 %														
<b>N</b>		17,1 %														
<b>WDU</b>			27,3 %													
<b>VDU</b>				6,5 %												
<b>PL</b>				9,3 %												
<b>PF</b>					1,9 %	0,7 %										
<b>LB</b>								1,3 %	0,8 %							
<b>GE</b>										0,5 %	1,7 %	2,8 %	4,9 %	4,9 %	5,6 %	7,0 %
<b>SOLI</b>												0,7 %				
<b>GLB</b>										0,6 %	0,9 %	0,5 %	1,0 %	0,9 %	1,0 %	1,4 %
<b>BMS</b>													1,5 %	1,1 %	1,6 %	
<b>FU</b>														1,4 %		

SPÖ/FSG Sozialdemokratische GewerkschafterInnen  
 ÖVP/ÖAAB Österreichischer Arbeiter- u. Angestelltenbund  
 FPÖ/FA Freiheitliche ArbeitnehmerInnen  
 KPÖ Kommunistische Partei Österreichs  
 FG Freigewerkschaftliche  
 CHSN Christliche Soziale und Nationale  
 CHS Christlich Soziale

N Nationale  
 WdU Wählergemeinschaft der Unabhängigen  
 VdU Verband der Unabhängigen  
 PL Parteilose  
 PF Parteifreie  
 LB Linksblock

AUGE/GE Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/  
 Unabhängige GewerkschafterInnen  
 GLB Gewerkschaftlicher Linksblock  
 SOLI Liste Solidarität  
 BMS Bündnis Mosaik Salzburg  
 FU Frei - Unabhängig

Fraktion	1921	1926	1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	2000	2004	2009	2014
<b>MANDATE GESAMT</b>	40	40	72	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70
<b>SPÖ</b>			40	46	45	45	42	43	43	39	43	43	43	49	49	49
<b>ÖVP</b>			9	13	15	18	18	21	22	29	21	17	15	14	11	7
<b>FPÖ</b>					9	6	10	6	5	2	6	9	8	3	5	8
<b>KPÖ</b>			2	1	1	1										
<b>FG</b>	31	30														
<b>CHSN</b>	9															
<b>CHS</b>		3														
<b>N</b>		7														
<b>WDU</b>			21													
<b>VDU</b>				4												
<b>PL</b>				6												
<b>GE</b>												1	3	3	4	5
<b>BMS</b>													1		1	
<b>LB</b>							934	540								
<b>GE</b>										435	1.031	1.521	3.572			
<b>GLB</b>										513	530	268	762			
<b>SOLI</b>												363				
<b>BMS</b>													1.118			
<b>FU</b>															1	



# AK-ORGANIGRAMM

**MITARBEITERSTAND IM AK-BÜRO: 193**  
**STICHTAG: 31.12.2015**

<p><b>DIREKTOR</b> Mag. Gerhard Schmidt</p> <p><b>DIREKTION-SEKRETARIAT</b></p> <p><b>DIREKTIONSREFERATE</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>» Servicecenter</li><li>» Innenrevision</li><li>» Organisationsentwicklung</li><li>» Gesundheitsberufe und Frauenpolitik</li></ul> <p><b>INNERER DIENST</b></p> <p>EDV, Hausverwaltung/Haustechnik, Sicherheit, Infrastruktur, Hausmeister, Reinigung, Poststelle, Kopierstelle, Veranstaltungsservice, Gastronomie</p>	<p><b>PRÄSIDENT</b> Siegfried Pichler</p> <p><b>PRÄSIDIUM-SEKRETARIAT</b> Ehrungen</p> <p><b>PRÄSIDIUM</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>» Interessenpolitik</li><li>» ARGE Betriebssport</li></ul> <p><b>PERSONAL UND FINANZEN</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>» Personalmanagement</li><li>» Personalentwicklung</li><li>» Personalverwaltung und -verrechnung</li><li>» Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung</li><li>» Voranschlag und Bilanzierung</li></ul>
--	---

- Wirtschaft**
- » Wirtschaftspolitik
  - » Arbeitsmarkt
  - » Budgetpolitik
  - » Verkehr, EU, Umwelt
  - » Raumordnung
  - » Einkommen
  - » Steuerpolitik
  - » Lebens- und Arbeitswelt
  - » Wirtschaft und Recht
  - » Kollektives Arbeitsrecht
  - » Betriebswirtschaft
  - » Statistik
  - » BR-Fondsrevisionen

- Sozialpolitik**
- » Sozialversicherung
  - » Gesundheit
  - » Betr. Gesundheitsförderung
  - » Arbeitnehmerschutz
  - » Soziales und Migration
  - » Soziale Unterstützungen
- Bildung, Jugend und Kultur**
- » Jugend- und Lehrlingsberatung
  - » Bildungs- und Kompetenzberatung
  - » Workshops, Vorträge und Veranstaltungen
  - » Kulturkooperationen
  - » Grundlagenarbeit
- Arbeitsrecht**
- » Beratung und Intervention,
  - » Prozessschutz und Insolvenzen
  - » Lohnsteuer, Familienbeihilfe
  - » Grundlagenarbeit

- Konsumentenschutz**
- » Grundlagenarbeit
  - » Wohnpolitik, -recht
  - » Allgem. Konsumentenschutz
  - » Finanzdienstleistungen
  - » Marktbeobachtung
- Medien und Kommunikation**
- » Öffentlichkeitsarbeit
  - » PR & Redaktion
  - » Marketing & Neue Medien
  - » Graphik & Layout
  - » Bibliothek & Archiv

Bezirkstellen: Flachgau - Tennengau - Pongau - Lungau - Pinzgau

## BETRIEBLICHE BETEILIGUNGEN

- » BFI Salzburg BildungsGmbH (100 %)
- » Parkhotel Salzburg GmbH (100 %)
- » Fachhochschule Salzburg GmbH (50 %)

## INNERBETRIEBLICHE INTERESSENVERTRETUNG-BETRIEBSRATSVORSITZENDE

- » Franz Hawel..... 1946-1981
- » Erich Krutter ..... 1981-1989
- » Josef Zuckerstätter ..... 1989-1992
- » Peter Krismer..... 1992-1996
- » Robert Priewasser ..... 1996-2000
- » Josef Zuckerstätter ..... 2000-2004
- » Karl Fusek ..... 2004-2012
- » Franz Grübl..... Seit 2012



# STUDIEN DER AK SALZBURG

Jahr	Titel
1926	Wirken der Kammer in der 1. Funktionsperiode 1921-1926: Ein Rückblick
1934	Erläuterungen zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (Nach den für das Land Salzburg mit Stichtag 1. Oktober 1934 geltenden Bestimmungen)
1936	15 Jahre Arbeiterkammer in Salzburg
1946	Arbeiterkammer im Aufbau
1946	Das Arbeitspflichtgesetz
1946	Das Wirtschaftssäuberungsgesetz
1946	Die wichtigsten Vorschriften über die Krankenversicherung
1946	Merkblätter zum Arbeiterurlaubsgesetz
1946 -1947	Die Gewerkschaft
1947	Aus dem geltenden Arbeitsrecht (Ein Leitfadens für Beisitzer der Arbeitsgerichte und Betriebsräte mit einer Übersicht über die derzeit geltenden arbeitsrechtlichen Vorschriften)
1947	Aus dem geltenden Arbeitsrecht (Ein Leitfadens für Beisitzer der Arbeitsgerichte und Betriebsräte mit einer Übersicht über die derzeit geltenden arbeitsrechtlichen Vorschriften)
1947	Das Bauarbeiterurlaubsgesetz und die Bauarbeiterurlaubsordnung mit einem Vorwort von Fanz Novy
1947	Das Kollektivvertragsgesetz
1947	Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter einschließlich der Wanderversicherung
1947	Die wichtigsten Vorschriften über die Krankenversicherung
1948	Arbeiterkammer zwischen Krieg und Frieden 1945-1947
1948	Die Sorge um den Berufsnachwuchs, (Referate erstattet auf der Enquete der Salzburger Arbeiterkammer vom 17. Feber 1948, sowie Material über das „Werkjahr“)
1948	Die wichtigsten Vorschriften über die Krankenversicherung
1948	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
1948	Ins Erwerbsleben, Merkblätter zur Schulentlassung
1948 - 1953	Mitteilungsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg und des ÖGB, Landesexekutive Salzburg
1949	Der Lehrvertrag im Rahmen der Gewerbeordnung
1950	Arbeiterkammer im Dienste des Wiederaufbaus 1948-1949
1951	Lehrlingsuntersuchung im Lande Salzburg (Bericht)
1952	Arbeiterkammer für Vollbeschäftigung und Kaufkraftsicherung 1950-1951
1956	Denkschrift zum Streit über den Ladenschluß und die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe
1956	Die Problematik des Lebenshaltungskosten-Index (Referat von Kammerpräsident Josef Horak, gehalten anlässlich der 7. Kammervollversammlung am 3.11.1956)
1957	Zehn Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1946-1956
1958	Arbeitnehmer in der Salzburger Wirtschaft
1959	Badefreuden nur für Auserwählte - Seeuferverbauung im Lande Salzburg
1959	Wirtschaftspolitisches Forderungsprogramm der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg an den neugewählten Landtag und die neue Salzburger Landesregierung
1960	Der Mensch in der modernen Industrie (Fortbildungstagung 1960)
1960	Die berufstätige Jugend im Bundesland Salzburg
1960	Die berufstätige Jugend im Bundesland Salzburg (Statistische Übersicht)
1961	Stellungnahme der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg zum Forderungsprogramm der Salzburger Wirtschaft
1962	Vorschläge der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg an den neugewählten Gemeinderat der Landeshauptstadt Salzburg

1965	Der zwischenbetriebliche Arbeitsplatzwechsel
1965	Die Arbeiterkammer Salzburg seit ihrer Errichtung am 20. Mai 1921
1965	Kleine Sozial- und Wirtschaftskunde des Bundeslandes Salzburg
1967	1. Kapruner Gespräch
1967	Sicherung vor Berggefahren
1968	2. Kapruner Gespräch
1969	Beschäftigungsstruktur im Bundesland Salzburg
1970	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg von 1920-1970 50 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg (entnommen aus dem Jahrbuch der AK Salzburg 1970)
1971	Das Gesicht der Armut
1973	Die berufliche und gesellschaftliche Orientierung junger Angestellter
1973	Die Einstellung der Bevölkerung zur Fußgängerzone in der Salzburger Altstadt
1973	Lern- und Lebensbedingungen von Lehrlingen im Salzburger Gastgewerbe
1974	Berufsausbildung und Berufslaufbahn von Lehrlingen
1974	Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur der Salzburger Gemeinden
1974	Einstellung der Frauen zur künftigen Berufstätigkeit ihrer Töchter
1974	Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg
1974	Was weiß man über die Luftverschmutzung in der Stadt Salzburg
1975	Arbeitnehmer im Lungau
1975	Die Lage älterer Arbeitnehmer in Salzburg
1975	Infrastrukturbedarf und regionale Finanzwirtschaft (Analyse und Prognose von Infrastrukturentwicklung, Landes- und Gemeindefinanzen in Salzburg 1960-1985)
1976	Die Familienrechtsreform und sozialpolitische Begleitmaßnahmen im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung
1976	Salzburgs Wirtschaft in der Rezession
1977	Arbeit - Jobs und ihre Geschichte
1978	Wie gesund sind Arbeitnehmer in Salzburg?
1979	Das neue Ehe- und Kindschaftsrecht
1979	Lebens- und Arbeitsbedingungen der Salzburger Arbeitnehmer
1980	Wie werden die Schulkinder berufstätiger Eltern betreut?
1981	Die Belastung der Obusfahrer in Salzburg
1981	Die Krimmlerbahn
1981	Die regionale Dynamik des Salzburger Arbeitsmarktes 1971-1980
1981	Einkommensunterschiede der Arbeitnehmer in Salzburg
1982	Der Weg zur wirtschaftlichen Heizung
1984	Selbstverwaltung im Betrieb
1985	Die Arbeitszeitverkürzungsdiskussion in der österreichischen Tagespresse
1986	Arbeitskräfte in Reinigungsberufen
1986	Flachgau - Region mit vielen Gesichtern (Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung von 1971-1986)
1986	Grundzüge der Arbeitsmarktpolitik in Österreich seit 1945
1986	Kultur und Arbeit (Handbuch für Kulturarbeit in Salzburger Betrieben)
1987	Entwicklungsmöglichkeiten des Betriebssports in Salzburg
1987	Jugendarbeitslosigkeit - Wege aus dem Abseits?
1987	Lungau - Region mit vielen Problemen (Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung von 1971-1986)
1987	Öffentlicher Sektor und Privatwirtschaft im Bundesland Salzburg (Beschäftigungsentwicklung 1982-1987)
1987	Salzburger Haushalte in den roten Zahlen
1988	Die Wohlfahrt der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der freien Wohlfahrt am Beispiel der Stadt Salzburg
1988	Tennengau Region mit Zukunft (Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung von 1971-1987)
1988	Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Reinigungsgewerbe
1989	Baulandpreise und Baulandpolitik in Salzburg
1989	Memorandum an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Salzburg, März 1989
1990	Die Einkommen der Salzburger Arbeitnehmer
1990	Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung im Salzburger Fremdenverkehr - Betriebsgründungen im Bundesland Salzburg von 1984 bis 1989
1990	Mindestlohn - Referate der Enquete vom 7.3.1990 im AK-Bildungszentrum
1990	Nutzung des Naherholungsraumes Gaisberg

1990	Soziale Sicherheit 2000 (Fachtagung 19. bis 21.9.1990 Salzburg, veranstaltet vom Sozialpolitischen Arbeitskreis Salzburg)
1990	... und sie bewegt (sich) doch! Die Arbeit der Betriebsrätinnen im Bundesland Salzburg
1991	Das Berufsbild des Fernfahrers
1991	Die regionale Dynamik des Salzburger Arbeitsmarktes (Entwicklung der Beschäftigung im Bundesland Salzburg von 1980-1990 in Branchen und Bezirken)
1991	Geschichte der Arbeitsmarktverwaltung Österreichs von ihren Anfängen an
1991	Grundlagenforschung: November 1991
1991	Soziales Risiko EG?
1991	Tag des Auges - Augenbelastung am Bildschirm
1992	Menschenmarkt (Zur Praxis der Leiharbeit in Salzburg)
1992	Sozialverträgliche CAD/CAM-Gestaltung
1992	Strahlenbelastung und Bildschirm
1993	Bordcomputer in LKW
1993	Wohnungsnot
1994	Die Finanzierung der Salzburger Gemeinden - Versuch einer Analyse der Gemeindefinanzstatistiken 1989 und 1990 des Amts der Salzburger Landesregierung
1994	Die Lohnsteuerreform 1993
1994	Überlebensprinzip Umweltschutz - Kernprobleme des Umweltschutzes - Eine Darstellung des AK-Umweltreferates
1995	Grenzenlos verteilt, Effekte der Aufhebung von Höchstgrenzen am Beispiel der Salzburger Wohnbauförderung
1995	Integration statt Ausgrenzung
1996	Arbeitsübereinkommen der Wirtschaftskammer Salzburg und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg
1996	Der Euro kommt! Kommt der Euro? Fragen und Antworten zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
1996	Gentechnik
1997	Arbeitnehmerschutz im Betrieb
1997	GUS - Gesamtuntersuchung Salzburg
1998	Die Lage der Salzburger Arbeitnehmer 1997
1999	Call-Centers in Salzburg - Telefonieren, bis die Ohren glühen!
1999	Die Lage der Salzburger ArbeitnehmerInnen 1998/1999
1999	Gebührenentwicklung in Salzburg Teilauswertung 1993-1998
1999	Im Interesse der ArbeitnehmerInnen (Memorandum an den Bürgermeister und die im Gemeinderat der Stadt Salzburg vertretenen politischen Gruppierungen)
1999	Im Interesse der ArbeitnehmerInnen (Memorandum an die Salzburger Landesregierung und die im Salzburger Landtag vertretenen Parteien)
1999	Kinderbetreuungsatlas
1999	Steuerreform 2000 - Mehr Geld durch weniger Steuern
2000	Die Entwicklung der Beschäftigten im Salzburger Einzelhandel
2000	Outdoorsport - Belastungen im Naturraum; Versuch einer Gewichtung (Tagungsband Seminar vom 29. Juni 1999 im Brunauerzentrum)
2000	Stilllegungsprämien: Karenzgeld für alle - Karenzgeld für alle, die es brauchen - Kinderscheck (Arbeitspapier der Grundlagenabteilung zur Veranstaltung am 31.1.2000)
2000	Zivil- und steuerrechtliche Aspekte von Grundstücksübertragungen
2001	Die Lage der Salzburger ArbeitnehmerInnen 2000
2001	Kinderbetreuungsgeld
2001	Atypische Beschäftigungsverhältnisse brauchen eine atypische Interessenvertretung
2002	Landeswirtschaftsförderung - Beschäftigungseffekte
2002	Armut im Wohlstand
2002	Regionaler Armutsbericht Salzburg
2002	80 Jahre AK Salzburg
2003	Soziale Mindestsicherung - Neuordnung Sozialhilferecht
2003	Versetzung aus betriebsverfassungsrechtlicher Sicht
2003	Ausgliederung der Landeskliniken
2004	Leistungsbeziehungen zwischen öffentlicher Hand und sozialen DienstleisterInnen
2004	Ernährungsgewohnheiten von Jugendlichen
2004	Berufszufriedenheit von Lehrlingen
2004	Arbeitnehmer-Lobbying in den Landeskliniken
2004	Arbeitsklima Index 2004 und 2005
2004	Arbeitsklima Index für Frauen 2003/2004

2004	Arbeitsklima Index: Sonderauswertungen zu Einkommen und Arbeitszufriedenheit sowie zu betrieblicher Mitbestimmung und Arbeitsklima
2004	Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Sektor/Privatwirtschaft
2005	Arbeitsklima Index 2005
2005	Arbeitsklima Index Gesundheitsberufe
2005	Arbeitsklima Index für Post-, Postbus- und Telekombeschäftigte
2006	Regionalstatistik Arbeitsmarkt in Kooperation mit der Landesregierung
2006	Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft 2000 bis 2005 (zusätzlich Sonderauswertungen nach Betriebsgröße)
2006	Zuwanderung und Arbeitsmarktsituation von Ausländern im Bundesland Salzburg
2007	Salzburger Arbeitsklima Index 2006 (Sonderauswertungen für Leiharbeiter und für die Unternehmen Leube und Ebenseer)
2007	Analyse zur Fachkräftediskussion
2007	Institutionelle Kinderbetreuung im Bundesland Salzburg
2008	Salzburger Arbeitsklima Index 2007 (Sonderauswertungen für Lehrlinge, Banken und Versicherungen sowie für atypisch Beschäftigte)
2008	Leiharbeit: Antworten auf arbeits- und sozialrechtliche Fragen
2009	Salzburger Arbeitsklima Index 2009 (Sonderauswertungen für Handel, Bildung und Kulturbetriebe)
2009	Nachhilfe - Elternbefragung
2009	Gesundheit - Risiken und Chancen in der Arbeitswelt
2009	Verteilungsgerechtigkeit im Schatten der Globalisierung
2009	Pflegeprävention und -rehabilitation
2010	In der Mitte der Gesellschaft (Armutgefährdung 2010) - Solution Sozialforschung
2010	AK-Nachhilfestudie
2011	Zuwanderung, Sozialstaat und Arbeitsmarkt
2011	Arbeitskräfteüberlasser
2011	Betriebskörperschaften und Versetzungen
2011	Kurzarbeitshilfen in Leitbetrieben
2011	Sozialpartnervereinbarung: Faire Vergaben für KMU
2012	Pensionen durch Beschäftigung sichern
2012	Sozialwirtschaft als produktiver Wirtschaftsfaktor
2012	Working Poor: Soziale Lagen und Armutsbekämpfung - Solution Sozialforschung
2012	AK Nachhilfestudie
2012	Salzburger Betriebe in Kurzarbeit
2012	Bewegungsprofile von Arbeitnehmern
2012	Mitwirkung der Betriebsräte bei schlichten Verwarnungen
2012	Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung im Pongau 2000 bis 2009
2012	Kinderbetreuungsstudie
2013	Arbeitsmarkt im Fremdenverkehr Sommer 2013
2013	Strukturanalyse Salzburger Arbeitsmarkt
2013	Ausgabenseitige Betrachtung des Landesvoranschlags
2013	„Wir wollen Gerechtigkeit“
2013	„Die EU auf Kurs bringen“
2014	Fortbestand von Qualifizierungsverbänden
2014	Die im Dunkeln sieht man nicht (Armutgefährdung und Working poor 2014)
2014	Gute Arbeit
2014	Institutionelle Kinderbetreuung (Umsetzung des Salzburger Kinderbetreuungsangebotes)
2014	Strukturanalyse des Salzburger Arbeitsmarkts (gemeinsam mit dem WIFO)
2014	Auswirkungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung auf das Arbeitsrecht
2015	Anerkennungshürden bei MigrantInnen in Salzburg, Studie der Universität Salzburg im Auftrag der AK Salzburg
2015	Arbeitsklima Index 2015 (mit Sonderauswertung für Arbeitnehmer in der Medienbranche)
2015	AK-Nachhilfestudie
o.J.	Beschäftigungsstruktur im Bundesland Salzburg (Veränderungen 1962-1968)
o.J.	Einführung in die Verführung - Eine Information für Konsumenten über die Marktbearbeitungsmaßnahmen der Anbieter
o.J.	Unser Leben ... Unser Müll ... Unsere Zukunft ... (Eine Art Führer durch unser tagtägliches „Müllmuseum“)

# PERIODISCHE PUBLIKATIONEN DER AK SALZBURG

---

<b>AB 1949</b>	INFORMATIONEN ZU DEN ERGEBNISSEN DER AK-WAHLEN
<b>1953 - 1980</b>	GESCHÄFTSBERICHT DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR SALZBURG
<b>1955 - 1974</b>	INFORMATIONSBLETT DER AK „DIE GEWERKSCHAFT“
<b>1968 - 1987</b>	AK-PANORAMA
<b>1988 - 1990</b>	REPORT
<b>1967 - 1990</b>	AK PRESSEDIENST
<b>1956 - 1996</b>	JAHRBUCH DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR SALZBURG
<b>1983 - 2001</b>	UNSELBSTÄNDIG BESCHÄFTIGTE IM BUNDESLAND SALZBURG IN SACHLICHER UND REGIONALER GLIEDERUNG
<b>1997 - LAUFEND</b>	JAHRES- UND GESCHÄFTSBERICHT DER AK SALZBURG
<b>LAUFEND</b>	EINKOMMENSSTUDIEN (LOHNSTEUER- UND SOZIALVERSICHERUNGSBASIERT)
<b>2005 - 2009</b>	MAKAZIN AN ALLE SALZBURGER HAUSHALTE
<b>2009 - LAUFEND</b>	MAKAZIN AN BETRIEBSRÄTE UND SVP
<b>2003 - 2013</b>	SICHER & GESUND FÜR SVP
<b>2003 - 2009</b>	TRANSPARENT FÜR BETRIEBSRÄTE UND SVP
<b>2008 - LAUFEND</b>	DATEN UND FAKTEN FÜR SALZBURG
<b>2003 - LAUFEND</b>	AK-REPORT
<b>2012 - LAUFEND</b>	JUGENDMONITOR DER AK SALZBURG
<b>BIS 2000</b>	DIE LAGE DER SALZBURGER ARBEITNEHMERINNEN
<b>2012 - LAUFEND</b>	FRAUENMONITOR DER AK SALZBURG
<b>2012 - LAUFEND</b>	BILDUNGSMONITOR DER AK SALZBURG
<b>BIS 2004</b>	REGIONALE BESCHÄFTIGUNGSSTATISTIK
<b>BIS 2000</b>	ARBEITSMARKTBERICHTE
<b>2004 - LAUFEND</b>	REGIONALE ARBEITSMARKTSTATISTIKEN UND BEZIRKSANALYSEN (BESCHÄFTIGUNG, ARBEITSLOSIGKEIT, EINKOMMEN)



# LITERATURVERZEICHNIS

- Appel, Susanne:** Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung (=Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht, Bd. 3). Baden-Baden 2001.
- Ardelt, Rudolf G.:** Salzburger Quellenbuch. Von der Monarchie bis zum Anschluß. Salzburg 1985.
- Ardelt, Rudolf G.:** Die Ära des „Christlichen Ständestaates“. In: Dopsch, Heinz (Hg.): Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. Festschrift 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg. Salzburg 1987, S. 235-247.
- Ardelt, Rudolf G.:** „Neugestaltung“ als Gauhauptstadt. Salzburg in der NS-Zeit. In: Dopsch, Heinz (Hg.): Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. Festschrift 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg. Salzburg 1987, S. 248-274.
- Ardelt, Rudolf G. / Gerbel, Christian (Hg.):** Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck, Wien 1996.
- Baltinester, Hans:** 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936.
- Baltinester, Hans:** Die Arbeiterkammer seit ihrer Errichtung am 20. Mai 1921. Erinnerungen des Kammeramtsdirektors. Manuskript. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg (Hg.). Salzburg 1965.
- Bauer, Ingrid:** Arbeiterkultur im Salzburg der Jahrhundertwende. In: Dopsch, Heinz (Hg.): Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. Festschrift 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg (=Jahresschrift Salzburger Museum Carolino-Augustinum, Bd. 33). Salzburg 1987, S. 199-213.
- Bauer, Ingrid (Hg.):** Von der alten Solidarität zur neuen sozialen Frage. 100 Jahre Sozialdemokratie. Ein Salzburger Bilderlesebuch. Wien 1988.
- Bauer, Ingrid:** Im Würgegriff der Krise. Die 1930er Jahre. In: Bauer, Ingrid (Hg.): Von der alten Solidarität zur neuen sozialen Frage. 100 Jahre Sozialdemokratie. Ein Salzburger Bilderlesebuch. Wien 1988, 139-168.
- Bauer, Ingrid:** „Tschikweiber haum's uns g'nennt ...“. Frauenleben und Frauenarbeit an der Peripherie“. Die Halleiner Zigarrenfabrikarbeiterinnen 1869 – 1940. Eine historische Fallstudie auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews. Wien 1988.
- Bauer, Ingrid:** Zwischen Goldhaube und Telehaus. Modernisierung der Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum. In: Hanisch, Ernst / Kriechbaumer, Robert (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6). Wien 1997, S. Beer, Wilfried / Schneider, Erich / Tiefenthaler, Julius: 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, Landesorganisation Salzburg. GPA 1892 bis 1992. Salzburg 1992.
- Böhm, Renate:** Die Lage der Salzburger Arbeitnehmer 2000. Salzburg 2001.
- Böhm, Renate:** Arbeitsklimaindex atypisch Beschäftigte. Probleme von geringfügig Beschäftigten und freien DienstnehmerInnen im Bundesland Salzburg. Ergebnisse einer Arbeitsklimaindex-Befragung. Salzburg 2008.
- Brauneder, Wilhelm:** Projekte zu einer Arbeiter-Wählerkurie in Österreich. In: Hengstschläger, Johannes et al. (Hg.): Für Staat und Recht. Festschrift für Herbert Schambeck. Berlin 1994, S. 149-168.
- Brücher, Gerda:** Fünfzig Jahre Anwerbeabkommen. Arbeitsmigration im Land Salzburg, „Exklusion und Inklusion“. Bachelorarbeit, Salzburg 2013.
- Bundesarbeiterkammer (Hg.):** 75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte. 1920-1995. Wien 1995.
- Bundesarbeiterkammer (Hg.):** Arbeit und Wirtschaft. 1923-1934 und 1947-2001, diverse Ausgaben.
- Chaloupek, Günther (Hg.):** 75 Jahre Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer Rückblick und Ausblick. Vorträge und Diskussionen bei einem Symposium am 14. November 1995 (=Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 62). Wien 1996.
- Czepl, Viktor:** Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1920-1970. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 50 Jahre Arbeiterkammer in Salzburg. Jahrbuch der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1920-1970. Salzburg 1971, S. 1-26.
- Cyba, Eva:** Modernisierung im Patriarchat? Zur Situation der Frauen in Arbeit, Bildung und privater Sphäre 1945-1995. In: Ardelt, Rudolf G. / Gerbel, Christian (Hg.): Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck, Wien 1996, S. 93-99.
- Dachs, Herbert (Hg.):** Das politische, soziale und wirtschaftliche System im Bundesland Salzburg. Festschrift zum Jubiläum „40 Jahre Salzburger Landtag in der Zweiten Republik“ (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 87). Salzburg 1985.
- Dachs, Herbert / Floimair, Roland et al. (Hg.):** Die Ära Haslauer. Salzburg in den 70er und 80er Jahren. Wien 2001.
- DAF Gauverwaltung Salzburg:** Nachrichtenblatt der DAF, Gauverwaltung Salzburg. 1939-1941, diverse Ausgaben.
- Dirninger, Christian:** Die Arbeitgebervertretung im Bundesland Salzburg (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 84). Salzburg 1984.
- Dirninger, Christian:** Wandel und Konstanz der Wirtschaftsstruktur im 20. Jahrhundert. In: Dopsch, Heinz (Hg.): Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. Festschrift 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg. Salzburg 1987, S. 274.
- Dirninger, Christian:** Beschäftigung, Wachstum und Konjunktur im Bundesland Salzburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Hanisch, Ernst / Kriechbaumer, Robert (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6). Wien 1997, S. 81-136.
- Dopsch, Heinz (Hg.):** Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. Festschrift 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg (=Jahresschrift Salzburger Museum Carolino-Augustinum, Bd. 33). Salzburg 1987.
- Fischer, Michael W.:** Salzburger Photographien. Stadt und Land nach 1920. Salzburg 1987.
- Flandera, Christian:** Versuch einer Sozialgeschichte der Salzburger Jugend unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsjugend 1945-1966. Diplomarbeit. Salzburg 2000.
- Floimair Roland (Hg.):** Von der Monarchie bis zum Anschluß. Ein Lesebuch zur Geschichte Salzburgs. Salzburg 1993.
- Floretta, Hans / Strasser Rudolf:** Die kollektiven Mächte im Arbeitsleben. Wien 1963.
- Frese, Matthias:** Betriebspolitik im „Dritten Reich“. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933-1939 (=Forschungen zur Regionalgeschichte, Nr. 2). Paderborn 1991.
- Göhring, Walter:** Vorwärts und nicht zurück. 100 Jahre organisierte Gewerkschaftsbewegung in Österreich. Wien 1993.

- Göhring, Walter:** Bildung – Arbeit – Fortschritt. Bildungs- und Kulturarbeit am Beispiel der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien 2000.
- Göhring, Walter:** Ein starker Partner im Land, 50 Jahre Arbeiterkammer Burgenland. Eisenstadt 2001.
- Göhring, Walter:** Politik und Aktion. Käthe Leichter und die freie Gewerkschaftsbewegung. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 103-194.
- Hachtmann, Rüdiger:** Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.). Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945. Berlin 1999, S. 69-70.
- Hager, Franz (Hg.):** 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002.
- Hanisch, Ernst:** Die sozialdemokratische Fraktion im Salzburger Landtag 1918 bis 1934. In: Botz, Gerhard et al.: Bewegung und Klasse. Studien zur Österr. Arbeitergeschichte. Wien 1978, S. 247-268.
- Hanisch, Ernst:** Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 71). Salzburg 1983.
- Hanisch, Ernst:** 1890-1990. Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994.
- Hanisch, Ernst / Fleischer, Ulrike:** Im Schatten berühmter Zeiten. Salzburg in den Jahren Georg Trakls. Salzburg 1986.
- Hanisch, Ernst / Kriechbaumer, Robert (Hg.):** Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6). Wien 1997.
- Hözl, Ferdinand:** Pinzgauer Parteienchronik Band 1. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Zell am See 1983.
- Hörmann, Fritz:** Arbeitswelt im Pongau. Der Mensch in Bergbau und Hüttenwesen von der Bronzezeit bis ins 20. Jahrhundert. St. Johann im Pongau 1987.
- Hörmann, Fritz:** 100 Jahre Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie, Landesorganisation Salzburg. Salzburg 1990.
- Huber, Wolfgang (Hg.):** Franz Rehl, Landeshauptmann von Salzburg 1922-1938. Salzburg 1975.
- Huber, Wolfgang (Hg.):** Landeshauptmann Klaus und der Wiederaufbau Salzburgs. Salzburg 1980.
- Jobst, Vinzenz:** Arbeiterkammer Kärnten 1922-1992. Klagenfurt 1992.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** Das Wirken der Kammer in der 1. Funktionsperiode 1921 bis 1926. Salzburg 1926.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** Arbeiterkammer zwischen Krieg und Frieden, Ein Rückblick auf das Wirken der Salzburger Arbeiterkammer von 1945-1947. Salzburg 1948.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** Arbeiterkammer im Dienste des Wiederaufbaus 1948/49. Salzburg 1950.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** Arbeiterkammer für Vollbeschäftigung und Kaufkraftsicherung. Salzburg 1951.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** 10 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte 1946 – 1956. Salzburg 1957.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** Die Arbeiterkammerwahlen. Bd. 1949-2000. Salzburg 1949-2000.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.):** Jahres- und Geschäftsbericht der AK Salzburg. Bd. 1953 bis 2014. Salzburg 1953-2014.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg:** Presseaussendungen (PA) der AK Salzburg. o.J.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Niederösterreich (Hg.):** 50 Jahre AK Niederösterreich. Wien 1998.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark (Hg.):** Fünfzig Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark 1921-1971. Graz 1974.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien (Hg.):** Lehrlingsschutz und Berufsfürsorge. Wien 1924, Heft 5.
- Karl-Steinöcher-Fonds zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Lande Salzburg (Hg.):** Mitteilungen des Karl-Steinöcher-Fond, Nr. 1-9. Salzburg 1981-1986.
- Kaut, Josef:** Der steinige Weg. Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung im Lande Salzburg. Salzburg 1982.
- Kepplinger, Brigitte / Weidenholzer, Josef:** Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterkammern (1920-1992). In: Bundesarbeiterkammer (Hg.): 75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte. 1920-1995. Wien 1995, S. ???-???.
- Kernmayr, Hans G.:** Brot und Eisen. Festschrift der Handelskammer Salzburg anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens. Salzburg 1951.
- Klenner, Fritz:** Die österreichischen Gewerkschaften, Wien 1953.
- Klenner, Fritz / Pellar, Brigitte:** Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Wien 1999.
- Lemberger, Josef:** Interessenverbände im Bundesland Salzburg. In: Hanisch, Ernst (Hg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Bd. 1. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube. Wien 1997, S. 294-304.
- Leser, Norbert:** Die Kammern für Arbeiter und Angestellte als Motor moderner Gesellschaftspolitik. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 50 Jahre Arbeiterkammer in Salzburg. Jahrbuch der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1920-1970. Salzburg 1971, Vorwort S. 1-14.
- Litschauer, Hans:** 30 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich. Wien 1978.
- Lotteraner, Max:** Zur Wiedererrichtung der Kammer für Arbeiter und Abgestellte für Oberösterreich 1945-1946. In: Mayrhofer, Fritz / Schuster, Walter (Hg.): Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (=Historisches Jahrbuch der Stadt Linz, 1995). Linz 1996, S. 459-520.
- Mai, Gunther:** Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler? Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reichs. In: Berding, Helmut et al. (Hg.), Geschichte und Gesellschaft (=Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Nr. 12). Göttingen 1986.
- Martinek, Oswin (Hg.):** Arbeitsrecht und soziale Grundrechte. Festschrift Hans Floretta zum 60. Geburtstag. Wien 1983.
- Marx, Erich / Weidenholzer, Thomas:** Chronik der Stadt Salzburg 1980-89 (=Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg, Bd. 2). Salzburg 1990.
- Marx, Erich / Weidenholzer, Thomas:** Chronik der Stadt Salzburg 1970-79 (=Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg, Bd. 5). Salzburg 1993.
- Maisel, Karl:** Die Arbeiterkammern als Instrument der Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Wien 1961.
- Mesner, Maria / Zoitl, Helge:** 40 Jahre AKNÖ – Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich. Wiener Neustadt 1988.
- Mühlau, Sepp:** Von der NS-Betriebszellen-Organisation zur DAF. Salzburg 1939.
- Neissl, Julia / Bauer, Ingrid:** Geschlecht und Arbeitswelten. Beiträge der 4. Frauen-Ringvorlesung an der Universität Salzburg. Wien 1998.
- Nick, Rainer:** Die Salzburger Wirtschaftsverbände. In: Dachs, Herbert (Hg.): Das politische, soziale und wirtschaftliche System im Bundesland Salzburg. Festschrift zum Jubiläum „40 Jahre Salzburger Landtag in der Zweiten Republik“ (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 87). Salzburg 1985, S. 237-274.
- ÖGB Landesexekutive Salzburg (Hg.):** Freiheit, Arbeit, Wohlstand. 20 Jahre ÖGB Salzburg 1945-1965. Salzburg 1965.
- Pagitz, Franz:** 125 Jahre Handelskammer Salzburg. Salzburg 1975.
- Palla, Edmund:** Die Interessenvertretung der Arbeiterschaft in Österreich. Eine Denkschrift zur Errichtung der Arbeiterkammern. Wien 1921.
- Pelinka, Anton:** Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933-1938. Wien 1972.
- Pernthaler, Peter:** Kammern und Pflichtmitgliedschaft in Österreich. Eine Untersuchung aus Sicht des öffentlichen Rechts sowie aus politikwissenschaftlicher, ökonomischer, demoskopischer und soziologischer Sicht. Wien 1994.
- Pluntz, Liane:** Weibliche Lebenszusammenhänge, Frauenpolitik in der Arbeiterkammer. In: Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 64-65.
- Prisching, Manfred:** die Zukunft der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften. In: Bundesarbeiterkammer (Hg.): 75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte. 1920-1995. Wien 1995, S. 137-178.
- Proksch, Anton:** Die Stellung der Arbeiterkammern in Staat und Gesellschaft. Wien 1961.
- Ranftl, Edeltraud:** Gewerkschaftliche Frauenpolitik in der Zweiten Republik. Zwischen Gleichberechtigung, Mißachtung und Besonderung von Frauen. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 23-46.

**Rausch, Wilhelm / Lotterer, Maximilian:** Aufbruch in eine bessere Zeit. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1920 bis 1980. Linz 1981.

**Reimüller, Danilo:** Kritische Auseinandersetzung mit zentralen Determinanten und Konfliktlinien der politischen Diskussion um eine Reformierung der Arbeiterkammer seit den achtziger Jahren mit besonderer Schwerpunktlegung auf dem Arbeiterkammergesetz von 1992. Diplomarbeit. Salzburg 1993.

**Renner, Karl:** Die Dreieinheit der Arbeiterbewegung, Wien 1928.

**Rimpl, Robert (Hg.):** Die Kammern für Arbeiter und Angestellte 1945-1965. Wien 1965.

**Salfenauer, Heinrich:** Erinnerungen: Vom Arbeiterkind zum Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg. Salzburg 1997.

**Sallmutter, Hans (Hg.):** Mut zum Träumen. Bestandsaufnahme und Perspektiven des Wohlfahrtsstaates. Wien 2000.

**Sandner, Günther:** Kontinuität und dosierter Wandel. Wirtschaftsverbände und regionale Sozialpartnerschaft in Salzburg (1977-1989). In: Dachs, Herbert / Floimair, Roland et al. (Hg.): Die Ära Haslauer. Salzburg in den 70er und 80er Jahren. Wien 2001, S. 117-143.

**Schaller, Christian:** Verbände und Sozialpartnerschaft In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992, S. 804-815.

**Schuster, Klemens / Windischbauer, Andreas:** Kultur und Arbeit. Handbuch für Kulturarbeit in Salzburger Betrieben (=Schriftenreihe der Arbeiterkammer Salzburg, Frühjahr 1986). Salzburg 1986.

**Schwarzbauer, Robert:** Die Deutsche Arbeitsfront in Salzburg. Instrument zur totalen Kontrolle. In: Embacher, Helga / Weidenholzer, Thomas (Hg.): Machtstrukturen der NS-Herrschaft. NSDAP – Polizei/Gestapo – Militär – Wirtschaft (=Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus, Bd. 5). Salzburg 2014, S. 166-208.

**Starcke, Gerhard:** Die Deutsche Arbeitsfront. Eine Darstellung über Zweck, Leistung und Ziele. Berlin, 1940.

**Stranzinger, Dagmar:** Der Aufbruch der Frauen. In: Dachs, Herbert / Floimair, Roland et al. (Hg.): Die Ära Haslauer. Salzburg in den 70er und 80er Jahren. Wien 2001, S. 429-458.

**Tálos, Emmerich (Hg.):** Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells. Wien 1993.

**Thurner, Erika:** Nach '45 war man als „Rote/Roter“ auch ein Mensch. Der Wiederaufbau der Salzburger Sozialdemokratie nach 1945. Wien 1990.

**Uhl, Heidemarie:** Geschichte der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte in der ersten Republik. Wien 1992.

**Veits-Falk, Sabine:** Frauen in der Salzburger „Öffentlichkeit“. Zwischen Ausgrenzung und Teilhabe. In: Gürtler, Christa / Veits-Falk, Sabine (Hg.): Frauen in Salzburg. Zwischen Ausgrenzung und Teilhabe, Salzburg 2012, S. 10-55.

**Voithofer, Richard:** Deutschnationale Parteien in der Ersten Republik. Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920-1936. Dissertation. Salzburg 1999.

**Wanner, Gerhard:** Die Geschichte der Vorarlberger Kammer für Arbeiter und Angestellte 1921-1938. Ein Beitrag zur Vorarlberger Arbeiterbewegung. Bregenz 1978.

**Webersdorfer, Hans:** Arbeiterkammer im Aufbau. Salzburg 1946.

Weidenholzer, Josef: Zur Geschichte der Arbeiterkammern. In: WISO, 2.Jg. Nr. 3. 1979, S. 35-45.

**Windtner, Elisabeth:** Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts wurde geboren in den Werkstätten der Handwerker, und nicht in der düsteren, satanischen Fabrik. Arbeiterschaft und frühe Arbeiterbewegung in Salzburg 1867 bis 1880. Diplomarbeit. Salzburg 1996.

**Winkler, Manfred:** Betriebssportförderung durch die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg und den österreichischen Gewerkschaftsbund im Bundesland Salzburg im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Betriebssportförderung. Dissertation. Salzburg 1987.

**Wordian, Rudolf E.:** Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Die Arbeitnehmervertretung im Bundesland Salzburg. Festschrift für Josef Brunauer (=Schriftenreihe des Landes-pressebüros, Nr. 55). Salzburg 1981, S. 23-169.

## QUELLEN

- 1 Vgl.: Kepplinger, Brigitte / Weidenholzer, Josef: Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterkammern (1920-1992). In: Bundesarbeiterkammer (Hg.): 75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte. 1920-1995. Wien 1995, S. ???-???
- 2 Vgl. Brauner, Wilhelm: Projekte zu einer Arbeiter-Wählerkurie in Österreich. In: Hengstschläger, Johannes et al. (Hg.): Für Staat und Recht. Festschrift für Herbert Schambeck. Berlin 1994, S. 149-168.
- 3 Viktor Adler, geb. 24. Juni 1852 in Prag, gest. 11. November 1918 in Wien, war ein österreichischer Politiker und Begründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
- 4 Vom 30. Dezember 1888 bis zum 1. Jänner 1889 fand in Hainfeld in Niederösterreich der Einigungsparteitag der SDAP statt. Aus dieser Partei ging später die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) hervor.
- 5 Karl Renner, geb. 14. Dezember 1870 in Untertannowitz (Tschechien), gest. 31. Dezember 1950 in Wien, war ein österreichischer sozialdemokratischer Politiker (SDAP/SPÖ) und Jurist. Nach dem Ersten Weltkrieg war er von 1918 bis 1920 als Staatskanzler maßgeblich am Entstehen der Ersten Republik Österreich beteiligt. Von Dezember 1945 bis zu seinem Tod 1950 amtierte er als erster Bundespräsident der Zweiten Republik.
- 6 Franz Domes, geb. 25. Juni 1863 in Wien, gest. 11. Juli 1930 in Wien, war ein österreichischer Gewerkschafter und Politiker.
- 7 Ferdinand Hanusch, geb. 9. November 1866 in Oberdorf, gest. 28. September 1923 in Wien, war einer der größten Sozialpolitiker Österreichs. Daneben war er auch Autor und Dichter. Ursprünglich Sekretär der Textilarbeiter, schaffte er als Staatssekretär für soziale Verwaltung in den eineinhalb Jahren der großen Koalition (Sozialdemokraten und Christlich-Soziale) ab 1918 ein großartiges sozialpolitisches Reformwerk, das damals europaweit einzigartig dastand. Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung wurde er erster Sekretär (entspricht heute dem Direktor) der Arbeiterkammer Wien.
- 8 Eine Räterepublik ist ein politisches System, bei dem die Herrschaft von der Bevölkerung über direkt gewählte Räte ausgeübt wird. Die Räte sind der Basis direkt verantwortlich und an deren Weisungen gebunden.
- 9 Arbeiterräte gingen auf die große Bewegung in der Arbeiterschaft (Jännerstreik) 1918 zurück, die sich infolge der russischen Revolution und des Hungers zu Hause bildete. Die Arbeiterräte stellten sich die Aufgabe, eine unmittelbare Fühlungnahme zwischen den arbeitenden Massen in den Betrieben, den Gewerkschaften und der parlamentarischen Vertretung der Arbeiter herzustellen. Die radikale Strömung war für eine sofortige Durchführung revolutionärer Kampfmaßnahmen, die konservativere beabsichtigte in den Arbeiterräten ein Organ der arbeitenden Bevölkerung zur Teilnahme an der Verwaltung zu bilden. Auf der Linzer Konferenz der Arbeiterräte im Februar 1919 wurde der Beschluss gefasst, den Arbeiterrat als gemeinsames Kampforgan für alle Richtungen des Sozialismus auszubauen. Die Intention der Sozialdemokraten ging dahin, jedwede Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft zu verhindern, was ihr auch weitgehendst gelang. Bei den Arbeiterräten existierten auch in Salzburg 1919 Tendenzen, die die politische Revolution zur vollen sozialen Revolution vorwärtstreiben wollten (Hanisch). So wurde im März 1919 von den Arbeiterräten versucht, den Kupferbergbau in Mühlbach am Hochkönig zu vergesellschaften. In Bad Gastein wurden einige Liegenschaften kurzfristig „enteignet“. Alle Sozialisierungsversuche blieben aber Episoden, weil die sozialdemokratische Führung dies ablehnte und sich schließlich mit dem Modell der parlamentarischen Demokratie durchsetzte. Vgl. Palla, Edmund: Die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft in Österreich. Wien 1921.
- 10 Als Maßnahme gegen die Lebensmittelknappheit wurde 1921 auch mit dem Bau der genossenschaftlichen Union- Lebensmittelwerke beim Bahnhof begonnen und 1923 vollendet.
- 11 Franz Pühringer, geb. in Julbach, gest. 1923, war gelernter Forstarbeiter, später Brauereiarbeiter. Von 1906-1912 Landessekretär des Lebensmittelarbeiterverbandes in Saaz, in Deutschböhmen, später Prag und Wien. Nach der Republikausrufung kam er nach Salzburg und baute als Sekretär den Lebensmittelarbeiterverband auf. Er wirkte in der Gewerkschaft, den Genossenschaften und der SDAP, galt als guter Organisator und hatte sich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung große Kenntnisse erworben. Pühringer unterrichtete die Arbeiter in Kursen und Vorträgen. Im Frühjahr 1921 wurde er zum ersten Präsidenten der AK berufen.
- 12 Felix Beck war ein deutsch-nationaler Gewerkschafter bzw. früherer Nationalsozialist, die Landesorganisation der Hitlerpartei NSDAP wurde erst 1923 gegründet.
- 13 Vgl. Salzburger Landeszeitung vom 28.5.1921.

- 14 Vgl. Salzburger Wacht vom 22.5.1921.
- 15 Die Krankenkassen hoben die Umlage ein. Die Umlage konnte von jeder Kammer selbständig festgelegt werden, bedurfte aber der Genehmigung des Sozialministeriums.
- 16 Vgl. Salzburger Wacht vom 19., 20., 21. und 22.5.1921.
- 17 Vgl. Voithofer, Richard: Deutschnationale Parteien in der Ersten Republik. Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920-1936. Dissertation. Salzburg 1999.
- 18 Vgl. Bundesarbeiterkammer (Hg.): Arbeit und Wirtschaft, Jg. 1927, S. 751 und Salzburger Landeszeitung vom 20.2.1921. Bei den Landtagswahlen 1922 errang die Christlichsoziale Wahlgemeinschaft (bestehend aus Christlichsozialen, Landbund und Nationalsozialisten) 13 Mandate, die Sozialdemokraten 10 und Großdeutsche 2.
- 19 AK-Vollversammlungsprotokoll vom 30.11.1923. Erst ab dem AKG 1954 wurde die Bezeichnung Kammerrat eingeführt.
- 20 Vgl. Bundesarbeiterkammer (Hg.): Arbeit und Wirtschaft 1926, S. 640.
- 21 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 13.
- 22 Franz Rehr, geb. 4. Dezember 1890 in Salzburg, gest. 23. Januar 1947 in Salzburg, war Jurist und Politiker der Christlichsozialen Partei Österreichs sowie von 1922 bis 1938 Landeshauptmann von Salzburg.
- 23 Vgl. Dirninger, Christian: Wandel und Konstanz der Wirtschaftsstruktur im 20. Jahrhundert. In: Dopsch, Heinz (Hg.): Vom Stadtrecht zur Bürgerbeteiligung. Festschrift 700 Jahre Stadtrecht von Salzburg. Salzburg 1987, S. 274.
- 24 Vgl. Bundesarbeiterkammer (Hg.): Arbeit und Wirtschaft, 1926, S. 639.
- 25 Hans Geigl, geb. 1. Februar 1884, gest. 3. November 1923, war vom 20. November 1922 bis 3. November 1923 Präsident der Salzburger AK. Geboren in Mauerkirchen (OÖ) als Sohn eines Handwerkers kam er 1909 nach Salzburg. Als gelernter Schlosser trat er später in den Dienst der Staatsbahnen und wurde Vertrauensmann der Eisenbahnergewerkschaft. 1921 wurde er zum Vizepräsident der AK wurde nach dem Tod von Franz Pühringer zum Präsidenten gewählt. Er hatte sich eine umfassende Bildung angeeignet und setzte sich besonders für die Lehrlinge ein.
- 26 Jakob Auer, geb. 13. Juli 1863, gest. . Oktober 1952, war von 30. November 1923 bis 28. Mai 1925 Salzburger AK-Präsident. Geboren in Pfaffing als Sohn eines Keuschlers, wuchs er bei Verwandten auf. Nach der Müllerlehre erlernte er das Maurerhandwerk 1887 trat er in Ried dem Arbeiterbildungsverein bei. 1897 kam er nach Salzburg und begann die Bauarbeiter zu organisieren. Er war Mitbegründer des Konsumvereines „Vorwärts“ (1904). 1905 wurde er Vertrauensmann der Bauarbeitergewerkschaft. Nach dem Tod von Hans Geigl am 30.11.1923 zum AK Präsidenten gewählt.
- 27 Johann Elias, geb. 29. Dezember 1872, gest. 5. Mai 1927, AK-Präsident vom 28. Mai 1925 bis 5. Mai 1927, war gelernter Schlosser und stieß schon 1886 zum Verband der Metallarbeiter und zur sozialdemokratischen Bewegung. Seit 1909 Funktionär, seit 1921 Sekretär des Metallarbeiterverbandes in Salzburg. Nachruf. In: Salzburger Wacht v. 5.5.1927, S. 1.
- 28 Salzburger Wacht vom 5.5.1927.
- 29 Vgl. Bundesarbeiterkammern (Hg.): Arbeit und Wirtschaft 1926, S. 748.
- 30 Vgl. Salzburger Landeszeitung vom 27.7.1926 und Bundesarbeiterkammern (Hg.): Arbeit und Wirtschaft 1927, S. 751.
- 31 Vgl. Salzburger Wacht vom 28.7.1926.
- 32 Salzburger Wacht vom 27.6.1926.
- 33 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936.
- 34 Vgl. Salzburger Landeszeitung vom 28.5.1921.
- 35 Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Das Wirken der Kammer in der 1. Funktionsperiode 1921 bis 1926. Salzburg 1926, S. 116.
- 36 Am 30. Jänner 1927 schossen in Schattendorf drei Mitglieder der rechtsstehenden Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs auf die zahlenmäßig deutlich überlegenen, jedoch unbewaffneten Teilnehmer einer gegen sie gerichteten Demonstration des Republikanischen Schutzbundes und töteten dabei ein sechsjähriges Kind und einen Klingebacher Schutzbündler. Die Täter wurden von einem Geschworenengericht wegen Notwehr freigesprochen. Am 15. Juli 1927, einen Tag nach dem Schattendorfer Urteil, versammelten sich aufgebrachte Arbeiter vor dem Justizpalast in Wien, erstürmten diesen und legten anschließend Feuer. Die Regierung Ignaz Seipel ordnete die Niederschlagung der Demonstration an. Die so genannte Julirevolte forderte 89 Tote, der abgebrannte Justizpalast und das verschärfte politische Klima waren zusätzliche Schritte in den Bürgerkrieg vom Februar 1934.
- 37 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936.
- 38 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 17.
- 39 Vgl. Salzburger Wacht vom 10.5.1928.
- 40 Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien (Hg.): Lehrlingsschutz und Berufsfürsorge. Wien 1924, Heft 5, S. 10.
- 41 Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Das Wirken der Kammer in der 1. Funktionsperiode 1921 bis 1926. Salzburg 1926.
- 42 Vgl. Hanisch, Ernst / Fleischer, Ulrike: Im Schatten berühmter Zeiten. Salzburg in den Jahren Georg Trakls. Salzburg 1986. S. 182ff.
- 43 Vgl. AK Vollversammlungsprotokoll 1-4, 1925 (Fragment).
- 44 Maßnahmen zur Bodenordnung, also eine Änderung der Grundstücksgrenzen, um bessere Zufahrten, Schonung der Landschaft und ein besseres Wegenetz zu erreichen. Das Ziel ist weniger eine höhere Fruchtbarkeit der Äcker als die Verbesserung ihrer Struktur.
- 45 Heinrich Leukert war Landessekretär der Gewerkschaftskommission und vom 30. Mai 1927 bis 31. Dezember 1933 AK-Vizepräsident, vgl. Salzburger Wacht vom 17.8.1926.
- 46 Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Das Wirken der Kammer in der 1. Funktionsperiode 1921 bis 1926. Salzburg 1926.
- 47 Vgl. AK Tätigkeitsbericht 1-4, 1925.
- 48 AK Vollversammlungsprotokoll 1-4 1925, (Fragment).
- 49 Vgl. Salzburger Wacht vom 12.10.1927.
- 50 Vgl. Salzburger Wacht vom 14.5.1928.
- 51 Bundesarbeiterkammer (Hg.): Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1928.
- 52 Karl Emminger, geb. 26. September 1878, gest. 5. Mai 1944, AK-Präsident vom 5. Mai 1927 bis 2. Jänner 1934, war gelernter Schlosser, kam 1902 nach Salzburg und wirkte als Werkmeister im Eisenbahnbetriebswerk in der Freien Gewerkschaft und wurde Hauptvertrauensmann der Salzburger Eisenbahner. 1918 nach einer Ansprache bei der großen Antikriegsdemonstration wurde er verhaftet. Nach dem ersten Weltkrieg wurde er vorerst Gemeinderat von Gnigl, dann Landesrat und 1919 Mitglied der Landesregierung, wo er sich besonders für den Wohnbau und Straßenbau einsetzte. Emminger war Gründungsmitglied der genossenschaftlichen Union Lebensmittelwerke (1921-1923) und Landeskommandant des Republikanischen Schutzbundes in Salzburg. Seine starke Persönlichkeit hat in der ersten Republik die Salzburger Sozialdemokratie stark geprägt. 1934, 1938 und 1942 wurde er mehrmals inhaftiert. Karl Emminger war auch der politische Kopf der Itzlinger Sozialdemokraten, des Salzburger „Ottakrings“. Zwei Sozialisten, Jahrgang 1910 und 1911, erinnern sich: „Er war so ein Idealist und ganz einfacher Mann: für sich nichts gebraucht, nie einen Aufwand gehabt. [...] Einfache Leute: nur Zimmer und Küche in der Itzlinger Hauptstrasse. [...] Und wie er Arbeiterkammerpräsident war, hat er das hat er das Geld, das er dafür bekommen hat, damals ohnehin nicht viel, sofort weitergehen lassen: für den Bau des Itzlinger Arbeiterheimes. (Anm: das 1932 eröffnet wurde, Anm.). [...] Und er hat's auch von den anderen Parteigrößen verlangt. Zitiert nach Bauer, Ingrid / Weitgruber, Wilhelm: Itzling 1895-1985. Vom Dorf zur Vorstadt – Ein Spaziergang durch Itzling. Arbeiteralltag und Arbeiterkultur in Itzling 1860-1985. Salzburg 1985, S. 59ff.
- 53 Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936, S. 13-14.
- 54 Die Heimwehr war eine bewaffnete paramilitärische Einheit, die dem christlich-sozialen Lager in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts nahestand.
- 55 Der Republikanische Schutzbund war die 1923/24 gegründete paramilitärische Organisation der österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP).
- 56 Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936, S. 26.
- 57 Salzburger Wacht, Jg. 35 (1933) Nr. 281.
- 58 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936.
- 59 Georg Rendl, geb. 1903 in Zell am See, gest. 1972, avancierte in der Zwischenkriegszeit zu den profiliertesten deutschsprachig-katholischen Dichtern.
- 60 Erste Georg-Rendl-Literaturpreisträger waren 1984 Christine Haidegger und Otto Köhlmeier, 1987 erging er an O.P. Zier für sein Romanprojekt „Schwindelfrei“.

- 61 Carl Vaugoin war von 1930-1933 Parteiboss der Christlich-Sozialen Partei, von 1921-1933 Heeresminister (heute Verteidigungsminister) und 1930 Bundeskanzler.
- 62 Zitiert nach Jura Soyfer (geb. 8. Dezember 1912 in Charkow, damals Russisches Kaiserreich, ermordet am 16. Februar 1939 im KZ Buchenwald, war in den 1930er Jahren ein politischer Schriftsteller in Österreich. Er publizierte in mehreren Zeitschriften und verfasste insgesamt fünf Stücke und drei erhaltene Szenen, die bis heute aufgeführt werden).
- 63 Vgl. Bundesarbeiterkammer (Hg.): 75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte. 1920-1995. Wien 1995, S. 27.
- 64 Richard Schmitz, geb. 1995, gest. 1954, war ein Politiker der Christlich-Sozialen Partei. Er war 1922 Sozialminister und von 1934 bis 1938 Bürgermeister Wiens.
- 65 Vgl. Salzburger Wacht vom 5.1.1934.
- 66 Vgl. Salzburger Chronik vom 4.1.1934.
- 67 Lt. Angaben von Hans Baltinester. Der spätere Kammeramtsdirektor Hans Floretta führte die fehlende Absetzung auch auf das gute Verhältnis von Landeshauptmann Franz Rehl mit Hans Baltinesters Vater J. Baltinester zurück.
- 68 Maximilian Linscheid, Florian Gamper und zwei Bürokräfte.
- 69 Baltinester, Hans: Die Arbeiterkammer seit ihrer Errichtung am 20. Mai 1921. Erinnerungen des Kammeramtsdirektors. Manuskript. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg (Hg.). Salzburg 1965, S. 8 und 17.
- 70 Unter Konkordanz versteht man die Einbeziehung einer möglichst großen Zahl von Akteuren (Parteien, Verbände, Minderheiten, gesellschaftliche Gruppen) in den politischen Prozess und die Entscheidungsfindung durch Herbeiführung eines Konsenses.
- 71 Bauer, Ingrid: „Tschikweiber haum's uns g'nennn ...“. Frauenleben und Frauenarbeit an der Peripherie“. Die Halleiner Zigarrenfabrikarbeiterinnen 1869–1940. Eine historische Fallstudie auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews. Wien 1988, S. 235.
- 72 Vgl. Bauer, Ingrid: „Tschikweiber haum's uns g'nennn ...“. Frauenleben und Frauenarbeit an der Peripherie“. Die Halleiner Zigarrenfabrikarbeiterinnen 1869–1940. Eine historische Fallstudie auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews. Wien 1988, S. 235-236 und Bauer, Ingrid / Weitgruber, Wilhelm: Itzling 1895-1985. Vom Dorf zur Vorstadt – Ein Spaziergang durch Itzling. Arbeiteralltag und Arbeiterkultur in Itzling 1860-1985. Salzburg 1985, S. 91-92.
- 73 Vgl. Floimair Roland (Hg.): Von der Monarchie bis zum Anschluß. Ein Lesebuch zur Geschichte Salzburgs. Salzburg 1993, S. 228. Zum 50-jährigen Gedenken an die Februar 1934 Ereignisse veranstaltete die AK 1984 ein literarisches Programm mit dem Jura-Soyfer Theater. Mit den Soyfer Stücken „Der Lechner Edi schaut ins Paradies“ und „Zwischenruf-links“ wurde ein subtiles Stimmungsbild dieser Zeit vermittelt.
- 74 Vgl. u.a. [www.doew.at/neues/februar-1934](http://www.doew.at/neues/februar-1934).
- 75 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936, S. 28ff.
- 76 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936, S. 47.
- 77 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936, S. 46-59.
- 78 Vgl. Wiener Zeitung vom 9.12.1936 und Neue Freie Presse vom 26.5.1936.
- 79 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 27.
- 80 Vgl. Päpstliche Enzyklika von Pius XI., erlassen 1931, zum 40. Jahrestages der Enzyklika „Rerum novarum“ von Leo XIII., die sich beide mit der sozialen Frage befassen. Daten aus: 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg, 1936. Lit: z.B. Ardel, Rudolf G.: Die Ära des „Christlichen Ständestaates“. 1987 Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938.
- 81 Vgl. Salzburger Chronik vom 4.5.1936.
- 82 Vgl. Robert Schwarzbauer. Die Deutsche Arbeitsfront in Salzburg. Instrument zur totalen Kontrolle. In: Helga Embacher und Thomas Weidenholzer (Hg.), Machtstrukturen der NS-Herrschaft. NSDAP – Polizei/ Gestapo – Militär – Wirtschaft (=Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus, Band 5), Salzburg, 2014, S. 166-208.
- 83 Vgl. Baltinester, Hans: Die Arbeiterkammer seit ihrer Errichtung am 20. Mai 1921. Erinnerungen des Kammeramtsdirektors. Manuskript. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg (Hg.). Salzburg 1965, S. 22-23.
- 84 Vgl. Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 69-70.
- 85 Das Führerprinzip ordnet im Allgemeinen eine Gruppe (ein Volk, eine Organisation etc.) ohne Einschränkungen den Entscheidungen des jeweiligen Führers unter. Das Führerprinzip beinhaltet die „Autorität jedes Führers nach unten und Verantwortlichkeit nach oben“. Mehrheitsentscheidungen finden nicht statt. Entscheidungen werden von einer einzelnen Person getroffen, der gegebenenfalls Berater beigeordnet sind.
- 86 Vgl. Appel, Susanne: Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung (=Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht, Bd. 3), Baden-Baden 2001, S. 26.
- 87 Mai, Gunther: Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler? Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reichs. In: Berding, Helmut et.al. (Hg.): Geschichte und Gesellschaft (=Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Bd. 12), Göttingen 1986, S. 213.
- 88 Vgl. Appel, Susanne: Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung (=Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht, Bd. 3), Baden-Baden 2001, S. 43.
- 89 Theodor Hupfauer, geb. 17. Juli 1906 in Dellmensingen, Baden-Württemberg, gest. 31. August 1993 in München) war vom Beruf Jurist. Er trat 1930 der NSDAP und 1931 der SS bei und war Reichshauptamtsleiter der DAF sowie Leiter des Amtes „Soziale Selbstverantwortung“ und Kommandant der Ordensburg Sonthofen. Nach 1945 konnte er problemlos als Jurist arbeiten, ohne dass seine Rolle während der NS-Zeit nochmals untersucht worden wäre.
- 90 Vgl. Appel, Susanne: Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung (=Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht, Bd. 3), Baden-Baden 2001, S. 43.
- 91 Vgl. Appel, Susanne: Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung (=Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht, Bd. 3), Baden-Baden 2001, S. 72.
- 92 Fritz Todt, geb. 4. September 1891 in Pforzheim, Deutschland, gest. 8. Februar 1942 in Rastenburg, heute Polen) war vom Beruf Bauingenieur und während der NS-Zeit SA-Obergruppenführer und ab 1940 Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Er starb 1942 bei einem Flugzeugabsturz. Die Staatsbrücke trug bis 1945 seinen Namen.
- 93 Vgl. Appel, Susanne: Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung (=Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht, Bd. 3), Baden-Baden 2001, S. 49.
- 94 Vgl. Appel, Susanne: Reisen im Nationalsozialismus. Eine rechtshistorische Untersuchung (=Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht, Bd. 3), Baden-Baden 2001, S. 43.
- 95 Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 85.
- 96 Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 107.
- 97 Vgl. Mühlau, Sepp: Von der NS-Betriebszellen-Organisation zur DAF. Salzburg 1939, S. 12.
- 98 Erich Wagner, geb. 3. August 1902 in Salzburg, begann zunächst eine Fotografenlehre, dann eine Tischlerlehre, und verdiente sich schließlich sein Geld als Kraftwagenlenker. 1929 trat er der NSDAP und 1930 der SA bei. Nachdem im Jänner 1934 auf die Salzburger Polizeidirektion ein Bombenanschlag verübt wurde, kam er in Haft, wanderte nach seiner Entlassung nach Deutschland aus und kam erst nach dem Anschluss wieder nach Salzburg. Er war von 1929-1934 NSBO Betriebsobmann im Gau Salzburg, 1938-1941 DAF Hauptstellenleiter und 1941-1944 NSV Hauptstellenleiter sowie Gauparteiredner und Gaupropagandawalter. Nach 1945 war er 22 Monate in Untersuchungshaft und wurde im November 1947 vom Landesgericht Linz zu 18 Monaten schweren Kerker verschärft durch einen Fasttag und ein hartes Lager halbjährlich verurteilt.
- 99 Josef (Sepp) Mühlau, geb. 15. März 1888 in Steyr, gest. 29. November 1974, war vom Beruf Bankbeamter. Er trat 1932 in die NSDAP ein und war ab 1938 Gaupressewarter und Gauwirtschaftsberater. Im September 1939 rückte er in die Kriegsmarine ein. Nach dem Krieg wurde er als minderbelastet eingestuft, ein Verfahren am Landesgericht Linz wurde 1949 eingestellt.
- 100 Vgl. Mühlau, Sepp: Von der NS-Betriebszellen-Organisation zur DAF. Salzburg 1939, S. 36.
- 101 Vgl. Mühlau, Sepp: Von der NS-Betriebszellen-Organisation zur DAF. Salzburg 1939, S. 95 und 116.
- 102 Nachrichtenblatt der DAF, Gaulwutung Salzburg, Dezember 1940, S. 9.



- 103 Vgl. Frese, Matthias: Betriebspolitik im „Dritten Reich“. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933-1939 (=Forschungen zur Regionalgeschichte 2). Paderborn 1991, S. 412.
- 104 Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 72.
- 105 Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 72.
- 106 Starcke, Gerhard: Die Deutsche Arbeitsfront. Eine Darstellung über Zweck, Leistung und Ziele, Berlin 1940, S. 10. Zitiert nach: Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 90.
- 107 SLA, PRÄ 1938/03b-3924.
- 108 SLZ, 03.09.1938, S. 9.
- 109 Vgl. Frese, Matthias: Betriebspolitik im „Dritten Reich“. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933-1939 (=Forschungen zur Regionalgeschichte 2). Paderborn 1991, S. 367.
- 110 SLA, HS 2250.
- 111 Vgl. SLA, HS 2250.
- 112 Salzburger Volksblatt vom 11.3.1940.
- 113 Vgl. Salzburger Volksblatt vom 11.3.1940.
- 114 Vgl. Mühlau, Sepp: Von der NS-Betriebszellen-Organisation zur DAF. Salzburg 1939, S. 108.
- 115 Vgl. ASiS, NS-Registrierungsakt Karl Kolböck.
- 116 Interview mit Heidi Hobecker (geb. Sommerer), geführt am 15.2.2013 von Robert Schwarzbauer.
- 117 SLA, HS 2250.
- 118 Nachrichtenblatt der DAF, Gauverwaltung Salzburg, August 1939, S. 9.
- 119 Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 74-75.
- 120 Salzburger Landeszeitung vom 22.9.1938.
- 121 Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. S. 96.
- 122 Hachtmann, Rüdiger: Die Deutsche Arbeitsfront im Zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. S. 98-99.
- 123 Nachrichtenblatt der DAF, Gauverwaltung Salzburg, Mai 1941, S. 13.
- 124 Karl Kolböck, geb. 30. März 1903 in Linz, gest. 10. Februar 1978, war Jurist und als Gausozialwalter der DAF von 1938 bis 1945 unter anderem auch für Arbeitsbedingungen und soziale Fragen zuständig. Nach Kriegsende wurde er zunächst als belastet, 1948 als minderbelastet eingestuft.
- 125 Vgl. Nachrichtenblatt der DAF, Gauverwaltung Salzburg, Mai 1941, S. 13.
- 126 Vgl. Salfenauer, Heinrich: Erinnerungen: Vom Arbeiterkind zum Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg. Salzburg 1997.
- 127 Wordian, Rudolf E.: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Die Arbeitnehmervertretung im Bundesland Salzburg. Festschrift für Josef Brunauer (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 55). Salzburg 1981, S. 29 ff.
- 128 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 29.
- 129 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 10 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte 1946 – 1956. Salzburg 1957. Auf die folgenden einzelnen AK Jahrbücher und Geschäftsberichte ab 1953 wird nicht extra verwiesen.
- 130 Salzburger Nachrichten vom 13.8.1945.
- 131 Salzburger Nachrichten vom 13.8.1945.
- 132 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 10 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte 1946 – 1956. Salzburg 1957.
- 133 Franz Hell, geb. 28. Dezember 1899 in Salzburg, gest. 16. Jänner 1963 in Salzburg, war ein ÖVP-Politiker und Arbeiterkammersekretär. Er war von 1945 bis 1963 Abgeordneter zum Salzburger Landtag und Präsident des Landtages.
- 134 Vgl. Salzburger Nachrichten vom 30.9.1947.
- 135 Vgl. Hanisch, Ernst: Landespolitik. Interessengruppen und Interessenkonflikte. In: Huber, Wolfgang (Hg.): Landeshauptmann Klaus und der Wiederaufbau Salzburgs. Salzburg 1980, S. 38.
- 136 Im Jahr 1956 wurde der Verband der Unabhängigen aufgelöst bzw. von der neu gegründeten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) absorbiert.
- 137 Der Begriff Drittes Lager bezeichnet in Österreich traditionell das Lager der deutschnationalen und nationalliberalen Wählerschaft. Die FPÖ wird diesem zugeordnet.
- 138 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 10 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte 1946 – 1956. Salzburg 1957.
- 139 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Arbeiterkammer für Vollbeschäftigung und Kaufkraftsicherung. Salzburg 1951.
- 140 Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): 10 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte 1946 – 1956. Salzburg 1957, S. 11.
- 141 Vgl. Martinek, Oswin (Hg.): Arbeitsrecht und soziale Grundrechte. Festschrift Hans Floretta zum 60. Geburtstag. Wien 1983.
- 142 Dirninger, Christian: Die Arbeitgebervertretung im Bundesland Salzburg (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 84). Salzburg 1984, S. 265.
- 143 Wordian, Rudolf E.: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Die Arbeitnehmervertretung im Bundesland Salzburg. Festschrift für Josef Brunauer (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 55). Salzburg 1981, S. 86 ff.
- 144 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 40.
- 145 Vgl. Wordian, Rudolf E.: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Die Arbeitnehmervertretung im Bundesland Salzburg. Festschrift für Josef Brunauer (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 55). Salzburg 1981.
- 146 Vgl. Wordian, Rudolf E.: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Die Arbeitnehmervertretung im Bundesland Salzburg. Festschrift für Josef Brunauer (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 55). Salzburg 1981.
- 147 Vgl. Flandera, Christian: Versuch einer Sozialgeschichte der Salzburger Jugend unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsjugend 1945-1966. Diplomarbeit. Salzburg 2000.
- 148 Vgl. u. a. Christian Dirninger, Beschäftigung, Wachstum und Konjunktur im Bundesland Salzburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in Ernst Hanisch/Robert Kriechbaumer (Hg.), Salzburg: zwischen Globalisierung und Goldhaube, Wien/Köln/Weimar 1997, S.103.
- 149 Das Abkommen ist nach dem damaligen Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer Julius Raab und dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Franz Olah benannt.
- 150 Vgl. Brücher, Gerda: Fünfzig Jahre Anwerbeabkommen. Arbeitsmigration im Land Salzburg, „Exklusion und Inklusion“. Bachelorarbeit, Salzburg 2013, S. 20. Österreich schloß bereits 1962 ein erstes Anwerbeabkommen mit Spanien, dieses blieb allerdings erfolglos.
- 151 Vgl. Dirninger, Christian: Beschäftigung, Wachstum und Konjunktur im Bundesland Salzburg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Hanisch, Ernst / Kriechbaumer, Robert (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6). Wien 1997, S. 103.
- 152 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974, S. 7 und 12.
- 153 Salzburger Nachrichten vom 22.4.1966.
- 154 Vgl. Salzburger Nachrichten vom 18.7.1970 und 7.11.1970.
- 155 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974.
- 156 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974, S. 2.
- 157 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974, S. 7.
- 158 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974, S. 28-29.
- 159 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974, S. 37.

- 160 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg (Hg.): Grenzen und Probleme der Beschäftigung von Gastarbeitern im Lande Salzburg. Salzburg 1974, S. 95.
- 161 Interview mit Fritz Rücker und Werner Mitterauer, geführt am 4.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 162 Interview mit Fritz Rücker und Werner Mitterauer, geführt am 4.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 163 Vgl. AK-Pressemeldung Nr. 13/1971.
- 164 Vgl. AK-Pressemeldung Nr. 19/1971.
- 165 Vgl. AK-Pressemeldung Nr. 76/1972.
- 166 Vgl. AK-Sofort-Information Nr.5/1975.
- 167 Vgl. AK-Sofort-Information Nr.8/1977.
- 168 Interview mit Radisa Zlatkovic, geführt am 11.1.2016 .
- 169 Vgl. Interview mit Herbert Grundbichler, geführt am 7.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 170 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der ARGE für Betriebssportförderung vom 13.6.1984.
- 171 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der ARGE Betriebssportförderung vom 17.5.1983 und Winkler, Manfred: Betriebssportförderung durch die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg und den österreichischen Gewerkschaftsbund im Bundesland Salzburg im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Betriebssportförderung. Dissertation. Salzburg 1987, S. 39-40.
- 172 Vgl. Lemberger, Josef: Interessenverbände im Bundesland Salzburg. In: Hanisch, Ernst (Hg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Bd. 1. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube. Wien 1997, S. 297.
- 173 Vgl. Sandner, Günther: Kontinuität und dosierter Wandel. Wirtschaftsverbände und regionale Sozialpartnerschaft in Salzburg (1977-1989). In: Dachs, Herbert / Floimair, Roland et al. (Hg.): Die Ära Haslauer. Salzburg in den 70er und 80er Jahren. Wien 2001, S. 128.
- 174 Der Ausdruck Braintrust bezeichnet ein Gremium von Experten in wissenschaftlichen oder politischen Schlüsselpositionen, die ihr Wissen gemeinschaftlich zur Beratung beispielsweise einer Regierung einbringen.
- 175 Vollversammlungsprotokoll vom 6.7.1979.
- 176 Vgl. Beer, Wilfried / Schneider, Erich / Tiefenthaler, Julius: 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, Landesorganisation Salzburg. GPA 1892 bis 1992. Salzburg 1992, S. 39ff.
- 177 Vgl. Sandner, Günther: Kontinuität und dosierter Wandel. Wirtschaftsverbände und regionale Sozialpartnerschaft in Salzburg (1977-1989). In: Dachs, Herbert / Floimair, Roland et al. (Hg.): Die Ära Haslauer. Salzburg in den 70er und 80er Jahren. Wien 2001, S. 137.
- 178 Vollversammlungsprotokoll vom 23.4.1987.
- 179 Vgl. Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 20.
- 180 Vgl. Baltinester, Hans: 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936, S. 54-55.
- 181 Baltinester, Hans: 15 Jahre Arbeiterkammer Salzburg. Salzburg 1936, S. 54.
- 182 Vgl. Protokoll Vorstandssitzung der ARGE Betriebssportförderung vom 29.10.1980.
- 183 Vgl. Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 47-48.
- 184 Vgl. [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20151014\\_OTS0071/koppichler-neue-aera-im-oesterreichischen-betriebssport-verband-an-kick-fuer-mehr-bewegung-in-unternehmen-bild](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20151014_OTS0071/koppichler-neue-aera-im-oesterreichischen-betriebssport-verband-an-kick-fuer-mehr-bewegung-in-unternehmen-bild)
- 185 Vgl. Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 48.
- 186 Vgl. Salzburger Nachrichten vom 27.3.1991.
- 187 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 51.
- 188 Lemberger, Josef: Interessenverbände im Bundesland Salzburg. In: Hanisch, Ernst (Hg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Bd. 1. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube. Wien 1997, S. 304.
- 189 Vgl. Schaller, Christian: Verbände und Sozialpartnerschaft In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1992, S. 895.
- 190 Vgl. Nick, Rainer: Die Salzburger Wirtschaftsverbände. In: Dachs, Herbert (Hg.): Das politische, soziale und wirtschaftliche System im Bundesland Salzburg. Festschrift zum Jubiläum „40 Jahre Salzburger Landtag in der Zweiten Republik“ (=Schriftenreihe des Landespressebüros, Nr. 87). Salzburg 1985, S. 138.
- 191 Vgl. Prisching, Manfred: die Zukunft der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften. In: Bundesarbeiterkammer (Hg.): 75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte. 1920-1995. Wien 1995, S. 137.
- 192 Dieser Artikel wurde von Peter Altmann, Leiter der Abteilung Betriebsräteberatung, verfasst.
- 193 Dieser Artikel wurde von Robert Priewasser, stv. Leiter der Abteilung Betriebsräteberatung, verfasst.
- 194 Dieser Artikel wurde von Franz Hager und Peter Altmann verfasst.
- 195 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 57.
- 196 Zitiert nach Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 59.
- 197 Dieser Artikel wurde von Karl-Heinz Fürst, Referatsleiter Arbeitnehmerschutz, verfasst.
- 198 Vgl. Göhring, Walter: Politik und Aktion. Käthe Leichter und die freie Gewerkschaftsbewegung. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 135.
- 199 Vgl. Ranftl, Edeltraud: Gewerkschaftliche Frauenpolitik in der Zweiten Republik. Zwischen Gleichberechtigung, Mißachtung und Besonderung von Frauen. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 31.
- 200 Vgl. Göhring, Walter: Politik und Aktion. Käthe Leichter und die freie Gewerkschaftsbewegung. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 143-145.
- 201 Vgl. Göhring, Walter: Politik und Aktion. Käthe Leichter und die freie Gewerkschaftsbewegung. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 190-192.
- 202 Mitteilungsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Salzburg und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Landesexekutive Salzburg, Folge 1, April 1953, 8. Jahrgang, S. 12.
- 203 Vgl. Mitteilungsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Salzburg und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Landesexekutive Salzburg, Folge 1, April 1953, 8. Jahrgang, S. 12.
- 204 Demokratisches Volksblatt vom 19.1.1953.
- 205 Demokratisches Volksblatt vom 19.1.1953.
- 206 Demokratisches Volksblatt vom 19.1.1953.
- 207 Vgl. Bauer, Ingrid: Zwischen Goldhaube und Telehaus. Modernisierung der Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum. In: Hanisch, Ernst / Kriechbaumer, Robert (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Salzburg – Zwischen Globalisierung und Goldhaube (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6). Wien 1997, S. 218-219.
- 208 Demokratisches Volksblatt vom 6.12.1952.
- 209 Vgl. Demokratisches Volksblatt vom 6.12.1952 und <http://www.frauenjournal.at/mutterschutzgesetz-in-oesterreich/>
- 210 Vgl. Interview mit Liane Pluntz, geführt am 3.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 211 Vgl. Ranftl, Edeltraud: Gewerkschaftliche Frauenpolitik in der Zweiten Republik. Zwischen Gleichberechtigung, Mißachtung und Besonderung von Frauen. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 37.
- 212 Vgl. Ranftl, Edeltraud: Gewerkschaftliche Frauenpolitik in der Zweiten Republik. Zwischen Gleichberechtigung, Mißachtung und Besonderung von Frauen. In: Göhring, Walter (Hg.): Käthe Leichter. Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996, S. 37.
- 213 Vgl. Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 64.
- 214 Vgl. Pluntz, Liane: Weibliche Lebenszusammenhänge, Frauenpolitik in der Arbeiterkammer. In: Hager, Franz (Hg.): 80 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1921-2001. Salzburg 2002, S. 64 und Interview mit Liane Pluntz, geführt am 3.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.

- 215 Vgl. Burgstaller, Barbara / Gutmann, Raimund / Pluntz, Liane: Arbeitskräfte in Reinigungsberufen. „Fleißige Lieschen“ am Rande der Arbeitsgesellschaft. Report 1986.
- 216 Vgl. Burgstaller, Barbara / Gutmann, Raimund / Pluntz, Liane: Arbeitskräfte in Reinigungsberufen. „Fleißige Lieschen“ am Rande der Arbeitsgesellschaft. Report 1986, S. 3-4.
- 217 Vgl. Interview mit Liane Pluntz, geführt am 3.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 218 Vgl. <https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Zeitarbeit.pdf>
- 219 Vgl. <https://www.psychotherapie.at/sites/default/files/files/slp/SLP-Psychotherapie-Salzburg-NEU-Hintergruende.pdf>
- 220 Interview mit Hans Mitterauer, geführt am 7.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 221 Factory Outlet Center.
- 222 Interview mit Christian Laireiter, geführt am 2.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 223 Interview mit Edgar Atzmanstorfer, geführt am 2.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 224 Interview mit Edgar Atzmanstorfer, geführt am 2.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 225 Darunter versteht man unerbetene Telefon- und E-Mail-Werbung.
- 226 AK PA vom 27.3.2001
- 227 Interview mit Hilla Lindhuber, geführt am 2.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 228 Interview mit Hilla Lindhuber, geführt am 2.3.2016 von Andreas Praher und Robert Schwarzbauer.
- 229 Die Mechatronik beschäftigt sich interdisziplinär mit dem Zusammenwirken mechanischer, elektronischer und informationstechnischer Elemente und Module in mechatronischen Systemen. Mechatronik lässt sich auch von den drei Kernpunkten des Fachbereiches ableiten. Mechanik als Hauptpunkt, mit Elektronik und als Verknüpfung der beiden Teilgebiete die Informatik.
- 230 Ein Poetry Slam ist ein literarischer Vortragswettbewerb, bei dem selbstgeschriebene Texte innerhalb einer bestimmten Zeit einem Publikum vorgetragen werden. Die Zuhörer küren anschließend den Sieger. Ausschlaggebend ist dabei, dass der Textvortrag durch performative Elemente und die bewusste Selbstinszenierung des Vortragenden ergänzt wird.



**Kammer für Arbeiter und  
Angestellte**

Markus-Sittikus-Straße 10  
5020 Salzburg

Tel.: 0662-8687

Fax: 0662-876258

[kontakt@ak-salzburg.at](mailto:kontakt@ak-salzburg.at)

[www.ak-salzburg.at](http://www.ak-salzburg.at)